Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

184. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 11. September 2024

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1 (Fortsetzung):	Anja Troff-Schaffarzyk (SPD)
a) Erste Beratung des von der Bundesregie-	Dr. Sahra Wagenknecht (BSW)
rung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundes-	Erhard Grundl (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 – HG 2025) 23849 A	Sepp Müller (CDU/CSU)
Drucksache 20/12400	Reem Alabali-Radovan, Staatsministerin BK . 23891 A
b) Unterrichtung durch die Bundesregierung:	Stefan Seidler (fraktionslos)
Finanzplan des Bundes 2024 bis 2028 23849 B	Dr. Paula Piechotta (BÜNDNIS 90/
Drucksache 20/12401	DIE GRÜNEN)
	Nina Warken (CDU/CSU)
Einzelplan 04, Einzelplan 22	Joana Cotar (fraktionslos)
Bundeskanzler und Bundeskanzleramt so- wie Unabhängiger Kontrollrat	Schahina Gambir (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
Alexander Dobrindt (CDU/CSU)	Robert Farle (fraktionslos)
Olaf Scholz, Bundeskanzler	Kerstin Radomski (CDU/CSU)
Dr. Alice Weidel (AfD)	(==:,==================================
Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Einzelplan 05
Christian Dürr (FDP)	Annalena Baerbock, Bundesministerin AA 23896 C
Friedrich Merz (CDU/CSU)	Jürgen Hardt (CDU/CSU) 23898 A
Dr. Rolf Mützenich (SPD)	Wiebke Papenbrock (SPD) 23899 C
Tino Chrupalla (AfD)	Dr. Michael Espendiller (AfD) 23900 C
Andreas Audretsch (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) 23877 C	Michael Georg Link (Heilbronn) (FDP) 23901 D
Bijan Djir-Sarai (FDP)	Gunther Krichbaum (CDU/CSU)
Thorsten Frei (CDU/CSU)	Bruno Hönel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). 23904 A
Achim Post (Minden) (SPD)	Matthias Moosdorf (AfD)
Heidi Reichinnek (Die Linke)	Gabriela Heinrich (SPD)
Claudia Roth, Staatsministerin BK	Otto Fricke (FDP)
Anikó Glogowski-Merten (FDP)	Jürgen Hardt (CDU/CSU)
Dr. Christiane Schenderlein (CDU/CSU) 23887 B	Thomas Erndl (CDU/CSU)

Deborah Düring (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Einzelplan 12
Markus Frohnmaier (AfD)	kehr
Michelle Müntefering (SPD)	Dr. Volker Wissing, Bundesminister BMDV 23939 C
Dr. Gregor Gysi (Die Linke)	Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU) 23940 D
Renata Alt (FDP)	Metin Hakverdi (SPD)
Sevim Dagdelen (BSW)	Marcus Bühl (AfD)
Frank Schwabe (SPD)	Dr. Paula Piechotta (BÜNDNIS 90/
Carsten Körber (CDU/CSU)	DIE GRÜNEN) 23944 C
Dr. Karamba Diaby (SPD)	Franziska Hoppermann (CDU/CSU) 23946 B
	Frank Schäffler (FDP)
Einzelplan 14	Dr. Dirk Spaniel (AfD) 23948 A
Bundesministerium der Verteidigung	Isabel Cademartori Dujisin (SPD)
Wolfgang Hellmich (SPD)	Nyke Slawik (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). 23950 B
Dr. Johann David Wadephul (CDU/CSU) 23918 D	Thomas Bareiß (CDU/CSU)
Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/	Johannes Schätzl (SPD)
DIE GRÜNEN)	Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU) 23952 D
Dr. Michael Espendiller (AfD) 23921 C	Eugen Schmidt (AfD)
Karsten Klein (FDP)	Tobias B. Bacherle (BÜNDNIS 90/
Florian Hahn (CDU/CSU)	DIE GRÜNEN)
Boris Pistorius, Bundesminister BMVg 23925 B	Bernd Riexinger (Die Linke)
Rüdiger Lucassen (AfD)	Felix Schreiner (CDU/CSU)
Dr. Sebastian Schäfer (BÜNDNIS 90/	Udo Schiefner (SPD)
DIE GRÜNEN)	Florian Oßner (CDU/CSU)
Alexander Müller (FDP)	Stefan Gelbhaar (BÜNDNIS 90/
Markus Grübel (CDU/CSU)	DIE GRÜNEN)
Dr. Kristian Klinck (SPD) 23932 A	Anna Kassautzki (SPD)
Dr. Gesine Lötzsch (Die Linke)	Stefan Seidler (fraktionslos)
Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 23934 A	Jürgen Berghahn (SPD)
Zaklin Nastic (BSW)	Nächste Sitzung 23962 0
Dr. Marcus Faber (FDP)	
Robert Farle (fraktionslos)	
Christoph Schmid (SPD) 23937 B	Anlage
Ingo Gädechens (CDU/CSU)	Entschuldigte Abgeordnete

(A) (C)

184. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 11. September 2024

Beginn: 9.00 Uhr

Präsidentin Bärbel Bas:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen allen einen wunderschönen guten Morgen. Die Sitzung ist eröffnet.

Wir setzen die Haushaltsberatungen – Tagesordnungspunkt 1 – fort:

 a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 – HG 2025)

Drucksache 20/12400

Überweisungsvorschlag: Haushaltsausschuss

(B)

b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2024 bis 2028

Drucksache 20/12401

Überweisungsvorschlag: Haushaltsausschuss

Für die heutige Aussprache haben wir eine Redezeit von insgesamt acht Stunden vereinbart.

Wir beginnen mit dem Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes, Einzelplan 04, sowie des Unabhängigen Kontrollrates, Einzelplan 22.

Das Wort hat zu Beginn für die CDU/CSU-Fraktion Alexander Dobrindt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

Alexander Dobrindt (CDU/CSU):

Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bundeskanzler, Sie haben in einem Interview vor Kurzem gesagt: "Wenn jemand 2021 eine lange Weltreise angetreten hätte, ohne Handyempfang und Mediennutzung, und jetzt nach Deutschland zurückkäme, wäre er von der Leistungsbilanz unserer Regierung wohl beeindruckt."

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich weiß nicht, ob das Ignoranz oder Arroganz ist, aber das ist auf jeden Fall eine Respektlosigkeit gegenüber den Sorgen und Ängsten der Bürger in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir doch mal auf Ihre Leistungsbilanz. Ist Deutschland heute sicherer als 2021?

(Zurufe der CDU/CSU: Nein! – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Nein. – Ist Deutschland heute wettbewerbsfähiger als 2021?

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein! – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Nein. – Ist Deutschland heute politisch stabiler als 2021?

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein! – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Nein. – Ihre Koalition ist keine Koalition des Fortschritts; es ist eine Koalition des Abstiegs in diesem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Gestern, Herr Bundeskanzler, haben Sie Ihrer Abstiegsbilanz einen weiteren Tiefpunkt hinzugefügt.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Mein Gott, was für ein niedriges Niveau!) (D)

Alexander Dobrindt

(A) Sie hätten gestern die Chance gehabt, die illegale Migration ohne Einschränkung, ohne Relativierung wirksam mit uns zu stoppen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Sie haben die Öffentlichkeit in den Glauben versetzt, die umfassende Zurückweisung an den Grenzen wäre mit Ihnen möglich. Aber das, was Sie vorgeschlagen haben, ist das, was die Bundespolizei bereits heute an den Grenzen zu Österreich, Polen und Tschechien praktiziert.

(Zuruf der Abg. Dr. Alice Weidel [AfD])

Sie haben die umfassende Zurückweisung an den Grenzen als wirksames Mittel, um Kontrolle wiederherzustellen, abgelehnt.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die Wahrheit in dieser Debatte.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD – Britta Haßelmann [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Schreien Sie doch nicht so! – Zuruf des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Verweigerungshaltung ist eine Kapitulation gegenüber der Überforderung unserer Kommunen, unser Schulen, der Sicherheitslage in unserem Land.

(Beatrix von Storch [AfD]: Das ist doch alles nur Geschwafe!!)

(B) Die Menschen haben diese Ampelausreden satt. Sie haben verstanden: Wer bei Ihnen Führung bestellt, der wird nur Ausreden bekommen. Aber das gefährdet die Sicherheit und den gesellschaftlichen Frieden in unserem Land.

> (Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

– Hören Sie auf, hier ständig dazwischenzubellen; sonst schmeißt Ihnen mal jemand ein Stöckchen hin.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Beatrix von Storch [AfD]: Mit wem wollen Sie das durchsetzen? Mit den Grünen? – Dr. Irene Mihalic [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein bisschen lauter, bitte! Ich habe es nicht verstanden!)

Ihr Justizminister hat gestern festgestellt: "Der Status quo bedeutet Überforderung für den Gesamtstaat ...". Gleichzeitig erklären Ihre Verhandlungsführer, unser Vorschlag sei nicht vereinbar mit internationalem Recht, obwohl renommierte Verfassungsrichter wie Professor Papier und Professor Huber öffentlich erklären, dass Zurückweisungen an den Grenzen möglich und sogar geboten sind.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Ach nee!)

In dieser Gemengelage macht die FDP uns auch noch öffentlich ein Angebot, sie würden unsere Vorschläge zur Zurückweisung eins zu eins mit umsetzen. Spätestens da muss doch jedem klar sein: Es geht nicht ums internationale Recht, das dagegensteht, sondern es ist die Handlungsunfähigkeit der Ampel, die die Zurückweisungen verhindert.

(Beifall bei der CDU/CSU – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der hilflose Versuch, Deutungshoheit zu gewinnen!)

(C)

(D)

Wenn der politische Wille da ist, Herr Bundeskanzler, dann gibt es den Weg dazu. Das zeigen unsere europäischen Nachbarn, beispielsweise eine sozialdemokratische Regierung in Dänemark. Diese zeigt Ihnen, wie man illegale Migration zurückdrängt. In dieser Koalition fehlt schlichtweg der politische Wille, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Ja! Hat man bei Ihnen gesehen! – Dr. Irene Mihalic [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Da spricht der Erfahrungsminister!)

Wir erleben diese handlungsunfähige Bundesregierung in einer Situation, in der sich unser Land in einem besorgniserregenden Zustand befindet. Die wirtschaftliche Stimmung könnte kaum schlechter sein. Es ist ein dröhnendes Alarmsignal für den Standort Deutschland, dass Traditionsunternehmen wie Kärcher, Miele und Stihl ankündigen, Deutschland zu verlassen, dass ein Drittel der Familienunternehmen ihre Investitionen in Deutschland reduzieren will, dass der BDI gestern erklärt hat, ein Fünftel der industriellen Wertschöpfung in Deutschland sei bedroht.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Teure Energie, hohe Steuern, Arbeitskräftemangel und die Bürokratie ersticken das Wachstum. Weder unser Sozialstaat noch irgendwelche Transformationen sind auf Dauer bezahlbar, wenn es nicht gelingt, wieder Wachstum in diesem Land zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben ein grünes Wirtschaftswunder versprochen; bekommen hat die Wirtschaft eine grüne Stagnation. Das ist die Bilanz Ihrer Regierung.

(Beifall bei der CDU/CSU –. Dr. Alice Weidel [AfD]: Ihre Koalitionspartner in den Ländern!)

Aber auch da gibt es keine Ausreden mehr. Die USA wachsen mit 2,6 Prozent, die Eurozone wächst mit 1 Prozent, Deutschland hat Nullwachstum. Der Bundesfinanzminister erklärte gestern hier in der Debatte,

(Zuruf von der CDU/CSU: Wo ist er?)

das hätte mit strukturellen Schwächen unseres Landes zu tun.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da hat er mal recht!)

Herr Bundesfinanzminister – er ist noch nicht anwesend –, Sie haben gestern erklärt, dass Deutschland in den globalen Rankings der Wettbewerbsfähigkeit von Platz 6 im Jahr 2014 bis heute, also in einem Jahrzehnt, um 18 Plätze runtergerutscht ist auf Platz 24.

(Zuruf von der SPD: Seit Sie Verkehrsminister waren!)

Was Sie dabei vergessen haben, zu erwähnen, ist, dass allein in Ihren aktuell drei Jahren Regierungszeit Deutschland davon zehn Plätze verloren hat. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(C)

Alexander Dobrindt

(A) (Beifall bei der CDU/CSU)

Ihr permanenter Streit, Ihr Energiedesaster, Ihr Haushaltsdesaster: das verunsichert die Bürger, das verunsichert den Mittelstand, das verunsichert die Unternehmen. All Ihre Belastungssteigerungen, egal ob durch die Erbschaftsteuer, die Dieselsteuer, die Gastrosteuer oder den CO₂-Preis ohne entsprechenden Ausgleich übers Klimageld, sind der Grund für diese Schwäche. Und da reden Sie von strukturellen Problemen! Sie sind ein Teil des strukturellen Problems in diesem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Bundeskanzler, Sie können nicht mehr ausblenden – das kann Sie wahrscheinlich auch nicht überraschen –, dass sich in diesem Land niemand – schlichtweg niemand – die Fortsetzung Ihrer Ampelkoalition wünscht. Absolut niemand!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der CDU/CSU: 0 Prozent!)

Die Menschen haben kein Vertrauen in diese Bundesregierung.

(Dr. Daniela De Ridder [SPD]: In Sie haben sie auch kein Vertrauen!)

Ganze 0 Prozent – ganze 0 Prozent! – der Befragten sprechen sich im aktuellen Politbarometer für Ihre Ampel aus.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Das muss man erst mal hinkriegen! – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Fortschrittskoalition!)

(B) Auch innerhalb der Ampel: null Solidarität. Wolfgang Kubicki trifft den Nagel auf den Kopf – wörtliches Zitat –: "Die Menschen haben den Eindruck, diese Koalition schadet dem Land."

Meine Damen und Herren, Sie sind verantwortlich in diesem Land für null Wirtschaftswachstum; Sie sind verantwortlich für 0 Prozent Zustimmung. Herr Bundeskanzler, Sie haben einen Doppel-Wumms versprochen. Geliefert haben Sie schlichtweg eine Doppel-Null. Ich erspare Ihnen jetzt weitere Nullen, und ich sage es Ihnen schlichtweg mit Ihren eigenen Worten: Herr Bundeskanzler, Sie haben den Wumms verloren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war noch nicht mal lustig, Herr Dobrindt!)

Sie machen eine Politik gegen den Mehrheitswillen der Bürger. Die Menschen wollen schlichtweg Ihre Heizungswende nicht. Die Menschen glauben nicht, dass Sie die Misere am Wohnungsmarkt lösen. Die Menschen glauben nicht, dass Sie die Talfahrt der Wirtschaft stoppen können. Und an erster Stelle steht, dass die Menschen schlichtweg Ihre Migrationspolitik ablehnen.

(Carolin Bachmann [AfD]: Die Sie eingeführt haben!)

80 Prozent der Bürger fordern eine Wende in der Migrations- und Asylpolitik.

(Christian Dürr [FDP]: Genau das war gestern das Thema! – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: 70 Prozent der Deutschen

glauben, dass die CDU ihre Versprechen nicht einlöst!)

Wie anders erklären Sie sich eigentlich Ihre Ergebnisse bei den vergangenen Landtagswahlen? Herr Bundeskanzler, mich würde interessieren, was Sie dazu zu erklären haben.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Nichts!)

Ich finde, es reicht nicht aus, dass die SPD zufrieden damit ist, dass sie die 5-Prozent-Hürde übersprungen hat,

(Beatrix von Storch [AfD]: Was trotzdem sehr erstaunlich ist!)

und es reicht schlichtweg nicht aus, wenn Ihr grüner Koalitionspartner, Ricarda Lang, der Meinung ist, Migrationspolitik ist nicht das Thema. Sehr geehrte Frau Lang, Realitätsverweigerung ist nicht das Thema in diesem Land!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Wahrheit ist, dass die Ampel nicht auf die Ängste, nicht auf die Sorgen, nicht auf die Nöte der Menschen in unserem Land reagiert, und deswegen entsteht der Vertrauensverlust. Er wird jeden Tag größer. Und die Folge? Die Folge ist ein steigendes radikales Wahlverhalten. Die Folge ist mehr Zustimmung zu radikalen Parteien.

(Beatrix von Storch [AfD]: Grenzschutz wollten wir schon immer! Und Zurückweisung schon immer!)

Das Aufsteigen von rechts und links außen: Das ist das einzige Wachstum, was diese Ampelregierung in diesem Land geschaffen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben Ihnen ernsthafte Vorschläge unterbreitet, wirksame Vorschläge unterbreitet.

(Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Rechtswidrige Vorschläge unterbreitet!)

Wir wollten gemeinsam mit Ihnen eine Lösung, um die Migrationskrise zu bekämpfen, um illegale Migration auch zurückzudrängen, und für uns ist schlichtweg klar: Solange ein gesamteuropäischer Grenzschutz nicht konsequent gewährleistet ist, müssen wir unsere Grenzen selber schützen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Hört! Hört!)

Das heißt schlichtweg auch: konsequente Zurückweisung an den Grenzen.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Was für eine Unverschämtheit! Die CDU-geführte Regierung hat die Grenzen geöffnet!)

In dieser Debatte geht es nicht darum, sie zu überhitzen, Frau Esken, wie Sie meinen. Nein! Es geht schlichtweg darum, Stabilität und Zusammenhalt in unserem Land zu schützen. Das wäre der Auftrag Ihrer Bundesregierung, den Sie aber leider verfehlen, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU)

(A) Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die Bundesregierung der Bundeskanzler Olaf Scholz.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Olaf Scholz, Bundeskanzler:

Frau Präsidentin! Meine verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will ein paar Worte sagen zu den Wahlen, die in Sachsen und Thüringen stattgefunden haben – denn ich finde, das gehört hierher, und es muss auch klar gesagt werden –: Die Wahlergebnisse für die AfD,

(Beatrix von Storch [AfD]: ... waren super!)

die Wahlergebnisse für rechtspopulistische Parteien sind bedrückend, und wir werden uns in Deutschland niemals daran gewöhnen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Gottfried Curio [AfD]: Das ist Demokratie, Herr Scholz! Wenn Sie die nicht vertragen können, dann treten Sie ab!)

Die AfD ist schlecht für unser Land.

(Beatrix von Storch [AfD]: Nein! Sie beleidigen die Bürger! – Dr. Gottfried Curio [AfD]: Die Bürger sehen das anders!)

Die AfD wird dafür sorgen, dass unser Land absteigt, wenn sie ihre Politik umsetzen kann. Die AfD hat ein Menschenbild von gestern, ein Frauenbild von gestern.

(Beatrix von Storch [AfD]: Und Sie haben 5 Prozent und 6 Prozent!)

Und wir werden alles dafür tun, dass diese politische Formation wieder an Bedeutung in Deutschland verliert.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Hannes Gnauck [AfD]: Ich kann Sie gerne mal mitnehmen!)

Sie sind mit der Vergangenheit verheiratet,

(Beatrix von Storch [AfD]: Herrje!)

und zwar einer Vergangenheit, die Sie stilisieren, die es gar nicht gegeben hat. Sie versuchen, unser Land um die Zukunft zu bringen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Sie bringen unser Land um die Zukunft! – Hannes Gnauck [AfD]: Jetzt sind es wieder 2 Prozent mehr in Brandenburg!)

Deshalb ist das die große Auseinandersetzung hier in Deutschland und in vielen Ländern in Europa – übrigens auch in den USA –: die Auseinandersetzung über die Frage, ob wir in unseren Ländern daran glauben, dass wir eine bessere Zukunft haben,

(Dr. Gottfried Curio [AfD]: Nicht durch Sie! An Sie glaubt niemand mehr!)

und eine Politik machen, um sie zu erreichen, oder ob wir glauben, dass wir nur an der Vergangenheit orientiert sein sollen, und unser Land deshalb verfeinden und mit Ressentiments in den Untergang führen. (Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das machen Sie doch gerade!)

(C)

Das werden wir verhindern. Nicht motzen, sondern handeln und anpacken: Das ist die Devise.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Gottfried Curio [AfD]: Das überzeugt niemanden mehr! Es ist vorbei!)

Unser Land steht vor großen Herausforderungen,

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Das war alles zur Wahl?)

und ich finde, wir müssen, sollen und werden in dieser Debatte über diese großen Herausforderungen sprechen – große Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind und die wir bewältigen müssen.

Eine der großen Fragen für die Zukunft unseres Landes ist "Zuwanderung und Migration".

Ich fange jetzt mit dem an, was zur Geschichte unseres Landes dazugehört, zu der Erfahrung der letzten Jahre und Jahrzehnte und zu dem, was für die Zukunft wichtig ist. Dass wir in den letzten 20 Jahren wirtschaftliches Wachstum hatten, dass wir in den letzten Jahren es hinbekommen haben, dass unser Land wirtschaftlich erfolgreich gewesen ist,

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: ... lag an CDU und CSU! – Jens Spahn [CDU/CSU]: Es waren 16 gute Jahre!)

das hatte und das hat damit zu tun, dass viele Frauen und Männer aus anderen Ländern Europas und aus anderen Ländern der Welt mit angepackt haben, ihr Talent hier eingebracht haben und dafür gesorgt haben, dass diese Wirtschaft nach vorne kommt.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das eine hat doch mit dem anderen gar nichts zu tun!)

Weil ja über Zukunftsbedingungen diskutiert wird, will ich das ganz klar sagen: Es gibt viele Länder um uns herum – Rechnungen dieser Art liegen auch für uns vor –, die sagen, dass es ein großes wirtschaftliches Problem geben wird.

(Thomas Ehrhorn [AfD]: Eher "Desaster"! – Hannes Gnauck [AfD]: Sagen Sie es ruhig: "Desaster"!)

Das resultiert daraus, dass die Erwerbsbevölkerung sich reduziert. Für einige Länder wird in wenigen Jahrzehnten die Halbierung der Anzahl derjenigen, die dort berufstätig sind, vorhergesagt. Und es gibt ein Land in Europa, das – genau wie manche englischsprachigen Länder – die Chance hat, dafür Sorge zu tragen, dass wir nicht wirtschaftlich absteigen,

(Beatrix von Storch [AfD]: Mit Einwanderern aus Nigeria und Pakistan! Wo leben Sie?)

weil wir so viele finden, die mit anpacken wollen. Deshalb ist es richtig, genau das möglich zu machen,

(A) (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

und zwar mit dem Arbeitskräfte-Zuwanderungsgesetz, das wir auf den Weg gebracht haben, und auch mit dem Staatsangehörigkeitsgesetz, das wir neu geregelt haben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir drehen die Sache nämlich um – so wie die USA, wie Kanada, Australien und andere Länder, die daraus Wachstumspotenziale schöpfen – und sagen: Wir wollen, dass man hier anpackt, dass man die deutsche Sprache lernt, dass man sich an die Gesetze hält, seinen Lebensunterhalt verdient, aber dann auch mitbestimmt. Das ist dort der Fall, und das ist auch in diesem Land jetzt möglich mit den Gesetzen, die wir nach vorne gebracht haben.

(Thomas Ehrhorn [AfD]: VW schließt die Tore bald!)

Alles andere würde dazu führen, dass wir wirtschaftlich Schwierigkeiten bekommen. Es gibt kein Land der Welt mit schrumpfender Erwerbsbevölkerung, das wirtschaftliches Wachstum hat. Das ist die Wahrheit, mit der wir konfrontiert sind.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Gottfried Curio [AfD]: Das ist doch eine Traumwelt!)

Gleichzeitig gehört dazu, dass wir ein Land sind -

(Beatrix von Storch [AfD]: ... das gerade zusammenbricht!)

gerade aufgrund der Erfahrungen, die wir durch unsere Geschichte mit uns herumtragen, der Tragödie des Faschismus und des Nationalsozialismus –,

(Thomas Ehrhorn [AfD]: Und des Sozialismus!)

das denjenigen, die politisch verfolgt werden, die um ihr Leben laufen,

(Beatrix von Storch [AfD]: Ja, aus Österreich!)

die ihr Leben retten müssen, Schutz bietet. Das steht in unserem Grundgesetz, und das stellen wir nicht zur Debatte.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Gottfried Curio [AfD]: Wer aus Österreich kommt, braucht keinen Schutz in Deutschland!)

Weltoffenheit ist also notwendig. Aber Weltoffenheit bedeutet nicht, dass jeder kommen kann,

(Beatrix von Storch [AfD]: Ach nee!)

der das möchte.

(B)

(Beatrix von Storch [AfD]: Ach nee!)

Wir müssen uns aussuchen können, wer nach Deutschland kommt; das sage ich hier ganz ausdrücklich. Und deshalb gehört auch dazu, dass wir das Management der irregulären Migration hinkriegen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Dr. Alice Weidel [AfD]) dass wir die Zahl derjenigen, die irregulär nach Deutsch- (C) land kommen, reduzieren

(Dr. Gottfried Curio [AfD]: Na, dann treten Sie ab!)

und dass wir diejenigen, die nicht bleiben können, auch wieder zurückführen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Deshalb hat meine Regierung die Untätigkeit konservativer Innenminister von CDU/CSU beendet.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zurufe von der CDU/CSU und der AfD)

Sie hat das Große-Sprüche-Klopfen beendet. Sie hat dafür gesorgt, dass endlich gehandelt und getan wird – ganz anders als in vielen Jahrzehnten christdemokratischer Innenminister, die es nicht gepackt haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der CDU/CSU)

Sie können es nicht. Das ist die Wahrheit, mit der wir konfrontiert sind.

Sie sind der Typ von Politiker, der glaubt, mit einem Interview in der "Bild am Sonntag" hätte er schon die Migrationsfrage gelöst.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP) (D)

So ist es nicht in der Wirklichkeit, zumal wenn man zu der Gruppe von Politikern gehört, die, kaum dass sie die Redaktionsräume verlassen haben, vergessen haben, was sie gerade vorgeschlagen haben,

(Zuruf des Abg. Paul Ziemiak [CDU/CSU])

weil sie niemals vorhatten, sich darum zu kümmern. Das ist falsche Politik.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Thorsten Frei [CDU/CSU]: So was Niveauloses! Und das soll ein deutscher Bundeskanzler sein? – Zuruf des Abg. Dr. Gottfried Curio [AfD])

Darum haben wir auch in dieser Frage, dem Umgang mit irregulärer Migration in Deutschland, die größte Wende zustande gebracht. Diese Regierung!

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Lächerlich! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Wir haben uns in einem mühseligen Prozess, als die Zahlen wieder größer wurden, hingesetzt und es uns nicht einfach gemacht mit irgendwelchen Vorschlägen. Wir haben sorgfältige Vereinbarungen getroffen,

(Thomas Ehrhorn [AfD]: Oh!)

und wir haben weitreichende Vereinbarungen getroffen,

(Zurufe von der CDU/CSU)

(A) zum Beispiel, dass der Gewahrsam verlängert wird für diejenigen, die sich ihrer Abschiebung immer irgendwie entziehen, zum Beispiel, dass man sich umgucken kann in einer Flüchtlingseinrichtung, wenn jemand nicht an dem Platz ist, wo er sein sollte –

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Das haben Sie alles verhindert vorher!)

ein jahrelanges Problem, das wir gelöst haben -,

(Zuruf des Abg. Alexander Hoffmann [CDU/CSU])

zum Beispiel, indem nicht mit Einsprüchen, Widersprüchen, Klagen und neuen Anträgen die Rückführung verhindert werden kann. Alles das haben wir gemacht.

(Zurufe von der CDU/CSU und der AfD)

Sogar die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden jetzt weiter nur reduziert gewährt. Auch das gehört zu den Dingen, die wir getan haben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Sie haben alles vorher verhindert! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wie ein waidwundes Tier!)

Anders als Sie haben wir sogar die Zahl der sicheren Herkunftsländer ausgeweitet.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Sprüche klopfen, nix hingekriegt: Sie sind es, die nichts schaffen!

(B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Dass Sie sich nicht schämen!)

Und ich sage dazu:

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das wird nichts mehr! – Zurufe der Abg. Hermann Gröhe [CDU/CSU] und Steffen Bilger [CDU/CSU])

Wir haben dafür Sorge getragen, dass das jetzt auch passiert. Die Zahl derjenigen, die zu uns kommen, ist zurückgegangen, weil wir zum Beispiel Grenzkontrollen eingeführt haben

(Beatrix von Storch [AfD]: Was?)

und jetzt, zu Beginn dieser Woche, auch entschieden haben, dass wir das an allen Grenzen in Deutschland so lange machen, wie das möglich ist. Wir haben damit Erfolg gehabt,

(Dr. Gottfried Curio [AfD]: Sie täuschen die Leute!)

und wir werden dieses erfolgreiche Vorgehen auch fortsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Gottfried Curio [AfD])

Wir tun das übrigens auch, obwohl es schwierig wird mit unseren Nachbarn.

(Zuruf von der CDU/CSU)

Einige von Ihnen sind ja jetzt ganz verwundert, dass die (C) Nachbarländer auch noch da sind, dass sie sagen: Oh, das finden wir gar nicht toll.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde, da müssen wir durch. Es ist jetzt notwendig, dass wir diesen Streit auch aushalten; das gehört dazu.

Übrigens – auch weil ja so viele Frauen und Männer mit großer Hybris da drüben sitzen – sage ich ausdrücklich: Die Macht der Bundesrepublik Deutschland endet an der Grenze der Bundesrepublik Deutschland. – Falls Sie davon noch nicht gehört haben!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Übrigens – auch das will ich sagen – haben wir gesagt – auch ich hier in diesem Deutschen Bundestag –:

(Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Sie haben es jahrelang verschleppt!)

Wir werden auch wieder Abschiebungen von Straftätern nach Afghanistan

(Beatrix von Storch [AfD]: Ja, vor Landtagswahlen!)

und nach Syrien durchführen. Und wir haben es getan.

(Zuruf des Abg. Tino Chrupalla [AfD])

Das war schwierig. Ununterbrochen wurden wir gefragt: Wie geht das denn, und klappt das noch? Das haben Sie doch nur so gesagt!

(Zuruf des Abg. Matthias Hauer [CDU/CSU])

(D)

Wir haben das gemacht, was man tut, wenn man verantwortlich handelt,

> (Dr. Gottfried Curio [AfD]: 28 von 400 000! Das ist ja lächerlich!)

nämlich sorgfältig gearbeitet. Und tatsächlich:

(Dr. Gottfried Curio [AfD]: Schämen Sie sich!)

Wir haben jetzt einen solchen Abschiebeflug nach Afghanistan organisiert.

(Dr. Gottfried Curio [AfD]: 28 Leute! Das ist ein Witz!)

Und ich sage Ihnen: Wir werden weitere haben und das auch fortsetzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Gottfried Curio [AfD]: Schande!)

Meine Damen und Herren, wir werden morgen ein Sicherheitspaket im Deutschen Bundestag beraten,

(Zurufe von der CDU/CSU und der AfD: Oh!)

das wir auf den Weg gebracht haben und das auch notwendig ist:

(Thomas Ehrhorn [AfD]: Wir freuen uns!) mit stärkeren Gesetzen, was den Umgang mit Waffen

betrifft,

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

(D)

Bundeskanzler Olaf Scholz

 (A) mit Verschärfungen des Waffenrechts, mit besseren Möglichkeiten, den islamistischen Extremismus zu bekämpfen,

(Thomas Ehrhorn [AfD]: Noch bessere!) und ausdrücklich auch mit mehr Möglichkeiten,

(Thomas Ehrhorn [AfD]: Noch mehr!)

präzise zu handeln, wenn es um irreguläre Migration geht.

Ich will an dieser Stelle klar sagen:

(Wilfried Oellers [CDU/CSU]: Ja, kommen Sie mal zur Wahrheit!)

Wer aus Italien,

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Manischer Tiefpunkt!)

wer aus Portugal, wer aus Griechenland, wer aus Finnland nach Deutschland kommt und sagt:

(Wilfried Oellers [CDU/CSU]: Jetzt bin ich gespannt!)

"Ich will jetzt hierbleiben", der kann keinen Antrag stellen

(Tino Chrupalla [AfD]: Natürlich kann er das!)

und sagen: Ich möchte hier meinen Lebensunterhalt finanziert bekommen. Das ist mit der Freizügigkeit nicht verbunden. Gut so!

(Tino Chrupalla [AfD]: Das ist ja ganz neu!)

(B) Denn es sind 400 Millionen Einwohner in der Europäischen Union. Wenn da jeder sagen könnte: "Ich komme mal vorbei und hätte hier gerne Leistungen", würde das nicht funktionieren.

(Dr. Gottfried Curio [AfD]: Aber aus Irak funktioniert es! Oder Syrien!)

Und tatsächlich machen wir jetzt doch das Gleiche mit den bestehenden Gesetzen, indem wir dafür sorgen, dass sie umgesetzt werden, und mit den neuen Gesetzen, die wir jetzt auf den Weg bringen, und sagen: Wenn dein Verfahren in einem anderen Land Europas durchgeführt worden ist oder durchgeführt wird, dann musst du da die Leistungen kriegen und nicht bei uns. – Eine Selbstverständlichkeit,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Funktioniert ja nicht! – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Eine Selbstverständlichkeit ist, so jemanden gar nicht erst nach Deutschland zu lassen, Herr Bundeskanzler!)

die für 400 Millionen Inländer der Europäischen Union gilt und die auch für diejenigen gilt, die ihre Verfahren anderswo betreiben müssen! Das haben wir entschieden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Beatrix von Storch [AfD]: Lächerlich!)

Und nun kommt noch das Gemeinsame Europäische Asylsystem.

(Dr. Christian Wirth [AfD]: Das bringt überhaupt nichts!)

Das klingt so abstrakt. Ehrlicherweise haben, glaube (C) ich, ganz viele hier in Deutschland gedacht: Das ist eine Sache, die passiert irgendwo an den Außengrenzen der Europäischen Union. – Schwer geirrt! Das bedeutet auch sehr weitreichende gesetzliche Änderungen bei uns, zum Beispiel mit den Handlungsoptionen des Flughafenverfahrens, also schnellere und zügigere Verfahren für diejenigen, deren Verfahren keine Chance auf Erfolg haben. Das werden wir jetzt ganz schnell umsetzen, und wir warten nicht bis zum letzten Moment. Diese Gesetze sind fast fertig geschrieben. Sie werden bald den Deutschen Bundestag erreichen, und sie werden dieses Jahr noch beschlossen werden. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen,

(Thomas Ehrhorn [AfD]: Wie dreist kann man eigentlich sein! – Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

um diese Aufgabe zu bewältigen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Tja, Herr Merz, dann haben Sie angeboten, dass wir gemeinsame Sache machen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nein, nein, nein!)

- Doch, doch.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Jetzt kommt's raus!)

Sie haben sogar angeboten, ich solle meine Koalition sprengen, das wäre auch eine super Sache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Für Deutschland schon! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der AfD)

Habe ich nicht gemacht. Aber ich sage Ihnen ausdrücklich: Es war gut, dass Sie dieses Angebot gemacht haben; denn die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes wollen hier nicht irgendwelche Theateraufführungen erleben.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: So wie jetzt! So wie jetzt! – Beatrix von Storch [AfD]: Null Prozent Zustimmung! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der AfD)

Sie wollen, dass wir ernsthaft und seriös Politik machen.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Also wirklich!)

Seriös – ich buchstabiere Ihnen gern, wie das Wort geschrieben wird –:

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist wirklich die Art und Weise, wie Politik gemacht werden muss.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Wie kann man bei so einem Blödsinn klatschen? Wirklich!)

(A) Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht, dass jetzt das passiert, was eine Zeitung "Schlammschlacht" genannt hat, wo alle vortragen, warum sie gut und die anderen schlecht sind.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Das ist auch aus meiner Sicht nicht die richtige Herangehensweise in dieser Frage.

Deshalb sage ich: Es wäre gut gewesen, wenn wir zu gemeinsamen Lösungen gekommen wären.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Ja!)

Und ich sage Ihnen – auch wenn Sie es vielleicht nicht hören wollen –: Wir schlagen niemals eine Tür zu. Sie können immer wieder kommen,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

trotz der schlechten Erfahrungen, die wir gemacht haben.

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Die Ampel hat uns getäuscht, Herr Bundeskanzler!)

Als vor einem Jahr dieses Angebot schon mal auf dem Tisch war, wir uns mit den Ländern geeint hatten,

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Nichts davon wurde umgesetzt! Nichts umgesetzt bisher!)

wir Ihnen erläutert hatten, was wir mit den Ländern machen wollen, wir Ihnen gesagt haben: "Wir machen auch (B) gern was darüber hinaus",

(Zuruf des Abg. Matthias Hauer [CDU/CSU])

und ich auch schon allen hier in dieser Regierungsmehrheit gesagt habe: "Bereitet euch darauf vor! Ich bin wild entschlossen, mich zu einigen und auch Dinge zu machen, die vielleicht dem einen oder anderen schwerfallen" – und ich erinnere mich noch an den einen oder anderen "begeisterten" Gesichtsausdruck –, da konnten Sie gar nicht so schnell wegkommen, wie man gucken konnte.

(Zuruf des Abg. Hermann Gröhe [CDU/CSU])

Das ist doch ein Problem. Sie haben sich in die Büsche geschlagen – und jetzt schon wieder. Das ist nicht gut für Deutschland.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Sie haben die Mehrheit! Machen Sie es!)

Sie haben sich in die Büsche geschlagen. Sie haben vor zwei, drei Wochen ein Drehbuch geschrieben, in dem Sie darlegen, Sie machen ein Angebot auf Zusammenarbeit. Und dann, wenn es möglich ist, schlagen Sie es aus und sagen: Es ist nicht genug.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Das ist infam, Herr Bundeskanzler! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wer regiert denn?)

So dürfen wir mit so einer ernsten Angelegenheit in diesem Land nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Haben Sie eigentlich Wahnvorstellungen, oder was? Auf so eine Idee muss man erst mal kommen! – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Eine Unverschämtheit!)

Wir wollen eine Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg.

Und ich sage noch mal, weil ja alle immer gerne historische Vergleiche anführen: Es gibt große politische Führer in Oppositionsparteien, und es gab sie immer wieder. Zum Beispiel der Asylkompromiss 1992/1993: Da war die größte Leistung der oppositionellen Führer der SPD, dass sie ihre Partei überzeugt haben, einen Kompromiss zu machen und Schritte zu gehen.

(Beatrix von Storch [AfD]: 400 000 aus dem Balkan!)

Es war nicht die Leistung, dass sie der Regierung gewissermaßen das Leben schwer gemacht haben, sondern sie haben in einer national wichtigen Angelegenheit mit der Regierung zusammengearbeitet, sind zu ihren Parteitagen gegangen und haben gesagt: Das machen wir jetzt; das setzen wir jetzt durch.

Führung ist nicht, dass man auf eine Barrikade steigt, mit einer wilden Geste Forderungen erhebt. Führung ist, dass man sich umdreht und in der Lage ist, die eigenen Leute zu einem Kompromiss zu bewegen. Das ist Führung, Herr Merz!

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Sie wissen doch gar nicht, was Führung ist!)

Und weil die Sache so wichtig ist, will ich gerne und ausdrücklich sagen: Wir sind immer noch bereit. Die Tür ist nicht zu. Wir würden das mit Ihnen machen.

Wir haben jetzt Zurückweisungen an den Grenzen durch die Grenzkontrollen, die wir machen: 30 000, seitdem wir das angefangen haben, damit hier keine falsche Mär erzählt ist. Wir werden alle Möglichkeiten, Zurückweisungen durchzuführen, im Rahmen des geltenden Rechts nutzen.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Tun Sie nicht!)

Und wir haben ein Konzept effektiver Zurückweisungen auf den Tisch gelegt, wo wir bereit sind, das mit der Opposition umzusetzen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist eine Lüge!)

Ich sage dazu: Wir werden es machen, selbst wenn Sie nicht mitmachen. Die Regierung wird dieses Konzept umsetzen und auf den Weg bringen.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Dann macht halt! Dann macht halt mal was! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Dann macht es doch endlich!)

(C)

(D)

(A) Und wir hoffen, dass Sie trotzdem dabei sein werden und dass Sie die Tür, die wir offenhalten, nicht ungenutzt lassen. Das also ist die Situation. Deshalb noch mal einen Satz zum gesamten Thema: Ein Viertel unserer deutschen Bevölkerung hat einen Zuwanderungshintergrund; das heißt, man selbst oder ein Elternteil ist mal aus einem anderen Land gekommen. Und diese Menschen müssen wissen und sich darauf verlassen können, dass man auch in schwierigen Zeiten, wenn man solche Probleme wie irreguläre Migration

(Zuruf von der AfD: Illegale! – Gegenruf der Abg. Dr. Daniela De Ridder [SPD]: Kein Mensch ist illegal!)

durch klare Haltung und toughe Politik

(Beatrix von Storch [AfD]: Tough! Ein ganz Tougher sind Sie!)

bekämpfen muss, Grundsätze hat. Sie können sich auf uns verlassen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Die sind verlassen, total verlassen!)

Wir sind für ihren Beitrag zu unserer Gesellschaft dankbar.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben auch andere große Herausforderungen. Eine davon ist der russische (B) Angriff auf die Ukraine. Ich sage, es ist ganz wichtig, auch in dieser Zeit noch einmal zu betonen: Es ist Russland, das diesen Krieg vom Zaun gebrochen hat. Es ist Russland, das ihn unverändert mit brutaler Härte führt. Und es ist Russland, das einfach sein Nachbarland ganz oder teilweise erobern will und dafür einen hohen Preis bezahlt. Manche Berichte sagen: 300 000 bis 400 000 gestorbene oder schwerverletzte russische Soldaten. Und das ist furchtbar: Etwas, das ja nur dazu führt, dass jemand, der dort politische Verantwortung hat, irgendwann mal nach seinem Ableben, wenn er dann noch lesen könnte, zur Kenntnis nehmen könnte, er hätte das Land um ein paar Kilometer erweitert. Furchtbar! Ich sage das ausdrücklich.

Deshalb gehört an dieser Stelle gesagt – auch wenn wir wissen, dass ein Teil der Menschen, die jetzt rechtspopulistische und populistische Parteien gewählt haben, das gemacht hat, weil sie nicht einverstanden sind damit, dass wir die Ukraine unterstützen; das sollte man nicht wegreden –, dass es richtig ist, dass wir die Ukraine unterstützen, solange es notwendig ist. Und das werden wir auch tun. Denn es ist ein Bruch unserer Friedens- und Sicherheitsordnung, dass Russland versucht, Grenzen zu verschieben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das werden wir tun mit unseren eigenen Mitteln. Das werden wir tun mit dem, was wir gemeinsam mit den Staaten der G 7, den wirtschaftsstarken Demokratien, vereinbart haben: einen 50-Milliarden-Kredit für die (C) Ukraine, damit sie das tun kann, was für die Verteidigung ihres Landes notwendig ist.

Gleichzeitig werden wir alles dafür tun, dass die Möglichkeiten, Frieden zu haben – einen fairen Frieden, der kein Diktatfrieden, keine Kapitulation ist, der die Integrität und die Souveränität der Ukraine als überfallenes Land respektiert –, immer mit ausgelotet werden. Und wir haben viele, viele Dinge getan, um das möglich zu machen, mit Friedenskonferenzen, die überall in der Welt stattgefunden haben: in Dänemark, in Saudi-Arabien, auf Malta, eine große Friedenskonferenz auf dem Bürgenstock in der Schweiz.

Ich sage noch mal: Jetzt ist der Moment, jetzt ist die Zeit, wo wir ausloten müssen, welche Möglichkeiten sich ergeben. Und es ist richtig, wenn der ukrainische Präsident sagt – ich wiederhole das noch mal –: Wir brauchen eine weitere Friedenskonferenz, und bei der muss es dann so sein, dass Russland mit am Tisch sitzt. Das ist die Aufgabe, die wir jetzt bewältigen müssen: auszuloten, was da geht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Hannes Gnauck [AfD])

Meine Damen und Herren, es geht um die Zukunft unseres Landes. Es gibt viele Verunsicherungen, gerade in den reichen Ländern der Welt. Und Debatten, wie wir sie hier führen – es ist manchmal wichtig, sich das klarzumachen -, werden auch anderswo geführt. Es gibt dazu Umfragen in den USA, in Kanada, in Australien, in Europa, in vielen Ländern: Gerade in diesen reichen Ländern ist die Zukunftszuversicht viel geringer als zum Beispiel in Asien, in Afrika. Das muss uns umtreiben, weil natürlich die Frage, ob wir um die Zukunft ringen oder in die Vergangenheit zurückwollen, die entscheidende politische Frage ist, wie ich bereits am Anfang gesagt habe. Deshalb müssen wir alles dafür tun, dass wir unsere Gesellschaft modernisieren, dass wir die Möglichkeiten schaffen, die dazu erforderlich sind, dass das tatsächlich auch gelingt.

Wir haben mit den Entscheidungen dieser Regierung viel, viel dafür getan, dass es Veränderung gibt,

(Zuruf von der AfD: Veränderung auf jeden Fall! – Zuruf des Abg. Thomas Ehrhorn [AfD])

etwa mit mehr Investitionen in unsere Infrastruktur, zum Beispiel in unsere Bahn, nicht wie der Vorschlag von Herrn Merz, dass wir weniger Bahnen fahren lassen sollen, sondern mit massiven Investitionen in die Infrastruktur, damit es tatsächlich klappt, dass die Bahnen besser fahren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Da werden wir zehn Jahre lang Milliarden investieren, ganze Strecken sanieren müssen, weil Jahrzehnte alles versäumt wurde. Das gilt für die Straßen. Das gilt für die Funkmasten, von denen wir zu wenige haben. Das gilt für die Frage der Genehmigungsgeschwindigkeit bei Industrieanlagen.

D)

Gleichzeitig müssen wir die Wachstumspotenziale un-(A) seres Landes verbessern.

> (Beatrix von Storch [AfD]: Indem Sie Kernkraftwerke sprengen!)

Das machen wir mit der Wachstumsinitiative, die nämlich ausdrücklich darauf gerichtet ist, alles rauszuholen, was möglich und gut ist für die jungen Leute, für die Familien in unserem Land, indem wir sagen: Wir wollen jungen Familien bessere Möglichkeiten schaffen. Wir geben Milliarden dafür, dass der Ausbau von Ganztagsangeboten in Schulen und Kitas jetzt vorankommt.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Es ist in den Kitas so schlimm wie nie zuvor!)

Das ist eine entscheidende Verbesserung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der

Wir sorgen dafür, dass es mehr Möglichkeiten bei der Berufsausbildung gibt und für die jungen Leute dort Perspektiven entstehen. Wir kümmern uns darum, dass diejenigen, die einen neuen Beruf lernen müssen, auch die Möglichkeit dazu haben. Und ausdrücklich kämpfen wir darum, dass Ältere eine Perspektive haben, so lange zu arbeiten, wie sie das möchten. Und da gibt es zwei Punkte, die wichtig sind.

Der eine ist, wenn man Mitte 50, Anfang 60 ist: Fragen Sie mal rum – es ist übrigens schon seit vielen Jahrzehnten so –, ob jemand mit 55 oder 61 Jahren, wenn er seinen Job verliert, glaubt, dass er noch mal einen neuen findet. Dem ist nicht so. Fragen Sie mal rum, wie viele eingestellt werden.

(Thomas Ehrhorn [AfD]: Es werden in der Zukunft viele ihren Job verlieren – durch Ihre Politik!)

Deshalb ist es wichtig, dass wir diese Möglichkeiten und Perspektiven verbessern, damit alles rausgeholt wird aus unserem Land, was wir zustande kriegen können.

Aber es ist auch wichtig, dass wir diejenigen unterstützen, die mehr arbeiten wollen. Das machen wir mit der Wachstumsinitiative, indem wir unterstützen und sagen: Wenn man seine Arbeitszeit aufstockt, können Unternehmen dafür zusätzliche Zuschläge zahlen. Wenn jemand freiwillig über das Renteneintrittsalter hinaus arbeiten will, dann bekommt er Unterstützung, indem die Beiträge von ihm selbst vereinnahmt werden können, statt vom Arbeitgeber an die Rentenversicherung ausgezahlt zu werden, oder man bekommt etwas von der Rentenversicherung dazu, weil man später in Rente geht.

Das alles tun wir, um unser Land zu mobilisieren, Wachstum möglich zu machen und den Blick nach vorne für eine realistische Perspektive zu entwickeln.

> (Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Modernisierung ist notwendig: für unsere Gesellschaft, für ihren Zusammenhalt und für eine gute Zukunft.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Und auch das soll hier gesagt werden: Das wichtigste (C) Vermögen, das viele in unserem Land haben, ist ihr Anspruch auf die Altersversorgung: die Rentenversicherung. Deshalb brauchen die 17-Jährigen, die jetzt die Schule verlassen und fünf Jahrzehnte Beiträge zahlen müssen, eine klare Aussage, worauf sie sich verlassen können. Dass wir ein stabiles Rentenniveau in Deutschland garantieren wollen, das ist eines der großen Vorhaben dieser Regierung.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Das hättet ihr schon lange machen können!)

Und es hat etwas mit Zuversicht zu tun, dass man bei einem so langen Lebensprojekt jedes einzelnen Menschen Sicherheit schafft. Wir garantieren diese Sicherung für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der

Es gibt also viele Themen, mit denen wir uns – das ist notwendig – befassen müssen, damit wir neue Dynamik entwickeln, damit wir mit unserer Volkswirtschaft vorankommen. Wir dürfen uns vor den großen Herausforderungen, vor denen wir jetzt stehen, nicht drücken. Deshalb finde ich richtig, dass dieser Bundestag über die Frage von Zuwanderung und Migration, auch irreguläre Migration

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Illegale!)

und wie man sie begrenzen kann, diskutiert. Ich finde richtig, dass wir diskutieren, wie wir Frieden und Sicherheit in Europa garantieren und die Ukraine unterstützen. (D) Und ich finde es notwendig, dass wir über Modernisierung, Wachstum und Zukunftsperspektiven diskutieren, dass wir das Land nicht miesreden lassen von denjenigen, die es nur in die Vergangenheit zurückziehen wollen und unsere wirtschaftliche Zukunft bedrohen.

Schönen Dank.

(Langanhaltender Beifall bei der SPD – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die AfD-Fraktion Dr. Alice Weidel.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Alice Weidel (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Damen und Herren! Fast drei Wochen sind verstrichen seit dem grauenhaften Messerterroranschlag eines abgelehnten syrischen Asylbewerbers in Solingen. Zehn Tage sind ins Land gegangen seit der krachenden Wahlniederlage in Sachsen und Thüringen, die Ihre Kanzlerpartei zur Splitterpartei degradiert hat.

(Beifall bei der AfD)

Sie wollen sich immer noch einreden, dass die Wähler Ihnen in Scharen davonlaufen, weil Sie ihnen Ihre Politik nicht gut genug erklärt hätten. Das Gegenteil ist der Fall:

Dr. Alice Weidel

(A) Die Bürger haben ganz genau begriffen, dass Ihre Politik Wohlstandsvernichtung, Deindustrialisierung, Massenmigration und Verlust der inneren Sicherheit bedeutet. Sie sind der Kanzler des Niedergangs, Herr Scholz.

(Beifall bei der AfD)

Für die Erosion Deutschlands als Industrienation steht auch der Niedergang von Volkswagen. Für den angeblichen Klimaschutz zerstören Sie die deutsche Wirtschaft. Das VW-Desaster ist aber nur die Spitze des Eisberges. 500 000, eine halbe Million Arbeitslose verzeichnet die Statistik, seit Sie die Regierung übernommen haben. Das sind Hunderttausende Familien, Millionen Menschen, die um ihre Zukunft fürchten müssen.

Es trifft alle Branchen, besonders die Automobilindustrie und alles, was an ihr hängt. Zulieferer ZF streicht bis zu 14 000 Stellen. Bei SAP fallen 10 000 Jobs weg, bei Ford 4 600, bei Bosch 3 760, bei Bayer 3 200, bei BASF 3 300, bei Michelin 1 500, bei Miele 1 300, bei Continental 1 200. Die klangvollsten Namen bauen Arbeitsplätze in Deutschland ab und verlagern sie ins Ausland, weil sie hier nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

(Beifall bei der AfD – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche von denen, die Sie hier aufgezählt haben, hat denn Herr Höcke bedroht?)

Die Liste wird täglich länger. Die Stahlsparte von thyssenkrupp erweist sich wegen Unwirtschaftlichkeit als unverkäuflich und steht vor dem Untergang. 27 000 Arbeitsplätze sind in Gefahr. Die Zahl der Insolvenzen hat im Juli ein Zehnjahreshoch erreicht; 40 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Eine dramatische Bilanz, und es ist Ihre Bilanz, Herr Scholz.

(Beifall bei der AfD)

Die bedrohten Privathaushalte will Ihr Wärmepumpenminister Habeck, den ich hier heute vermisse – wo ist der Minister Habeck eigentlich bei dieser Debatte? –,

(Saskia Esken [SPD]: Er hat Corona! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dazu noch zwingen, für die politisch geforderte Demontage von perfekt funktionierenden Gasnetzen zu bezahlen

Der Haushalt, den Sie nach mehreren vergeblichen Anläufen schließlich vorgelegt haben, ist so dilettantisch und zusammengeschustert wie Ihre gesamte Regierungskoalition.

(Beifall bei der AfD)

Sie knöpfen den Bürgern Steuergelder und Abgaben in Rekordhöhe ab und kommen trotzdem nicht aus. Sie türmen Schuldenberg auf Schuldenberg, und es reicht Ihnen nicht. Um es klar zu sagen: Dieser Haushalt ist eine Unverschämtheit und an Unseriosität nicht mehr zu unterbieten.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD: Ihre Rede aber auch!) Während Sie versuchen, die Bürger mit Alibipolitik (C) und Migrationsgipfeln zu beschwichtigen, finden jeden Tag immer weiter Messerattacken und Vergewaltigungen durch illegale Migranten statt.

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Durch Rechtsradikale auch!)

Sie zelebrieren kurz vor den Landtagswahlen eine absurde Luxusabschiebung von ganzen 28 afghanischen Schwerstkriminellen und geben ihnen noch ein fürstliches Handgeld von 1 000 Euro mit auf den Weg. Das sind zwei afghanische Jahresgehälter:

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Unglaublich!)

der Lohn für Mord und Vergewaltigung und eine weitere Einladung zu illegaler Migration.

(Beifall bei der AfD)

Zur gleichen Zeit finanziert das Bundesinnenministerium unter Nancy Faeser ein Portal, das in neun Sprachen zu Tipps und Tricks gegen die eigene Behörde aufruft, um Abschiebungen zu entgehen. Diese Bundesregierung sabotiert Abschiebungen, indem sie per Chancen-Aufenthaltsrecht Aufenthaltstitel verteilt und Ausreisepflichtigen auch noch zusätzlichen Rechtsbeistand auf Kosten der Steuerzahler verschafft.

(Zuruf von der AfD: Pfui!)

Der Attentäter von Solingen konnte sich seiner Rückführung nach Bulgarien auch deswegen monatelang entziehen, weil eine grüne Ministerin Abschiebungen hintertreibt und ein CDU-Ministerpräsident sie gewähren lässt. Mehr als die Hälfte des Jahres arbeiten die Steuerzahler für einen Staat, der illegale Migranten ins Land lockt und den Bürgern die Sicherheit raubt, die er ihnen schuldig ist

(Beifall bei der AfD)

Die Opfer von Solingen könnten noch leben und unversehrt sein, würden die Verantwortlichen nach Recht und Gesetz handeln. Das heißt zuerst und vor allem, illegale Migranten gar nicht erst ins Land zu lassen, sondern die Grenzen zu schließen und jeden zurückzuweisen, der ohne Rechtsanspruch und ohne Papiere nach Deutschland eindringen will – nicht vorübergehend, sondern für immer.

(Beifall bei der AfD)

Das ist im Übrigen keine Option, das ist eine rechtliche Verpflichtung, die Sie haben. Artikel 16a Grundgesetz sagt klar: Einreisende aus sicheren Drittstaaten haben keinen Asylanspruch. § 18 Asylgesetz legt fest, dass die Zurückweisung dieser Illegalen nicht nur zulässig, sondern geboten ist. Keine europarechtliche Verpflichtung setzt diese Regelung – Können Sie bitte ein bisschen leiser sprechen hinter mir?

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

– Ja, das stört. Das machen wir ja auch nicht.

(Beifall bei der AfD – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wie dünnhäutig Sie sind! – Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie schreien ja rum! – Weitere

(D)

(B)

Dr. Alice Weidel

(A) Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Also: Keine europarechtliche – –

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

– Es ist der reinste Kindergarten mit Ihnen,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

und die nächste Wahl wird kommen.

(Beifall bei der AfD)

Ich fange das dritte Mal an,

(Zuruf von der SPD)

damit Sie auch die Gesetze kennen: Keine europarechtliche Regelung setzt das außer Kraft. Kein souveräner Staat kann gezwungen werden, Einreisen gegen sein Recht und seinen Willen zu dulden.

Und dann kam eine CDU-Kanzlerin.

(Zuruf des Abg. Dr. Ralf Stegner [SPD])

Diese Kanzlerin hat dieses geltende Recht vor neun Jahren mit einem Federstrich weggewischt und eine Herrschaft des Unrechts etabliert, die Deutschland zugrunde richtet.

(Beifall bei der AfD)

Darum ist alles Makulatur, was die CDU Ihnen heute erzählt und Herr Merz nachher erzählen wird.

Die Realpolitik der CDU sehen wir im Übrigen in Berlin. Hier, im CDU-regierten Berlin, explodiert die Zahl der Einbürgerungen. Es gibt kaum Ablehnungen von Einbürgerungsgesuchen: 60 Prozent mehr Einbürgerungen in Berlin in den ersten acht Monaten dieses Jahres als im gesamten Vorjahr! So sieht CDU-Politik

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

Massenmigration und migrationspolitischer Kontrollverzicht haben tödliche Folgen. Wir brauchen die Migrationswende, und zwar sofort.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie wollen doch Deportationen!)

Nichtdeutsche greifen sechsmal häufiger zum Messer und begehen siebenmal häufiger Sexualdelikte als deutsche Staatsangehörige.

(Zuruf der Abg. Dr. Daniela De Ridder [SPD])

So hat der Chef der Bundespolizei, Romann, zuletzt die Lage zusammengefasst.

Seit 2017 wurden laut Zahlen des BKA mehr als 52 000 Frauen Opfer eines Sexualdelikts durch Asylmigranten; Hauptherkunftsländer: Syrien, Afghanistan, Irak.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zahl der Gruppenvergewaltigungen stieg im letzten Jahr auf 761; mehr als zwei dieses grauenhaften Verbrechens an jedem Tag. Bei 209 Gruppenvergewaltigungen im Land Nordrhein-Westfalen sind fast drei Viertel der (C) Tatverdächtigen Nichtdeutsche oder haben einen offenkundigen Migrationshintergrund. Rund zwei Drittel der Tatverdächtigen in der Bandenkriminalität sind Nichtdeutsche. Ja, worauf warten Sie also noch? Schieben Sie diese Verbrecher endlich ab!

(Beifall bei der AfD)

Gegen explodierende Migrantenkriminalität helfen nur sofortige robuste Maßnahmen: ein striktes Moratorium für Einwanderung, Aufnahme- und Einbürgerungsstopp von allen Migranten für mindestens fünf Jahre und keine Einbürgerung von Menschen, die in unserem Sozialsystem hängen,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Schließung der Grenzen, ausnahmslose Zurückweisung aller Illegalen, sofortige Ausweisung aller Illegalen und Straftäter, Beseitigung aller finanziellen, rechtlichen und sozialstaatlichen Anreize, Sach- statt Geldleistungen und endlich der Umbau des Asylrechts. Das würde eine verantwortungsvolle AfD-geführte Regierung jetzt tun.

(Beifall bei der AfD)

Sie alle haben das migrationspolitische Staatsversagen in den letzten Jahren und Jahrzehnten aktiv vorangetrieben. Mehr noch: Sie haben die Wege der Vernunft ausgeschlagen und stattdessen die Gesellschaft gespalten. Sie haben Kritiker systematisch diffamiert, mit Ungeziefervergleichen und übelster Fäkal- und Nazisprache entmenschlicht

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (D)

und den Geheimdienst auf sie angesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Herr Hofreiter von den Grünen hat mit seiner Forderung, die Plattform X zu verbieten, die hässliche Fratze des totalitären Ungeistes aufgezeigt, der Sie beherrscht.

(Beifall bei der AfD)

Das heißt auch: Sie halten die Meinungsfreiheit für gefährlicher als den schrankenlosen Import von Mördern und Terroristen. Statt im fairen Ringen die beste Lösung zu suchen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fair? Mit der AfD passt das nicht zusammen!)

berauben Sie die Opposition wichtiger parlamentarischer Rechte. Sie verweigern uns bis heute uns zustehende Posten im Bundestagspräsidium, in entscheidenden Gremien, in den Ausschüssen. Damit berauben Sie Millionen Wähler ihrer vollen parlamentarischen Vertretung. Sie sind die wahren Demokratie- und Rechtsstaatsverächter.

(Beifall bei der AfD)

Mit fadenscheinigen Manipulationen wollen Ihre Genossen und Kollegen in Sachsen und Thüringen diesen Wählerbetrug fortsetzen und die Kraft, der ein Drittel der Wähler einen ganz klaren Auftrag gegeben hat, mit allen Mitteln von der Regierung und ihren Rechten fernhalten. Ihre demokratische Mitte, die Sie dafür konstruiert haben, ist so demokratisch wie das mittlere D der DDR.

(C)

Dr. Alice Weidel

(A)

(Beifall bei der AfD)

Im Wahlkampf schreibt die CDU von der AfD ab, lehnt aber alle Anträge von uns ab - komisch! -, und nach der Wahl reiht sie sich in die linke Einheitsfront ein.

Das ändert aber nichts an unserer Entschlossenheit, im Interesse unseres Landes diese Groteske abzustellen, und das spätestens in der nächsten Wahlperiode, die hoffentlich nicht erst in einem Jahr beginnt.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Wo? In der Schweiz oder hier?)

Denn so lange kann Deutschland nicht mehr auf Reformen warten, und so lange hält das unser Land auch nicht mehr aus. Wer echte Veränderung und Reformen will, der wählt die Alternative für Deutschland.

Ich bedanke mich.

(Langanhaltender Beifall bei der AfD)

Präsidentin Bärbel Bas:

Da die Information über die Erkrankung von Herrn Habeck wohl nicht bei allen Fraktionen angekommen ist, will ich das hier einmal richtigstellen: Herr Habeck ist erkrankt und kann heute nicht an der Plenarsitzung teilnehmen.

(Zuruf von der AfD: Der arme Kerl!)

Jetzt hat das Wort als Nächste für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Katharina Dröge.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (B) und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der

Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine Rede heute mit einem Bild anfangen, das mir einmal gezeigt wurde. Das Bild zeigte eine Blumenwiese mit Schmetterlingen.

(Zurufe: Oh!)

Das Bild wurde gemalt von einer Frau, die vor einigen Jahren nach Deutschland geflohen ist. Sie war auf der Flucht unterwegs mit einer Gruppe von Menschen, als sie überfallen wurde. Sie selbst wurde an einen Baum gebunden und musste dort mit ansehen, wie viele andere Menschen aus dieser Gruppe vergewaltigt und ermordet wurden.

Die Blumenwiese mit den Schmetterlingen auf diesem Bild: Das ist die Wiese, auf die sie dabei geschaut hat, die Wiese, unter der die Menschen begraben wurden. Dieses Erlebnis hat sie so traumatisiert, dass sie aufgehört hat, zu sprechen.

(Zuruf von der AfD: War das in NRW?)

Das Bild wurde im Rahmen einer Psychotherapie gemalt, die die Caritas angeboten hat.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es sind zuallererst diese Menschen, über die wir sprechen, wenn wir miteinander über das Thema "Flucht und Asyl" diskutieren;

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der

Menschen, denen das Schlimmste passiert ist, was wir uns vorstellen können; Menschen, die hier nichts anderes suchen als die Möglichkeit, ein Leben in Sicherheit und Frieden zu führen. Dafür gibt es das Recht auf Asyl, und deshalb müssen wir es schützen.

> (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir alle miteinander als demokratische Parteien haben eine Verantwortung, wenn wir über Menschen reden, die auf der Flucht sind,

> (Tino Chrupalla [AfD]: Reden Sie erst mal über die Menschen im eigenen Land!)

nämlich die Verantwortung, zu differenzieren. Es ist möglich, mit großer Klarheit darüber zu sprechen, dass es Menschen gibt, die zu Recht hier bei uns Schutz suchen, und darüber zu sprechen, dass es Menschen gibt, die den Schutz, den wir hier gewähren, missbrauchen.

Es ist möglich, sonnenklar darüber zu sprechen, dass Menschen, die hier schwere Verbrechen begehen, bis hin zu Mord und Terror, jeden Anspruch auf Schutz in unserem Land verloren haben und dieses Land verlassen müs-

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Christian Dürr [FDP])

Es ist möglich, darüber zu sprechen, wie schockiert, ent- (D) setzt und traurig wir über den furchtbaren Terroranschlag von Solingen sind. Glauben Sie mir - ich selbst bin Kölnerin –, ich habe mich an dem Abend gefragt, ob Freunde von mir auf diesem Stadtfest sind und ob es ihnen wohl gut geht.

Es ist möglich, über all das in großer Klarheit zu sprechen und gleichzeitig zu differenzieren,

> (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

gleichzeitig so darüber zu sprechen, dass wir die anderen eben nicht treffen; die anderen, die damit schlicht und einfach nichts zu tun haben - so wie die Frau, die das Bild mit dem Schmetterling gemalt hat.

Wenn ich mir die politische Debatte in den letzten Wochen oder vielleicht sogar Monaten anschaue, dann muss ich aber sagen: Diese Differenzierung gelingt immer weniger Demokraten in diesem Haus, und ich finde, das ist ein großes Problem.

> (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ja, wir müssen über den gewaltbereiten Islamismus sprechen - nicht erst seit Solingen, sondern schon seit vielen Jahren. Islamismus gehört zu den größten Gefahren für unsere Gesellschaft. Der radikale Islamismus vergiftet die Köpfe der Menschen. Er führt zu Gewalt, Unterdrückung und Tod. Deshalb ist es richtig, mit aller Entschiedenheit, mit aller Entschlossenheit und mit aller Härte gegen Islamismus vorzugehen.

Katharina Dröge

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich sage Ihnen ganz klar: Wir haben null Toleranz gegenüber Gefährdern. Wer hier Anschläge oder Attentate plant, der muss abgeschoben werden; das fordern wir Grünen schon seit Langem.

(Lachen bei der AfD)

Und wer im schlimmsten Fall einen solchen Anschlag wie den in Solingen begangen hat, hat jedes Recht auf Schutz durch Asyl verloren.

(Beatrix von Storch [AfD]: Wie viele Morde muss er denn begehen?)

Aber für Sicherheit braucht es mehr. Es braucht eine engmaschige Überwachung auch deutscher Gefährder. Es braucht ein Bundesamt für Verfassungsschutz, das noch stärker als Frühwarnsystem agieren kann, um Gefahrenpotenziale auch wirklich zu erkennen. Es braucht ein noch entschlosseneres Vorgehen gegen die Radikalisierung im Netz; denn das Gift des Islamismus erreicht die Köpfe der Menschen nicht nur im Ausland, sondern auch hier. Deswegen ist es so wichtig, gegen Radikalisierung vorzugehen. Prävention und Aufklärung sind ganz entscheidende Teile einer Strategie für mehr Sicherheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Man sollte darüber sprechen, was wirklich mehr Sicherheit für die Menschen in diesem Land bringt. Was allerdings überhaupt nichts bringt – wirklich kein Stück mehr Sicherheit –, ist, wenn man versucht, in den Nachwehen eines furchtbaren Terroranschlags mit den Ängsten der Menschen Wahlkampf zu machen, so wie Sie, Herr Merz, das nach Solingen getan haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das ist wirklich unverschämt! Wirklich unverschämt!)

Sie, Herr Merz, haben keinen Vorschlag gemacht, wie man Islamismus gezielt bekämpfen kann. Was Sie stattdessen zwei Tage nach Solingen vorgeschlagen haben, war ein sofortiger Aufnahmestopp für alle Menschen aus Syrien und Afghanistan. "Alle", das heißt auch die jesidischen Frauen, die verschleppt, vergewaltigt und versklavt wurden, gerade von den Terroristen des "Islamischen Staates", und zu uns geflohen sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

"Alle", das heißt auch die Menschenrechtsaktivisten, die sich in Afghanistan den Taliban entgegenstellen, und auch die Frauen und Mädchen, die in Afghanistan auf der Straße kein Wort mehr sprechen können. Alle!

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, Herr Merz: Wer einen Vorschlag macht, der nicht mehr differenziert zwischen den Terroristen und ihren Opfern, der scheitert zu Recht,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

und zwar an jedem Gesetz, das sich Deutschland, die (C) Europäische Union und die internationale Staatengemeinschaft seit dem Zweiten Weltkrieg gegeben haben. Ich sage Ihnen: Das ist nicht nur eine Politik ohne Herz, sondern auch eine Politik ohne Sinn und Verstand.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Kluge Politik behält den Überblick gerade nach so einem furchtbaren Anschlag und konzentriert sich auf das, was wirklich hilft. Das ist ein Sofortprogramm zur Stärkung der inneren Sicherheit in diesem Land, zum Beispiel durch eine bessere Unterstützung unserer Polizei

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Polizeibeauftragte, oder?)

Polizisten haben in den letzten Wochen Großartiges geleistet. Sie haben viele Menschenleben geschützt. Dafür möchte ich einmal im Namen des ganzen Hauses Danke sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Aber ich glaube, viele Polizistinnen und Polizisten können dieses Danke mittlerweile von uns nicht mehr hören.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Ja, das glaube ich auch!)

Sie wünschen sich ganz reale Unterstützung in ihrer täglichen Arbeit: reale Unterstützung bei der Ausstattung, sodass sie bei Kontrollen nicht mehr im Regen stehen,

(D)

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Taser zum Beispiel! Taser!)

reale Unterstützung für einen funktionierenden Digitalfunk, der da eingesetzt wird, wo er wirklich gebraucht wird, oder auch einfach mehr Kolleginnen und Kollegen angesichts der vielen Überstunden, die unsere Polizisten täglich in diesem Land leisten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Mehr rechtliche Kompetenzen!)

Darüber hätten wir gerne mit Ihnen von CDU und CSU in der Arbeitsgruppe, die Sie gestern vorzeitig verlassen haben, gesprochen. Denn für so etwas braucht man auch die Bundesländer. Für die Polizei sind auch die Bundesländer zuständig,

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Die machen das schon!)

in denen Sie viele Innenminister stellen. Aber Sie als Union hat das nicht mal interessiert. Sie wollten mit uns nicht über die Situation der Polizei sprechen. Sie wollten mit uns nicht über eine Verschärfung des Waffenrechts sprechen. Sie wollten mit uns nicht über eine Bekämpfung der Organisierten Kriminalität sprechen. Sie wollten mit uns nicht über Befugnisse der Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden sprechen. Sie wollten mit uns nicht über einen Schutz der kritischen Infrastruktur sprechen. Die innere Sicherheit in diesem Land hat Sie

Katharina Dröge

(A) schlicht und einfach nicht interessiert. Das ist ein Armutszeugnis für die Union; das muss ich Ihnen so ehrlich

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Das Einzige, worüber Sie mit uns sprechen wollten, war das Thema Asyl. Auch wir wollten mit Ihnen über das Thema Asyl sprechen. Es macht Sinn, wenn Bund und Länder sich gemeinsam an einen Tisch setzen und schauen – gerade nach Solingen –, wie man es schafft, dass die Dublin-Verfahren besser ablaufen und Behörden schneller zusammenarbeiten können; denn offensichtlich hat das nicht überall funktioniert.

Es macht Sinn, über die Vorschläge des Deutschen Richterbundes zu sprechen, der davor gewarnt hat, dass die mangelhafte personelle Ausstattung der Justiz dazu führt, dass diese zum Flaschenhals in der deutschen Asylpolitik wird.

Es macht Sinn, gemeinsam über die europäische Asylpolitik zu sprechen, zum Beispiel über eine vorzeitige Umsetzung des GEAS, wie wir Ihnen das in der Arbeitsgruppe angeboten haben. Aber auch darüber wollten Sie nicht sprechen. Sie hatten an einem vernünftigen Dialog einfach kein Interesse; das ist eine große verpasste Chan-

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie des Abg. Christian Dürr [FDP])

Der Kern der Demokratie ist die Fähigkeit zum Kompromiss. Unser Föderalismus baut darauf auf, dass Bund und Länder über den Bundesrat miteinander zusammenarbeiten. Und, Herr Merz, es ist ja nicht nur die CDU/ CSU-Bundestagsfraktion vom Tisch aufgestanden. Es sind ja direkt all Ihre Ministerpräsidenten mitgegangen. Das ist eine verpasste Chance.

> (Thorsten Frei [CDU/CSU]: Es waren aber gar keine da!)

Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes erwarten zu Recht, dass sich nicht jeder wie ein Kind im Sandkasten hinsetzt und sagt: Wenn ich nicht alleine bestimmen darf, spiele ich nicht mehr mit. – So kann man doch kein Land regieren!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP - Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das ist so unseriös, Frau Dröge! Eigentlich müssten Sie das wissen! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Peinlich, wirklich peinlich!)

Sie als Union haben im Kern auf einem einzigen Vorschlag beharrt, und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Dieser Vorschlag war leider Unsinn.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Das sieht die FDP aber anders! – Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Ihre Rede ist Unsinn!)

Ich will jetzt nicht ewig darüber diskutieren, warum Ihr Vorschlag rechtlich nicht funktioniert. Das juristische Proseminar hatten Sie gestern. Ich will Ihnen stattdessen erklären, warum das in der Sache auch nicht funktioniert. Asylpolitik ist zu Recht europäisch geregelt; Asylpolitik (C) funktioniert nicht national. Nur wenn die europäischen Staaten gemeinsam eine Lösung finden, lassen sich in dieser Frage nicht nur Humanität, sondern auch Ordnung auf dem europäischen Kontinent herstellen. Es ist doch naiv, Herr Merz, zu glauben, dass die anderen europäischen Staaten, wenn Deutschland seine Grenzen schließt, so wie Sie das vorgeschlagen haben, einfach zuschauen und gar nichts machen. Schauen Sie sich nur die - übrigens berechtigten – Reaktionen von Polen, Österreich und Tschechien an, die in den letzten Tagen vermehrt Grenzkontrollen durchgeführt haben. Der Vorschlag der Union würde im Kern dazu führen, dass in der europäischen Asylpolitik gar nichts mehr funktioniert. Kein Land würde noch Dublin-Rückstellungen akzeptieren, wenn wir unsere Grenzen schließen. Kein Land würde noch an den europäischen Außengrenzen Registrierungen durchführen, wenn eine faire Verteilung in der Europäischen Union nicht mehr funktioniert. Es gäbe ein absolutes Chaos. Das wäre das Ende jeglicher Regulierung, und die Geflüchteten wären trotzdem da. So ein Vorschlag kann den Kern der Europäischen Union kaputtmachen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Jens Spahn [CDU/CSU]: Weiß die FDP davon?)

Der Kern der Europäischen Union ist die Zusammenarbeit zwischen Staaten statt nationaler Alleingänge. Das sind Kooperation und Freundschaft in der festen Überzeugung, dass man Herausforderungen zusammen besser lösen kann. Ich bin aufgewachsen in einem Europa, das (D) sich immer mehr auf diesen Weg gemacht und an die Idee der Zusammenarbeit geglaubt hat. Ich bin aufgewachsen in einem Europa, das seine Grenzen immer weiter geöffnet hat, statt sie zu schließen, in einem Europa, in dem ich schneller von Köln nach Brüssel fahren kann als nach Berlin, weil ich eben nicht irgendwo an der Grenze stehe, in einem Europa, das gemeinsam zu Wohlstand gekommen ist, weil es auf Zusammenarbeit setzt, statt Lkws in kilometerlangen Staus auf den Autobahnen zu blockie-

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Und ich bin in einem Deutschland aufgewachsen, in dem es eine CDU gab, die an diese Idee geglaubt hat. Mit dem Vorschlag, den Sie hier machen, Herr Merz, verabschieden Sie sich nicht nur von der Politik von Angela Merkel. Sie verabschieden sich damit auch von der Politik von Helmut Kohl und Konrad Adenauer, und zumindest wir werden das nicht zulassen.

> (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir als Abgeordnete des Deutschen Bundestages haben großes Glück: Wir vertreten ein Land und eine Gesellschaft, auf die wir vertrauen können.

> (Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Aber den Grünen vertraut niemand!)

Katharina Dröge

(A) Diese Gesellschaft hat in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, dass sie gerade in Krisen in der Lage war, zu differenzieren, dass sie gerade in Krisen in der Lage war, Solidarität zu zeigen, und dass sie gerade in Krisen in der Lage war, Populismus und vernünftige Vorschläge voneinander zu unterscheiden.

(Zuruf der Abg. Carolin Bachmann [AfD])

Ich kann nur an uns als Abgeordnete des Deutschen Bundestages appellieren: Lassen Sie uns die Politiker sein, die dieses Land auch vernünftig repräsentieren!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die FDP-Fraktion Christian Dürr.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Christian Dürr (FDP):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte heute Morgen zeigt, dass das in dieser Woche keine normalen Haushaltsberatungen sind. Die Migrationspolitik steht im Zentrum der Debatten in der deutschen Öffentlichkeit und auch hier im Deutschen Bundestag.

(B) (Beatrix von Storch [AfD]: Die FDP bei 0,9 Prozent!)

In Wahrheit steht die Migrationspolitik bei vielen Menschen in Deutschland im Zentrum dessen, was sie bewegt, bereits seit dem Jahr 2015.

Das furchtbare Attentat von Solingen hat uns eines gezeigt: Es ist notwendig, dass Demokratinnen und emokraten, der föderale Bundesstaat, die Bundesländer und der Bund, an einem Strang ziehen müssen. Der Attentäter von Solingen war vollziehbar ausreisepflichtig nach Bundesrecht und übrigens auch nach europäischem Recht. Landesbehörden haben den späteren Attentäter nicht angetroffen. Er ist nicht abgeschoben worden. Es ist danach nichts passiert. Es wäre ein Leichtes, einer aktuell schwarz-grün geführten Landesregierung in Nordrhein-Westfalen die Schuld zuzuschieben. Ich glaube, man muss offen und ehrlich ergänzen: Dieses schreckliche Attentat und das Versagen der Behörden und des Staates hätten auch in anderen Bundesländern passieren können.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Fraktion, ich will auf die Gespräche des gestrigen Tages im Bundesinnenministerium zu sprechen kommen, weil die deutsche Öffentlichkeit – zu Recht – will, dass der Rechtsstaat handelt, und sich von unseren Gesprächen sehr viel erhofft. Der Parteivorsitzende der CDU, Herr Kollege Merz, hat vor genau einer Woche bei einer Rede auch die Änderung in der Programmatik der CDU Deutschlands beschrieben. Ich fand das sehr glaubwürdig, was er gesagt hat. Er hat gesagt: Es hat zweieinhalb Jahre gedauert, die Migrationspolitik der eigenen Partei fundamental zu ändern. Es hat zweieinhalb

Jahre gedauert, eine um 180 Grad veränderte Position (C) einzunehmen, weil auch die CDU Deutschlands zuvor, seit 2015, eine andere Politik gemacht und in der Bundesregierung vertreten hat. – Es ist kein Geheimnis, dass auch meine Partei in der vergangenen Wahlperiode als Opposition hierzu Vorschläge unterbreitet hat und wir im Bundestagswahlprogramm beispielsweise sehr klare Positionen zur Ordnung und Regulierung der Migration bezogen haben.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Turboeinbürgerungen! Turboeinbürgerungen waren Ihr Vorschlag!)

Ich sage aber auch eines in aller Klarheit, liebe Kollegen der Union – und ich halte das für sehr glaubwürdig, was Herr Merz seinerzeit, vor einer Woche, sagte –: Eine grundlegende Kurskorrektur einer Partei darf kein Selbstzweck bleiben, meine Damen und Herren. Weder – und das haben wir gelernt – Programme von Parteien noch das Bundesgesetzblatt ändern automatisch die Realität in Deutschland; das schafft nur echtes Handeln. Und das müssen die Demokraten im Hause und in Deutschland gemeinsam hinbekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Weg von 2015 hin zur migrationspolitischen Realität, dieser Kurswechsel darf kein Selbstzweck gewesen sein; denn es geht hier um unser Land.

(D)

Was die Gespräche des gestrigen Tages betrifft – das haben eben einige Redner bereits gesagt; es ist gestern auch in einer Pressekonferenz öffentlich geworden –: Wir haben gestern Vorschläge gemacht, wie man Zurückweisungen rechtssicher und effektiv umsetzen kann, auch indem man diejenigen, die nicht legal nach Deutschland einreisen wollen, vorübergehend festsetzt. Das ist vor allen Dingen auch deshalb wichtig, weil Deutschland von seinen europäischen Nachbarn ausschließlich durch eine grüne Grenze getrennt ist. Es ist wichtig, dass Zurückweisungen keine Scheinlösungen sind, sondern funktionieren, damit die Menschen wissen, dass wir die Sache wieder in den Griff bekommen wollen.

Es ist kein Geheimnis, dass CDU und CSU gesagt haben: Wir haben einen weiteren Vorschlag, nämlich die einfachen Zurückweisungen direkt an den Grenzpunkten. – Neben der von mir erwähnten Frage nach der Effektivität stellen sich – und das haben die Kollegen, die anwesend waren, ja auch freimütig zugegeben – in einem Rechtsstaat zu Recht Rechtsfragen, und die werden zu Recht im Rechtsstaat gestellt. Der Bundesjustizminister und die Bundesinnenministerin haben das Angebot gemacht,

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Wovon die Außenministerin nichts wusste!)

trotz der allgemein anerkannten rechtlichen Unsicherheit, die ja auch Sie in den Gesprächen schon in der vergangenen Woche richtigerweise eingeräumt haben, auch einfache Zurückweisungen an der Grenze durchzuführen.

Christian Dürr

(A) Meine Damen und Herren, ich glaube, für eine Blockade in der Frage der Ordnung und Begrenzung der Migration haben die Menschen in Deutschland kein Verständnis mehr. Deswegen lautet meine herzliche Bitte, das, was vorgeschlagen worden ist – übrigens auch in Bezug auf die Flughäfen; denn auch über diese erfolgt irreguläre Migration; diejenigen, die dort illegal einreisen wollen, gilt es ebenfalls festzusetzen –,

(Zurufe von der CDU/CSU: Machen Sie es doch! – Machen Sie es einfach!)

flächendeckend an den deutschen Außengrenzen umzusetzen – trotz der Kritik der europäischen Partner –, genauso wie den Vorschlag, den die Union in Bezug auf einfache Zurückweisungen vorgetragen hat, und gemeinsam die Rechtskonsequenzen zu tragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich sage das mit aller Deutlichkeit und angesichts dessen, was gestern gesagt worden ist. Das alles kann angesichts der bitteren Lehre, die wir aus Solingen gezogen haben, ausschließlich gemeinsam funktionieren. Der Bund ist im föderalen Rechtsstaat zwingend auf die Bundesländer angewiesen.

Ich will auf die 90er-Jahre zu sprechen kommen. Es gab in den 90er-Jahren zwei politische Situationen. Eine ist vorhin bereits dargestellt worden von einigen Rednern, nämlich der Asylkompromiss von 1992 und 1993.

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Da gab es noch (B) Sozialdemokraten!)

> Es gab auch eine andere Situation; ich schaue in Richtung der Kollegen der SPD. Es gab die Situation, dass sich der damalige saarländische Ministerpräsident und Parteivorsitzende der SPD dazu entschieden hat, grundsätzlich, auch über die Länderkammer, zu blockieren. Ich glaube, das wäre falsch. Dieser Herr ist ja mittlerweile Mitglied einer ganz anderen Partei, mit der Sie ja noch Gespräche beispielsweise in Thüringen und Sachsen führen werden. Ich sage an dieser Stelle: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Aber worauf ich hinauswill: Der Asylkompromiss ist 1992/1993 gelungen, weil die damalige sozialdemokratische Opposition sich ein Herz gefasst hat und bereit war, gemeinsam mit der schwarz-gelb geführten Bundesregierung das umzusetzen. – Das wäre jetzt das Gebot der Stunde, und dazu sind alle Demokraten eingeladen, auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU/ CSU, lieber Herr Kollege Merz.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Richtig ist – das haben der Bundeskanzler und auch am Morgen selbst der Kollege Alexander Dobrindt in seiner unnachahmlich freundlichen Art und Weise gesagt –: Migration hat einen weiteren Aspekt. Wir sind händeringend auf die Fachkräfteeinwanderung in unseren Arbeitsmarkt angewiesen.

(Zuruf des Abg. Alexander Throm [CDU/ CSU])

Ich habe es damals sehr bedauert, als die Union gegen das (C) Fachkräfteeinwanderungsgesetz dieser Regierung gestimmt hat. Denn der zentrale Satz gerade bei der Ordnung der Migration in Deutschland und auch vor dem Hintergrund unserer wirtschaftlichen Herausforderung – da ist die gigantische Mehrheit der Menschen in Deutschland sehr realistisch – muss doch lauten: Es muss einfacher sein, nach Deutschland zu kommen, um zu arbeiten, als nach Deutschland zu kommen und nicht zu arbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das muss die Botschaft der Stunde sein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gleichzeitig – auch das will ich aufgreifen; ich komme noch auf den Haushalt zu sprechen – stehen wir vor sehr großen ökonomischen Herausforderungen. Dass unsere Wettbewerbsfähigkeit seit 2014 nachgelassen hat, ist hier mehrfach erwähnt worden. Ich appelliere auch hier, gemeinsam zu handeln, wo es notwendig ist. Ich komme gleich darauf zu sprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Union.

Lieber Alexander Dobrindt, mich hat gewundert, dass Sie, als Sie hier gerade über die Frage der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes gesprochen haben, den Eindruck erwecken wollten, dass es vorher wunderbar lief und Mitte Dezember 2021 sich auf einmal alles fundamental geändert hat. Ich habe nicht vergessen, lieber Kollege Dobrindt – ich will Ihnen nur zwei Beispiele nennen –, welcher CSU-Minister im Kabinett von Frau Merkel das Lieferkettengesetz in Deutschland, das der Mittelstand zu Recht beklagt, vorgeschlagen und mit (D) Mehrheit durchgesetzt hat

(Beifall bei der FDP)

und welche Partei auf europäischer Ebene das Verbrennerverbot durchgesetzt hat.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Wir nicht! Aber die FDP!)

Welche Partei war denn da in Verantwortung, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Der Bericht von Herrn Draghi zur Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union spricht Bände. Seit 2019 hat allein die Europäische Union 13 000 Rechtsakte erlassen. Zum Vergleich: In den Vereinigten Staaten von Amerika waren es in der gleichen Zeit 3 500. Ja, wir brauchen die Zeitenwende in der Geopolitik; darüber ist viel gesprochen worden. Diese hat Deutschland eingeleitet, auch durch das Sondervermögen, an dem Sie mit uns gemeinsam gearbeitet haben, und durch das, was wir tun, um die Ukraine zu unterstützen. Aber eine solche Zeitenwende brauchen Deutschland und Europa eben auch in der Wirtschaftspolitik, in der ökonomischen Situation. Unser gemeinsames Ziel muss doch sein, das, was wir im Rahmen der Wachstumsinitiative national tun können, jetzt auch anzugehen. Das beginnt mit dem Bundeshaushalt 2025; denn wir wollen wieder auf den Wachstumspfad zurückkommen. Das gilt aber ganz genau so auch auf europäischer Ebene. Ich habe den Wahlkampf der CDU/CSU zur letzten Europawahl nicht vergessen, in dem Sie viele Versprechungen gemacht haben. Ich lade Sie ein, liebe Kolleginnen und Kollegen, gemeinsam nach Brüssel zu fah-

Christian Dürr

(A) ren und diese Versprechungen auch gegen Frau von der Leyen durchzusetzen, damit wir bei der ökonomischen Prosperität unseres Kontinents wieder nach vorne kommen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kurzum: Wir werden in den kommenden Tagen einen Haushalt beraten, der auch unmittelbar mit dem wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes verbunden sein muss. Denn die Umsetzung dessen – der Finanzminister hat es gestern bei der Einbringung gesagt -, was wir uns für das Jahr 2025 vorgenommen haben, hängt auch von ökonomischen Reformen in diesem Jahr ab. Der Haushalt 2025, meine Damen und Herren, ist an zwei Punkten an eine Wende gekommen und hat endgültig abgeschlossen mit der Politik der Vorgängerregierung. Wir halten die Schuldenbremse ein. Das ist ein verfassungsrechtliches und politisches Versprechen, übrigens auch meiner Partei. Und wir haben gezeigt, was richtigerweise zu geschehen hat. Man kann solide Finanzen gewährleisten und gleichzeitig die Investitionen in die Zukunft – in die Infrastruktur, in die Straße, in die Schiene, und in die Bildungsinfrastruktur - auf ein Rekordniveau bringen.

Das Jahr 2025 und dieser Haushalt stehen auch für eine Investitionswende für die Zukunft unseres Landes: weg von der Subventionitis der Vergangenheit, hin zu Investitionen und marktwirtschaftlicher Prosperität. Das ist das Gebot der Stunde, meine Damen und Herren. Und auch das sollten wir gemeinsam angehen.

(B) Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion Friedrich Merz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Friedrich Merz (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute, auf den Tag genau vor 23 Jahren - es war auch eine Haushaltswoche im Deutschen Bundestag -, sind in New York die Twin Towers und in Washington das Pentagon von islamistischen Terroristen angegriffen worden. Fast 3 000 Menschen haben bei diesem schwersten Terrorakt, den die Vereinigten Staaten von Amerika jemals erlebt haben, ihr Leben verloren. Und seit mehr als zweieinhalb Jahren tobt nun der russische Angriffskrieg in der Ukraine, dem mittlerweile allein unter der ukrainischen Zivilbevölkerung über 12 000 Menschen zum Opfer gefallen sind, darunter fast 1 000 Kinder. Herr Bundeskanzler, Sie haben wenigstens die Ukraine angesprochen. Beide Daten, der 11. September 2001 und der 24. Februar 2022, markieren das, was Sie zu Recht als Zeitenwende bezeichnet haben. Und auch der 7. Oktober 2023 gehört in diese Aufzählung von Daten, der Tag des Angriffs der Hamasterroristen auf Israel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allen kontroversen Debatten, die wir führen: Wir dürfen diese Daten nie vergessen, und wir müssen vor allem immer und immer wieder sagen, auf wessen Seite wir stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir stehen nicht nur abstrakt auf der Seite von Freiheit und Frieden. Wir stehen sehr konkret an der Seite der Menschen, an der Seite derjenigen, die bis zum heutigen Tag Opfer von Terror und Krieg geworden sind, und derjenigen, die täglich hinzukommen. Und jenseits aller Details unserer Haushaltsberatungen muss für unser Land klar sein und klar bleiben, dass wir uns an Terror und Gewalt, dass wir uns an den Krieg gegen die Ukraine niemals gewöhnen und dass wir diesen Krieg immer als das bezeichnen, was er ist, nämlich ein brutaler, völkerrechtswidriger Angriffskrieg mit täglich schwersten Kriegsverbrechen gegen ein unschuldiges Land und gegen eine unschuldige Zivilbevölkerung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Es bleibt unsere Pflicht, der Ukraine zu helfen, fest an ihrer Seite zu stehen und vor allem nicht den Eindruck zu erwecken, wir könnten mit einer elegant daherkommenden Friedens- und Diplomatierhetorik einen Kriegsverbrecher wie Putin zum Aufgeben bewegen.

Putin wird – wenn überhaupt – erst dann an den Verhandlungstisch kommen, wenn er die Aussichtslosigkeit weiterer militärischer Gewalt erkennen muss.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ob und wann er dies gegebenenfalls erkennt, meine Damen und Herren, liegt auch mit in unserer Hand, an unserer Bereitschaft, der Ukraine weiter unsere Hilfe zukommen zu lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Zwar unvergleichbar, aber auch unser Land steht in diesen Wochen und Monaten vor einer ganzen Reihe großer Herausforderungen. Das Thema Migration bewegt die Menschen in Deutschland seit vielen Monaten,

(Beatrix von Storch [AfD]: Seit 2015, um präzise zu sein!)

vor allem die unbewältigte Migrationskrise. Und spätestens seit dem Terrorakt von Solingen ist den meisten von uns wohl endgültig klar geworden, dass es so, wie es bisher war, einfach nicht weitergehen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Vorher nicht?)

- Ich habe gesagt: spätestens seit diesem Tag.

(A) Lassen Sie mich zunächst einmal klarstellen, worum es uns und auch mir persönlich in dieser Diskussion und dem gesamten Kontext der Diskussion um Einwanderung und Integration besonders in diesen Tagen und Wochen geht. Deutschland muss ein offenes und ausländerfreundliches Land bleiben. Viele Menschen mit Migrationshintergrund, wie wir sagen, leben und arbeiten seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten in Deutschland, und ohne sie könnten Krankenhäuser, Altenpflegeheime, viele weitere soziale Einrichtungen, aber auch Schulen, Gastronomiebetriebe und zahlreiche Unternehmen in Deutschland keinen Tag erfolgreich arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?)

Deshalb brauchen wir diese Menschen. Wir brauchen in den nächsten Jahren möglicherweise sogar eher mehr von ihnen. Sie sind uns willkommen. Und deswegen stehen wir als Union und als Bundestagsfraktion klar und unmissverständlich gegen jede Form von Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kommt irgendwie nicht rüber! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Dass Sie da Zwischenrufe machen, ehrlich gesagt, verstehe ich nicht. Da hätten Sie eigentlich Beifall geben müssen

(Beifall bei der CDU/CSU – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nee! Es kommt nicht rüber!)

Wir dürfen gleichzeitig, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor zwei Entwicklungen die Augen nicht verschließen. Zum einen: Die schlichte Zahl derer, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind und die bisher nicht in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten, ist einfach zu hoch. Und unter denen, die gekommen sind, ist eine kleine Minderheit – es ist nicht mehr, aber auch nicht weniger –, eine kleine Minderheit vor allem von jungen Männern, die sich nicht an die Regeln halten wollen, die in unserem Land gelten. Und über die müssen wir sprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In der großen Sorge vor weiteren Straftaten, aber auch vor dem Hintergrund einer weiter zunehmenden Abneigung gegen unsere demokratische Ordnung, eines Zweifels in unserer Bevölkerung an der Handlungsfähigkeit unseres Staates,

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Opposition!)

Herr Bundeskanzler, habe ich Ihnen in der letzten Woche eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die nach unserer Auffassung jetzt schnell umgesetzt werden müssen, damit wir gemeinsam diese Probleme in den Griff bekommen. Der wesentliche Teil meiner Vorschläge war und bleibt unverändert: die wenigstens auf Zeit angelegte (C) Zurückweisung aller Asylbewerber an den deutschen Staatsgrenzen, die allesamt nach den Regeln der Europäischen Union in dem Land, in dem sie zuerst eingereist sind, einen Asylantrag hätten stellen müssen. Das sind die Regeln, die in Europa gelten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben uns darüber mit Ihrer Koalition gestern nicht verständigen können. Aber nach unserer festen Überzeugung sind und bleiben umfassende Zurückweisungen an den deutschen Staatsgrenzen rechtlich zulässig, praktisch möglich und im Lichte der gegenwärtigen Lage sogar politisch geboten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind aber alleine mit der Rechtsauffassung!)

Meine Damen und Herren, die von Ihnen gestern unterbreiteten Vorschläge bleiben nach unserer Auffassung hinter diesen Notwendigkeiten weit zurück.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Beschäftigen Sie sich doch mal mit geltendem Recht!)

Deshalb begeben wir uns – ich bitte um Nachsicht – mit Ihnen auch nicht in eine Endlosschleife von Gesprächen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da gibt es keine Nachsicht!)

Sie treffen die Entscheidungen in der Regierung. Und alles Weitere können wir hier im Deutschen Bundestag (Eweiter diskutieren.

Lassen Sie mich an dieser Stelle zwei Anmerkungen machen. Die erste ist: Anders als 1992/93 sprechen wir hier nicht über eine Grundgesetzänderung. Sie brauchen uns nicht für diese Entscheidungen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen sie mit Ihnen treffen. Aber wenn sie unzureichend sind, dann muss das Nein zu Ihren Vorschlägen aus der Mitte des Parlamentes kommen und nirgendwo anders her. Und deswegen sagen wir Nein zu Ihren Vorschlägen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Saskia Esken [SPD])

Herr Bundeskanzler, eine persönliche Bemerkung. Sie haben hier heute Morgen vorgetragen, es sei sozusagen mein Drehbuch gewesen,

(Zuruf von der SPD: Ganz richtig! – Saskia Esken [SPD]: Die Zitate waren schon bei der "Bild"-Zeitung!)

mit Ihnen Gespräche zu führen und unabhängig vom Ausgang dieser Gespräche mit großem Aplomb aus diesen Gesprächen auszusteigen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ein Fehler mit dem Ultimatum! – Zuruf von der SPD: Genau so ist das! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A) Herr Bundeskanzler, wir haben in der letzten Woche ein, wie ich unverändert finde, sehr ernsthaftes Gespräch miteinander geführt. Ich habe Ihnen gesagt, warum ich mit Ihnen dieses Gespräch führe.

> (Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind nicht Kanzler geworden!)

Die Behauptung, dass dies gestern eine Inszenierung von mir gewesen sei,

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Was sonst? – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Behauptung, dass dies eine Inszenierung mit den Ministerpräsidenten in Deutschland gewesen sei – Herr Bundeskanzler, ich kann es nicht anders sagen –, diese Behauptung ist infam; sie ist infam.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU – Lachen bei der SPD)

Die zweite große Herausforderung, der wir uns in unserem Land gegenübersehen, ist die schwierige wirtschaftliche Lage; darüber ist heute Morgen schon von verschiedenen Rednern gesprochen worden. Die deutsche Wirtschaft, meine Damen und Herren, steckt nicht in einer konjunkturellen Krise, sondern in einer strukturellen Wachstumsschwäche, und dies nicht erst seit dem letzten Jahr. Ja, seit rund zehn Jahren erzielen wir in Deutschland keine nennenswerten Produktivitätszuwächse mehr. Dies wird an einer ganz einfachen Zahl deutlich: Wir haben zwar den höchsten Beschäftigungsstand

(Zuruf der Abg. Lamya Kaddor [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

 regen Sie sich doch nicht darüber auf, wenn ich das sage! ich sage es doch –, aber wir sind seit zehn Jahren nicht mehr in der Lage, die Produktivität unserer Volkswirtschaft zu steigern.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deshalb sind wir jetzt drittgrößte statt viertgrößte!)

Und das hat Ursachen, über die wir reden müssen. Der Beschäftigungszuwachs, den wir sehen und den wir immer gerne nennen, meine Damen und Herren, täuscht darüber hinweg: Es werden mit den rund 46 Millionen Beschäftigten, die wir heute haben – Erwerbstätigen, um es richtig zu sagen –, heute ziemlich genauso viele Arbeitsstunden geleistet wie vor zehn Jahren, als wir 3 Millionen Erwerbstätige weniger hatten.

Meine Damen und Herren, aber dieser Trend hat sich in den letzten drei Jahren weiter beschleunigt. Wir haben in den Jahren Ihrer Regierungstätigkeit, Herr Bundeskanzler, in Deutschland rund 300 000 Arbeitsplätze in der Industrie verloren. Aus gutbezahlten Facharbeiterjobs sind zu Tausenden schlechter bezahlte Jobs und Teilzeitjobs in den Dienstleistungsberufen geworden. Und trotz dieses vordergründigen Aufwuchses der Erwerbstätigen steigt die Arbeitslosigkeit.

(Zuruf des Abg. Takis Mehmet Ali [SPD])

Und obwohl an anderer Stelle dringend Facharbeiter gesucht werden, steigen Arbeitslosigkeit und Facharbeiterbedarf.

(Zuruf der Abg. Leni Breymaier [SPD])

Übrigens, lassen Sie mich an dieser Stelle einmal sagen – ein Aspekt, der praktisch nie beleuchtet wird –: 150 000 bis 200 000 Fachkräfte verlassen jedes Jahr die Bundesrepublik Deutschland. Wir haben eine Abwanderung von Fachkräften aus Deutschland, die einfach feststellen, dass sie mit ihren Fähigkeiten und ihren Möglichkeiten hier in Deutschland nicht mehr ausreichende Chancen haben, und das Land verlassen, meine Damen und Herren. Bevor wir uns über weitere Zuwanderung in den Arbeitsmarkt unterhalten und unterhalten müssen, lassen Sie uns doch mal darüber sprechen, woran es eigentlich liegt, dass so viele Fachkräfte das Land verlassen

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: An Peter Altmaier!)

Das hat auch etwas mit der Politik Ihrer Bundesregierung zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU – Saskia Esken [SPD]: Weil die Leute hier Angst haben!)

- Ach, Frau Esken! Vielen Dank für Ihren Zwischenruf!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Und ich wünsche mir viele weitere Fernsehauftritte von Ihnen. Wenn Sie so weitermachen, dann schlage ich Sie noch als Ehrenmitglied der CDU vor. Machen Sie so weiter! Machen Sie so weiter mit Ihren Zwischenrufen und Ihren öffentlichen Auftritten!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der SPD: Unverschämt!)

Meine Damen und Herren, einer der ganz wesentlichen Faktoren für die Dysfunktionalität unseres Arbeitsmarktes ist das von dieser Koalition eingeführte sogenannte Bürgergeld. Um einfach mal auch hier die Zahlen zu nennen: Wir haben in Deutschland fast 5,6 Millionen Bürgergeldempfänger. Von denen sind gut 4 Millionen erwerbsfähig.

(Zuruf der Abg. Stephanie Aeffner [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Bundesfinanzminister, Sie haben gestern hier betont und offensichtlich betonen müssen, das dürfe man nicht als ein bedingungsloses Grundeinkommen verstehen.

(Matthias W. Birkwald [Die Linke]: Sie wissen doch gar nicht, was das ist!)

Aber die Mehrzahl der Bevölkerung versteht es genau so.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In jedem zweiten Betrieb sagen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mittlerweile: Ich gehe jetzt ins Bürgergeld.

(Widerspruch bei der SPD)

Das ist doch genau das Problem, meine Damen und Herren. Und dieses Problem werden Sie nicht lösen, wenn Sie das ganze System nicht wieder vom Kopf auf die

(A) Füße stellen und wenn nicht wieder der Grundsatz gilt, dass in diesem Land derjenige, der arbeitet, nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen mehr verdient als derjenige, der nicht arbeitet und soziale Transferleistungen bekommt. Wenn Sie das nicht machen, werden Sie das Problem nicht lösen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Stephanie Aeffner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fake News!)

Das Ganze, Herr Bundesfinanzminister, ist das krasse Gegenteil von dem, was Sie gestern von dieser Stelle aus gesagt haben. Es ist eben nicht eine durchgreifende Verbesserung der Angebotsseite. Sie verschlechtern mit jeder Entscheidung, die Sie in Ihrer Koalition treffen, die Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Wirtschaft. Die Zahlen sind doch genannt worden, die Unternehmen auch. Wir verlieren massenhaft Industriearbeitsplätze. Und Herr Bundeskanzler, ich mag es überhört haben, aber dass Sie heute Morgen in Ihrer Rede kein einziges Wort zu Volkswagen gesagt haben, kein einziges Wort zu den Unternehmen gesagt haben, die zurzeit in vier- und fünfstelliger Zahl Beschäftigte entlassen, zeigt doch, in welcher Welt Sie leben. Sie sind nicht mehr in diesem Lande unterwegs - mit dem, was Sie hier heute Morgen vorgetragen haben.

> (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

Ihre Wirtschaftspolitik ist nicht mehr marktwirtschaftlich orientiert, Ihre Wirtschaftspolitik ist eine Politik der beständigen Intervention in den Markt. Wir bewegen uns mehr und mehr in die Richtung einer Planwirtschaft.

(Lachen bei der SPD)

Und Herr Habeck ist genau der Repräsentant für diese Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Er erklärt uns ja öffentlich, das sei nun die moderne Wirtschaftspolitik, und das, was früher gewesen wäre, sei die alte Wirtschaftspolitik, die nicht mehr zukunftsfähig sei. Meine Damen und Herren, es gibt nicht alte und neue Wirtschaftspolitik, es gibt gute und schlechte Wirtschaftspolitik. Und Sie sind zurzeit mit der schlechtesten Wirtschaftspolitik unterwegs, die dieses Land seit Jahrzehnten gesehen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

Wir müssen zurückkehren zu einer Wirtschaftspolitik, die die Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen in Deutschland verbessert und nicht nur für diejenigen, die eine besondere politische Aufmerksamkeit oder Zuneigung aus Ihrer Regierung erfahren.

(Zuruf des Abg. Christian Schreider [SPD])

Wir brauchen eine Energiepolitik, die alle Möglichkeiten der Energieerzeugung ausschöpft, nicht nur Wind und Sonne. Da Sie nun mittlerweile mehr wissen, wo Sie aussteigen, als wo Sie einsteigen, sage ich Ihnen:

(Zuruf der Abg. Dr.-Ing. Zoe Mayer [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]) Wir werden wahrscheinlich gar nicht umhinkommen, (C Energiepartnerschaften mit unseren Nachbarn in der Europäischen Union einzugehen, einschließlich von Unternehmensbeteiligungen und dem Bau von Kernkraftwerken und anderen Kraftwerken.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- Ja, die Reaktion ist völlig klar.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Weil wir rechnen können!)

Aber Sie kriegen ja noch nicht einmal die Gaskraftwerke gebaut, die wir nach Ihrem eigenen Bekunden in der Größenordnung von 50 Kraftwerken in Deutschland brauchen. Nicht eins genehmigt, geschweige denn eins im Bau oder gar am Netz! Sie kriegen in der Energiepolitik nichts mehr hin, meine Damen und Herren, gar nichts mehr.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Joachim Wundrak [AfD])

Wir brauchen andere Formen der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur – ich komme gleich noch kurz auf die Staatsfinanzen zu sprechen. Aber, meine Damen und Herren, glauben Sie denn im Ernst, dass die gesamte Infrastruktur, die wir brauchen, nur aus öffentlichen Kassen bezahlt und finanziert werden kann? Wir brauchen eine Finanzierung aus öffentlichen Kassen,

(Zuruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

aber natürlich auch aus Nutzungsentgelten und privaten (D) Mitteln. Es gibt genügend Investoren,

(Zuruf von der SPD: Ah!)

die bereit sind, in Deutschland in die Infrastruktur zu investieren. Aber wenn Sie das nicht erlauben, wenn Sie das verbieten, dann kommen Sie zwangsläufig zu einer Diskussion über die Schuldenbremse.

(Zuruf des Abg. Christian Schreider [SPD])

Und damit bin ich jetzt bei dem Thema, das uns in dieser Woche ja nun auch beschäftigt: Meine Damen und Herren, der Sozialhaushalt explodiert.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: In der CDU!)

Sie haben jeden Konsens zwischen älterer Generation und jüngerer Generation aufgekündigt. Sie machen eine Sozialpolitik einseitig auf dem Rücken der jungen Generation.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD – Katja Mast [SPD]: Das ist doch Quatsch! Sie wollen die Rente kürzen!)

Übrigens erstaunlich, dass von den Grünen da nichts kommt. Sie sind sonst immer mit Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit unterwegs, wenn es um die Umweltpolitik geht. Wo sind eigentlich Ihre Wortmeldungen bei der Sozialpolitik?

(Zuruf des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

(A) Sie machen eine Sozialpolitik, die so brutal auf dem Rücken der jungen Generation ausgetragen wird, wie wir das in diesem Land noch nie gesehen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kindergeld! BAföG! Startchancen-Programm!)

Die junge Generation, meine Damen und Herren, zahlt die Zeche für das, was Sie hier in der Sozialpolitik anrichten, und dafür, wenn Sie die Schuldenbremse aufheben.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo sind denn Ihre Vorschläge, Herr Merz?)

Herr Bundesfinanzminister, Sie haben es doch gestern hier selber gesagt: Mit Schuldenbremse sind Sie in der Lage, in zwei Jahren zusammen 100 Milliarden Euro neue Schulden zu machen.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Genau!)

Stellen wir uns einmal einen kurzen Augenblick vor, wir hätten Ihnen in Ihrer Koalition zugestanden, ohne Schuldenbremse zu arbeiten. Wir hätten hier eine Explosion der Staatsverschuldung. Sie wären außer Rand und Band mit dem, was Sie hier an Ausgaben planen würden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Alleine für diese Koalition brauchen wir die Schuldenbremse für die nächste Zeit, damit Sie hier einigermaßen Disziplin wahren.

Und ein Wort zu Europa, weil das hier angesprochen worden ist. Ich will das sehr klar sagen: Jetzt und in Zukunft werde ich alles tun, um zu vermeiden, dass sich diese Europäische Union in eine solche Verschuldungsspirale hineinbegibt. Das war eine Ausnahme. Die Ausnahme ist von den Verträgen gedeckt. Aber das, was Herr Draghi gestern vorgeschlagen hat, ist nicht gedeckt von den gegenwärtigen Bestimmungen der europäischen Verträge.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Christian Dürr [FDP]: Frau von der Leyen sieht das anders! – Beatrix von Storch [AfD]: Sie werden alles mitmachen!)

Wir haben ein Schuldenaufnahmeverbot in Europa. Wenn er daran etwas ändern will, dann müssen die Verträge geändert werden.

(Christian Schreider [SPD]: Gilt das auch für Frau von der Leyen?)

Ich kann nur für meine Fraktion und auch für die Europäische Volkspartei sagen: Ich werde alles tun, um zu verhindern, dass Europa auch den Weg in eine solche Verschuldung geht. Ich werde alles tun, um das zu verhindern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP) Aber, meine Damen und Herren, in der Kürze der Zeit (C) war es mir einfach einmal wichtig, die Merkmale herauszustellen, die uns von Ihnen unterscheiden, sowohl in der Migrationspolitik als auch in der Wirtschafts- und in der Finanzpolitik. Sie mögen jetzt mit dem, was Sie hier machen, noch ein weiteres Jahr so regieren,

(Zuruf des Abg. Christian Schreider [SPD])

wie Sie das seit nunmehr fast drei Jahren tun. Aber Sie werden es mir nachsehen, wenn ich sage: Wir möchten gerne eines Tages wieder ein bisschen stolz auf unser Land sein.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir möchten ganz gerne eines Tages unser Land wieder auf Kurs bringen. Aber ich bitte um Nachsicht, wenn ich das so deutlich sage, mit der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, und zwar mittlerweile jenseits aller parteipolitischen Grenzen: Wir trauen Ihnen das auf dieser Regierungsbank nicht mehr zu.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können wir weitermachen, Frau Präsidentin? – Sylvia Lehmann [SPD]: La Ola! La Ola! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich würde sagen: Stützbeifall!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die SPD-Fraktion (D) Dr. Rolf Mützenich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dr. Rolf Mützenich (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir sollten nicht behaupten, dass die Herausforderungen und Aufgaben, vor denen wir stehen, schwieriger oder bedrückender sind als zu anderen Zeiten. Gestern haben wir 75 Jahre Deutscher Bundestag auf Einladung der Bundestagspräsidentin gefeiert; wir haben die Worte von Paul Löbe, dem ersten Alterspräsidenten – einer der wenigen Überlebenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion –, gehört.

Es war anstrengend in diesen 75 Jahren, und dennoch, meine Damen und Herren: Eines ist offenkundig: An der Jahrtausendwende erleben wir eine Gleichzeitigkeit von inneren und äußeren Zuspitzungen, die sich gegenseitig noch verstärken, und die Herausforderungen betreffen jeden und das ganze Land. Und ja, zuletzt hat uns das Attentat von Solingen verstört und verbittert. Unsere Hilfsbereitschaft und unsere Humanität wurden missbraucht, um wahllos zu morden – in unserem Land. Dies ist nicht hinnehmbar und führt zu Konsequenzen, meine Damen und Herren, über die wir heute, aber auch morgen in der Debatte – und das ist eher ungewöhnlich in einer Haushaltswoche – noch mal sprechen.

Dr. Rolf Mützenich

(A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Beatrix von Storch [AfD]: Sie müssen nicht sprechen! Sie müssen handeln!)

Aber ich finde, zur Realität, meine Damen und Herren, gehört genauso - und dies ist ja nun mal eine Haushaltsdebatte - eine Debatte zur Lage der Nation, zur Lage Europas, zur Lage der Welt. Die Kriege in der Ukraine und im Sudan stehen wie viele andere Schauplätze für ein gewalttätiges Jahrzehnt. Hinzu kommen unvorstellbare Hungersnöte, epidemische Krankheiten und Naturkatastrophen, die nur noch vom menschengemachten Klimawandel übertroffen werden. Deswegen müssen wir umso deutlicher erkennen - und ich finde, ein bisschen Bescheidenheit sollte in dieser Debatte auch eine Rolle spielen -, dass es weder einfache noch schnelle oder widerspruchsfreie Antworten gibt. Die Grenzen des Regierens sind auch hier offenkundig. Das Versprechen schneller Resultate, Herr Merz, bleibt eine Selbsttäuschung oder ist schlicht eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Daher möchte ich auch betonen, dass wir nicht gewählt wurden, um uns gegenseitig Achtlosigkeit vorzuwerfen, Sorgen zu vergrößern oder zu behaupten, man selbst wisse alles besser. Vielmehr bleiben Aufrichtigkeit, Lösungskompetenz und Verlässlichkeit erwünscht und notwendig.

(B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das, meine Damen und Herren, für uns Sozialdemokraten: Wenn unsere Demokratie erneut und ernstlich auf die Probe gestellt wird, dann werden wir nicht zur Seite treten. Wir Sozialdemokraten werden kämpfen, zusammen mit dem Bundeskanzler und der Regierung, gegen diejenigen, die unsere Demokratie in diesen Tagen gefährden. Und auch das gehört heute zu dieser Debatte dazu, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

nicht nur, weil eine Demokratie ohne Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität unvollkommen ist, sondern – ich habe eben Paul Löbe erwähnt – weil wir Sozialdemokraten in den dunkelsten Zeiten unseres Landes die Demokratie verteidigt und danach wieder mit aufgebaut haben. Das treibt uns an. Andere mögen ihren Abgesang auf uns anstimmen, aber wir werden nicht aufgeben. Das ist unser Selbstverständnis und unsere Pflicht, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen, um es vorweg in der Haushaltsdebatte zu sagen: Es ist gut, Herr Kollege Merz, dass wir für morgen eine Debatte über Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung und zu asylrechtlichen Fragen angesetzt haben – auf Verlangen der drei Koalitionsfraktionen – und hier einen Gesetzentwurf, der vorher die Zustimmung der gesamten Regierung erhalten hat, in der ersten Lesung debattieren.

Wir wollen die neuen Vorschriften schnell verabschieden, (C) aber auch gewissenhaft erörtern, auch mit Expertinnen und Experten.

Deswegen sage ich: Auch die anderen Bereiche, über die seit einigen Tagen und insbesondere noch mal gestern Nachmittag gerungen wurde, bleiben für uns auf dem Tisch – auch dann, wenn sich die Opposition aus dem Staub macht. Ich sage klar: Wir werden auch ohne Sie weitere verantwortbare, nachvollziehbare und machbare Antworten geben. Ich sage sehr deutlich – und das haben auch Sie gesagt, Herr Kollege Merz –: Dafür brauchen wir Sie nicht.

Aber was wir auch nicht brauchen, ist etwas, was in den letzten Tagen hier in Deutschland aufgeführt worden ist. Ich empfinde das – ich muss es so sagen – als Trauerspiel. Ich habe mehr aus Bulletins von Ihnen erfahren oder von Hintergrundgesprächen, als dass Sie ernsthaft mit uns gesprochen haben. Ich weiß nicht, ob Sie von Anfang an vorhatten, vom Tisch aufzustehen.

Ich habe Sie in den letzten Wochen und Monaten immer wieder ermutigt, da, wo es möglich ist, mit uns in konstruktive Gespräche nicht nur einzutreten, sondern sie dann auch ernsthaft zu führen. Aber ich finde, indem Sie gestern gegangen sind, haben Sie der Demokratie und vielleicht auch sich selbst, Herr Kollege Merz, einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Denn mit Ultimaten und unsoliden Vorschlägen kann man dieses Land nicht regieren, und viele Menschen in unserem Land, Herr Kollege Merz, spüren das.

Dass es in Ihrer Partei auch anders gehen kann, hat der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Reul, bewiesen. Er hat gesagt, dass wir weder in der Politik noch in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken sollten, Verbote und Gesetzesverschärfungen allein wären die richtige Antwort;

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Aber auch! Nicht nur, aber auch!)

damit, allein das zu betreiben, würden wir uns verrennen. Das finde ich eine mutige Stimme aus Ihrer Partei,

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Ich sage nichts anderes!)

und vielleicht wäre dieses Maß und Mitte für diese Bundestagsfraktion mal ein Ankerpunkt für die Diskussion.

Aber es kann auch sein, dass Sie das, was ich ein Trauerspiel nenne, auch deswegen aufführen, weil Sie eben im Geheimsten wissen: Da ist in Nordrhein-Westfalen unter einem CDU-Ministerpräsidenten etwas schiefgelaufen,

(Lachen des Abg. Friedrich Merz [CDU/CSU])

offensichtlich eben nicht so gut wie das, was die Bundesgesetze auch erlaubt hätten.

(D)

Dr. Rolf Mützenich

(A) Ich weiß nicht, ob Sie Herrn Wüst einen Gefallen tun wollen; das müssten Sie am Ende selbst entscheiden. Aber wir werden nicht die Verantwortlichen aus ihrer Verantwortung lassen. Ich finde, das muss in Nordrhein-Westfalen aufgeklärt werden.

(Zuruf des Abg. Jens Spahn [CDU/CSU])

Aber das muss auch mit ein bisschen Bescheidenheit von Ihnen in den Diskussionen hier einhergehen, Herr Kollege Merz.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich auch: Meine Fraktion, meine Damen und Herren, ist bereit – und das sage ich auch an die Bundesregierung gerichtet –, diesen Quantensprung in der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik,

der mit der gemeinsamen Außen- und Asylpolitik

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Gegen die Stimmen der Grünen!)

mithilfe der Bundesregierung, mithilfe der Innenministerin, des Bundeskanzlers und auch der Außenministerin gelungen ist, jetzt so schnell wie möglich umzusetzen.

Wenn es etwas schneller gehen könnte, wäre das gut; aber damit hat ja offensichtlich, Herr Kollege Merz, auch Ihre Parteikollegin Frau von der Leyen etwas zu tun. Sie ist dort in der Pflicht, und auch da, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir Sie nicht aus Ihrer Verantwortung entlassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber wenn wir heute in der Haushaltsdebatte in einer Debatte über die Lage der Nation über eine Herausforderung sprechen, dann sollten wir auch über den Haushalt reden; denn das sind ja die politischen Antworten.

Ich weiß, ich habe manches Geraune gehört, warum meine Fraktion vor der Sommerpause unbedingt darauf bestanden hatte, diesen Haushaltsentwurf zu kennen. Ich weiß nicht, was andere machen; ich weiß aber, was die 207 Mitglieder meiner Fraktion machen, wenn sie in der Sommerpause in ihre Wahlkreise zurückkehren:

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Nicht den Leuten zuhören!)

Da stellen sie sich den Bürgerinnen und Bürgern. Die wollen nämlich wissen: Was steht in diesem Haushalt für das kommende Jahr? Können wir uns darauf verlassen, dass es auch weitergeht mit der Unterstützung, mit den Hilfen, dass es in den Gemeinden und in den Städten besser wird?

(Zuruf des Abg. Jens Spahn [CDU/CSU])

Das war der Grund, warum wir den Entwurf kennen wollten

Wir haben einige überzeugt, die ja vielleicht noch nicht mal bis heute bereit gewesen wären, diesen Entwurf vorzulegen. Ich finde, das hat auch etwas mit dem Respekt gegenüber den Vertreterinnen und Vertretern der Wählerinnen und Wähler zu tun, vor der Sommerpause Klarheit zu bekommen. Und vielen Dank, Herr Bundeskanz- (C) ler, und auch denen, die in der Regierung darüber verhandelt haben, dass das möglich gewesen ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Jens Spahn [CDU/CSU]: Der heißt übrigens Lindner, der Finanzminister! Lindner!)

Deswegen sehe ich mit Wertschätzung und einer Portion Respekt den Verhandlungen entgegen. Das wird eine große Kraftanstrengung für uns alle hier werden. Es ist ein schwieriges Haushaltsjahr. Und ja, ich sage für meine Fraktion: "Wir sehen noch Klärungs- und auch Korrekturbedarf", wobei ich anerkenne, dass dieser Haushalt deutlich über der Finanzplanung, die der Bundesfinanzminister aufgestellt hat, liegt.

Ja, einige Ressorts sind gut weggekommen, andere weniger gut. Wir hätten uns vorstellen können, dass die investiven Ressorts vielleicht noch das eine oder andere, was sie sich wünschten und was auch notwendig ist für die Modernisierung unseres Landes, bekommen hätten. Wir werden sehen, was möglich ist.

Aber ich möchte auch sagen: Ich finde es etwas wohlfeil, dass sich in der Sommerpause einige an einem Ressort abgearbeitet haben, nämlich dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Man kann ja darüber diskutieren, ob die eine oder andere Ausgabe berechtigt ist; aber ich finde, das betrifft doch alle Häuser. Manchmal kann man sich das bei jedem Ressort fragen. Aber dass man sich an einem Ressort so abarbeitet, obwohl man es in einer Zeit aus Not und Eigennutz selbst besetzt hat, liebe Kolleginnen und Kollegen, finde ich wohlfeil, auch weil daraus später interessante Karrierewege hervorgegangen sind.

Aber was mir viel wichtiger ist: Wir brauchen diese plurale Entwicklungspolitik. Wir reden hier über Asyl; wir reden über Flucht, und die deutsche Entwicklungspolitik brauchen wir, um auch Fluchtursachen zu bekämpfen,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Philipp Hartewig [FDP])

um letztlich den Weg eben nicht notwendig zu machen. Ich meine, das gehört doch zur Diskussion, wenn wir über die Lage dieses Landes, Europas und der Welt sprechen, dazu, insbesondere das Verhältnis zum Globalen Süden. Für uns ist Entwicklungspolitik nicht verzichtbar, das sage ich ganz klar, auch bei diesen Haushaltsberatungen.

Aber natürlich, Herr Finanzminister, die globale Minderausgabe, die Sie uns hier mal so rübergereicht haben, ist schon ein Problem; das wissen Sie.

(Zuruf des Abg. Otto Fricke [FDP])

Sie haben gestern angeboten, uns dabei zu helfen, diese 12 Milliarden Euro im Hinblick auf die Verfassung zu reduzieren. Vielleicht hätten Sie das auch schon gut vorher machen können.

Aber umso wichtiger ist mir: Sie müssen jetzt mit uns dieses Problem lösen, und Sie können sich nicht in die Büsche schlagen.

D)

(D)

Dr. Rolf Mützenich

(A) (Lachen des Abg. Friedrich Merz [CDU/CSU] – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Ich glaube, er hat Ihnen nicht zugehört!)

Das sage ich auch für eine selbstbewusste und souveräne Fraktion ganz klar an die Regierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Frank Bsirske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn wir über die Realitäten in diesem Land sprechen: Umschichtungen und Kürzungen wären schon in normalen Haushaltsjahren schwierig; in diesen Zeiten sind sie fahrlässig. Ja, wichtige Betriebe kommen ins Straucheln, aber nicht wegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern oft wegen eigener Managementfehler. Aber leider müssen die Zeche immer die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezahlen. Deswegen sage ich auch ganz klar: Ja, da, wo wir helfen können, werden wir das auch tun. Aber es geht dann nicht nur um die Betriebe, sondern: Wenn wir als Land zukunftsfähig sein wollen, dann müssen wir eben auch klug investieren.

Ich weiß nicht, was Sie in Ihren Fraktionssitzungen machen. Wir hatten zum Beispiel den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zusammen mit der Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes bei uns in der Fraktion. Und beide haben uns gesagt: Wir brauchen Investitionen in diesem Land, damit wir uns nicht selbst gefährden. Es geht dabei nicht nur um die Zukunft der Unternehmen, nicht nur um die Zukunft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch darum, dass andere Länder etwas anderes machen, als der eine oder andere hier suggeriert, meine Damen und Herren.

Auf der einen Seite gucken sie, ob die Frage der Verteilungsgerechtigkeit vielleicht noch etwas besser beantwortet werden könnte – da sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dabei –; aber dann investieren andere Länder in Bildung und in Infrastruktur. Und genau das müssen wir auch in der Debatte über diesen Haushalt behandeln. Der Haushaltsentwurf ist eine gute Vorlage dafür; aber wir müssen ihn auch noch verbessern. Das müssen wir möglich machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn immer wieder die Mär erzählt wird, diese Schuldenbremse wollten einige komplett abschaffen, dann entgegne ich: Informieren Sie sich bei uns. Herr Merz, ich habe Ihnen das gesagt – auch der Kollege Lindner hat gestern mal interessiert nachgefragt –: Wir wollen eine Schuldenbremse haben, die Investitionen nicht verhindert.

(Zuruf des Abg. Friedrich Merz [CDU/CSU])

Wir werden Ihnen gut berichten können, was notwendig ist; da können Sie uns beim Wort nehmen. Ich weiß – ich mache mir keine Illusionen –: Das wird in dieser Legislaturperiode nicht mehr so einfach werden.

(Heiterkeit des Abg. Christian Dürr [FDP])

Aber wenn Sie zukunftsfähige Entscheidungen treffen (C) wollen, dann arbeiten Sie mit uns vor. Auch Ihre Ministerpräsidenten, Herr Merz, wollen eine Veränderung an dieser Schuldenbremse.

(Zuruf des Abg. Friedrich Merz [CDU/CSU])

Wenn wir auch im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode klug wären, dann sollten wir das jetzt gut vorbereiten. Wir haben Ideen, und wir würden sie gerne auch mit Ihnen teilen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ein Zweites. Die Altschuldenregelung für die Kommunen ist für uns immer noch auf der Tagesordnung. Ich will das sehr deutlich sagen, weil die Kommunen letztlich der wichtigste Investor und auch Motor für gute Arbeit vor Ort sind. Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen hat in diesem Zusammenhang 500 Millionen Euro versprochen. Ich finde, das reicht nicht. Dieser Ministerpräsident müsste neben diesem Betrag auch uns dabei helfen. Auch wäre es klug, dass die Kommunen – Herr Kollege Merz, auch das ist eine Einladung – von diesen Geldern, von dieser Altschuldenregelung dann auch direkt profitieren. Eine Umverteilung über die Länder bringt überhaupt nichts. Deswegen sage ich Ihnen auch: Es wäre gut, wenn wir uns da noch mal zusammen an einen Tisch setzen. Der Weg über das Grundgesetz wäre nach unserem Dafürhalten der beste Weg.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Noch mehr Schulden!)

Ich weiß, dass die Arbeitsleistung, die man in einer Koalition, in einer Regierung mit drei Haushalten erbracht hat – es wird zwar noch mal ein Haushalt aufgestellt, aber dann wird darüber im übernächsten Jahr eine neue Bundesregierung entscheiden –, wahrscheinlich überhaupt gar keinen so großen Eindruck macht, auch weil wir selbst dafür verantwortlich sind, wie wir in dieser Koalition zusammengearbeitet haben. Ich sage das sehr offen und auch frei heraus. Da, wo ich auch persönlich dazu beigetragen habe, werde ich auch immer wieder versuchen, mich zu korrigieren. Auch das, finde ich, gehört zu einer ehrlichen Debatte mit dazu.

(Zuruf der Abg. Dr. Alice Weidel [AfD])

Dennoch sage ich auch sehr selbstbewusst: In einer anderen Koalition, meine Damen und Herren, wäre manches nicht gelungen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Was denn? – Beatrix von Storch [AfD]: Selbstbestimmungsgesetz zum Beispiel!)

Diese Koalition hat vieles freigemacht. Und dann sind es eben nicht die großen Politikbereiche, sondern es sind manchmal auch die kleinen Politikbereiche.

Herr Kollege Merz, Sie haben uns hier vorgeworfen, wir würden auf dem Rücken – Sie haben die Kinder vergessen; deswegen nenne ich sie jetzt mal – der Kinder und Jugendlichen oder der jungen Generation Politik machen. Darf ich Sie vielleicht daran erinnern, dass es diese

Dr. Rolf Mützenich

(A) Regierung gewesen ist, die mithilfe der Koalitionsfraktionen beschlossen hat, das gleiche Kindergeld ab dem ersten Kind einzuführen? Es war eine sozialpolitische Leistung, keinen Unterschied mehr zwischen den Kindern zu machen und die Familien dabei zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und ich will ganz offen sagen: Am meisten haben dafür die Fraktionen getan. Dass wir jetzt – darauf hat der Finanzminister ja gestern hingewiesen – den Kinderfreibetrag und das Kindergeld einebnen wollen, ist doch genauso ein Beitrag für Kinder und Jugendliche, für die junge Generation, für gleiche Startchancen. Wir wollen auch noch einen Einstieg in die Kindergrundsicherung, weil wir auch gut dafür gearbeitet haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und wenn Sie es mir immer noch nicht glauben, Herr Kollege Merz: Diese Koalition, diese drei Fraktionen haben eine Ausbildungsplatzgarantie für die jungen Menschen beschlossen. Für mich persönlich reicht das noch nicht, weil ich finde, dass das österreichische Modell da ein bisschen besser ist. Aber dass alle, die sich um einen Ausbildungsplatz beworben haben und abgelehnt worden sind, jetzt einen Ausbildungsplatzanspruch haben, ist doch eine Investition in die junge Generation.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Leider ist das mit Ihnen damals nicht möglich gewesen.

Ich habe gesagt, dass es nicht immer nur die großen Dinge, sondern auch die kleinen Dinge sind. Nehmen wir die Kostenheranziehung in der Kinder- und Jugendhilfe als Beispiel. Das interessiert vielleicht wenige; aber das ist schon etwas. Einige, die darunter gelitten haben, dass sie Geld abgeben mussten, weil sie in Pflegefamilien leben, brauchen das jetzt nicht mehr. Auch das ist ein strukturelles Merkmal.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das, finde ich, ist etwas, was diese Fortschrittskoalition ausgezeichnet hat. Genauso – da spreche ich viele Frauen, aber auch Männer an – ist es mit der Abschaffung des § 219a im Strafgesetzbuch – ein Relikt aus der Nazizeit!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Christian Dürr [FDP])

Das ist wichtig gewesen, und auch das ist uns vorher nie gelungen.

Herr Kollege Merz, Sie haben in Ihrer Rede darauf hingewiesen, dass Deutschland wahrscheinlich Fachkräftezuwanderung braucht – Sie haben da vollkommen recht –, und wir haben ja auch oft gemeinsam darüber gesprochen. Warum haben Sie im Deutschen Bundestag dann nicht zugestimmt, wenn auch Sie der Meinung sind, dass wir sonst die Zukunft in unserem Land aufs Spiel setzen?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Friedrich Merz [CDU/CSU]: So nicht! So nicht!)

Und das Staatsbürgerschaftsrecht – ich kann es Ihnen nicht ersparen; Sie arbeiten sich ja immer daran ab, obwohl es da um die Menschen geht, die rechtschaffen sind, die lange dieses Land mit aufgebaut haben,

(Beatrix von Storch [AfD]: "Aufgebaut"? Drei bis fünf Jahre!)

die bewusst einen Platz hier bei uns gefunden haben –: Herr Kollege Dobrindt, in Bayern haben im letzten Monat 8 000 Bürgerinnen und Bürger einen Antrag auf die deutsche Staatsangehörigkeit gestellt. Ich finde, das ist doch ein Erfolgsmodell.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Wollen Sie die in Bayern auch noch zusätzlich beleidigen, indem Sie sagen, dass sie nicht in unser Land gehören? Nein, sie gehören genauso in unser Land, wie die Menschen, die hier gemordet haben, nicht in unser Land gehören. Das ist nach meinem Dafürhalten die Konsequenz aus einer Asyl- und Flüchtlingspolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich muss noch eines sagen – ich muss mich bei meiner Fraktion entschuldigen, weil ich dem einen oder anderen etwas Zeit klaue; aber mir ist es wichtig -: Manche hier in diesem Haus behaupten, die Unterstützung für die Meyer Werft sei nicht gerechtfertigt; das sei eine lokale Frage. Dabei vergessen Sie: Wenn diese 11 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine Zukunft mehr in dieser Werft haben, dann gehen sie in die Arbeitslosigkeit, dann muss sich dieser Staat damit beschäftigen, dann muss er eben auch für die entsprechenden Leistungen aufkommen. Deswegen frage ich: Wenn in den Auftragsbüchern Aufträge in Höhe von 11 Milliarden Euro stehen, warum soll denn dann der Staat nicht auch unterstützen? Die Meyer Werft ist ein Unternehmen, das eine Zukunft hat. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen eben nicht die Zeche zahlen.

(Beifall des Abg. Johannes Arlt [SPD])

Meine Fraktion unterstützt den Fortbestand dieses Unternehmens nachhaltig – einige unterstützen das nicht, weil sie vielleicht nicht mehr so nah an Betrieben wie diesem sind –, nachdem es alles dafür getan hat, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine Mitbestimmung haben. Auch das haben wir jetzt indirekt korrigiert. Dafür sind Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dankbar

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

und auch stolz, weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Mitte der Betriebe gehören und nicht ausgeschlossen gehören.

Und deswegen, an die Koalition gerichtet: Ja, ich wünsche mir auch, dass wir noch ein Tariftreuegesetz auf den Weg bringen, weil eben Tariflöhne die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit sind.

D)

(C)

Dr. Rolf Mützenich

(A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich sage: "Man wird oft für seine Leistung nicht beachtet", will ich dennoch sagen: Es ist gut, dass diese Koalition – während es andere Koalitionen nicht geschafft haben – den gleichen Rentenwert in Ost und West eingeführt hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch das vergisst man manchmal, und das hat auch etwas mit Gerechtigkeit in unserem Land zu tun. Umso wichtiger ist es, dass wir das Gesetz zur Stabilisierung des Rentenniveaus noch in diesem Jahr im Deutschen Bundestag beschließen; denn es verspricht nachfolgenden Generationen Sicherheit, Herr Merz. Nach dem Sozialversicherungsprinzip ist es lohnenswert, das Kapital, das später für die Rente notwendig ist, treuhänderisch dem Land zu übergeben. Das ist klare, gute Sozialpolitik, und das wollen wir auch umsetzen. Deswegen sage ich: Kleine Spielchen sind dabei nicht gewünscht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Eine Bemerkung noch zur internationalen Lage; das muss sein, auch in einer Debatte über die Lage der Nation und unseres Landes. Der Krieg in der Ukraine ist hervorgerufen worden durch den Überfall russischer Streitkräfte auf ein souveränes Land, das seine territoriale Integrität verteidigt hat, und die Nationen, die 1994 im Budapester Memorandum die territoriale Integrität der Ukraine garantierten hatten, waren nicht in der Lage, sie zu schützen. Wir haben Milliarden dafür aufgewendet, dass sich die Ukraine erwehren kann. Aber wir haben auch Geld für humanitäre Hilfe, für den Wiederaufbau und für die finanzielle Unterstützung bereitgestellt. Ich verstehe die Menschen bei uns in Deutschland, die sagen: Wir wollen, dass die Ukraine unterstützt wird, haben aber auch ein bisschen Angst, dass dann weniger Geld für die Modernisierung unseres Landes zur Verfügung steht. Insofern: Ich warne jeden davor, das eine gegen das andere auszuspielen.

Und es gehört vor dem Hintergrund internationaler Krisen ebenso zu einer innenpolitischen Debatte, meine Damen und Herren, zu sagen: Genau in diesem Moment ist es richtig, dass Herr Selenskyj und andere Staatsoberhäupter – manche gefallen mir dabei nicht, wie zum Beispiel Herr Erdoğan oder Herr Modi – anbieten, mögliche Wege zu einem Frieden zu suchen. Herr Bundeskanzler, wir – meine Fraktion und ich persönlich – bedanken uns, dass Sie nicht nachlassen werden, auch diese Wege zum Frieden zu suchen. Ich hoffe, dass Sie alle Unterstützung auch aus der Regierung bekommen; denn es ist notwendig, ein Land, das überfallen worden ist, auf der einen Seite zu unterstützen, aber eben auch keine Chance auszulassen, dieses Land - vielleicht zusammen mit der internationalen Gemeinschaft – auf den Weg des Friedens zurückzuführen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich: Die Themen unserer Zeit verdienen ehrliche Antworten. Wir bleiben gefordert, und wir sollten uns selbst fordern. Verzagtheit ist die falsche Haltung und unverantwortlich, gerade jetzt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucher auf den Tribünen! Einen herzliches "Guten Morgen!" auch von mir.

Wir führen die Debatte fort. Der nächste Redner ist für die AfD-Fraktion Tino Chrupalla.

(Beifall bei der AfD)

Tino Chrupalla (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Landsleute! 75 Jahre Grundgesetz, 75 Jahre Deutscher Bundestag - mit dem Versuch der Feier gestern - und 75 Jahre Bundesrepublik Deutschland – das Jahr der Jubiläen. Nach den anstrengenden, erfolgreichen Aufbaujahren in West wie Ost, nach Jahren des Kalten Krieges, dem Ost-West-Konflikt und nunmehr 35 Jahre nach dem Fall der Mauer kämpft die Ampelbundesregierung nur noch um den Machterhalt, haben wir wieder Krieg in Europa, und das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Führung unseres Landes sinkt unaufhörlich. Nun können Sie wieder sagen: Die AfD betreibt Schwarzmalerei und hat keine Konzepte. - Damit würden Sie aber wieder hinter der nötigen Selbstkritik zurückbleiben; denn eines möchte ich noch einmal feststellen: Für die desolate Situation in Deutschland tragen allein Sie auf der Regierungsbank die Verantwortung.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

Auch zur Aufarbeitung der Wahlergebnisse richten wir den Blick in den Osten der Republik. Im 35. Jahr nach dem Mauerfall beläuft sich der Anteil der Ostdeutschen an der Gesamtbevölkerung auf 19 Prozent und der Anteil der Ostdeutschen an Spitzenpositionen in Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Medien auf derzeit 1,7 Prozent. Die wirtschaftliche Situation in Ost und West unterscheidet sich noch immer immens, sowohl bei Renten und Einkommen – auch bei Frauen und Männern – als auch bei Investitionen in den Wirtschaftsraum.

Dass die Lebenswelten der Ostdeutschen sich von denen im Westen unterscheiden, wissen wir. Deshalb hat ja auch diese Bundesregierung wieder einen Ostbeauftragten, Herrn Schneider, berufen. Und da frage ich mich, Herr Schneider – in dieser Debatte heute geht es ja auch um Ostdeutschland –: Was tragen Sie eigentlich zu dieser Debatte bei? Die Bürger im Osten werden fortlaufend beschimpft, belehrt und nicht ernst genommen. Herr Merz meint, man müsse im Osten mehr erklären als im Westen und er tue dies gern. Frau Esken macht das ja

D)

Tino Chrupalla

(A) auch jeden Tag im Fernsehen. Sie behandeln die Menschen im Osten wie schwer erziehbare Bürger und verstehen wirklich nichts.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

Dabei haben die Wahlen im Osten gezeigt: Ostdeutschland – und das sollten Sie wirklich ernst nehmen – ist das Thermometer der Bundesrepublik Deutschland. Das Beschimpfen hat im Übrigen auch bei den Grünen System. Vom Wähler in Ostdeutschland massiv abgestraft, übernehmen Sie keinerlei Verantwortung, sondern beschimpfen die Opposition. Vorschläge werden ebenso wie Personen und Parteien diffamiert und in die extremistische Ecke gestellt. Sie beschimpfen auch die Wähler und Sympathisanten. Damit schaden Sie der Demokratie.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

Sie möchten die Menschen überhaupt nicht mehr mitnehmen oder für sich gewinnen. Was sind denn Ihre Ziele? Was soll Deutschland für Sie eigentlich sein in 10, 20 oder 50 Jahren? Die laufende Legislatur hat noch genau zwölf Monate. Drei Viertel Ihrer Zeit haben Sie damit verbracht, unser Land an die Wand zu fahren und es mit Ihrer wirtschaftsschädlichen Klimapolitikwende zu deindustrialisieren. Ihre überbordende Ideologie greift in die Privatsphäre eines jeden ein, auch wenn er es gar nicht möchte. Um Ihrer Politik willen sollen wir alle weniger duschen, weniger heizen, weniger Fleisch essen und weniger mit dem Verbrennerauto fahren.

(B) (Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Vielleicht mehr Bildung! – Zuruf der Abg. Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN])

> Sie wollen regulieren, mit wem wir uns treffen – siehe die Coronazeit – und was wir denken. Und wenn wir nicht parieren, werden wir in Gute und Böse eingeteilt.

> > (Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Konzepte für das Haushaltsdefizit: Fehlanzeige. Trotzdem werden Nichtarbeit und Alimentierungen hochgefahren. Da frage ich Sie: Warum soll der Bürger das alles eigentlich noch bezahlen?

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

Dazu kommen ein Nullwachstum der Wirtschaft und Sonderschulden – bei Ihnen ja "Sondervermögen" genannt –, Inflation, Preissteigerungen bei Verbrauchsgütern und bei Energie.

(Zuruf der Abg. Lamya Kaddor [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Endverbraucherpreise sinken, wenn überhaupt, langsam. Die Bürger sind an Verträge gebunden und müssen die hohen Kosten noch lange tragen. Nicht zu vergessen: Es gibt ein Energiedefizit durch fehlende Versorgung mit Kernenergie und günstigem Gas aus Russland.

Die Infrastruktur im Verkehr – wir haben es heute früh in Dresden gesehen, wo Brücken zusammenstürzen –, im Bildungswesen, zum Beispiel in Bezug auf den Lehrermangel, oder im Gesundheitswesen ist marode. Die Krankenhausreform soll mit aller ministerieller Macht (C) auf den Weg gebracht werden und wird auf dem Rücken der Bürger, der Beitragszahler ausgetragen. Ärzte fehlen weiterhin. Die Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung und damit auch die Lohnnebenkosten steigen weiter unaufhörlich.

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Fragen Sie sich mal, warum Ärzte fehlen!)

Die Aufarbeitung der Coronazeit ist bislang überhaupt nicht erfolgt und wenn, dann unzureichend. Das alles ist inakzeptabel. Einzig unsere Fraktion und Partei geht dagegen parlamentsübergreifend an.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

Und ich frage noch mal: Wann wird denn endlich ein Kassensturz gemacht? Schon seit Beginn dieser Legislatur mahne ich an, zu prüfen, wie viel Geld wir eigentlich konkret für welche Ausgaben zur Verfügung stellen. Denn wir haben definitiv auskömmliche Staatseinnahmen. Schauen wir uns mal die Zahlen an: Im Jahr 2014, also vor gerade mal zehn Jahren, betrugen die Staatseinnahmen durch Steuereinnahmen 296 Milliarden Euro. Nur zehn Jahre später sind wir mittlerweile bei 489 Milliarden Euro Staatseinnahmen. Und das Geld reicht trotzdem nicht: Trotzdem müssen wir noch 50 Milliarden Euro Neuverschuldung auf uns nehmen zulasten unserer Kinder und Enkelkinder. Das ist eine absolut unverantwortliche Politik dieser Ampelregierung.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos] – Zuruf vom BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu kommt noch, dass seit 2015 circa 300 000 Menschen – übrigens gut ausgebildete Fachkräfte, Deutsche – unser Land verlassen haben; Herr Merz hat es ja richtigerweise angesprochen, allerdings hat er die Ursache kaum beschrieben. Das sind mittlerweile fast 3 Millionen Menschen, die in den letzten etwa zehn Jahren gegangen sind. In diesem Zeitraum haben übrigens auch CDU und CSU regiert. Zuwanderung kann das niemals kompensieren

(Beifall bei der AfD)

Zudem liegen die Kosten für den Staat und Steuerzahler umso höher, wenn die zugewanderten Personen erst einmal in Sprache, Kultur und Fachwissen ausgebildet werden müssen. Vor allen Dingen frage ich: Durch wen denn? Eine erfolgreiche und für beide Seiten gelungene Migration ist nämlich nicht im Interesse der Ampelregierung. Ihre Übermoral und Ihr Wertekompass haben Sie völlig in die Irre geleitet. Gehen Sie hinaus in die Länder. Sprechen Sie einfach mal mit Ihren Parteifreunden an der Basis. Bilden Sie sich eine umfassende Meinung, und korrigieren Sie endlich die teuren Fehler Ihrer Politik.

Es geht uns um Deutschland, unsere Heimat und unsere Bürger. Wir verfolgen eine zielgerichtete Einwanderung, aber keine Einwanderung in die Sozialsysteme. Die derzeit gelebte beliebige und ziellose Politik hat der deutschen Wirtschaft nicht geholfen. Im Gegenteil: Sie hat sogar falsche Erwartungen gesetzt und erzeugt.

Tino Chrupalla

Aber auch den wirklichen Fachkräften, die nach (A) Deutschland kommen, bieten Sie überhaupt keine Perspektive. Dabei sprechen wir noch gar nicht vom Thema Asyl. Ihre Politik heißt Gewalt und Tod. Sie haben es geschafft, dass Migration nicht nur zu dem Thema des Sommers 2024 geworden ist; vielmehr steht Migration nun auch im Zusammenhang mit ziemlich allen Politikfeldern: innere Sicherheit und Außenpolitik, diplomatische Beziehungen, Arbeits- und Sozialpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik usw., usw.

Auf allen genannten Politikfeldern können Sie seit 2021 so gut wie nichts, keine Erfolge vorweisen. Deutschland und damit auch der Deutsche Bundestag werden nach drei Jahren Ampelregierung im Ausland mittlerweile belächelt und im Inland von der eigenen Bevölkerung mit mehr als großen Zweifeln betrachtet. Sie sind eine Regierung ohne Volk.

(Beifall bei der AfD)

Allerdings gehören Demut und Einsicht genauso wenig zu den Stärken dieser Bundesregierung wie der ehrliche Umgang mit der schwierigen Lage Deutschlands. Vom Wirtschaftsführer hat uns Herr Habeck zu den Wirtschaftsverlierern gemacht. Ihre Politikversuche sind gescheitert, Herr Habeck. Die Firmen laufen Ihnen weg und schließen die Werke in Deutschland.

Sie haben dieses Land, die Betriebe und die Handwerker überlastet. Offensichtliche Verluste nehmen Sie ohne Weiteres in Kauf. Offene Lücken werden mit Steuergeld, Subventionen, Sonderschulden gestopft und zugekleistert. Sie und Ihre Politik bieten den Bürgern in Deutschland keine Perspektive.

Wir brauchen einen gewissenhaften Umgang mit allen Ressourcen, mit den Menschen ebenso wie mit der Natur. Ihre absoluten und engstirnigen Ansätze und Verbote spalten die Gesellschaft, treiben die Bürger, die es sich leisten können, aus dem Land, und Sie zerstören damit den sozialen Frieden im eigenen Land.

Das Gleiche beim Thema Ukraine: Waffenlieferungen, Aufbauhilfen und keine Investitionen in ein schnelles Kriegsende, weitere Eskalationen und rhetorischer Kampf für Krieg und gegen Frieden.

Deshalb sage ich Ihnen: Machen Sie genau so weiter. Versuchen Sie, weiter so unanständig an Ihrer Macht festzuhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und diffamieren Sie die Opposition. Spielen Sie weiter die Oberlehrer, und beschimpfen Sie die Bürger im Osten. Ihre Glaubwürdigkeit wird weiter schwinden, Tag für Tag. So simulieren Sie Politik zum Selbstzweck und gegen die Interessen der Bürger. Wir möchten gemeinsam Politik machen für die Bürger im Land und auch für die Interessen Deutschlands. Denn wir, die AfD, sind die Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

(C)

Für Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort Andreas Audretsch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Andreas Audretsch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir starten in diese Haushaltsverhandlungen hier im Deutschen Bundestag, an einem Ort der freien Rede, einem Ort der Demokratie, der zumindest den Demokratinnen und Demokraten mit diesen Werten von hoher Bedeutung ist. Gleichzeitig merken wir, dass in unserer Gesellschaft, aber auch weltweit etwas ins Rutschen gerät und etwas ins Rutschen gebracht werden soll.

Anfang September hat die US-Regierung Strafmaßnahmen gegen mehrere Personen und Organisationen in Russland erlassen. Gezielt soll Moskau versucht haben, mit Millionen Dollar die Debatte in den USA zu vergiften. Auch wir in Deutschland stehen im Zentrum einer gefährlichen Propagandaoffensive aus Moskau.

Was will Wladimir Putin? Wladimir Putin will das Europa starker, liberaler Demokratien kaputtmachen. Das ist sein ausgemachtes Ziel. Er will, dass wir zu einer verunsicherten, zu einer abgeschotteten Gesellschaft werden. Er will, dass mitten in Europa Zerstörung herrscht. Er will, dass die Stärken des eigenen Landes von Politikern kaputtgemacht werden, um kurzfristig populistische Gewinne zu erzielen. Das möchte er in unsere Gesellschaften tragen. Man kann das nicht anders sagen. Herr Merz, man muss Ihnen den Vorwurf machen, dass Sie (D) genau das tun. Sie machen das Drehbuch von Wladimir Putin zur Realität.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Eine selten dümmliche Argumentation!)

Sie nehmen die Spaltung Europas in Kauf, und Sie betreiben bewusst oder unbewusst das Geschäft dieses Diktators: Notlagen ausrufen, Unsicherheit schüren, in Kauf nehmen, dass wir wieder über Schlagbäume mitten in Europa sprechen, in Kauf nehmen, dass wir Konfrontation zwischen Deutschland und Polen haben, in Kauf nehmen, dass wir Konfrontation in der eigenen Parteienfamilie zwischen Deutschland und Österreich haben. Sie säen Zwietracht. Sie spalten Europa. Genau das ist es, was sich der Diktator im Kreml wünscht. Das muss man Ihnen sagen, ob Sie es wollen oder nicht: Das ist unverantwortlich, und Sie sollten einen anderen Kurs einschlagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD - Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: So viel Unsinn!)

"Achtet auf die Sprache", das hat Angela Merkel gesagt. Wenn man Ihnen zuhört, Herr Merz, dann muss man den Eindruck gewinnen, dass Sie genau das Gegenteil tun: dass Sie nicht darauf achten, wie man mit Sprache eine Gesellschaft auseinandertreiben will. Man muss es sagen: Sie haben weder den Charakter einer Angela Merkel, noch haben Sie den europapolitischen Kompass eines Helmut Kohl, und Sie sind, so wie Sie mit dieser

(B)

Andreas Audretsch

(A) Angelegenheit umgehen, offensichtlich charakterlich nicht geeignet, ein Land zu führen. Man muss es so sagen, Herr Merz: Sie sind der Aufgabe offensichtlich nicht gewachsen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir können den Angriffen auf unsere liberale Demokratie nur dann etwas entgegensetzen, wenn wir das stärken, was uns in Deutschland, was uns in Europa immer starkgemacht hat. Darum werden wir immer für ein geeintes Europa ohne Grenzen eintreten. Deswegen werden wir immer dafür eintreten, dass es in Europa keine Schlagbäume gibt. Deswegen werden wir immer dafür eintreten, dass wir nicht Zwietracht säen zwischen den Ländern in Europa. Deswegen werden wir immer dafür eintreten, dass Rechtsstaatlichkeit an allererster Stelle steht. Deswegen werden wir immer dafür eintreten, dass Grundrechte und dass Menschenrechte in Deutschland, in Europa eine große Bedeutung haben. Auch wenn Sie das nicht mehr tun: Wir tun es. Es wäre gut, wenn die Union auf diesen Pfad zurückkehren würde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Einer zweiten Aufgabe sollten Sie sich widmen, nämlich Deutschland endlich wieder auf den Weg zu bringen, ein funktionierendes Land zu sein. In der Nacht von gestern auf heute ist in Dresden die Carolabrücke eingestürzt. Es grenzt an ein Wunder, dass kein Mensch zu Tode gekommen ist, dass niemand verletzt wurde.

(Zuruf des Abg. Christian Görke [Die Linke])

Der Zustand dort ist nichts, was singulär ist. In Dresden war die marode Brücke schon lange Thema. Das ist ein Zustand, den wir insgesamt in Deutschland sehen. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Herr Wegner, hat gesagt: Wir werden diesen Zustand nicht beenden können, ohne dass wir die Schuldenbremse reformieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie stellen sich hierhin und sagen: Das wird nicht passieren. – 70 Prozent der Brücken in Berlin sind renovierungsbedürftig, sanierungsbedürftig. In NRW sind 1 000 Brücken nicht saniert. Ich möchte nicht erleben, in welche Gefahren wir womöglich Menschen bringen. Es geht darum, dass wir dieses Land zum Funktionieren bringen, und es geht darum, dass wir Menschenleben schützen. Genau dazu werden Sie sich eines Tages bekennen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was bei Ihnen vorherrscht, ist Leere, keine Antwort. Das wird Dresden nicht gerecht. Das wird der Carolabrücke nicht gerecht. Das wird Berlin nicht gerecht, es wird NRW nicht gerecht, und das wird vor allem der Zukunft dieses Landes nicht gerecht. Beziehen Sie eine Position, und bekennen Sie sich endlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden Deutschland und Europa, was die Infrastruktur und was das Zusammenhalten angeht, nach vorne bringen. Während Sie Europa auseinandertreiben, legen wir Wert darauf, es zusammenzuführen.

(Zuruf des Abg. Jens Spahn [CDU/CSU])

Die Kulturhauptstadt Europas wird im kommenden Jahr Chemnitz sein. Wir stellen 10 Millionen Euro zur Verfügung, um dort, mitten im schönen Sachsen, vielfältige internationale Begegnungen zu ermöglichen, Festivals, Ausstellungen, damit Europa zusammenwächst und stärker wird. Sie treiben Europa auseinander. Wir führen Europa zusammen.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die FDP-Fraktion hat nun das Wort Bijan Djir-Sarai.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bijan Djir-Sarai (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir leben in einer Welt, die sich derzeit dramatisch verändert: außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen, globale Veränderungen, wirtschaftliche Krisen, Kriege und Konflikte. Wenn wir in dieser komplizierten Welt in der Lage sein wollen, unsere Interessen zu vertreten und unsere Werte zu bewahren, dann müssen wir vor allem die wirtschaftliche Kraft unseres Landes wiederherstellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir können heute schlecht einschätzen, wie die zahlreichen geopolitischen Herausforderungen sich in den nächsten Monaten entwickeln werden. Wir wissen nicht, wie der Krieg in der Ukraine sich entwickeln wird, weitergehen wird. Wir wissen nicht, wie sich die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten entwickeln werden. Und wir wissen nicht, was Ende des Jahres oder Anfang kommenden Jahres im Weißen Haus in den USA passieren wird. Aber eines wird völlig klar sein: Wir werden vermutlich eine Administration haben – unabhängig von der Frage, ob Demokraten oder Republikaner -, die eins uns ganz klar sagen wird: Der amerikanische Steuerzahler wird künftig nicht mehr die Bereitschaft haben, die Sicherheit oder die Sicherheitsarchitektur in Europa zu finanzieren. - Das wird, meine Damen und Herren, eine andere Welt werden, und auf diese Herausforderung müssen wir vorbereitet sein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen die ökonomische Basis unseres Landes stärken. Dazu braucht Deutschland dringend eine Wirtschaftswende. Nur so sichern wir Wohlstand und können uns auch geopolitisch behaupten. Jetzt geht es darum, (D)

Bijan Djir-Sarai

(B)

meine Damen und Herren, die Menschen, die Betriebe, die Unternehmen in unserem Land zu entlasten und nicht zu belasten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt geht es darum, Bürokratie abzubauen. Jetzt geht es darum, den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen. Jetzt geht es darum, private Investitionen in Deutschland zu ermöglichen.

(Dr. Mathias Middelberg [CDU/CSU]: Richtig!)

Und jetzt geht es auch darum, die Rahmenbedingungen zu schaffen für das Erwirtschaften, weil viele in diesem Land vergessen haben, dass erst erwirtschaftet werden muss, bevor überhaupt verteilt werden kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Wohlstand – auch wenn manche in Deutschland das leider glauben - ist kein Naturgesetz. Wohlstand müssen wir uns erarbeiten und erwirtschaften, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen brauchen wir Wachstum, deswegen brauchen wir Produktivität für den Wohlstand und nicht staatlichen Konsum und erst recht nicht steigende Sozialausgaben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Wir können nicht den Staatshaushalt mit immer mehr Sozialausgaben belasten und Handlungsspielräume weiter einschränken. Eine solche Politik würde das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland vernichten und die Zukunftsperspektiven unserer jungen Generation eintrüben, meine Damen und Herren.

(Stephan Brandner [AfD]: Warum machen Sie das denn dann? Genau das tun Sie doch!)

Die Wirtschaftswende muss sich auch in der Haushaltspolitik des Staates widerspiegeln. Heute ist es notwendiger denn je, eine solide Finanzpolitik zu betreiben.

(Zurufe von der Linken)

Eine solide Finanzpolitik und eine kluge Wirtschaftspolitik sind zwei Seiten derselben Medaille. Nur mit soliden Finanzen schaffen wir einen wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland, nur so können wir den Wohlstand erhalten und effektiv die Inflation in unserem Land bzw. die Inflation in Europa bekämpfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Kommen wir zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor einem Jahr, im letzten Jahr im November. Gelegentlich habe ich den Eindruck, dass der eine oder andere in diesem Haus dieses Urteil bis zum heutigen Tag nicht gelesen hat – gelegentlich. Aber ich will es Ihnen noch einmal ganz klar sagen, auch für die haushaltspolitischen Diskussionen, die wir haben: Spätestens dieses Urteil hat uns deutlich gemacht, dass wir die Schulden- (C) bremse in Deutschland nicht umgehen können. Wir können auch die Schuldenbremse nicht schleifen, sondern es ist die Aufgabe der Politik, es ist die Aufgabe der Regierung, die Schuldenbremse an der Stelle einzuhalten, meine Damen und Herren. Die Schuldenbremse ist ein Segen für die Politik

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Ja! – Zurufe von der Linken)

und zugleich Schutz vor denen, die glauben, dass das Geld des Staates eine beliebige Verteilungsmasse ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

Die Steuereinnahmen des Staates sind das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, der Menschen und Betriebe in unserem Land, das nicht mit der Gießkanne vergossen werden darf. Die Schuldenbremse schafft ein Fundament für Investitionen und Zukunft und ist vor allem eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes. Ohne sie drohen künftige Generationen an den Schuldenbergen und rasant steigenden Kreditrückzahlungen zu ersticken, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der SPD)

Zur Wahrheit gehört auch: Wir reden heute über Reformen, die man vor 10 oder 15 Jahren hätte anpacken müssen. Das hilft nun nicht. Die Probleme haben wir jetzt. Deutschland ist nach wie vor ein Hochsteuerland. (D) Wenn wir uns mit anderen Industrienationen und vor allem erfolgreichen Industrienationen vergleichen, werden wir feststellen, wie groß dieses Problem ist, und vor allem, was das für einen Nachteil für den Wirtschaftsstandort Deutschland bedeutet. Der deutsche Staat wird in diesem Jahr nahezu 1 Billion Euro an Steuereinnahmen haben – ein neuer Rekord. Gleichzeitig sind die Ausgaben in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. In einer solchen Situation auf eine Schuldenpolitik zu setzen, wäre toxisch für die Wirtschaft und die Gesellschaft in unserem Land.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen ist es längst an der Zeit, auch gemeinsam über die Zukunft des Sozialstaates zu reden. Daran geht kein Weg vorbei. Der deutsche Sozialstaat ist eine große Errungenschaft, und darauf sind wir auch stolz. Niemand will den deutschen Sozialstaat kürzen. Dieses Ziel verfolgt zum Glück niemand in diesem Haus. Aber eins muss doch völlig klar sein: Eine moderne Sozialpolitik bedeutet, dass man nicht nur an diejenigen denkt, die die Hilfe benötigen, sondern auch gelegentlich an diejenigen denkt, die diese Hilfe finanzieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch das bedeutet soziale Gerechtigkeit, und ich hoffe, darüber sind sich alle in diesem Haus klar.

Bijan Djir-Sarai

A) Meine Damen und Herren, eine haushaltspolitische Debatte besteht nicht nur aus Zahlen und Daten, sondern sie zeigt, wohin die Politik in Zukunft gehen will oder gehen soll. Hier geht es um das Vertrauen gegenüber dem Staat. Hier geht es auch darum, Vertrauen in dieser Situation aufzubauen, in einer Situation, in der das Land massiv verunsichert ist. Das sage ich auch mit Blick auf das gestrige Treffen: Es ist notwendig, dass gerade beim Thema Migration die Politik Handlungsfähigkeit zeigt. Wir brauchen eine grundlegende Neuorientierung der Migrationspolitik. Das ist eine Kernfrage der Stabilität unserer Demokratie. Es darf keine Denkverbote geben in der Migrationspolitik. Ändert sich die Migrationspolitik nicht, wird unsere Demokratie einen enormen Schaden davontragen, meine Damen und Herren.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: So ist es!)

Die Menschen sind es leid und verlieren das Vertrauen in unseren Staat. Sie erwarten völlig zu Recht, dass Migration nach rechtsstaatlichen Kriterien erfolgt und begrenzt und kontrolliert wird. Hier geht es übrigens auch um mehr als nur das Thema Migration. Hier geht es um das Vertrauen gegenüber dem Staat. Hier geht es um das Vertrauen gegenüber den Institutionen des Staates. Deswegen gehört es auch dazu, dass Menschen, die kein Bleiberecht haben, konsequent abgeschoben werden. Ebenso müssen Menschen, die unsere Rechtsordnung mit Füßen treten und Straftaten begehen, Konsequenzen spüren und ausgewiesen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

(B) Die derzeitige Migrationspolitik, meine Damen und Herren, überfordert das Land. Die derzeitige Migrationspolitik überfordert das Land sowohl qualitativ als auch quantitativ. Niemand darf jetzt einer Wende in der Migrationspolitik im Wege stehen und sie blockieren. Jeder muss jetzt seinen Beitrag leisten. Alles andere wäre nicht politikfähig.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich glaube – Herr Merz, ich sage es ganz offen –, dieses Thema ist weitaus größer als die Ampel. Und es gibt keine Ampel in der Migrationspolitik. Wir als FDP stehen Ihnen weitaus näher als unsere geschätzten Kollegen von der Koalition.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Aha! Auf einmal! – Zurufe von der Linken)

Deswegen müssen wir an der Stelle gemeinsam denken, Herr Merz. Es war ein Fehler, die Gespräche gestern zu verlassen. Aber ich will jetzt nicht zurückschauen. Mein Parteivorsitzender Christian Lindner hat Ihnen ein Angebot gemacht. Ich finde, dieses Angebot sollten Sie annehmen. Genau das, was mein Kollege Buschmann gestern gesagt hat, nämlich dass wir bereit sind, eins zu eins das umzusetzen, was die Union sagt,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

möchte ich an dieser Stelle wiederholen: Wir als FDP sind bereit, eins zu eins diese Dinge mit Ihnen umzusetzen. Als Generalsekretär der FDP gebe ich Ihnen mein Wort.

(Zuruf von der SPD: Toll! Super!)

(C)

Dieses Thema müssen wir anpacken.

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Bijan Djir-Sarai (FDP):

Ja, letzter Gedanke. – Herr Mützenich stellt sich bei jeder Gelegenheit hierhin und macht Ihnen Angebote, wie Sie gemeinsam die Schuldenbremse umgehen sollen. Darüber können Sie natürlich nachdenken; das ist Ihre Sache.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP)

Wir machen Ihnen ein Angebot, mit Ihnen die Migrationskrise in Deutschland zu beenden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Wir können uns ja vor Angeboten kaum noch retten!)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Thorsten Frei für die Unionsfraktion ist unser nächster Redner.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thorsten Frei (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! "Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit" – mit diesem Titel auf Ihrem Koalitionsvertrag sind Sie vor drei Jahren in diese Legislaturperiode gestartet. Das, was wir in diesen drei Jahren erlebt haben, aber auch heute in dieser Generaldebatte, ist ein Zeugnis der Zerrüttung und des Zerwürfnisses.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können das ja im Wochentakt sehen. Wir hören schöne Reden der FDP. Ich kann nahtlos anknüpfen an das, was der Kollege Djir-Sarai hier vorgetragen hat. Entsprechende Beschlüsse gibt es jede Woche durch die Partei der FDP. Aber wenn man dann mal schaut, was der Parteivorsitzende der FDP, der auch Bundesfinanzminister ist, in der Bundesregierung zu verantworten hat, stellt man fest, dass das häufig diametral dem entgegensteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bestes Beispiel: Rentenpaket II. Es ist das Gegenteil von dem, was richtig ist. Es ist das Gegenteil von dem, was die FDP für richtig hält.

(Zurufe des Abg. Matthias W. Birkwald [Die Linke])

Aber es ist Politik hier in Deutschland – bestes Beispiel dafür. Das führt am Ende sogar dazu, dass der grüne Wirtschaftsminister Habeck, dem ich von hier aus beste Genesungswünsche senden möchte, sogar daran zweifelt, ob der Bundesfinanzminister seinem Amt gewachsen ist.

(Stephan Brandner [AfD]: Das sagt Habeck!)

Thorsten Frei

Selbst bei den Grünen hält man es mit der Nachhaltig-(A) keit nicht mehr so genau, wenn man die eigene Koalition als eine Koalition des Übergangs bezeichnet. Aber wenn es eine Koalition des Übergangs ist, dann ist vor allen Dingen eines klar: Dieser Kanzler ist ein Kanzler auf Abruf. Dass das so ist, hat er mit seiner Haushaltsrede heute eindrücklich bewiesen. Dieser Kanzler verschließt die Augen vor der Wirklichkeit in einer Dimension, dass es mir als Staatsbürger dieses Landes wirklich Angst macht. Er spricht von einer Welt, die nichts zu tun hat mit der Situation, die wir in Deutschland haben.

(Zuruf des Abg. Johannes Schraps [SPD])

Wenn wir uns die ökonomische Bilanz dieses Bundeskanzlers anschauen, dann kann man nur feststellen, dass sie ernüchternd ist, und man kann sie in einem Satz zusammenfassen: Es geht in die Rezession. Unsere Wirtschaft ist letztes Jahr um 0,3 Prozent geschrumpft.

(Zuruf der Abg. Katja Mast [SPD])

Im zweiten Quartal dieses Jahres ist sie auch geschrumpft. Das Münchner ifo-Institut prognostiziert für dieses Jahr ein Wachstum von 0,0 Prozent.

(Zuruf des Abg. Johannes Schraps [SPD])

Gleichzeitig haben wir eine Situation, wo viele ökonomische Daten auseinandergehen, wo wir keine Chance sehen, wie da, etwa im Bereich der Steuerpolitik und der Energiepolitik, eine Trendwende in Gang gesetzt werden könnte. Die Koalition reagiert darauf mit einem kleinteiligen Maßnahmenpaket, das in der Bevölkerung als ein Mix ankommen muss aus Gesundbeterei und Symbolpolitik. Mehr ist es am Ende nicht. Und das wird eben auch nicht zu anderen Ergebnissen führen.

Ich finde, die Rede des Bundeskanzlers war entlarvend an der Stelle, als er über die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt berichtet hat. Ja, diese Zahlen muss man mal zusammenbringen. Er hat recht in einem Punkt: Wir haben eine demografische Entwicklung, die das Angebot auf dem Arbeitsmarkt reduziert. Warum wächst dann aber jetzt die Zahl der Arbeitslosen? Warum sind jetzt 300 000 Industriearbeitsplätze verloren gegangen? Warum wächst die Zahl der Bürgergeldempfänger auf 5,5 Millionen? Warum haben wir immer noch einen Mangel an Arbeitskräften, warum 1,7 Millionen Stellen in Deutschland, die nicht besetzt werden können? Das ist doch dysfunktional. Das passt doch überhaupt nicht zusammen. Und das führt am Ende dazu, dass wir nicht die notwendigen Mittel haben, um die Staatsausgaben im investiven Bereich ordentlich zu erfüllen. Das ist die Folge Ihrer Politik, nichts anderes.

(Beifall bei der CDU/CSU – Jens Spahn [CDU/CSU]: Wo ist der Kanzler überhaupt?)

Ich will an der Stelle einfach noch einen Satz zu den vielfältigen Angeboten sagen, über die Schuldenbremse nachzudenken. Unser Partei- und Fraktionsvorsitzender hat das einzig Richtige dazu gesagt: Nein, wir denken nicht darüber nach. Denn wenn wir die Schuldenbremse nicht hätten, wenn wir irgendetwas anderes hätten, so etwas wie die goldene Regel vor dem Jahr 2009, dann würden Sie in zwei Jahren keine 100 Milliarden Euro Schulden machen, sondern ein Vielfaches davon. Und (C) das wollen wir zugunsten zukünftiger Generationen ver-

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Schuldenbremse hilft. Wir hören aber bei SPD und Grünen bei jedem Thema, das sie ansprechen: Sie rufen sofort nach dem Lösen der Schuldenbremse. Sie rufen nach Staatsgeld. Im Grunde genommen hat der Kollege Djir-Sarai vorhin frei nach Margaret Thatcher gesagt: Es gibt kein Staatsgeld. Es gibt nur das Geld der Steuerzahler. Unsere Verantwortung ist, damit ordentlich umzugehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Bijan Djir-Sarai [FDP]: Sehr liberal! – Zuruf des Abg. Christian Dürr [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war auch einigermaßen erstaunt über das, was der Bundeskanzler zur Migrationspolitik gesagt hat. Ich fand, es war ein mutiges und richtiges Zeichen unseres Vorsitzenden, ihm die Hand zu reichen und zu sagen: Diese Herausforderung ist so groß, dass wir sie gemeinsam lösen müssen. – Die Koalition hat übrigens in der Vergangenheit in dieser Legislaturperiode nichts dazu unternommen, um das Problem zu lösen. Im Gegenteil: Sie haben den Spurwechsel ermöglicht. Sie haben zusätzliche Bleiberechte für abgelehnte Asylbewerber ermöglicht. Sie haben die Begrenzung aus § 1 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes gestrichen. Sie haben alle Zeichen gesetzt, um deutlich zu machen und in die Welt zu senden: Kommt her! Wer es (D) hierher schafft, der kann hierbleiben, unabhängig von seinem Schutzinteresse.

(Zuruf von der SPD: Sie sagen die Unwahrheit!)

Und das Zweite ist: Ich finde, die Reden von Frau Dröge und von Herrn Audretsch haben deutlich gemacht, dass wir bei den Gesprächen im Bundesinnenministerium nie eine Chance hatten.

> (Zuruf der Abg. Katharina Dröge [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir hatten ganz offensichtlich nie eine Chance, wirklich zu einer grundlegend anderen Migrations- und Asylpolitik zu kommen.

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Man muss so eine Rede nach der Debatte auch umschreiben, Herr Frei!)

Während die FDP und nach meinem Eindruck auch die SPD um rechtliche Gestaltungen gerungen haben, wollten die Grünen grundsätzlich keine andere Migrations-

(Beifall bei der CDU/CSU - Zurufe der Abg. Andreas Audretsch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN] und Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

Da muss man sagen: Dafür sind wir nicht zu haben. Dafür übernehmen wir keine Verantwortung.

Thorsten Frei

(A) 1992/1993 hatten wir eine andere Situation. Da ging es um eine Grundgesetzänderung, und es kam auch noch etwas anderes hinzu: Damals konnten die Menschen unterscheiden zwischen der Situation davor und der Situation danach. Wenn wir uns an einem Migrationspaket beteiligen – und die Tür bleibt offen bis zum allerletzten Tag –, dann muss sich auch etwas ändern. Dann müssen die Menschen spüren, dass wir eine andere Migrationspolitik machen,

(Zuruf des Abg. Bijan Djir-Sarai [FDP])

die zu anderen Ergebnissen bei uns im Land führt.

Ich will Ihnen zum Schluss eines sagen: Niemand akzeptiert mehr, wenn man sagt: Wir können daran nichts mehr ändern; dieses spricht dagegen, jenes spricht dagegen. – Sie haben in vielen Bereichen der Migrationspolitik gezeigt, dass es nicht gestimmt hat.

(Zuruf der Abg. Katja Mast [SPD])

Nein, wer wirklich glaubt, von Deutschland aus das Weltklima nach unten regulieren zu können, der kann auch die Migration nach Deutschland reduzieren. Wie absurd ist denn dieses Denken, das Sie hier regelmäßig praktizieren?

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort Achim Post.

(Beifall bei der SPD – Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Wie kann man so einen bedeutenden Mann nur zwei Minuten reden lassen? – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Die Uhr läuft!)

Achim Post (Minden) (SPD):

(B)

Was ich sagen will, kann ich auch in zwei Minuten sagen. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Aus meiner Sicht ist die Sachlage ganz klar: Wir haben hier gestern zusammen 75 Jahre Deutscher Bundestag gefeiert,

(Stephan Brandner [AfD]: Das war keine Feier! Das war eine peinliche Veranstaltung!)

eine beeindruckende Erfolgsgeschichte von Millionen und Abermillionen von Bürgerinnen und Bürgern, und von Tausenden von Abgeordneten auf der Grundlage der gleichen Grundwerte; und das ist gut so. Auf dieser Grundlage will ich zu den Punkten kommen.

Erster Punkt. Wir haben über Asyl geredet. Ich finde, es muss doch beides gehen: die Grenzen besser zu schützen, Migration besser zu kontrollieren und zu steuern

(Stephan Brandner [AfD]: Dann machen Sie das doch!)

und gleichzeitig das Grundgesetz zu achten. Das schließt sich doch nicht aus. Das muss doch möglich sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das, was wir sagen, steht im Grundgesetz!)

Deswegen vermute ich etwas ganz anderes, liebe Kolleginnen und Kollegen, was ganz anderes! Ich sage Ihnen eins: Populismus und Populisten bekämpft man nicht so, wie Sie es gerade probieren. Ich rede mal von einer Eilmeldung, von der ich gehört habe. Ich war zwar nicht dabei bei den Gesprächen, ich weiß aber, dass die Eilmeldung der "Bild"-Zeitung, dass der Asylgipfel gescheitert ist, eher da war als Ihre Wortmeldung, dass er gescheitert sei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Johannes Schraps [SPD]: Hört! Hört!)

Da fragt man sich doch, ob Sie zuerst die "Bild"-Zeitung informiert haben, bevor Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen informiert haben. Das geht doch auf keinen Fall. Deswegen vermute ich, dass von Anfang an dahinterstand: Sie wollten es scheitern lassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Zweiter Punkt. Wir stützen, unterstützen und stärken in dieser Bundesregierung mit dem Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius nicht nur die Bundeswehr, sondern auch die Ukraine. Wir erhöhen unsere Verteidigungsfähigkeiten, und gleichzeitig versuchen wir auf allen Kanälen, dafür zu sorgen, dass Gesprächsformate entstehen; denn das gehört doch zusammen: Stärke und Diplomatie. Das gehört nicht in den Kanon, wie Sie es hier denken. Das eine schließt das andere nicht aus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Alexander Dobrindt [CDU/CSU]) (D)

Letzter Punkt: der Sozialstaat, über den hier so viel geredet wird. Natürlich wollen wir wirtschaftliche Stärke. Natürlich wollen wir wirtschaftliche Dynamik. Gleichzeitig: Der Sozialstaat ist eine große Errungenschaft in Deutschland und Europa. Wer den beschädigen und zerstören will, der bekommt es mit der deutschen Sozialdemokratie zu tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn auch das gehört zusammen wie Zwillinge: wirtschaftliche Dynamik und ein starker Sozialstaat.

Allerletzter Punkt, wenn ich noch darf. Dass es Probleme in der Wirtschaft gibt, weiß ich selbst. Ich empfehle für meine Fraktion den Bossen von thyssenkrupp, von Volkswagen und auch von ZF, über die Sozialpartnerschaft nachzudenken, statt so zu tun, als könne man ohne Mitbestimmung mit Manchesterkapitalismus dieses Land sanieren.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Stephan Brandner [AfD]: Mein Gott! War das peinlich! Unmöglich! – Dr. Götz Frömming [AfD]: Wie weltfremd!)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die Gruppe Die Linke hat nun das Wort Heidi Reichinnek.

(D)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas

(A) (Beifall bei der Linken)

Heidi Reichinnek (Die Linke):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland 2024: Die Infrastruktur bricht zusammen, die soziale Ungleichheit wächst, zentrale gesellschaftliche Bereiche wie das Gesundheitssystem, Bildung, Wohnungsbau werden ausgeblutet. Und was machen Sie, liebe Ampel? Sie erklären uns im Einklang mit Union und AfD: Schuld an allen Problemen sind Geflüchtete und Bürgergeldempfänger. Und dass Sie da jetzt mal richtig durchgreifen. Ja, wir müssen über Migration reden. Dafür gibt es ja morgen trotz Haushaltswoche eine eigene Debatte. Das ist auch richtig so. Aber tun Sie doch nicht so, als wäre das das einzige Problem, vor dem unser Land gerade steht.

(Beifall bei der Linken)

Die Menschen fragen sich, wie sie ihre Miete zahlen sollen, ob sie nächstes Jahr noch einen Job haben, wie lange das Krankenhaus im Ort bleibt. Und für all diese Probleme haben Sie keine Lösungen. Sie suchen lieber Sündenböcke, um von Ihrem eigenen Versagen abzulenken.

(Beifall bei der Linken)

Wir diskutieren hier ja eigentlich den Haushalt. Und ich habe das Gefühl, ich muss Sie daran erinnern, wofür es den Haushalt überhaupt gibt, was Ihr Auftrag als Regierung ist. Es geht darum, Gelder so zu verteilen, dass unsere Gesellschaft funktioniert.

(B) (Beifall bei der Linken – Zuruf des Abg. Otto Fricke [FDP])

Es geht darum, dass Sie endlich Verantwortung übernehmen. Was nützt es uns, die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt zu sein, wenn Reichtum so ungerecht verteilt ist?

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten des BSW)

Vor drei Jahren sind Sie als selbsternannte Fortschrittskoalition gestartet. Jetzt legen Sie Ihren letzten Haushalt vor, und eins wird noch einmal deutlich: Fortgeschritten ist unter Ihnen nur der Verfall des Sozialstaates und der öffentlichen Infrastruktur.

(Beifall bei der Linken)

Und kaum etwas steht so symbolisch dafür wie die Deutsche Bahn. Für die Regierungsbank da drüben: Das ist so was wie Dienstwagen oder Flugbereitschaft, nur auf Schienen, und es ist eigentlich ganz cool. Aber die Deutsche Bahn fährt im wahrsten Sinne des Wortes auf Verschleiß. Jeden Tag sitzen Zehntausende Leute in überfüllten Zügen ohne Klimaanlage und wissen nicht, ob sie jemals da ankommen, wohin sie wollen.

(Christian Schreider [SPD]: Stimmt doch gar nicht!)

Gut, im Gegensatz zur Ampel wissen diese Leute zumindest theoretisch, was ihr Ziel ist.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten des BSW – Zuruf des Abg. Stephan Brandner [AfD])

Aber wie in so vielen Bereichen: Was wir hier brauchen, sind Investitionen; aber die verhindert Ihre heilige Schuldenbremse.

(Christian Schreider [SPD]: Stimmt doch gar nicht!)

Sie sagen den Leuten immer wieder, dass Ihnen leider die Hände gebunden sind. Sie lassen hier alles den Bach runtergehen, statt endlich diese Investitionsbremse abzuschaffen oder wenigstens zu reformieren. Das ist nicht nur Unsinn, das ist gefährlich!

(Beifall bei der Linken – Zurufe des Abg. Christian Schreider [SPD])

Und vor allem ist es absolut lächerlich, die Schuldenbremse vorzuschieben. Denn die umgehen Sie selbst, wo Sie können. Ihr Haushalt ist eine Sammlung von Taschenspielertricks, um die Schuldenbremse auszuhebeln.

(Christian Schreider [SPD]: Keine Ahnung von der Bahn, aber hier herumkritisieren!)

- Hören Sie mal zu; da lernen Sie noch was!

(Beifall bei Abgeordneten der Linken – Zuruf des Abg. Christian Schreider [SPD])

Die Bahn bekommt deswegen statt Investitionen Darlehen: Die kann man nämlich an der Schuldenbremse vorbeimogeln. Diese Darlehen helfen der Bahn zwar nicht, aber Sie können sagen: Wir haben doch was gemacht. — Sie können sich hierhinstellen wie der Kollege Dürr und behaupten, der Haushalt sei ein Investitionshaushalt.

(Christian Dürr [FDP]: 81 Milliarden Euro! Kennen Sie eigentlich die Zahlen?)

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt sind wir in der Europäischen Union auf dem vorletzten Platz bei den Investitionen! Dafür erwarten Sie Applaus? Nicht ganz die Schlechtesten zu sein, ist gut genug? Na, das erklärt einiges bei Ihrer Politik!

(Beifall bei der Linken)

Weil Sie aber auf der einen Seite an der Schuldenbremse festhalten und auf der anderen Seite keine neuen Einnahmen generieren, kürzen Sie da, wo die Leute sowieso schon nichts haben,

(Christian Schreider [SPD]: Schon einmal etwas von der Lkw-Maut gehört?)

nämlich bei den Bürgergeldempfängern zum Beispiel. Hier wollen Sie fast 5 Milliarden Euro einsparen. Auf Nachfrage von mir können Sie aber gar nicht beantworten, wie Sie sich das vorstellen. Dafür, dass die CDU nicht mehr an der Regierung ist, ist in diesem Haushalt eine ganze Menge Gottvertrauen drin, muss ich mal sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linken)

Und die Regelsätze werden natürlich auch nicht erhöht. Dabei würde eine Erhöhung den Betroffenen nicht nur helfen, ihren Alltag zu meistern, sondern auch die Wirtschaft ankurbeln. Denn Bürgergeldempfänger tragen jeden einzelnen Cent, den sie mehr bekommen, auf direktem Wege in die Geschäfte. Zwei Fliegen mit einer

Heidi Reichinnek

(A) Klappe – könnte man meinen; aber Sie beteiligen sich ja lieber an der Schmierenkampagne gegen Menschen im Bürgergeld, die die Union losgetreten hat.

(Beifall bei der Linken)

Keine Talkshow – keine einzige! – ohne mindestens einen abgehobenen Politiker, der sich nicht zu dumm ist, mit erfundenen Zahlen Stimmung gegen das Bürgergeld zu machen, obwohl er sich gerade erst – leistungslos – die fetteste Diätenerhöhung seit Jahrzehnten eingesteckt hat. Die Erhöhung allein ist übrigens höher als der höchste Bürgergeldsatz – das nur nebenbei.

(Beifall bei der Linken – Zuruf des Abg. Christian Schreider [SPD])

Sie treffen mit Ihren widerlichen Lügen zum Bürgergeld übrigens die alleinerziehende Mutter genauso wie den Mann, der seine Frau pflegt, oder die Menschen, die mit Erkrankungen zu kämpfen haben. Das ist niederträchtig. Das machen wir als Linke nicht mit.

(Beifall bei der Linken sowie des Abg. Julian Pahlke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei diesen Leuten vom Existenzminimum noch Geld wegzukürzen und sich dann für immer mehr Sanktionen zu feiern, das ist erbärmlich. Damit hat übrigens niemand in der Bevölkerung auch nur einen Cent mehr im Portemonnaie. Richtig wäre es, höhere Mindestlöhne einzuführen, statt nur nette Briefe zu schreiben, Herr Heil.

(Beifall bei der Linken)

Stärken Sie die Tarifbindung, und entlasten Sie geringe und mittlere Einkommen! Das ist das, wofür wir als Linke kämpfen.

Während Sie ehrliche Arbeit ohne Ende besteuern, werden perverse Vermögen und gigantische Milliardenerbschaften geschont. Wenn Sie so dringend Geld suchen, dann fangen Sie da doch mal an! Ich verspreche Ihnen, da finden Sie verdammt viel davon.

(Beifall bei der Linken)

Und wenn Sie nur einen Hauch dieser Obsession, die Sie in Talkshows für das Treten nach unten aufwenden, in die Verfolgung von Mindestlohnbetrug und Steuerflucht stecken würden, ließen sich noch mal Dutzende Milliarden reinholen. Was hält Sie eigentlich davon ab? Die Spendenschecks, die Ihre Parteien einstreichen? Klar, man beißt nicht die Hand, die einen füttert.

(Zuruf des Abg. Christian Schreider [SPD])

Aber von diesem Geld könnten wir Ihre ganzen schönen Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag bezahlen.

Gegen Kinderarmut hatten wir zum Beispiel mal über eine Kindergrundsicherung geredet. Um die ist es auffällig still geworden in den letzten Monaten. Klar, Sie wissen ja selbst, dass die nicht mehr kommt. Dann lebt halt jedes fünfte Kind in Armut, hat kein gesundes Essen, kann nicht zur Klassenfahrt. Aber hey, liebe Kinder, dafür hält die Regierung für euch die Schuldenbremse ein, und die Reichen werden immer reicher!

(Beifall bei der Linken)

Denkt doch daran, wenn ihr im Sommer mal wieder nicht ins Schwimmbad gehen könnt.

Und wenn Sie, Herr Lindner, dann immer erzählen, (C) Sozialleistungen für Kinder wollen Sie nicht, sondern Geld für Bildung, dann frage ich mich: Warum geben Sie kein Geld für Kitas aus? Kein Cent mehr ist dafür im Haushalt vorgesehen! Dabei wären gut ausgestattete Kitas zentral für Chancengleichheit.

(Beifall bei der Linken – Christian Haase [CDU/CSU]: Das ist Länderaufgabe!)

Ich sage Ihnen: Wir brauchen in diesem Haushalt mehr Geld für Kinder. So einfach ist es nämlich.

(Beifall bei der Linken)

Aber diese Regierung hat kein Herz für Kinder, sondern nur für Waffen! Denn das einzige Ministerium, das sich vor Geld nicht retten kann, ist das Verteidigungsministerium. Noch nie hat eine Bundesregierung so viel Geld für Krieg und Aufrüstung eingeplant. Militärausgaben für nächstes Jahr: knapp 90 Milliarden Euro. 90 Milliarden Euro! Für 9 Milliarden Euro könnten Sie den bestehenden Investitionsstau im Katastrophenschutz auflösen. Für 20 Milliarden Euro könnten Sie sämtliche Sportstätten in Deutschland sanieren. Für 30 Milliarden Euro ließen sich alle Brücken in ganz Deutschland rechtzeitig sanieren. Wie dringend nötig das ist, haben wir gerade letzte Nacht in Dresden gesehen.

(Beifall bei der Linken)

Stattdessen: dubiose Beraterverträge, Milliarden für Funkgeräte, die nicht in Panzer passen, für Gewehre, die schräg schießen. Klingelt da was? Dank Ihnen allen zählt Rheinmetall zu den erfolgreichsten DAX-Konzernen.

(Zuruf des Abg. Christian Schreider [SPD])

(D)

Ich sage Ihnen: Überall ist das Geld besser angelegt als in der Rüstungsindustrie!

(Beifall bei der Linken)

Hören Sie endlich mit dem Säbelrasseln auf! Diplomatie statt Waffen, das ist die Lösung!

(Beifall bei der Linken – Zuruf des Abg. Christian Schreider [SPD])

Wofür Sie außerdem noch Geld übrighaben, ist die Aktienrente. 12 Milliarden Euro – übrigens auch an der Schuldenbremse vorbei – kostet der Spaß. Was es bringt, weiß keiner. Für den gleichen Betrag könnten Sie dafür sorgen, dass niemand weniger als 1 250 Euro Rente hat. Herr Scholz, Sie haben hier gerade wirklich gesagt, dass Sie dafür sorgen wollen, dass alle so lange arbeiten können, wie sie wollen. Als ob das unser Hauptproblem wäre! Die Generation, die Dutzende Jahre gearbeitet hat, sammelt Pfandflaschen, weil die Rente nicht zum Leben reicht! Das ist doch unser Problem!

(Beifall bei der Linken)

Wo ist Ihr Respekt für Menschen, die mit 70 noch arbeiten müssen, die bei den Tafeln Schlange stehen, die nicht einfach mal mit ihren Enkeln ein Eis essen können? Diesen Menschen zu helfen, daran müssen Sie sich als Regierung messen lassen! Und Sie versagen dabei auf ganzer Linie.

(Beifall bei der Linken)

Heidi Reichinnek

(A) Und wissen Sie, was ein starker Sozialstaat außer Armut noch bekämpft? Faschisten! Ja, Sie können sich nach jeder Wahl hierhinstellen und den Leuten zurufen, dass sie Rechtsextreme nicht wählen sollen. Aber wie oft müssen wir Ihnen noch die Studien vorlegen, die eindeutig beweisen, dass Kürzungspolitik und Zuspruch zu rechtsextremen Positionen einen direkten Zusammenhang haben? Wie viele Faschisten müssen noch in die Parlamente gespült werden, bis auch der Allerletzte bei Ihnen begreift: Man bekämpft die AfD nicht, indem man ihre Politik des Nach-unten-Tretens übernimmt, sondern indem man Politik macht, die das Leben von Menschen verbessert, indem man investiert. Verdammt noch mal!

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Heidi Reichinnek (Die Linke):

Ich komme zum Schluss. – Ihr Haushalt funktioniert nicht. Sie opfern alles für die Schuldenbremse, umgehen Sie aber selbst, wenn es gerade passt. Sie investieren nicht da, wo es nötig ist. Sie suchen sich Sündenböcke, die sich nicht wehren können, und verspielen das Vertrauen der Menschen in dieses Parlament endgültig, weil Sie viel reden, aber nichts liefern, um den Alltag der Menschen zu verbessern.

Das ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie dieser Satz: das Allerletzte.

(Beifall bei der Linken – Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

(B)

Und die nächste Rednerin ist für die Bundesregierung die Staatsministerin beim Bundeskanzler, Claudia Roth.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Claudia Roth, Staatsministerin beim Bundeskanzler: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kultur in jeder von uns geförderten Form bewahrt uns: bewahrt uns vor Engstirnigkeit, Voreingenommenheit und Intoleranz. Sie verhilft uns zu Wissen und Erfahrung. Kultur vermittelt uns Anschauung und Erkenntnis, ein Bild von uns selbst und anderen. Kultur kennt keine Grenzen. Und erst das gibt uns die Möglichkeit der Auseinandersetzung und Verständigung miteinander.

Eine Demokratie ohne eine freie, lebendige und vielstimmige Kultur ist eine sterbende Demokratie. Umgekehrt gilt: Stirbt die Demokratie, ist die Lebenserwartung der Kultur kaum mehr der Rede wert. Mit anderen Worten: Die Kultur war nie bedeutender für die Demokratie als jetzt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Weil es ein sehr wichtiges Anliegen ist, alle Menschen in Deutschland an kulturellen Angeboten teilhaben zu lassen, nicht nur in den Metropolen, sondern auch in der Fläche, habe ich für diesen Kulturhaushalt gekämpft und kämpfe dafür jeden Tag. Das trägt Früchte. Bei dem

wirklich erfolgreichen KulturPass, der die Teilhabe von (C) 18-Jährigen stärkt, haben wir erreicht, dass das Kultur-Pass-Budget ab heute über zahlreiche Sparkassen per Onlinebanking aktiviert werden kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt ist ein Kraftakt. Er war Zwängen unterworfen wie kein anderer. Nicht alles, was wir für richtig und für notwendig gehalten haben, konnten wir möglich machen. Darüber wollen wir in den kommenden Wochen mit Ihnen, mit den Abgeordneten, beraten.

Der Haushalt steht unter dem Zeichen eines Krieges in Europa, in dem wir entschlossen sind, die Ukraine in jeder Weise zu unterstützen. In diesem Krieg geht es auch darum, die Demokratie zu erhalten, die droht dem Recht des Stärkeren zu unterliegen. Es geht um den Erhalt einer offenen Gesellschaft. Deswegen braucht es das Werben für die Demokratie und den Kampf gegen die Desinformation, und dafür steht die Deutsche Welle exemplarisch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei der FDP)

Unsere demokratische Gesellschaft braucht Erinnerungsarbeit, die dazu beiträgt, die im Grundgesetz verbürgten Rechte zu bewahren, allen voran den Schutz der Würde aller Menschen. Selbstverständlich ist und bleibt der Holocaust Ausgangspunkt unserer Erinnerungspolitik.

Die Gedenkstätten, die den Nationalsozialismus und die SED-Diktatur aufarbeiten, stützen wir im Haushaltsentwurf nachdrücklich. Das Gedenkstättenkonzept wird derzeit in enger Zusammenarbeit mit den Akteurinnen und Akteuren der Erinnerungslandschaft aktualisiert. Wie wichtig ihre Arbeit ist, zeigt eine furchterregende Entwicklung: die massive Bedrohung von Gedenkstätten durch den demokratiefeindlichen Mob. Wir müssen sie davor schützen mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Zur Erinnerungsarbeit zählt auch die Aufarbeitung des Kolonialismus. Auch hier kommen wir gut voran und wollen vorbehaltlich der kommenden Beratungen eine koordinierende Stelle, eine Geschäftsstelle schaffen. Mit der Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte haben wir Förderinstrumente für genau dieses wichtige Thema. Mit dem Haus der Geschichte arbeiten wir zurzeit intensiv an der Neukonzeption der dortigen Dauerausstellung, die auch das Thema der Einwanderungsgesellschaft würdigen wird.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sagte es bereits: Nicht alles, was aus meiner Sicht und aus der Sicht der Kultur notwendig ist, konnten wir, anders noch als im vergangenen Jahr, möglich machen. Das betrifft auch die Freie Szene. Aber wenn nun der Vorwurf erhoben wird, der Haushaltsentwurf vernachlässige sie, dann will ich dem widersprechen.

Staatsministerin Claudia Roth beim Bundeskanzler

(A) Wir haben in dieser Legislaturperiode gerade für die Freie Szene Erfolge erzielt und Mittel generiert. Wir haben die Förderung im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit um über 30 Millionen Euro und damit um rund 45 Prozent ausgebaut. Darin enthalten sind der Theaterpreis, 10 Millionen Euro zusätzlich für die Initiative Musik und neue Förderinstrumente wie der Festivalförderfonds und der Amateurmusikfonds, die auf Ihre Anregung zurückgehen. Besonders am Herzen liegt mir Chemnitz, die Kulturhauptstadt Europas im nächsten Jahr. 10 Millionen Euro dafür sind ein bewusstes Zeichen, dass sich der Bund für Sachsen, für eine freie Kultur, für die Demokratie und für die europäische Kulturpolitik engagiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Auch wenn Aufwüchse wie im vergangenen Regierungsentwurf nicht möglich waren: Die Förderung der Bundeskulturfonds für 2025 liegt immer noch deutlich über den Ansätzen von 2023 und denen der letzten Bundesregierung. Und mit Blick auf das Bündnis internationaler Produktionshäuser möchte ich hier wiederholen, was ich den Leiterinnen und Leitern im persönlichen Gespräch gesagt habe: Wir wollen die anstehenden Beratungen gemeinsam nutzen. – Erst gestern haben wir mit der Kulturstiftung des Bundes gesprochen, dass wir über Förderungsmöglichkeiten noch einmal helfen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, finanzielle Mittel, strukturelle Veränderungen und organisatorische Maßnahmen sind die Instrumente der Politik. Deswegen möchte ich deutlich sagen: Wenn es um große Reformen geht wie bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz oder bei der Filmförderung, wenn es um die enge Zusammenarbeit geht mit der Außenministerin beim Thema "Restitution kolonialer Objekte", mit der Innenministerin, dem Ernährungsminister beim Thema "Kultur im ländlichen Raum", wenn es um die Leitungen von Bundeseinrichtungen geht, die wir in den letzten Jahren gewinnen konnten, von Katarzyna Wielga-Skolimowska über Jenny Schlenzka, Tricia Tuttle bis zu Marion Ackermann - Bonaventure Ndikung möchte ich nennen, noch von Monika Grütters ausgewählt -, dann sehen Sie, wie sich eine moderne Kulturpolitik gestaltet.

Lassen Sie uns gemeinsam darum ringen, die kulturelle Infrastruktur in unserem Land zu unterstützen und unser Gemeinwesen in der ganzen Vielfalt seiner Kultur zu stärken. Ich danke Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, schon jetzt für Ihre wertvolle und notwendige Unterstützung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort Anikó Glogowski-Merten

(Beifall bei der FDP)

Anikó Glogowski-Merten (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde nicht müde, hier immer wieder zu betonen:

Kultur schützt Demokratie. Dort, wo Kultur angegriffen (C) wird, werden alle Freiheitsrechte angegriffen.

Als kulturpolitische Sprecherin meiner Fraktion kämpfe ich für die Kultur und ebenso für die Freiheit der Kunst und um die Freiheit der Kreativität. Eine offene Gesellschaft lebt von Kreativität, lebt von widerstreitenden Ideen. Dafür brauchen wir die Vielfalt der ganzen Gesellschaft, Respekt und Wertschätzung füreinander.

Eine solche Kulturpolitik wird auch Widerspruch aushalten können und aushalten müssen. Umso wichtiger ist, dass wir uns hier und heute mit Kulturförderung befassen

Ich bin Dr. Gerhart Baum sehr dankbar, dass er in seiner gestrigen Rede anlässlich der Feierstunde zum 75. Jahrestag der ersten Bundestagssitzung die Rolle der Kunst und Kultur betonte. Er sagte – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –: "Sie gibt den Menschen Orientierung, sie gibt ihnen Halt. Sie weist in die Zukunft." Er hob den Stellenwert der Kulturpolitik im Bund hervor, die immer mehr zum richtungsweisenden Leuchtturm wurde; eine Strahlkraft, die sich die Kulturschaffenden gerade nach der Pandemie so sehr gewünscht haben.

Für den Bundeskulturetat stehen 2025 insgesamt rund 2,2 Milliarden Euro zur Verfügung, die unsere vielfältige Kulturlandschaft unterstützen sollen. Die Bundesregierung hat trotz multipler Krisen in ihrem Entwurf wieder mehr als solide Mittel für den Bundeskulturhaushalt bereitgestellt. Mein Dank gilt vor allem Finanzminister Christian Lindner für diesen Rückhalt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ja, das zeigt, dass Kultur in unserem Land einen hohen Stellenwert hat. Aber wir wissen auch: Geld allein reicht hier nicht. Es braucht eine verlässliche und vorausschauende Kulturpolitik, die den Bedürfnissen der Kulturschaffenden gerecht wird und nachhaltige Strukturen stärkt. Denn was dieser Entwurf des Kulturetats aufzeigt, ist die fehlende Konstanz und Verlässlichkeit in der Kulturpolitik der Staatsministerin. Jahr für Jahr ändern sich die Prioritäten, ohne dass ein langfristiges und nachhaltiges Konzept erkennbar wäre. Jetzt zeigen wir die Richtung auf, in die die Kulturpolitik gehen soll.

Was mir fehlt, ist eine klare Vision: Was möchte unsere Staatsministerin in ihrer Amtszeit erreichen? Wofür steht die Kulturpolitik? Welche langfristigen Ziele werden verfolgt? Es scheint, als ob hier eher auf eine kurzfristige politische Notwendigkeit reagiert wird, als dass eine kohärente und nachhaltige Strategie verfolgt wird.

Dabei wäre es gerade jetzt, in Zeiten vielfältiger Krisen, so wichtig, die kulturelle Infrastruktur in Deutschland mit einem klaren Fahrplan zu stabilisieren und zu stärken: kein Hü und Hott und Klein-Klein, sondern zielgerichteter, nachhaltiger Mitteleinsatz zur Stärkung zentraler Strukturen und Programme unserer Kulturlandschaft.

Wir müssen uns fragen, was für Deutschland wichtig ist. Was macht Deutschland aus? Wenn man diese Fragen stellt, bekommt man die Antwort zu den zentralen Bausteinen. Stichwort hier: die Stärkung der Gedenkstätten,

Anikó Glogowski-Merten

(A) nicht nur das Stützen, sondern das Stärken. Wie im Koalitionsvertrag gefordert, ist es an der Zeit, dies auch zu tun. Denn sie sind unter anderem die Orte, an denen Vermittlung stattfindet, um Menschen Haltung und Orientierung zu geben.

Der Blick zurück stärkt uns für ein gemeinsames Schauen nach vorne. Ich bin zuversichtlich, dass wir Kulturpolitiker/-innen gemeinsam mit unseren Haushältern – bei mir verbunden mit einem großen Dank und einem Gruß, gerichtet an den lieben Otto Fricke mit seinem großen Herzen für die Kultur –

(Beifall bei der FDP)

im parlamentarischen Verfahren noch wichtige Anpassungen werden vornehmen können, um die Kulturförderung auf ein solides Fundament zu stellen.

Die FDP wird sich weiterhin für eine verlässliche und nachhaltige Kulturpolitik einsetzen; denn Kultur ist kein Luxus, sondern ein zentraler Bestandteil unserer offenen Gesellschaft. Deswegen wiederhole ich an der Stelle: Kultur schützt Demokratie. Das kann sie aber nur, wenn die demokratischen Kräfte sich auch umgekehrt für die Kultur in ihrer Vielfalt starkmachen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

(B) Die nächste Rednerin ist für die Unionsfraktion Dr. Christiane Schenderlein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Christiane Schenderlein (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht weiter mit der Kulturpolitik, und ich freue mich, dass wir heute in dieser Debatte mal so ganz kompakt über Kulturpolitik sprechen.

Es gab zunächst sehr hohe Erwartungen, als Olaf Scholz kurz vor der Bundestagswahl in einem Gastbeitrag für einen neuen Schulterschluss in der Kulturpolitik warb. Es sollte ein Kulturplenum mit Künstlern, mit Politik und der Zivilgesellschaft organisiert werden. Nur, bis heute wurde dieses Kulturplenum noch nicht einmal eingerichtet. Dabei wäre der regelmäßige Austausch, das Gespräch, so wichtig. Stattdessen erhält Kulturstaatsministerin Claudia Roth einen Brandbrief nach dem anderen. Es gibt zu Teilen Kulturschaffende, die sich nicht mehr gehört fühlen.

Es gab beispielsweise nur ein Auftaktgespräch mit der Kultur- und Kreativwirtschaft. Aktuell steckt der Wirtschaftsstandort Deutschland in einer Krise. Dazu zählt auch die Kreativwirtschaft als drittgrößte Branche mit fast 2 Millionen Beschäftigten. Auch diese ist gefährdet.

Dazu gehört eben auch die Filmindustrie. Auch hier waren Sie, Herr Bundeskanzler, vor einem Jahr in Babelsberg und haben danach gefordert, dass das Studio Babelsberg erhalten bleiben muss. Jetzt erhielten auch Sie vor ein paar Wochen einen Brandbrief von den deutschen

Filmstudios. Darin heißt es, Deutschland drohe von der (C) Landkarte der internationalen Filmproduktionen zu verschwinden.

(Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Unfassbar!)

Die Kulturstaatsministerin kündigt diese Reform seit drei Jahren an. Bis jetzt ist sie aber noch nicht umgesetzt. Die Länder sind noch nicht alle im Boot. Die Gespräche fanden viel zu spät statt. Dabei brauchen wir hier unbedingt Klarheit; denn sonst droht tatsächlich diese massive Abwanderung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Frühjahr löste Staatsministerin Roth eine beispiellose Protestwelle der Gedenkstätten aus, als ein sogenanntes Rahmenkonzept Erinnerungskultur aus der Tasche gezaubert wurde, ohne vorher mit den Fachleuten zu sprechen. Es war der Versuch, von oben herab eine geschichtspolitische Kehrtwende zu vollziehen. Alles sollte miteinander vermischt werden: der Naziterror, die DDR, die NSU-Morde, Rechtsextremismus, Kolonialismus, Einwanderungsgesellschaft. Dieses Konzept verabschiedete sich vom langjährigen Konsens, dass die nationalsozialistischen Verbrechen nicht relativiert werden dürfen. Erst nach der massiven Kritik haben Sie zurückgerudert. Aber es darf eben keine Ideologisierung unseres nationalen Gedenkens geben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die richtige Antwort wäre gewesen, die Gedenkstätten im Kulturhaushalt zu stärken. Das ist eben nicht erkennbar. Sie stehen vor substanziellen Herausforderungen, und gleichzeitig werden deren Mitarbeiter sogar aus dem rechtsextremen Milieu bedroht. Dem müssen wir uns gemeinsam entgegenstellen.

(Beifall der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Gleiches gilt für die zunehmenden antisemitischen Aktionen und Boykottaufrufe in unseren Bildungs- und Kultureinrichtungen. Das dürfen wir nicht zulassen. Ich bekräftige daher hier noch mal ganz klar unsere Überzeugung: Es dürfen keine Bundesmittel in Kulturprojekte fließen, die dieses Geld für Antisemitismus missbrauchen;

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

denn der Antisemitismus ist nicht von der Kunstfreiheit gedeckt. Als Union reichen wir Ihnen hierzu seit Monaten die Hand.

Vor zwei Wochen gab es dann wieder Protestschreiben gegen Mittelkürzungen, diesmal von der Freien Szene. Die Petition dazu hat schon über 40 000 Unterzeichner. Darin werden Sie aufgefordert, die kulturpolitischen Fehlentscheidungen zu korrigieren. Aber stattdessen sehen wir neue Preise, zum Beispiel für Plattenläden, in Höhe von 1 Million Euro. Auch der KulturPass wird von Ihnen immer wieder angepriesen. Aber er ist eben kein Erfolgsschlager. Gerade mal 25 Prozent der Jugendlichen – das ist schon aufgerundet – haben sich hier registriert, trotz der millionenschweren Werbekampagne. Dabei bräuchten wir dieses Geld zum Beispiel dafür, um

Dr. Christiane Schenderlein

(A) unser kulturelles Erbe zu bewahren. Wir fordern für den Kulturbereich eine nationale Resilienzstrategie, um unsere Kulturgüter vor Naturkatastrophen, Terror und Sabotage zu schützen.

Nach drei Jahren grüner Kulturpolitik sind viele Vorhaben noch nicht erledigt. Es sind neue aufgetürmt worden, die aber noch nicht finanziert wurden. Grundsatzentscheidungen erscheinen in dem Lichte sehr widersprüchlich. Das ist ein Zickzackkurs und keine Kulturpolitik der Moderne. Die "FAZ" spricht sogar von einem Scherbenhaufen; denn – so heißt es –:

"Claudia Roth versteht ihr Amt [...] nicht politisch, sondern aktivistisch. Deshalb schmiedet sie immer neue Projekte und vernachlässigt ihre Kernaufgaben."

Wir fordern daher Transparenz und Priorisierung. Das ist in dieser Haushaltslage zwingend notwendig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was auf keinen Fall passieren darf, ist, dass es wieder eine Haushaltssperre gibt,

(Otto Fricke [FDP]: Was heißt denn "wieder"?)

gerade im Kulturbereich, der von viel Engagement und von Projekten lebt. Das wäre katastrophal. Lassen Sie uns gemeinsame Fürsprecher für die Kulturschaffenden sein!

(B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort Anja Troff-Schaffarzyk.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Anikó Glogowski-Merten [FDP])

Anja Troff-Schaffarzyk (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Haushaltsdebatten geht es natürlich immer um Zahlen; aber unter dem Strich ist wichtig, was bei den Menschen ankommt.

Darum möchte ich Sie einmal in meinen Wahlkreis mitnehmen. Das ist der Wahlkreis Unterems. Dort liegt Papenburg und damit auch die Meyer Werft, die größte Werft Deutschlands und wichtig für das ganze Land. Seit Monaten bangen dort Tausende Menschen aufgrund von Finanzierungsengpässen auf der Werft um ihre Zukunft. Immerhin circa 20 000 Arbeitsplätze hängen daran. Aber bei allen Problemen steht fest: Es gibt eine starke wirtschaftliche Substanz, die Meyer Werft hat Zukunft, und es ist unsere sozialdemokratische Überzeugung, dass die Politik diese auch sichern muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Von Beginn an haben wir Abgeordnete der Region (C) unzählige Gespräche mit allen relevanten Akteuren geführt. Was mich von Anfang an positiv gestimmt hat, war der klare Fokus darauf, wie geholfen wird, und nicht, ob geholfen wird.

Der Dringlichkeit der Sache wurde die Schnelligkeit des Handelns gerecht. Der Zeitplan war ambitioniert. Vor knapp drei Wochen gab es dann die Einigung, dass die Meyer Werft mit staatlicher Unterstützung gerettet wird. Es war ein starkes Zeichen an die Beschäftigten und die Region, dass unser Bundeskanzler Olaf Scholz selber auf der Werft war und das verkündet hat. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Aber bei aller Erleichterung bleibt klar: Es ist noch nicht alles gut. Leider droht immer noch ein Abbau von 340 Stellen trotz voller Auftragsbücher. Gleichzeitig muss die Umstrukturierung des Unternehmens vorangehen. Aber heute gab es gute Nachrichten: Die Haushaltsausschüsse des Bundestages und des Landtages haben den Weg frei gemacht. Die Freigabe der notwendigen Finanzmittel wurde beschlossen, und somit kann jetzt die Rettung der Werft wirklich vollzogen werden. Ende der Woche können die endgültigen Unterschriften geleistet werden. Auch dafür: Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Was lernen wir aus der Rettung der Meyer Werft? Es ist eben nicht egal, wer gerade regiert. Wer eine SPD-geführte Bundesregierung ins Amt wählt, bekommt eine politische Führung, die für Industrie, Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ganzen Land einsteht. Meyer ist kein Einzelfall. Wir machen klar: Transformation bedeutet Zukunft.

Danke

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Sepp Müller [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Und für die Gruppe BSW hat nun das Wort Dr. Sahra Wagenknecht.

(Beifall beim BSW)

Dr. Sahra Wagenknecht (BSW):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn Sie uns in den Kulturteil einsortiert haben, müssen Sie jetzt doch noch mal eine Rede zur Generaldebatte ertragen.

(Beifall beim BSW – Otto Fricke [FDP]: Sie haben sich selbst da einsortiert! Das waren Sie selbst!)

"Olaf Scholz ist der beste Bundeskanzler, den wir je gehabt haben."

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wer hat es gesagt? Nein, unterwegs im Land habe ich das nie gehört – nicht von der Rentnerin, die nach 40 Jahren Arbeit oft weniger Rente bekommt als die meisten Minister nach einem Jahr. Auch nicht von Arbeitern bei VW

Dr. Sahra Wagenknecht

(B)

(A) oder anderswo, wo inzwischen die nackte Angst umgeht. Nein, gesagt hat diesen Satz natürlich ein Politiker, und zwar Gesundheitsminister Lauterbach.

Scholz, "der beste Bundeskanzler": Das ist so weit weg von der Stimmung im Land, dass man sich wirklich fragt: Welche Medikamente testet der Lauterbach gerade für die Pharmaindustrie?

(Beifall beim BSW)

Sie feiern sich als demokratische Parteien. Gibt Ihnen noch nicht mal zu denken, dass Ihre Politik die Menschen so sehr an der Demokratie verzweifeln lässt, dass für viele inzwischen sogar Björn Höcke das kleinere Übel ist?

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Sogar Sie sind das kleinere Übel! – Stephan Brandner [AfD]: Sogar Sie werden gewählt! Das gibt zu denken!)

Demokratische Politik beginnt damit, dass es den Regierenden nicht egal ist, wenn unsere Industrie vor die Wand fährt, wenn Löhne und Renten drei Jahre hintereinander in ihrer Kaufkraft fallen und wenn Kinder in heruntergekommenen Schulgebäuden noch nicht einmal mehr den Dreisatz lernen.

Demokratische Politik beginnt damit, es nicht mit einem Achselzucken abzutun, wenn der Sprecher des Kinderhilfswerks "Arche" mit den Worten "Wir sind am Ende. Bei uns laufen schon 11-Jährige mit Messern rum" einen sofortigen Aufnahmestopp für Flüchtlinge fordert, weil sonst das System kollabiert.

> (Dr. Rainer Rothfuß [AfD]: Dann aber auch weg mit der Brandmauer gegen die AfD!)

Demokratische Politik beginnt damit, sich einmal wieder für die Probleme im Land zu interessieren,

(Beifall beim BSW)

statt sich in einer abgehobenen Blase einzurichten, wo Mobilitätsprobleme mit E-Porsches gelöst werden, wo die Wärmepumpe als Wundermittel gegen hohe Heizkosten gilt und wo angeblich immer mehr Waffen Frieden schaffen.

Da verabreden Sie, Herr Scholz, mal eben ohne jede Debatte, dass ab 2026 US-Raketen in Deutschland stationiert werden, die das nukleare Gleichgewicht zwischen Russland und den Vereinigten Staaten verändern und deshalb das atomare Risiko für Deutschland im Konfliktfall gravierend erhöhen. Dieser Satz steht wörtlich in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Entweder liest der SPD-Kanzler keine Papiere der eigenen Stiftung, oder er nimmt wissentlich in Kauf, unser Land einem Risiko auszusetzen, das aus gutem Grund kein anderes europäisches Land eingehen will.

(Beifall beim BSW)

Herr Scholz, Ihre Regierung ist eine Gefahr für die Demokratie, für den Wohlstand, für die Sicherheit und für den Frieden in Deutschland. Kehren Sie um! Widerrufen Sie den Raketenbeschluss, und bemühen Sie sich ehrlich um ein diplomatisches Ende des Ukrainekriegs! Senken Sie die Energiepreise durch einen Stopp dieser sinnlosen Sanktionen! Kippen Sie das Verbrennerverbot! Investieren Sie in Bildung und Infrastruktur! Stoppen Sie (C) endlich die irreguläre Migration, indem Sie die Anreize beseitigen! Und leiten Sie eine Rentenreform nach österreichischem Vorbild ein! Das wäre demokratische Politik.

(Beifall beim BSW sowie des Abg. Matthias W. Birkwald [Die Linke] - Zuruf von der AfD: Mogelpackung!)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Und für Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort Erhard Grundl.

> (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Erhard Grundl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In Deutschland, aber ganz besonders bei uns in Bayern, gehören Volksfeste und auch Bierzelte zur Kultur, auch der Gillamoos in Abensberg bei mir in Niederbayern. Und wenn Kultur, wie der Duden sagt, Ausdruck menschlicher Höherentwicklung ist, dann hat sich der CSU-Vorsitzende Söder, Dauerpiesacker seiner Schwesterpartei, spätestens bei der Kulturveranstaltung Gillamoos endgültig von der Kultur verabschiedet.

Ohne jede Kreide im Rachen und als Westentaschen-Trump hat er wiederholt pauschal von Migration als entscheidendem Problem für unser Land schwadroniert. Das ist nicht nur hetzerisch gegenüber den mehr als 21 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in unserem (D) Land; es ist auch wirtschaftlich unsagbar kurzsichtig und weltfremd. Menschen mit Migrationshintergrund sind ein Fundament für den Wohlstand in Deutschland.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht nur der Talk für die 60er- und 70er-Jahre, sondern das gilt bis heute: Sie sind ein Fundament für den Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland.

Dieser Wohlstand hat auch mit der Arbeit von Menschen in Kultur- und Kreativwirtschaft zu tun. Über 100 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung haben wir durch die vielleicht kleinteilige, aber umso wuseligere Kreativwirtschaft erreicht. Darauf können die Kreativen, darunter viele Soloselbstständige, stolz sein. Sie sind gesellschaftsrelevant und ökonomisch wichtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Robert Habeck, Michael Kellner, sein Staatssekretär, und Claudia Roth haben in den vergangenen Jahren hier viel Positives bewirkt, vor allem im Hinblick darauf, dass die Branche auf das Vor-Corona-Niveau zurückkehrt. Das ist eine hervorragende Leistung.

Diese Regierung verfolgt eine Kulturpolitik, die die ganze Gesellschaft erreicht, eine Kulturpolitik, die barrierefreie Zugänge in jeglicher Hinsicht fördert, eine Kulturpolitik, die Strukturen stärkt und sogenannte Leuchtturmprojekte immer wieder kritisch hinterfragt, sowie eine Kulturpolitik, die den vielen Menschen in der Kreativwirtschaft ein guter Partner ist.

Erhard Grundl

(A) Damit dies auch für diesen Haushalt gilt, beraten und diskutieren wir in den bevorstehenden Verhandlungen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass es wieder gelingen wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Sepp Müller für die Unionsfraktion ist der nächste Redner.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sepp Müller (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Historiker Hubertus Knabe titelt heute in einem Beitrag: "Als der Eiserne Vorhang ein Loch bekam". Heute vor 35 Jahren öffnete Ungarn die Grenzen für Tausende aus der DDR geflüchtete Personen, die nach Freiheit gerufen hatten. Heute vor 35 Jahren ermöglichte Ungarn den Menschen, dem Freiheitsruf nachzukommen.

Herr Bundeskanzler, zu Ihrem Etat gehört doch auch der Etat für Ostdeutschland. Was genau ist eigentlich Ostdeutschland für Sie? Im 35. Jahr des Mauerfalls sind es sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede, die Ostund Westdeutschland verbinden. Es sind gerade die Unterschiede, die uns oft vergessen lassen, wie viele Gemeinsamkeiten uns zusammenhalten.

(B) Die strukturellen Unterschiede, die nach wie vor vorhanden sind, wie die Unterschiede beim Vermögen, bei Wohneigentum oder bei der Besetzung von Führungspositionen, dürfen uns nicht ruhen lassen. Diese Zustände wollen wir weiter ändern und verbessern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was wir aber im Osten überhaupt nicht brauchen, Herr Bundeskanzler, ist Ihre ewige Besserwisserei. Niemand, wirklich niemand in Ostdeutschland muss von Ihnen belehrt werden. Sie, Herr Bundeskanzler, brauchen Ihre Politik den Menschen nicht besser zu erklären. Herr Bundeskanzler und Frau Esken, Ihre Politik wird von einer großen Mehrheit der Menschen abgelehnt. Ändern Sie endlich Ihre Politik! Kehren Sie zur Vernunft zurück!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie, Herr Bundeskanzler, haben selbst dazu beigetragen, dass das Vertrauen der Menschen verloren gegangen ist. Sie haben in den letzten Monaten viel vergessen, verschleiert und vertuscht. Wie steht es denn nun eigentlich um die Ansiedlung von Intel in Magdeburg?

Diese Übergangsregierung hat für den Osten der Republik nicht den notwendigen Blick. Der Bau des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit in Halle an der Saale soll nun erst im Jahr 2030 abgeschlossen sein, drei Jahre später als geplant. Die Finanzierung in Ihrem Haushalt ist jedoch nur bis 2028 gesichert. Wollen Sie nach dem Richtfest eigentlich aufhören, zu bauen?

Jüngst behauptete die Vorsitzende der Grünen, Ricarda (C) Lang, dass Migration bei den Wahlen in Thüringen und Sachsen nicht zur Debatte stand. Das ist schlichtweg falsch. Die illegale Migration war und ist das bestimmende Thema vor Ort. Nehmen Sie sich der Sorgen der Menschen an, und lösen Sie das Thema der illegalen Migration!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das richte ich an Bündnis 90/Die Grünen: Sie sind als Bürgerbewegung in Ostdeutschland gestartet.

(Dr. Christiane Schenderlein [CDU/CSU]: Genau!)

Sie haben mit den Menschen gemeinsam die Friedliche Revolution auf den Weg gebracht, als Bündnis 90. Mittlerweile wollen Sie unseren Bürgern Ihre grüne Ideologie aufzwingen. Was nicht in Ihr ideologisches Raster passt, wird bestenfalls kleingeredet oder schlimmstenfalls in die rechte Ecke geschoben. Das ist nicht nur unklug, sondern auch brandgefährlich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das gleiche Muster setzt sich in der Wirtschaftspolitik unter dem Kinderbuchautor Robert Habeck fort. Bis heute haben Sie es nicht geschafft, die Gelder für die Ertüchtigung der Pipeline zwischen Rostock und Schwedt von der EU genehmigen zu lassen. Bei den Fördermilliarden für Intel in Magdeburg haben Sie die Genehmigung bis heute noch nicht einmal beantragt. Die Menschen in Ostdeutschland erwarten Lösungen von uns hier im Parlament.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, von euch auch!)

(D)

Dasselbe gilt für die Stickstoffwerke in der Lutherstadt Wittenberg. Aus grünen ideologischen Gründen wird die Biomethannutzung blockiert. Das ist nicht nur kurzsichtig, sondern schadet auch der wirtschaftlichen Entwicklung in einer ganzen Region.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gleichzeitig müssen wir uns wegen Ihrer ideologischen Politik abhängig machen von anderen Ländern. Sie schaden damit nicht nur den ostdeutschen Regionen, sondern Sie schaden mit Ihrem Nichthandeln auch der Souveränität unserer Bundesrepublik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Quittung für Ihr politisches Handeln hat Ihre Übergangsregierung bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen erhalten. Kommen Sie endlich zur Vernunft! Dazu gehört ebenso eine kritische Bestandsaufnahme des Amtes des Ostbeauftragten. Herr Staatsminister Schneider, Sie haben sich letztens selbst abwägend zu diesem Amt geäußert. Ich wünschte mir, diese Selbstreflexion hätte in allen Teilen der Bundesregierung Platz. Das Amt des Ostbeauftragten der Bundesregierung befindet sich auf seiner Schlusskurve. Wir brauchen keinen Jammerossi, wir brauchen keinen Reiseonkel; wir brauchen einen Minister mit Vetorecht in dieser Bundesregierung. Wir setzen uns dafür ein, spätestens ab 2025 eine starke Stimme für Ostdeutschland zu sein.

Sepp Müller

(A) (Beifall bei der CDU/CSU – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er weiß es alles besser, der Sepp Müller!)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die Bundesregierung hat jetzt das Wort die Staatsministerin beim Bundeskanzler, Reem Alabali-Radovan.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Reem Alabali-Radovan, Staatsministerin beim Bundeskanzler:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein gefährliches Narrativ ist zurück: die Migration als Mutter aller Probleme. Wir befinden uns in einem Überbietungswettbewerb um populistische Scheinlösungen, leider auch aus der demokratischen Mitte. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, ich sage Ihnen eines: Wer wirklich an der Seite der Menschen mit Einwanderungsgeschichte in diesem Land steht, der stellt nicht ständig ganze Menschengruppen unter Generalverdacht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU)

"Wenn ich 'Integration' höre, denke ich an eine Prüfung, die nie endet." Das sagte kürzlich der Autor Said Etris Hashemi, Überlebender des Anschlags in Hanau. Er bringt auf den Punkt, was viele Menschen in diesem Land denken und fühlen – viele Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die selbstverständlich Teil dieses Landes sind, die sich jetzt fragen, ob sie und ihre Kinder überhaupt noch eine Zukunft in diesem Land haben. Diese Frage müssen wir uns alle stellen: In welchem Land wollen wir leben, und wer wollen wir sein? Wollen wir ein Land sein, das ständig Menschen in Herkünfte unterteilt, oder wollen wir ein Land sein, das sich für eine inklusive und vielfältige Welt einsetzt?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie des Abg. Christian Dürr [FDP])

In Rekordzeit haben wir das Sicherheitspaket auf den Weg gebracht; morgen werden wir es im Bundestag debattieren. Das ist richtig und wichtig. Aber wir müssen jetzt auch den Fokus auf Integration legen. Und Integration braucht Geld und verlässliche Strukturen. Integration gelingt, fernab von den Schlagzeilen, täglich millionenfach in diesem Land.

(Zuruf der Abg. Nina Warken [CDU/CSU])

Das zeigt uns auch der OECD-Länderbericht; schauen Sie da gerne mal rein. Aber natürlich haben wir noch einiges zu tun. Wir brauchen Investitionen in unsere Schulen, in die Integrationskurse. Wir müssen Arbeitsverbote weiter abbauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir nun diesen Entwurf des Haushalts beraten, habe ich einen Wunsch: Kürzen wir nicht bei den wichtigen Integrationsstrukturen, sondern investieren wir in das gute Zusammenleben in unserer Gesellschaft!

Vielen Dank.

(C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie des Abg. Torsten Herbst [FDP] – Zuruf des Abg. Maximilian Mörseburg [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Der nächste Redner ist Stefan Seidler.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP und der Abg. Heidi Reichinnek [Die Linke])

Stefan Seidler (fraktionslos):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Moin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade in diesen Zeiten ist es notwendig, auch die Rechte unserer Minderheiten in den Fokus zu stellen. Es ist eine kleine, aber tragende Säule, auf der unsere liberale Gesellschaft ruht. Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, bin ich dankbar für Ihre Unterstützung in diesem Haus.

Trotzdem sehe ich im Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien noch Nachbesserungsbedarf. Da wurde der Rotstift bei unseren Friesen angesetzt, und auch bei meiner dänischen Minderheit scheint noch was zu fehlen. Hier dürfen keine Einsparungen vorgenommen werden; da müssen wir noch mal ran. Mir ist bewusst, dass der Haushalt knapp bemessen ist und es schwer ist, Einigkeit zu erzielen. Jeder muss seinen Teil beisteuern. Aber Sie müssen wissen: Einsparungen bei den Minderheiten schlagen immer doppelt zu Buche.

 (\mathbf{D})

Zudem sollte uns allen klar sein: Der gesellschaftliche Druck und die Erwartungen der Leute an dieses Haus sind gerechtfertigt. Es ist schließlich unsere Verantwortung, die notwendigen Investitionen zu tätigen, um die Demokratie zu stärken. Angesichts des erschreckenden Rechtsrucks, den wir bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen zuletzt gesehen haben, sagt mir mein nordisches Demokratieverständnis: Wir Demokratinnen und Demokraten müssen zusammenstehen – gerade jetzt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Gerade jetzt müssen Demokraten für unser Land über die politischen Gräben hinweg Brücken bauen.

(Stephan Brandner [AfD]: So wie in Dresden! Carolabrücke!)

Deshalb ist es verfehlt, jetzt durchweg bei allen Freiwilligendiensten, dem Ehrenamt und dem sozialen Engagement zu kürzen. Sie bilden einen Grundstein für die funktionierende Teilhabe aller. Und nicht zuletzt sind sie eine unverzichtbare Stütze vieler Organisationen in diesem Land und übernehmen zentrale Aufgaben zum Erhalt unserer offenen Gesellschaft. Trotzdem soll laut vorliegendem Haushaltsentwurf bei solch wichtigen Punkten eingespart werden. Da wird mir ganz angst und bange. Die Grundpfeiler unserer Demokratie dürfen nicht

Stefan Seidler

(A) kaputtgespart werden; das würde irreparable Schäden hinterlassen. Vielmehr sollten wir unsere Demokratie entschieden gegen rechts verteidigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Heidi Reichinnek [Die Linke])

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Die nächste Rednerin ist für Bündnis 90/Die Grünen Dr. Paula Piechotta.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Paula Piechotta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Man sagt ja immer so schön: Wer nicht hören will, muss fühlen. Nachdem sich hier 35 Jahre auch ostdeutsche Abgeordnete den Mund fusselig geredet haben, ist es jetzt, glaube ich, nach diesen Landtagswahlen in Sachsen und in Thüringen das erste Mal so, dass wirklich niemand mehr in Deutschland bezweifeln kann, dass es keine ostdeutschen Regionalprobleme sind, wie die Wahlen dort ausgegangen sind, sondern dass es die Bundesrepublik als Ganzes verändert, was wir bei diesen Wahlen gesehen haben.

(Stephan Brandner [AfD]: Gott sei Dank! Zum Besseren! – Weiterer Zuruf von der AfD: Sehen wir auch so!)

(B) Es ist ja nicht nur so, dass wir jetzt 35 Jahre nach der Grenzöffnung in Ungarn hier sind, sondern auch 35 Jahre nach dem Abtritt von Erich Honecker, dass jetzt wieder Menschen aus dem Saarland denken, dass sie die Politik in Sachsen und Thüringen bestimmen können. Es ist so, dass diese neuen ostdeutschen Wackelmehrheiten, die wir da jetzt sehen und die auch alle unklare Mindesthaltbarkeitsdaten haben: Die erzeugen ja nicht nur Verunsicherung vor Ort, die werden auch den Bundesrat verändern. Die werden auch im Bundesrat die Mehrheitsfindung schwieriger machen. Und im Bundesrat können wir Ostdeutschland auch nicht als Regionalproblem zur Seite drängen. Es gibt keinen ostdeutschen Bundesrat, es gibt nur einen Bundesrat. Auch daran sieht man wieder: Probleme von dort gehen uns alle an.

Wenn wir uns die Umfragen anschauen, dann sehen wir: 10 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund in diesem Land haben sehr konkrete Auswanderungsvorstellungen, und sogar 10 Prozent der Menschen *ohne* Migrationshintergrund in diesem Land denken darüber nach, dieses Land zu verlassen,

(Stephan Brandner [AfD]: Ganz viele sind schon weg!)

aufgrund der gesellschaftlichen Stimmung,

(Stephan Brandner [AfD]: Aufgrund Ihrer Mistpolitik!)

die auch durch solche Wahlergebnisse entsteht.

(Zuruf von der AfD: Also ist der Wähler wieder schuld! Ihr natürlich nicht!)

Auch hier sehen wir wieder deutlich: Diese Menschen (C) wollen nicht nur aus Ostdeutschland weg. Es betrifft das ganze Land, wenn sich die gesellschaftliche Stimmung hier so verändert.

(Stephan Brandner [AfD]: Das ist aber ein komisches Narrativ!)

Letzter Punkt. Unternehmen auf der ganzen Welt sehen, dass Parteien mit direktem Draht nach Moskau oder mit direktem Draht nach Moskau *und* gesichert rechtsextrem hier wieder sehr, sehr viele Wählerinnen und Wähler hinter sich versammeln können. Auch die überlegen sich, ob sie hier investieren. Das sind Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft, die nicht nur in Ostdeutschland, sondern am Ende in Gesamtdeutschland fehlen. Und deswegen, meine Damen und Herren, sind diese ostdeutschen Probleme gesamtdeutsche Aufgaben für uns alle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Lieber Sepp Müller, ich finde deine Krawatte heute – sie ist grün – extrem schön. Aber es ist so: Wenige Tage vor der Landtagswahl hat sich einer deiner CSU-Kollegen neben Fabian Köster und Lutz van der Horst gestellt und in die Kamera der "heute-show" gesagt, es wäre ja politisch korrekt, zu sagen, dass man etwas machen müsse gegen die Vermögensungleichheiten zwischen Ost und West, aber als Westdeutschem sei es ihm eigentlich egal. Das war jemand von der CDU/CSU. Ich glaube, ihr müsst ihm erklären, warum das am Ende vor allem auch seinen eigenen Leuten schadet. So etwas macht mehr Vertrauen vor Ort kaputt, als jeder Besuch des Ostbeauftragten oder des Bundeskanzlers oder des Bundespräsidenten oder auch von Friedrich Merz vor Ort an Positivem bewirken kann. Das muss endlich mal in die Köpfe auch der Letzten in der Unionsfraktion. Das gehört auch zur Wahrheit dazu, lieber Sepp Müller.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Die ostdeutsche Demokratie ist Teil der deutschen Demokratie. 35 Jahre nach dem Untergang der DDR

(Stephan Brandner [AfD]: Das ist abgerundet, oder?)

ist die DDR jetzt fast genau so lang Geschichte, wie sie überhaupt jemals existiert hat. Wir werden diese Unterschiede nicht weiter akzeptieren. Das bedeutet aber auch: Die Demokratie und ihre Wahlkämpfe müssen wehrhafter werden. Wir müssen stärker auf die Parteienfinanzierung schauen. Wir können es nicht zulassen, dass Externe Wahlkreise kaufen, und wir können es auch nicht zulassen, dass ausländische Desinformation Wahlen in Deutschland entscheidet.

(Stephan Brandner [AfD]: Dann lieber deutsche Desinformation! Lieber ARD und ZDF!)

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

(A) Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die Unionsfraktion hat nun das Wort die Kollegin Nina Warken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nina Warken (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei mir zu Hause haben wir einen sehr engagierten Landrat. Als im Sommer 2015 der Flüchtlingsstrom begann, quartierte er in dem 7 000-Einwohner-Ort Hartheim in einer leerstehenden Kaserne 700 Geflüchtete ein. Der Kreis nahm damals wesentlich mehr Menschen auf, als notwendig gewesen wäre. Er warb für diesen Kurs, und viele Freiwillige unterstützten ihn und halfen mit großem Engagement bei der Integration der Geflüchteten. Viele Menschen, die damals kamen, sind inzwischen in unserer Gemeinschaft angekommen.

Und heute? Heute sagt genau dieser Landrat, der viele Erfolgsgeschichten zu berichten hat: Wir haben nicht mehr die Kraft, die Menge des Zuzugs zu bewältigen. – Er wurde gestern zum Präsidenten des Deutschen Landkreistages gewählt. An dieser Stelle: Herzlichen Glückwunsch, Achim Brötel, und viel Erfolg!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch der Deutsche Landkreistag fordert ein Gesamtkonzept für eine grundlegend andere Migrationspolitik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Stimmen wie diese hören wir, hören Sie tagtäglich in den Kommunen. Die Menschen in ganz Deutschland spüren: Mehr geht einfach nicht. Wir haben die Kontrolle über die Einwanderung verloren.

(Stephan Brandner [AfD]: Dank Merkel!)

Unsere Kommunen sind am Limit, die hohe Zahl der Asylsuchenden überfordert sowohl unsere Aufnahmeals auch unsere Integrationsmöglichkeiten.

(Stephan Brandner [AfD]: Dank Merkel und CDU/CSU!)

Fakt ist leider auch, dass neben den vielen Hunderttausenden Menschen, die dankbar dafür sind, dass sie bei uns Schutz gefunden haben, eben auch viele Menschen gekommen sind, die unsere Werte und unsere Gesetze ablehnen; das schlägt sich auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik deutlich nieder. Es ist also höchste Zeit, dass die Bundesregierung das erkennt und handelt. Wir brauchen Maßnahmen, die wirken. Wir brauchen diese Maßnahmen jetzt, damit unsere Bürger sehen, dass wir ihre Sorgen ernst nehmen. Wir brauchen diese Maßnahmen auch, um wieder Herr der Lage zu werden.

(Stephan Brandner [AfD]: 2016 hätten wir die gebraucht!)

Systematische Grenzkontrollen und konsequente Zurückweisungen sind das, was es jetzt zur Begrenzung der illegalen Migration und zum Schutz vor dem islamistischen Terror braucht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Reduzierung von (C) Zuwanderung ist aber kein Selbstzweck. Sie dient dem Aufrechterhalten der staatlichen Ordnung, der Sicherheit der Bevölkerung, dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und eben nicht zuletzt auch der gelingenden Integration. Wenn zu viele Menschen in unser Land kommen, werden wir letztere schlichtweg nicht schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie uns die Debatte zu diesem Etat, zu dem auch der Bereich der Integrationsbeauftragten gehört – wir haben sie gerade gesehen; es gibt sie wirklich –, nutzen, um einen Blick auf diejenigen zu werfen, die schon im Land sind. Da gibt es nämlich genügend Herausforderungen: knapp 600 000 Asylbewerber und 1,1 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine allein in den Jahren 2022 und 2023, über 140 000 Asylanträge bis Juli dieses Jahres, gut 500 000 Menschen, die hier ein Bleiberecht haben, die arbeiten könnten, es aber nicht tun. Und nur etwa die Hälfte der Flüchtlinge, die an einem Integrationskurs teilnehmen, schließen diesen auch erfolgreich ab.

Um sich um all diese Herausforderungen zu kümmern, meine Damen und Herren, um den Menschen, aber auch den Kommunen vor Ort, die die Herausforderungen bewältigen müssen, eine Stimme zu geben, gibt es eine Integrationsbeauftragte. Leider hört man von ihr dazu gar nichts. Daran ändert auch der kurze Auftritt eben nichts. Keine Antworten auf diese Fragen. Kein Aufschrei, wenn der Ansatz für Integrationskurse im Haushalt des BMI um die Hälfte gestrichen wird. Merkt sie überhaupt, dass ihr eigener Etat von Jahr zu Jahr schrumpft? Wenn sich Frau Alabali-Radovan überhaupt einmal äußert, dann zu den Themen Rassismus oder Antidiskriminierung. Schöne Posts gibt es dazu in den sozialen Medien. Bezeichnend ist im Übrigen, dass der letzte gesetzlich vorgesehene Bericht der Integrationsbeauftragten den Titel "Rassismus in Deutschland: Ausgangslage, Handlungsfelder, Maßnahmen" trug, und das im Jahr 2023, in dem gut 350 000 Personen einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben. Was ist das denn für ein Amtsverständnis, Frau Staatsministerin?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dabei, sehr geehrte Damen und Herren, brauchen wir Mittel für gelingende Integration. Wir dürfen die Träger und Verantwortlichen vor Ort nicht alleinlassen. Fakt ist: Mit den im Haushalt vorgesehenen Mitteln wird es im Jahr 2025 keine Sprachkurse mehr geben. Dann wird auch der vielbeschworene Jobturbo zu einem Flopturbo; denn die Menschen werden ohne Sprachkenntnisse keine Anstellung finden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kein Wort des Widerspruchs von der Staatsministerin; es geht ja auch nicht um Rassismus. Die Schließung von Einrichtungen und der Wegfall von Integrationskursen werden sehenden Auges in Kauf genommen.

Noch ein weiteres Beispiel der integrationspolitischen Geisterfahrt der Ampel: die Streichung des Bundesprogramms "Sprach-Kitas" im vergangenen Jahr. Das ist auch für Kinder mit Migrationshintergrund eine wahre Katastrophe, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ergebnis unserer Politik sollte nicht sein, dass Migranten ohne

Nina Warken

(A) Deutschkenntnisse, ohne Perspektive und ohne Beschäftigung zu Hause sitzen. So kann Integration definitiv nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Und die nächste Rednerin ist Joana Cotar.

Joana Cotar (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Werte Regierung, Sie haben fertig. 0 Prozent der Deutschen wünschen sich eine Fortführung der Ampel – 0 Prozent. Sie haben sämtliches Vertrauen verspielt. Sie ruinieren Deutschlands Wirtschaft. Sie haben die innere Sicherheit zerstört. Sie bekämpfen die Meinungsfreiheit. Sie bitten die Leistungsträger dieser Gesellschaft immer mehr zur Kasse und verteilen großzügig absurde Subventionen und Spenden in alle Welt. Sie können nicht sparen. Ja, Sie können ja noch nicht einmal Haushalt. Ob Baerbock, Habeck, Lemke, Lauterbach oder Scholz, die Mehrheit dieser Regierung ist in Skandale verwickelt, und keiner hat den Anstand, Verantwortung zu übernehmen und zurückzutreten. Sie kämpfen nicht für die Bürger, Sie kämpfen gegen die Bürger. Und die haben genug, die können sich die Ampel schlicht nicht mehr leisten.

Wenn Sie Deutschland einen Gefallen tun wollen, dann machen Sie den Weg frei für Neuwahlen, für eine Regierung, die dieses Land achtet, die auf den freien Markt und nicht auf Planwirtschaft setzt, die unsere Grenzen schützt und nicht lächerliche Messerverbote ausspricht, die den Staat zurückfährt, die spart, die Steuern massiv senkt, die den Leistungsgedanken wieder fördert, die Auflagen und Bürokratie wirklich zurücknimmt, die Meinungsfreiheit achtet, eine vernünftige Energiepolitik macht, Luft nicht besteuert und die den Bürgern die Sicherheit und die Freiheit zurückgibt.

Deutschland hat etwas Besseres verdient als eine kaputte Ampel, die nicht einmal mehr gelb blinkt, sondern einfach nur noch verschrottet werden muss. Deutschland hat den Neustart verdient.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Und für Bündnis 90/Die Grünen hat nun das Wort Schahina Gambir.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Philipp Hartewig [FDP])

Schahina Gambir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sicherheit -darüber wird in diesen Tagen viel diskutiert. Wir haben die Verantwortung, das Sicherheitsversprechen für alle in diesem Land einzulösen. Hierzu braucht es eine Gesamtstrategie. Dazu gehören die Stärkung unserer Sicherheitsbehörden und eine effektive Gefahrenabwehr. Aber genauso wichtig sind Prävention, Deradikalisierung und Demokratieförderung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

(D)

Stattdessen reden wir nur über erneute Verschärfungen in der Asyl- und Migrationspolitik. Dadurch soll nun endlich alles besser werden. Dabei verfolgen wir seit Jahren einen immer restriktiveren Weg in der Asylpolitik. Doch die damit verbundenen Versprechen haben sich nicht bewahrheitet. Was müssen wir also tun, um gute und nachhaltige Sicherheitspolitik zu machen? Forschung und Praxis sind sich darin einig: Prävention. Wir müssen Radikalisierung frühzeitig erkennen und stoppen. Dass sich gerade junge Menschen extremistischen Ideologien zuwenden, ist eine enorme Herausforderung. Hier brauchen wir niedrigschwellige und auch digitale Sozialarbeit. Extremismus entsteht nicht im luftleeren Raum. Es sind gesellschaftliche Phänomene, denen wir gesellschaftspolitisch begegnen müssen. Die Akteure, die in diesem Bereich zentrale Arbeit leisten, gilt es jetzt zu stärken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dem muss der Etat für Integration und Antirassismus gerecht werden. Demokratieförderung, Integrationsmaßnahmen und die Bekämpfung von Rassismus und Extremismus müssen abgesichert werden. Es wäre fatal, genau jetzt nicht in diese zentralen Maßnahmen zu investieren. Es ist daher unsere parlamentarische Aufgabe und demokratische Pflicht, die Lücken im Bereich von Prävention und Deradikalisierung zu schließen; denn gute Prävention ist gute Sicherheitspolitik.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Philipp Hartewig [FDP])

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Der nächste Redner ist Robert Farle.

(Stephan Brandner [AfD]: Robert, gib alles! – Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Schau mal, eine neue Jacke!)

Robert Farle (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

(Stephan Brandner [AfD]: Der ist nicht da!)

– Ist er noch da? Vorhin habe ich ihn gesehen. – Da ist er.

(Zuruf von der AfD: Ach, da hinten!)

Ich will nur ein paar Anmerkungen zur heutigen Diskussion machen.

Zu meiner Verwunderung habe ich festgestellt, dass Herr Merz ein Knecht Putins sein soll. Ich glaube, der Mann, der das hier gesagt hat, war der Kollege Audretsch oder so ähnlich.

> (Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Robert Farle

Also Leute, wenn hier jemand solche Sprüche klopft, dann kann man sich als jemand, der an so einer Debatte hier ernsthaft teilnimmt, nur noch fragen: Was machen die Grünen hier? Die haben hier eigentlich gar nichts verloren. Am besten, sie werden demnächst alle abgewählt.

> (Beifall bei Abgeordneten der AfD – Stephan Brandner [AfD]: Völlig richtig! Genau wie im Thüringer Landtag! In Thüringen sind die schon entsorgt!)

Zweitens. Die Kriegsbeteiligung – Waffen und Geld – summiert sich mittlerweile schon auf zwischen 200 Milliarden und 250 Milliarden Euro, wenn man alles zusammenrechnet. Das ist eine riesige Summe. Das trägt dazu bei, dass in unserem Land viele wichtige Aufgaben in der Infrastruktur, im sozialen Bereich, im Bildungswesen nicht mehr erledigt werden können.

Eine dritte Anmerkung. Herr Bundeskanzler, ich freue mich, dass Sie heute auch das Migrationsthema mal angesprochen haben; Herr Merz hat das auch angesprochen. Ich würde mich aber auch freuen, wenn sich im kommenden Jahr wirklich was ändern würde, wenn wir nicht mehr 80 Milliarden Euro wegen der illegalen Massenzuwanderung ausgeben müssten, sondern das Geld für unsere eigenen Bürger zur Verfügung stünde. Das würde mich freuen, und das würde ich sehr unterstützen.

Dann ein weiterer Punkt.

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Ihre Redezeit ist vorbei, lieber Herr Farle, und zwar (B) schon seit zehn Sekunden.

> (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Robert Farle (fraktionslos):

Beim nächsten Mal trage ich das weiter vor.

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Beim nächsten Mal haben Sie die Möglichkeit.

Robert Farle (fraktionslos):

Keine Waffenlieferungen mehr an die Ukraine! Friedensverhandlungen ja, sofort!

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Lieber Herr Farle, Ihre Redezeit ist vorbei.

Robert Farle (fraktionslos):

Und keine Atomraketen in Deutschland! Danke

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Die letzte Rednerin in der Debatte ist für die Unionsfraktion Kerstin Radomski.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kerstin Radomski (CDU/CSU):

(C)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei den Haushaltsberatungen über den Etat des Bundeskanzlers möchte ich zum Abschluss noch mal auf den Bereich "Kultur und Medien" zu sprechen kommen. Seit fast drei Jahren ist Frau Staatsministerin Roth im Amt, und was bleibt, ist eine Bilanz voller Herausforderungen und ungelöster Probleme. Nicht nur das Agieren auf den internationalen Bühnen wie documenta und Berlinale oder das viel kritisierte Konzept zu den Erinnerungsstätten bleiben im kollektiven Gedächtnis, sondern auch einige Baustellen im Kulturbereich. Denn Haushalt hat nicht nur mit Zahlen, die steigen oder sinken, zu tun, Haushalt hat auch mit Reformen und Strukturen zu tun. Das haben Sie, liebe Frau Roth, selber angesprochen. Sie haben von strukturellen Veränderungen und organisatorischen Reformen gesprochen, die notwendig sind. Aber wo bleiben diese in Ihrer Amtszeit?

Ich schaue auf die Reform der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Ja, es ist eine schwierige Aufgabe, einen Museumstanker wie die SPK auf einen neuen Kurs zu bringen. Im Haushaltsjahr 2022 haben Sie uns gesagt, die Haushaltssperre bei der SPK sei dazu da, durch finanziellen Druck den Reformprozess voranzubringen. Bis heute ist der Prozess nicht abgeschlossen. Stattdessen sehen wir in diesem Jahr, dass für 2025 mehr Mittel für die SPK eingeplant werden, ohne dass die Reform verabschiedet wurde. Ich glaube, die Strategie ist einfach nicht aufgegangen. Und wir ahnen alle miteinander, dass es jetzt wohl auch nicht weiter vorangehen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

Ein weiteres Beispiel für die Missstände in Ihrem Bereich ist die nicht vollendete Reform der Filmförderung; Frau Schenderlein hat es schon angesprochen. Wir erwarten, dass die Verhandlungen mit den Bundesländern vielleicht mal für alle Nichthaushälter: das ist ein ständiges Leiden - rasch vorangehen. Wir erwarten Klarheit und Planbarkeit für die Film- und Fernsehindustrie. Denn eigentlich müsste dieses Gesetz am 1. Januar 2025 in Kraft treten. Diese Zielmarke werden Sie wohl nicht erreichen, da uns bis heute noch kein Kabinettsbeschluss vorliegt.

Dass Ihnen die Vertriebenenverbände nicht besonders am Herzen liegen, haben wir schon in den letzten Jahren beobachten können. Uns als Union sind die Zeiten von Flucht und Vertreibung und die Erinnerung an diese, unsere deutsche Geschichte besonders wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist aus unserer Sicht völlig unverständlich, dass Sie das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa umgewandelt haben in ein Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa. Damit ist der Bezug zur deutschen Nationalität völlig aus dem Namen gestrichen worden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ja! Schizophrenie!)

Die "Augsburger Allgemeine" beschreibt es treffend ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin -:

(B)

Kerstin Radomski

(A) "Roth zeigt die letzten zweieinhalb Jahre im Amt, dass das diskrete Verhandeln nicht zu ihren Stärken gehört. Ihr Stil ist anders: direkt, offen, oft auch laut."

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, Ihr Stil hilft leider nicht bei den Reformen, die im Kulturbereich dringend notwendig wären.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch die Integrationsbeauftragte hat in der heutigen Debatte gesprochen. Und ja, ihre Redezeit – das ist manchmal so hier im Parlament – wurde tatsächlich von fünf Minuten auf zwei Minuten gekürzt. Sie hat sich in ihrer Rede an die Ampel gewandt; ich weiß gar nicht, ob die Kollegen der Ampel das wahrgenommen haben. Sie hat gesagt, dass sich dieses Land für eine vielfältige Welt einsetzen soll. Und sie hat gesagt, dass man für Integration mehr Geld braucht; darum hat sie gebeten. Lieber Otto Fricke, nein, es war nicht Frau Warken, die mehr Geld gefordert hat, sondern die Staatsministerin für Integration. Sie hat gesagt hat: Integration braucht mehr Geld.

(Otto Fricke [FDP]: Aha!)

Wenn wir uns den Etat angucken, dann sehen wir: Diese Staatsministerin hat in der aktuellen Legislaturperiode tatsächlich jedes Jahr weniger Geld zur Verfügung gestellt bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ihre Rede war daher sicherlich eine Anmerkung an die Ampel. Und ich muss feststellen, dass in Ihrem Bereich tatsächlich nicht viel erreicht wurde. Sie haben nur den Titel "Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus" in "Dialoge für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Extremismusprävention" umgewandelt. Damit ist die Prävention gegen den islamistischen Extremismus tatsächlich an den Rand gedrängt worden. Abgesehen davon, dass es in diesem, unserem kompletten Bundesetat keine neue Förderkulisse für gesellschaftlichen Zusammenhalt braucht, weil im Einzelplan des Innenministeriums ohnehin eine Titelgruppe "Heimat und gesellschaftlicher Zusammenhalt" mit ganzen 252 Millionen Euro drinsteht, haben Sie es damit geschafft, Ihre eigene Beauftragung abzuschaffen. Die Integrationsstaatsministerin ist eigentlich überflüssig geworden in diesem, unserem Bundesetat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Leider fehlt mir Zeit für weitere Ausführungen. Ich hoffe aber, dass wir in den kommenden Haushaltsberatungen durch die Parlamentarier der Ampel einige positive Veränderungen bekommen werden.

Ich schließe und sage: Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Damit schließen wir die Debatte zum Einzelplan 04 und zum Einzelplan 22.

Wir kommen nun zum Geschäftsbereich des Auswär- (C) tigen Amtes, Einzelplan 05.

Ich bitte Sie, entsprechend Ihre Plätze einzunehmen, sodass wir mit der Aussprache beginnen können. – Ich erteile das Wort für die Bundesregierung der Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Stephan Brandner [AfD]: Schicke Frisur!)

Annalena Baerbock, Bundesministerin des Auswärtigen:

Danke.

(Stephan Brandner [AfD]: Gern! Wie teuer war die denn heute? Ich habe sogar Blümchen mit, wenn Sie reden!)

- Können Sie mir gerne zum Tisch bringen.

Einen schönen guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Frau Präsidentin! Wenn ich mir die Debatten in unserem Land in den letzten Wochen so anhörte, musste ich manchmal an den Titel eines Buches von Joachim Meyerhoff denken: "Wann wird es endlich wieder so, wie es nie war". Damals kostete Sicherheit vermeintlich nichts, Kriege waren vermeintlich weit weg, und für das Klima interessierten sich nur die Grünen – das war diese vermeintlich heile Vergangenheit. Ich kann diese Sehnsucht nach der vermeintlich heilen Welt von früher, ehrlich gesagt, insbesondere an Tagen, wo man glaubt, die ganze Welt sei aus den Fugen geraten, total verstehen. Sie ist zutiefst menschlich. Aber wir leben eben nicht in einer Wünsch-dir-was-Welt, wo man rote Rosen verteilt, sondern in einer Realität, die wir uns im Zweifel nicht ausgesucht haben. Das ist unsere politische Verantwortung heute. Aber zur Wahrheit gehört ebenso: Diese vermeintlich sichere, bessere Vergangenheit hat es nie gegeben. Unsere Sicherheit in Deutschland, erst recht in Europa, war nie selbstverständlich. Das vermeintlich billige Gas aus Russland hat uns unsere Energiesouveränität, unsere Energiesicherheit gekostet.

Unser Leben in einem freien und friedlichen Europa, das viele meiner Generation immer als selbstverständlich angesehen haben, wurde von mutigen Menschen aufgebaut, gerade im Osten unseres Landes und vor allen Dingen im Osten unseres Kontinents. Es ist jetzt an uns, an unserer Generation, unseren Frieden und unsere Freiheit zu erhalten, zu bewahren, was uns schützt, durch die Veränderung, die es braucht in dieser Welt, in der wir nun einmal leben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP])

Und das können wir nur gemeinsam, egal ob wir über unsere nationale Sicherheit reden, über den Schutz unserer europäischen Friedensordnung und Freiheit in der Europäischen Union oder auch über die Migration.

Alleine – und es ist ja das Wunder der Vergangenheit, dass gerade wir Deutschen nicht mehr alleine sind – werden wir es nicht schaffen. Daher haben wir uns nach zehn Jahren Verhandlungen gemeinsam in der EU endlich auf

(D)

Bundesministerin Annalena Baerbock

(A) diesen so schwierigen, aber so nötigen Kompromiss des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems geeinigt. Wir schaffen es nämlich nur gemeinsam. Das sollten wir – die Debatte haben wir heute Morgen geführt – nicht vergessen. Das sage ich auch an unsere osteuropäischen Nachbarn und Partner.

Wir gehen weiter gemeinsam europäisch voran und bewahren, was uns schützt, nämlich unsere europäische Freiheit, die gebaut ist auf Schengen und unsere Freizügigkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zugleich tun wir alles, was es braucht, um unsere Außengrenzen zu sichern. Die Last, die wir in diesen Zeiten, in denen wir als Demokratien von außen und von innen angegriffen werden, natürlich tragen, gemeinsam zu schultern. In Humanität und mit geordneten Verfahren; denn dieser Zweiklang hat uns immer geleitet: als Rechtsstaaten für Ordnung zu sorgen und zu wissen, dass wir auf einem Fundament der EU als Werteunion stehen.

(Stephan Brandner [AfD]: WerteUnion? – Weiterer Zuruf von der AfD: Was haben Sie mit Maaßen zu tun?)

 Dass Sie von der AfD die Werteunion nicht kennen, das wissen wir leider alle. Sie wollen sie nämlich abschaffen. Genau das ist die Gefahr, der wir ausgesetzt sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

(B) Wir stehen genau dafür ein, weil der Schutz unserer Demokratie und unserer Rechtsstaatlichkeit, der Schutz unserer Werte der beste Sicherheitsschutz ist.

(Stephan Brandner [AfD]: WerteUnion hatte 0,5 Prozent in Thüringen!)

Das leitet uns auch in der Außenpolitik. Das leitet uns in einer Politik, wo wir hehre Reden halten können, wo wir schnelle Überschriften generieren können, wo aber tagtäglich Leid ist, wo wir jeden Tag entscheiden müssen, wie wir handeln. Und zwar nicht, wie wir es uns wünschen würden, sondern wie wir Veränderungen im Hier und Jetzt schaffen. In der Realität, in der sich Frauen und Kinder in Dörfern in der Ostukraine frühmorgens in Evakuierungsbussen sammeln, um vor den heranrückenden russischen Truppen zu fliehen – darum geht es in dieser Welt. In der Realität, wo Beobachtungsdrohnen über Bundeswehrstandorten gesichtet werden, mitten in Deutschland, was manche einfach nicht sehen wollen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Knut Abraham [CDU/CSU])

In der Realität sind Konflikte, Kriege und die Klimakrise eben keine fernen Dinge, wovor wir die Augen verschließen können. Sie haben einen Einfluss auf uns und auf unsere Sicherheit. Daher gilt es für uns, genau hinzuschauen, was in der Welt vor sich geht und erst recht vor unserer Haustür. Die humanitäre Katastrophe in Sudan geht uns eben auch hier direkt etwas an, genauso wie die Instabilität in der Sahelzone. Es geht da um unsere Sicherheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Wir brauchen internationales Engagement, um den Wohlstand und die Sicherheit gerade bei uns zu schützen.

(Stephan Brandner [AfD]: Klappt ja wunderbar!)

Dafür braucht es einen schlagfertigen Haushalt,

(Stephan Brandner [AfD]: "Schlagfertiger Haushalt"?)

einen Sicherheitshaushalt. Leistet dieser Haushalt, den wir hier diskutieren, absolut alles, was wir dafür brauchen? Ehrlich gesagt: Nein. Für unsere Sicherheit bräuchten wir weit mehr, für die innere Sicherheit und die äußere Sicherheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber wir machen nun mal Politik in der Realität, in der wir uns nicht herbeiwünschen können, dass wir die Schuldenbremse modernisieren. Dafür braucht es in unserer parlamentarischen Demokratie, in unserer Realität eine Zweidrittelmehrheit. Die gibt es leider nicht.

(Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Gott sei Dank gibt es die nicht!)

- "Gott sei Dank gibt es die nicht". Ich wollte aber gerade an die Union gerichtet sagen: Wir haben die Kraft, dass wir die Realität im Hier und Heute verändern können, beim Sondervermögen gefunden.

(Dr. Michael Espendiller [AfD]: Das sind nur Schulden!)

Da haben wir die Sicherheitslage gemeinsam erkannt. Daher möchte ich unterstreichen: Nicht nur ich als Außenministerin, sondern auch der Verteidigungsminister und die Innenministerin, wir alle stehen bereit, diesen Sicherheitshaushalt gemeinsam mit Ihnen als Union analog zum Sondervermögen auf den Weg zu bringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Stephan Brandner [AfD]: Alle wollen Sondervermögen! 1 Milliarde für alle!)

Solange das nicht möglich ist, kann ich mir in einem Rechtsstaat als Regierung diese Zweidrittelmehrheit zum Glück nicht selber schaffen. Deswegen haben wir in diesem Haushalt, auch in meinem Einzelplan, schmerzhafte, aber klare Prioritäten gesetzt,

(Stephan Brandner [AfD]: "Schmerzhafte Prioritäten"?)

in jedem Ressort, auch bei uns. Wir haben uns gefragt: Was ist unverzichtbar für die Sicherung unseres Friedens und unserer Freiheit? Dazu gehört die weltweite humanitäre Hilfe genauso wie der Ertüchtigungstitel, mit dem wir die Ukraine unterstützen. Dazu gehört auch der bilaterale Einsatz für unsere europäische Nachbarschaft. Und dazu gehört auch, dass wir jeden Tag alles dafür tun, dass wir endlich wieder Frieden in Europa, in der Ukraine haben.

Bundesministerin Annalena Baerbock

(A) Aber leider haben wir keinen Zauberstab, mit dem wir Putin plötzlich verzaubern können und er an den Verhandlungstisch kommt. Der Bundeskanzler hat es klar und deutlich gesagt: Das Angebot von uns allen, über Frieden zu sprechen, ist seit zweieinhalb Jahren da. Selenskyj hat es erneuert. Die Antwort des russischen Präsidenten war ein Angriff auf ein Kinderkrankenhaus.

Gerade weil wir jeden Tag für die Ukraine, für den Frieden auf unserem Kontinent arbeiten, gilt auch: Wir werden die Ukraine weiter unterstützen – das bildet dieser Haushalt ab –, damit nicht nur sie in Frieden leben kann,

(Stephan Brandner [AfD]: Will sie ja nicht!)

sondern damit der Frieden auf unserem Kontinent auch für die Generation unserer Kinder gesichert ist.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Jürgen Hardt für die Unionsfraktion ist der nächste Redner.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jürgen Hardt (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushaltsansatz für den Einzelplan 05 – Auswärtiges (B) Amt - ist eine Katastrophe. Wir haben eben von der Ministerin gehört – zwar mit anderen Worten –, dass sie das in der Sache genauso sieht. Die Zahlen sind folgende: Wir hatten 2023 im Auswärtigen Amt einen Etat von 7,4 Milliarden Euro, 2024 von 6,7 Milliarden Euro, und für 2025 sind lediglich 5,9 Milliarden Euro vorgesehen. Das heißt im Klartext: Der Etat für das Auswärtige Amt liefert den mit Abstand größten prozentualen Anteil an den Einsparungen im Bundeshaushalt. Frau Ministerin, Sie müssen schon erklären, warum es andere Ressorts gibt, die weniger bluten müssen als ausgerechnet Ihr Haus. Wir, die demokratischen Parteien dieses Hauses, haben gemeinsam in unterschiedlichen Regierungskonstellationen erkannt, dass Deutschland im Bereich der internationalen Verantwortung mehr tun muss, und versprochen, dass wir das auch machen werden. Es ist die Erwartung unserer Nachbarn und Freunde in der NATO. der EU, auch in Asien, in Afrika und in Südamerika, dass Deutschland mehr für den Frieden und die Freiheit in der Welt tut. Mit diesem Haushaltsansatz ist das nicht zu leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gucken wir uns den Haushalt im Einzelnen an! Selbst diejenigen, die vielleicht der Meinung sind, man solle sich mehr auf die Innenpolitik und nicht auf die Außenpolitik konzentrieren, stellen fest: Die größten Einsparungen sehen Sie genau in dem Bereich vor, in dem wir die Fluchtursachen bekämpfen, in dem wir mit humanitärer Hilfe Menschen dort versorgen, wo sie herkommen, wo sie Zuflucht gefunden haben, in der Nachbarschaft ihrer vom Bürgerkrieg erschütterten Länder, sodass sie eben

nicht als Flüchtlinge nach Europa oder nach Deutschland (C) kommen müssen. Genau die Einsparungen, die Sie hier gezwungen sind vorzunehmen, werden dazu führen, dass die Belastungen für die deutschen Steuerzahler, für die Kommunen, für die Länder höher werden. Das ist einfach fatal.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Auswärtige Amt hat extrem viel zu tun, auch Sie als Ministerin, und keiner kann Ihnen oder Ihren Mitarbeitern vorwerfen, dass Sie nicht den guten Willen hätten oder den Fleiß aufbrächten, die Dinge auf die Reihe zu kriegen. Es gibt 12 346 Bedienstete im Auswärtigen Amt; dazu kommen noch ungefähr 5 000 im Ausland. Das ist eine ordentliche Truppe, mit der wir da präsent sind, und das sind alles gute Leute. Aber das Gesamturteil, das ich ausstellen muss, ist leider nur "stets bemüht", weil die Ergebnisse meines Erachtens nicht so sind, wie sie angesichts der Ausstattung sein müssten und sein könnten.

Wenn wir uns in dieser schwierigen Situation befinden – wir alle kennen sie; wir müssen sie hier gar nicht näher beschreiben -, dann müssen wir doch Prioritäten setzen. Dann müssen wir doch identifizieren: Was sind die größten Gefahren für unseren Frieden, unseren Wohlstand, unsere Freiheit und die Freiheit unserer Freunde und der Welt? Wer sind die größten Störer? Das sind eben Russland und Iran. Ich würde von der Bundesregierung erwarten, dass sie alle ihre Handlungen, alle ihre Maßnahmen unter dieses Primat stellt und fragt: Was trägt dazu bei, die russische Aggression gegen die Ukraine und im Übrigen auch gegen andere – Moldau, Georgien und das Baltikum, gegen die zumindest verbal massive Angriffe von Putin kommen - einzudämmen? Und was können wir tun, damit der Iran eben nicht der Financier des Terrors weltweit, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, ist? Wir wissen alle: Es gäbe keine Hisbollah in der jetzigen Form ohne den Iran, es gäbe keine Hamas in der jetzigen Form ohne den Iran, keine Huthis, und es gäbe auch die Situation in Syrien nicht so, wie sie ist, wenn nicht der Iran als Spoiler der Region auftritt. Deswegen fordere ich von Ihnen - von der gesamten Bundesregierung, aber speziell von Ihnen -, dass wir uns auf diese Themen konzentrieren.

Ich nenne mal ein ganz konkretes Beispiel: Wir haben eine Klimastaatssekretärin im Auswärtigen Amt. Ich stelle mir mal vor, ein Topdiplomat wäre Staatssekretär im Auswärtigen Amt und würde sich mit seinem Stab genau um diese Priorisierung und die Zusammenführung der Ressourcen für die Bekämpfung der russischen und iranischen Aggressivität kümmern. Damit würden wir für den Weltfrieden deutlich mehr leisten als mit einer Klimastaatssekretärin, die Dinge tut, die der Ministerin im Zweifel genauso am Herzen liegen und die auch sie machen kann, wenn dafür Spielraum ist.

(Beifall bei der CDU/CSU – Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

Ich glaube darüber hinaus, dass wir enorme Defizite bei der Zusammenarbeit der einzelnen Ressorts haben. Setzen wir wirklich alle Instrumente in der Entwick-

(C)

Jürgen Hardt

lungszusammenarbeit und auch in der Innenpolitik ein, um die von uns gewünschten Ziele zu erreichen? Ich behaupte: Nein. Ich denke an ein Thema, das uns nachläuft, seit ich im Bundestag bin, nämlich die schleppende Visavergabe durch das Auswärtige Amt. Wir haben vor fünf Jahren das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten geschaffen. Dieses Amt soll die Visabearbeitung digitalisieren und beschleunigen. Als wir das Gesetz zur Einrichtung dieses Bundesamts verabschiedet haben, habe ich gesagt: Ab sofort keine Ausreden mehr! Fünf Jahre später nehmen die Klagen von der Wirtschaft, was die Visapolitik angeht, nicht ab, sondern zu. Man hört aus dem Auswärtigen Amt: Das hat mit der Innenpolitik, mit den Ländern, mit den Ausländerbehörden zu tun. – Ja, bitte schön, dann führen Sie doch diese Themen zusammen! Machen Sie sich zum Ministerium für diese Angelegenheiten, und setzen Sie da Ihre Priorität! Ich halte das für unbedingt erforderlich und wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Noch ein Letztes zum Thema Ukraine. Der Bundeskanzler hat plakativ Friedensverhandlungen gefordert, ich sage jetzt mal: sofort, unverzüglich. Um das mit einem deutschen Wort zu begleiten. Das Wichtigste ist doch, dass wir die Ukraine an einen Punkt bringen, an dem Putin ernsthaft befürchten muss, dass dieser Krieg gegen die Ukraine für ihn verloren geht, dass er zum Beispiel die Krim verliert, dass er zum Beispiel die Herrschaft über den Osten der Ukraine verliert. Dafür müssen wir die Ukraine stärken, dafür müssen wir die Ukraine aufrüsten. Das tun wir, aber wir tun es eben nicht in dem (B) Maße, wie es erforderlich wäre, und wir tun es vor allem zu spät. Ich sage: Ernsthafte Friedensverhandlungen mit Russland wird es nur geben, wenn Putin sie als Ausweg aus einer Sackgasse sieht. Im Augenblick glaubt er noch, dass er gewinnen kann.

Das Gleiche gilt für den Iran. Es gibt iranische Aktivitäten in Deutschland und in Europa, die längst hätten unterbunden werden müssen. Auch das ist wieder eine Frage der Zusammenarbeit von Außenbehörden, Innenbehörden, Bund und Ländern. Bitte packen Sie das an! Konzentrieren Sie sich darauf, dass der Iran sich mit seinen Revolutionsgarden nicht weiter finanziell aufmunitionieren kann durch Geldwäsche in Europa, dass er nicht Menschen, die bei uns Schutz gefunden haben, bis in die Regionalexpresszüge Nordrhein-Westfalens hinein verfolgt! Ich kenne konkrete Beispiele, wo Menschen sich durch Iraner bedroht fühlen, die vielleicht auch als Schutzsuchende hier sind, aber in Wirklichkeit auf der Payroll des Regimes stehen!

Es muss mehr getan werden, um die Aggressionen insbesondere Russlands und des Irans zurückzuführen. Damit tun wir mehr für den Weltfrieden, als wenn wir uns auf den verschiedenen Feldern verzetteln.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort Wiebke Papenbrock.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wiebke Papenbrock (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Aufgabe als Haushälterin ist es, den Regierungsentwurf für den Etat des Auswärtigen Amtes zunächst einmal ganz sachlich und nüchtern zu betrachten. Ja, wir haben eine angespannte Haushaltssituation, und das kann man diesem Etat auch entnehmen. 5,9 Milliarden Euro sind im kommenden Jahr für unsere Außenpolitik vorgesehen. Ich möchte auf drei Bereiche eingehen, die in diesem Etat enthalten sind.

Zum Thema Digitalisierung; das sehe ich anders als Sie, Herr Hardt. Es wird ja immer behauptet, es gebe keine Fortschritte in der Digitalisierung, und es wird auch von Stagnation gesprochen; aber im Auswärtigen Amt ist das eben nicht der Fall. Hier geht es in großen Schritten voran, vor allen Dingen bei der Digitalisierung der 170 deutschen Vertretungen im Ausland. Wir Haushälter haben die Digitalisierung im Auswärtigen Amt schon in den letzten drei Jahren ganz oben auf die Agenda gesetzt. Da machen wir weiter, wenn wir den Haushalt für das kommende Jahr beraten; wir bringen dieses Thema weiter voran.

Was genau sind die Neuerungen? Bei der Visa- und Passvergabe wollen wir weg von komplizierten und zeitaufwendigen Papierformularen und hin zu schnellen Digitalanträgen. Man muss sich das wie ein digitales Konsulat vorstellen, das da aufgebaut wird. Dazu muss man
wissen, dass die Antragstellung bei einer Botschaft oder
einem Konsulat im Ausland erfolgt und dass es für die
verschiedenen Visaarten sehr unterschiedliche Verfahren
gibt.

Das gilt zum Beispiel für Deutsche, die im Ausland leben und einen neuen Pass brauchen. Das gilt für Fachkräfte, die aus dem Ausland zu uns kommen wollen. Und das gilt für Touristen, die nur ein paar Tage Deutschland bereisen wollen. Sie können sich also vorstellen, dass es eine Fülle von unterschiedlichen Verfahren und Anträgen gibt, die jetzt Stück für Stück digitalisiert werden. Das zielt darauf ab, dass es für die Antragsteller leichter und zügiger von der Hand geht und dass auch unsere Mitarbeiter in den Botschaften entlastet werden.

Da haben wir auch schon viel erreicht, zum Beispiel bei der Visum- und Passvergabe für Fachkräfte aus dem Ausland, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jetzt folgen die Schengenvisa. Das sind die Visa für all jene, die aus Nicht-EU-Ländern für bis zu 90 Tage zu uns kommen. In dieser Zeit können sie sich frei im Schengenraum bewegen. Das betrifft vor allen Dingen Wirtschaftskontakte, also Personen, die aus beruflichen Gründen nach Deutschland einreisen möchten. Das betrifft aber auch Touristen und diejenigen, die einen Sprachkurs in Deutschland machen möchten. Die Zahl dieser Anträge ist in den letzten Jahren immer weiter gestiegen, nämlich von rund 870 000 im Jahr 2022 auf rund 1,2 Millionen

Wiebke Papenbrock

(A) Anträge im vergangenen Jahr – Tendenz: weiter steigend. Der Bedarf ist also groß. Und genau das werden wir bei den parlamentarischen Beratungen weiter verfolgen.

Ich möchte noch auf ein weiteres Thema zu sprechen kommen, das uns Haushälter in den kommenden Wochen beschäftigen wird. Das sind die internationalen Stipendienprogramme für Studierende und Wissenschaftler.

(Dr. Karamba Diaby [SPD]: Oh ja! Richtig!)

Der Deutsche Akademische Austauschdienst und die Alexander-von-Humboldt-Stiftung beispielsweise leisten hier wichtige Arbeit. Sie unterstützen deutsche und ausländische Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, damit sie ihr Studium und ihre Forschung voranbringen können. Diese Stipendienprogramme tragen dazu bei, unsere internationalen Partnerschaften zu stärken. Diese Partnerschaften haben wir immer gebraucht. Umso mehr brauchen wir sie jetzt, wo die Welt im Umbruch ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP])

Die Stipendienprogramme festigen bestehende Netzwerke und schaffen neue Verbindungen über Ländergrenzen hinweg. Außerdem tragen sie dazu bei, das Vertrauen in Deutschland zu stärken und ein positives Bild der Bundesrepublik im Ausland zu vermitteln.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP])

(B) Ja, das sind langfristige Investitionen, aber sie zahlen sich aus. Ich nehme dieses Thema mit in die Haushaltsberatungen und freue mich auf breite Unterstützung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Zum Schluss möchte ich auf die humanitäre Hilfe zu sprechen kommen. Diese greift in Notlagen, wie wir sie vor allen Dingen in Krisenregionen oder bei Naturkatastrophen erleben. Es wird Einschnitte geben, ja. Aber Deutschland wird auch in Zukunft helfen, wenn es darauf ankommt. Erinnern wir uns an das schwere Erdbeben in Marokko vor einem Jahr oder an das Beben im Februar letzten Jahres, bei dem Teile der Türkei und Syriens zerstört wurden! Hier haben wir gezeigt, dass wir im Notfall schnell und unbürokratisch Hilfe leisten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Bruno Hönel [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Soforthilfen sind fester Bestandteil unserer deutschen Außenpolitik, und – verlassen Sie sich drauf – sie werden es auch bleiben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP])

Sehr verehrte Damen und Herren, mit diesem Regierungsentwurf gehen wir jetzt in die Beratungen. Wir werden eigene Prioritäten setzen, sodass die Haushaltsmittel klug und effizient eingesetzt werden.

Vielen Dank.

(C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP])

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die AfD-Fraktion hat das Wort Dr. Michael Espendiller.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Michael Espendiller (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal und bei Youtube! Wer die mittlerweile täglichen Meldungen über Insolvenzen, Betriebsschließungen, Stellenabbau und Standortverlagerungen verfolgt, kommt zu dem Schluss: Deutschland ist auf dem absteigenden Ast. Laut einer aktuellen IHK-Umfrage ist die Zahl der Industriebetriebe, die eine Produktionseinschränkung oder eine Abwanderung ins Ausland erwägen, auf 37 Prozent gestiegen; 2022 lag dieser Anteil noch bei 21 Prozent. Bei Betrieben, die mehr als 500 Mitarbeiter haben, sind es sogar 51 Prozent, die abwandern wollen. Als Hauptgrund werden die hohen Energiekosten in Deutschland genannt, die der Wettbewerbsfähigkeit massiv schaden.

(Beifall des Abg. Stefan Keuter [AfD])

Und jetzt denken wir alle mal ganz scharf nach, was sich seit 2022 schlagartig geändert hat. Keine Frage – das galt 2022, und das gilt auch noch heute –: Der Einmarsch Russlands in die Ukraine verstieß gegen das Völkerrecht, und Krieg sollte in einer zivilisierten Welt keinen Platz haben. Doch abseits dieser recht einfachen Feststellung tat sich damals ein breiter Korridor an Handlungsmöglichkeiten auf, von denen diese Regierung immer zielsicher diejenigen ausgewählt hat, die Deutschland am meisten schaden. Neben einer ganzen Reihe von innenund wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen ist es gerade auch die Außenpolitik von Annalena Baerbock, die für den Niedergang des Industriestandorts Deutschland verantwortlich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das beginnt mit der irren Sanktionspolitik, die von den USA, der EU und einer begeistert klatschenden Annalena Baerbock betrieben wird. Die Sanktionen haben Russland nicht geschadet, auch weil die Russen sich darauf vorbereitet hatten. Der deutschen Wirtschaft schaden sie hingegen schon. Vergleichen wir: Das Bruttoinlandsprodukt in Russland ist im Jahr 2023 um 3,6 Prozent gestiegen. In Deutschland ist es um 0,3 Prozent gefallen.

Die Definition von Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und ein anderes Ergebnis zu erwarten. Getreu diesem Motto hat Annalena Baerbock auch gestern wieder begeistert mitgemacht, und zwar beim neuesten Sanktionspaket gegen den Iran, für das sich einstweilen nur Frankreich und Großbritannien als Partner fanden. Man fragt sich: Mensch, warum kommt denn da nichts von der EU? Nun, das mag vielleicht daran liegen, dass die bisherigen Sanktionen in der EU nicht besonders beliebt sind und auch nicht besonders genau befolgt wer-

(D)

Dr. Michael Espendiller

(B)

(A) den. Man munkelt ja, dass Exporte mit sanktionierten Gütern jetzt einfach über Länder wie Armenien, Georgien, Kirgisistan, Kasachstan oder die Türkei abgewickelt werden. Wen es interessiert, der schaue sich mal den X-Account von Robin Brooks an, einem ehemaligen Goldman-Sachs-Devisenstrategen. Der hat hierzu sehr viele anschauliche Statistiken zusammengetragen und regt sich fürchterlich darüber auf. Er sagt, in Europa gelte nunmehr der Slogan "Stand with Ukraine, Export to Russia"

Nun, Frau Baerbock, was soll man sagen? Der Markt sucht sich immer einen Weg. Das gilt auch für einige Ihrer EU-Partner. Die EU importiert Rekordmengen an LNG, also Flüssigerdgas. Und woher? Aus Russland. Russland ist nach den USA und vor Katar derzeit der zweitgrößte Lieferant. Die Hauptabnehmer des russischen LNGs sind übrigens Spanien, Belgien und Frankreich.

(Stefan Keuter [AfD]: Hört! Hört!)

Ganz am Rande: Das Bruttoinlandsprodukt Spaniens wuchs 2023 um schöne 2,5 Prozent.

Aber lassen wir die Wirtschaft mal beiseite. Einer Ihrer größten Fehler war und ist die Fortsetzung der milliardenschweren Waffenlieferungen an die Ukraine. Damit haben Sie einen Konflikt, den man schon im Frühjahr 2022 hätte beenden können, um mindestens zweieinhalb Jahre verlängert. Victoria Nuland hat erst kürzlich in einem Interview eingeräumt, dass es die USA und Großbritannien waren, die die Ukraine von einem Deal mit Russland bei den Friedensgesprächen in Istanbul im Jahr 2022 abhielten.

(Knut Abraham [CDU/CSU]: Unfug! – Thomas Erndl [CDU/CSU]: Absolute Märchen!)

Seitdem sind wohl Hunderttausende Menschen in einem sinnlosen Krieg gestorben, weil es als absolute Infamie galt, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um genau das zu verhindern.

(Christian Petry [SPD]: Das ist ja bösartig!)

Haben Sie sich eigentlich mal eines der Videos von den Zwangsrekrutierungen auf ukrainischen Straßen angesehen? Dort werden Männer am helllichten Tag überwältigt, in Kleintransporter gezerrt und an die Front gekarrt.

(Christian Petry [SPD]: Was für ein Geist steckt denn dahinter?)

Aber wehren können sich die Ukrainer nicht. Oppositionelle Medien wurden verboten, Wahlen gibt es nicht mehr, und die Ukrainer werden von einer korrupten Regierung in Geiselhaft gehalten, die längst nicht mehr ihre Interessen vertritt.

(Beifall bei der AfD – Knut Abraham [CDU/CSU]: Das ist Propaganda!)

Jetzt, nachdem das militärische Scheitern der Ukraine und der sinnlose Tod von Hundertausenden immer offensichtlicher werden, kommt man ins Nachdenken. Inzwischen sind 69 Prozent der Deutschen für Verhandlungen mit Russland und für einen Waffenstillstand.

(Knut Abraham [CDU/CSU]: Ja, nur Putin (C) nicht!)

Das und ein paar heftige Wahlklatschen in Ostdeutschland sorgen auch für ein Umdenken bei dieser Bundesregierung. Olaf Scholz fordert jetzt Verhandlungen mit Russland, und er bringt sogar Gebietsabtretungen ins Spiel. Das macht ihn nach der bisher geäußerten Auffassung dieser Bundesregierung und ihrer Koalition eigentlich zu einem Putin-Knecht.

Für meine Fraktion kann ich nur sagen, was wir seit über zwei Jahren sagen: Kehren Sie an den Verhandlungstisch zurück, damit das sinnlose Sterben endlich endet!

(Christian Petry [SPD]: Sie sagen die Unwahrheit! Ist das alles für Youtube?)

Ihre politischen Spielchen haben schon jetzt zu viele Menschenleben gekostet und dabei auch noch Milliarden an Steuergeldern verbrannt, die wir hierzulande selber sehr gut gebrauchen können. Da können Sie noch so viel grinsen, Frau Baerbock.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Knut Abraham [CDU/CSU]: Das ist russische Propaganda! – Christian Petry [SPD]: Mein Gott!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Michael Georg Link aus der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Michael Georg Link (Heilbronn) (FDP):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich gerade nach der Vorrede mit einigen antiamerikanischen Verschwörungstheorien

(Dr. Michael Espendiller [AfD]: Welche? Welche genau?)

umso deutlicher sagen: Wir gedenken heute wieder der Opfer der schrecklichen Terroranschläge in New York und Washington am 11. September 2001. Damals wie heute ist der Kampf gegen islamistischen Terror von allergrößter Bedeutung. Lassen Sie mich das sehr deutlich vorab sagen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Kolleginnen und Kollegen, wir Freie Demokraten sind davon überzeugt: Eine solide Haushaltspolitik und eine einflussreiche Außenpolitik bedingen einander; denn wir müssen uns Handlungsspielräume bewahren, um auch in Zukunft auf Schocks reagieren zu können, gerade weil viele Entwicklungen derzeit nicht absehbar sind. Deshalb müssen wir, so wie im gesamten Haushalt, auch bei unseren internationalen Projekten gründlich Inventur machen.

Michael Georg Link (Heilbronn)

(A) Kollege Hardt, Sie rufen heute hier wortreich und auch laut nach mehr Geld für den außenpolitischen Bereich. Auch wir würden uns manchmal mehr wünschen. Aber es geht nun mal nicht alles, was wünschenswert ist.

(Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Sie müssten ein bisschen priorisieren! Das schaffen Sie doch!)

Und wie passt das zu den Reden, die wir heute Morgen und auch gestern von Ihren Unionskollegen gehört haben, wo sogar – zu Recht – die Einhaltung der Schuldenbremse gefordert und sogar zu mehr Sparen aufgerufen wurde? Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen doch vielmehr den Reformdruck der Schuldenbremse nutzen. Die Schuldenbremse hilft uns, die Frage zu beantworten, was schützt und was nützt. Zum Beispiel die Unterstützung der Ukraine: Sie schützt und nützt. Die Ukraine verteidigt nicht nur ihre eigene Freiheit; sie verteidigt auch die Freiheit Europas. Sollten russische Panzer irgendwann an der polnischen Grenze stehen, kommen auf uns ganz andere Kosten zu als heute, und auch die Zahl der Flüchtlinge, die vor der russischen Gewalt fliehen, würde massiv steigen.

Der Vorwurf von vielen Seiten hier in diesem Hause, wir würden finanziell nicht genug für die Ukraine tun, stimmt einfach nicht. Allein in diesem Jahr haben wir bisher 7 Milliarden Euro an bilateraler Hilfe geleistet, und nun geht es zu Recht darum, unsere Hilfe verstärkt auch über multilaterale Formate zu leisten und das G-7-Paket aus den russischen Zinserträgen bereitzustellen, damit Putins Regime endlich zumindest Teile der Kosten, die durch seine Aggression entstanden sind, tragen muss.

(Beifall bei der FDP – Dr. Rainer Rothfuß [AfD]: Das hat ja schon prima geklappt!)

Für die FDP-Fraktion sage ich ganz deutlich: Wir sind gerne bereit – aus Überzeugung –, die Ukraine auch noch mehr zu unterstützen, vor allem bei der Lieferung weitreichender Waffensysteme und der Nutzbarkeit dieser Waffensysteme, um russische Nachschublinien weit hinter der Front zu kappen. Das geht nicht nur Deutschland an, sondern alle, die die Ukraine militärisch unterstützen. Da brauchen wir dringend Fortschritte,

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Gunther Krichbaum [CDU/CSU])

damit Putin in der Tat klargemacht wird: Du kannst das militärisch nicht gewinnen. Das ist der Weg zu Verhandlungen, nicht andersherum.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Gunther Krichbaum [CDU/CSU])

Als wehrhafte Demokratie, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir aber auch abseits der Ukraineunterstützung unsere internationalen Partnerschaften weiter ausbauen; denn wir wollen den Systemwettbewerb mit Autokraten und ihren gelenkten Wirtschaftssystemen nicht nur bestehen, wir wollen ihn gewinnen. Dafür müssen wir die

langfristig angelegten Unterwanderungsversuche Chinas (C) verstehen, zum Beispiel in der Staatengruppe der BRICS, und wir müssen international weniger belehren und deutlich mehr zuhören, zum Beispiel den immer selbstbewusster auftretenden mittleren Mächten in Afrika, Asien, Lateinamerika, die von China gerade heftig umworben werden. Hier können wir, gerade im transatlantischen Verbund aus EU und USA, verlässlichere Angebote machen als China.

Kolleginnen und Kollegen, wir als Koalition – das will ich deutlich sagen – haben in einem ganz wichtigen Punkt gehandelt, nämlich beim Thema China. Als erste Koalition haben wir den Ausstieg aus der Huawei-Technologie beschlossen. Wir haben mit der China-Strategie endlich einen Kompass in der China-Politik auf den Weg gebracht, und wir müssen jetzt, nach Jahrzehnten der Verschleppung, auch endlich das Thema De-Risking, also zum Beispiel den Abbau riskanter Lieferverträge und Lieferabhängigkeiten von China, auf die Tagesordnung nehmen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es sind also ganz viele Themen, die anstehen.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege Link.

Michael Georg Link (Heilbronn) (FDP):
Mir fehlt die Zeit auf mehrere Themen einzugeher

Mir fehlt die Zeit, auf mehrere Themen einzugehen.

(D)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Ja.

Michael Georg Link (Heilbronn) (FDP):

Wir sind am Anfang der Debatte.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Haushaltsberatungen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Link. – Nächster Redner ist der Kollege Gunther Krichbaum, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gunther Krichbaum (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Michael Link, ich möchte nochmals die Zahlen aufgreifen, die gerade angesprochen wurden.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes steht tatsächlich vor dramatischen Kürzungen. Er schrumpft um satte 836 Millionen Euro auf unter 6 Milliarden Euro. Das bedeutet im Klartext eine Kappung um 12,5 Prozent. Und wenn wir die Haushaltszahlen beraten, dürfen wir in diesen Zeiten nicht vergessen: Es kommt eben auch

Gunther Krichbaum

(A) eine Inflationsrate von 2,3 Prozent hinzu, die die finanziellen Möglichkeiten noch einmal drückt. Das muss hier eingeordnet werden.

Apropos Einordnung. Der Bundeshaushalt sieht für das Auswärtige Amt 6 Milliarden Euro vor. Die globale Minderausgabe, das heißt die Haushaltslücke, die jetzt im Ampelhaushalt klafft, liegt bei 12 Milliarden Euro. Sie ist also doppelt so hoch wie der gesamte Etat des Auswärtigen Amtes. Das zeigt die Unseriosität dieser Haushaltsplanungen, und deswegen ist da auch mit unserer Zustimmung nicht zu rechnen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Geht man in die Details, dann wird es heftig. Ausgerechnet im Bereich "Frieden und Humanität" wird der Rotstift angesetzt, und die Mittel für die humanitäre Hilfe im Ausland werden mehr als halbiert. Zudem werden die Mittel für das World Food Programme – ich weiß, dass dieser Posten natürlich nicht in den Haushalt des Auswärtigen Amtes gehört, sondern in den des BMZ; Frau Dr. Kofler ist anwesend – von 58 Millionen Euro auf 28 Millionen Euro heruntergekürzt.

(Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Kurz-sichtig!)

Das trifft die Ärmsten der Armen in der Welt. Das World Food Programme ist dringend auf diese finanzielle Unterstützung, vor allem vonseiten der Industrieländer, angewiesen, und deswegen bitte ich hier inständig, sich die Zahlen noch mal anzugucken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denn der Schneidermeister Christian Lindner als Finanzminister sorgt dafür, dass die Außenministerin mit abgesägten Hosen dasteht.

Spannend ist der Posten "Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland" – dieser beinhaltet die Förderung von Goethe-Instituten, insbesondere aber auch die der Auslandsschulen –: circa 50 Millionen Euro weniger. Viele der Kolleginnen und Kollegen haben in der Vergangenheit sicherlich schon mal Auslandsschulen besucht. In diese Schulen gehen nicht nur die Diplomatenkinder, sondern auch viele Einheimische. Das sind die zukünftigen Partner Deutschlands.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ausgerechnet dort wird angesetzt, und das halte ich für überaus kurzfristig gedacht;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

denn ich kann nur sagen: Unser Nachbarland Frankreich käme niemals auf diese Idee. Während bei uns der Rotstift und der Rechenschieber regieren, macht man das in Frankreich mit Verstand und Anspruch.

(Zuruf von der FDP)

Kommen wir zu Frankreich, so möchte ich zunächst Michel Barnier zu seiner Wahl als Premierminister herzlich gratulieren. Er steht vor einer schwierigen Aufgabe. Er ist ein Freund Deutschlands, er ist ein Freund Europas – er spricht auch die deutsche Sprache –, er ist ein Brückenbauer – und genau die sind in diesen Tagen besonders wichtig, wenn wir über das deutsch-französische

Verhältnis und über die deutsch-französischen Beziehun- (C) gen reden; denn leider ist die Liste der deutsch-französischen Leidenspunkte mittlerweile sehr lang geworden.

Im Stakkato. Die Europagrundsatzrede des Bundeskanzlers am 29. August 2022: Die Erwähnung des deutsch-französischen Verhältnisses war ihm keine Silbe wert. Der Doppel-Wumms im September 2022: nicht mit Frankreich kommuniziert. Kurzfristige Absage des deutsch-französischen Ministerrates; dieser musste dann später nachgeholt werden. Die Unterzeichnung der European Sky Shield Initiative: nicht kommuniziert mit Frankreich. Der Verzicht Macrons auf eine gemeinsame Pressekonferenz nach dem Treffen mit dem Bundeskanzler folgt ebenfalls in dieser Leidensliste. Der Scholz-Besuch in China im November 2022: vorher nicht abgestimmt mit Macron. Die Goethe-Institute in Lille, Bordeaux und Strasbourg wurden geschlossen; Frankreich hat das mehr oder weniger auch aus der Zeitung erfahren. Das Fischbrötchenbild, das entstand, als Macron in Hamburg war, ist da vielleicht ein trauriger Höhepunkt. Vorschläge zur Reform der Zukunft Europas, die Sorbonne-Rede Macrons: kein Echo aus Berlin. Und nicht zu vergessen natürlich auch: Als Xi Jinping in Paris war, wurde er zusammen mit Frau von der Leyen von Macron empfangen - leider ohne die Teilnahme des deutschen Bundeskanzlers. Vielleicht hätte man den Besuch in Litauen auch einen Tag später machen können. Auch der Staatsbesuch Macrons im Mai blieb bislang ohne

Ich sage das deswegen, weil es auf das deutsch-französische Verhältnis ankommt. Wir brauchen das deutsch-französische Verhältnis weiterhin als Motor, erst recht bei all den Aufgaben, die jetzt vor uns liegen. Da kommt sehr viel auf uns zu. Exakt 30 Jahre nach der Präsentation des Schäuble-Lamers-Papiers – Lamers sprach damals vom "Kern des Kerns" – ist es wichtig, dass Deutschland und Frankreich jetzt auch mit der neuen Kommission entsprechend vorangehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte in Bezug auf das Kommissionsprogramm noch einen Punkt ganz kurz ansprechen. Da ist vieles ambitioniert, vieles auch sehr gut. Aber wir als Deutscher Bundestag sollten insgesamt sehr sorgfältig darüber wachen. Wenn beispielsweise jetzt ein Kommissar für Wohnungsbauwesen vorgesehen ist, dann muss ich sagen: Das ist keine Sache für Brüssel. Das liegt in der Hand der nationalen Mitgliedstaaten, der nationalen Parlamente – Stichwort "Subsidiaritätsprüfung". Darauf müssen wir mehr denn je in Zukunft achten.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, kommen Sie zum Schluss, bitte.

Gunther Krichbaum (CDU/CSU):

Deswegen: Es liegt viel Arbeit auch vor uns als Deutscher Bundestag.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist Bruno Hönel aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Bruno Hönel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz kurz zu Ihnen, Herr Dr. Espendiller. Sie haben ja Einstein zitiert. Von Einstein kommt auch die Relativitätstheorie: Zeit und Raum sind relativ. Soll ich Ihnen mal was sagen? Wissen Sie, was in der Zeit und in dem Raum, in dem wir leben, nicht relativ ist? Die Wahrheit und die Fakten. Und damit hatte Ihre Rede nichts zu tun

(Dr. Michael Espendiller [AfD]: Welche genau?)

Es war die altbewährte russische Propaganda und mehr nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Von daher zurück zur Realität. Seit 31 Monaten muss sich die Ukraine gegen die militärischen Angriffe von Russland verteidigen. In den letzten Wochen konnten wir erneut sehen, wie massiv Russland auch zivile Ziele in der Ukraine angreift, um die Infrastruktur zu zerstören und die Moral der Bevölkerung zu brechen.

Wir sind mitten in einer Zeitenwende, die alle Politikbereiche, die verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen und in besonderem Maße natürlich unsere Außenpolitik betrifft. Mehr als je zuvor sind wir gefordert, unsere internationale Zusammenarbeit zu stärken und diplomatische Angebote auszubauen.

Wenn wir eines in den letzten Monaten seit Kriegsbeginn gelernt haben, dann ist es doch, dass sich Putin durch starke internationale Partnerschaften in der Welt schwächen lässt. Genau das ist unser Pfund: die internationale Solidarität und Zusammenarbeit. In diesem Sinne müssen wir auch den Haushalt des Auswärtigen Amtes in den nächsten Wochen beraten und verbessern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Gabriela Heinrich [SPD])

Ich sage "verbessern", weil der Etat auf einer Finanzplanung beruht, die aus einer Zeit stammt, in der es den Angriffskrieg auf die Ukraine so noch nicht gab. Der Finanzplan ist schlicht und ergreifend nicht vereinbar mit der geopolitischen Realität. Die Außenministerin hat das sehr früh angemerkt. Die Bundesregierung hat auf ihren Druck hin reagiert und dem Haus mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Das ist eine gute Entwicklung.

Trotzdem kann sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kürzung im Bereich der humanitären Hilfe ein immenses Problem ist. Da müssen wir noch mal ran; das möchte ich auch in dieser Klarheit sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn die Konsequenz wäre, dass wir uns aus bestimmten (C) Krisenregionen zurückziehen müssten; der Schutz und die Versorgung von Menschen in humanitären Notlagen würden leiden. Und die weiteren Konsequenzen liegen doch auf der Hand: Das Ansehen Deutschlands als verlässlicher Partner leidet mit; wir verlieren zudem an geopolitischem Einfluss.

Gerade erst letzte Woche hat China auf dem gemeinsamen Gipfel mit afrikanischen Ländern 45 Milliarden Euro Finanzhilfen in Aussicht gestellt. Autokraten, ob aus China oder Russland, füllen strategisch motiviert die Lücken, die wir entstehen lassen, und sichern sich so geopolitischen Einfluss zulasten von Freiheit und Selbstbestimmung. Auch deswegen dürfen wir unser humanitäres Engagement nicht in diesem Maße kürzen; sonst spielen wir den Feinden von Demokratie,

(Zuruf des Abg. Peter Boehringer [AfD])

insbesondere Wladimir Putin, in die Hände, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Ministerin hat es angesprochen: Trotz der doch erheblichen Kürzungen im Etat werden die Unterstützungsleistungen für die Ukraine auf hohem Niveau gehalten. Die Ukraine steht vor einem harten Winter. Die Infrastruktur ist zerstört, und es mangelt beispielsweise an Generatoren zur Stromerzeugung. Daher ist es gerade auch ein wichtiges Signal an die Zivilbevölkerung, dass das Auswärtige Amt seine Zusagen einhält. Wir machen deutlich, dass wir unverrückbar an der Seite der Ukraine stehen; das zeigt sich auch in diesem Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das gilt gleichermaßen für unser Engagement im Kontext des Nahostkonfliktes. Die Ministerin, Annalena Baerbock, war elfmal in der Region, hat diplomatische Gespräche geführt und sich für die Freilassung aller Geiseln eingesetzt, gleichzeitig aber auch einen humanitären Waffenstillstand gefordert und die israelische Offensive in Rafah kritisiert. Die Ministerin hat sich also gerade nicht der Polemik hingegeben, einfache Antworten auf einen der komplexesten, am längsten andauernden und blutigsten Konflikte der Menschheitsgeschichte auszuposaunen, sondern sie hat die Kraft zur Differenzierung bewiesen. Diese Differenzierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich mir auch für unsere Debatten zu anderen Themen, die wir aktuell sehr intensiv führen.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, kommen Sie zum Schluss, bitte.

Bruno Hönel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Und sie sollte auch unsere Haushaltsverhandlungen leiten.

In diesem Sinne: Ich freue mich auf die Beratungen. Herzlichen Dank.

Bruno Hönel

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (A) sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Hönel. – Nächster Redner ist der Kollege Matthias Moosdorf, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Matthias Moosdorf (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es fällt schwer, im umfassenden Versagen der Ampel noch differenzierende Steigerungen zu finden. Nichts jedoch übertrifft die Inkompetenz der deutschen Außenpolitik unter Annalena Baerbock. Noch nie zuvor hat die Republik so schnell und so viel an Ruf und Einfluss verloren.

Sie haben es geschafft, deutsche Interessen mit Füßen zu treten, Recht zu verbiegen und Ihr Ministerium einer grünen Vetternwirtschaft auszuliefern. Freihändige Passvergabe, auch an mutmaßliche Terroristen: Gehört das eigentlich zur feministischen Außenpolitik, oder ist es bloß normale grüne antideutsche Politik? Wer Botschaften und Konsulate auffordert, Visaanträge trotz unvollständiger oder offensichtlich gefälschter Papiere zu genehmigen, wäre in einem Land mit funktionierender vierter Gewalt längst kein Minister mehr.

(Beifall bei der AfD)

Die peinliche Rückgabe der Benin-Bronzen, der regelmäßige Ausfall der Flugbereitschaft, die viel zu späte und schlecht organisierte Ausreise von Deutschen aus Israel verfestigen das Bild eines amateurhaften Amtes. Mit rhetorischen Slapsticks, 360-Grad-Wenden, dem "Bacon of Hope" in Südafrika, Panzerkriegen im 19. Jahrhundert oder der SPD als Erfinder der sozialen Marktwirtschaft senden Sie zudem täglich Signale einer Unbildung aus dem Land der Dichter und Denker.

(Beifall bei der AfD)

Ihr Patzer beim Europarat "Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland" löste einen Eklat aus, weil Ihr Kanzler genau drauf achtet, uns gerade nicht zur Kriegspartei zu machen.

(Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie war das mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden und den deutschen Gedichten? Wollen Sie mir darüber noch mal was erzählen? - Zuruf der Abg. Deborah Düring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gottlob, dass Sie niemand mehr ernst nimmt!

Das Ausland blickt mit zunehmendem Befremden auf Deutschland; unser diplomatisches Verhältnis zu den wichtigsten Nachbarn ist gestört. ntv sagt dazu:

"Die Beziehungen zu China und der Türkei sind ... offen belastet, wichtige Schwellenländer ... entfremden sich."

Unsere

",wertegeleitete' Twitter-Diplomatie ... samt Belehrungs- und Konfrontationspotential führt dazu, dass sich ihr immer mehr Türen in der Welt verschließen. Wenn sie dann ... gebraucht werden, wie derzeit im (C) Fall Katar/Hamas, hat Deutschland kaum mehr Einflussmöglichkeiten."

(Deborah Düring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Sagen Sie mal, Sie sitzen doch auch in dem Ausschuss! Hören Sie eigentlich irgendwie zu? Oder ein anderer von Ihnen?)

Und weiter sagt ntv: "... nicht Realpolitik, sondern Haltung und Medienwirksamkeit" stehen im Mittelpunkt von Baerbock. Statt Substanz nur Schminke und Stolpern!

(Beifall bei der AfD – Deborah Düring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh! - Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kommt da noch irgendetwas Inhaltliches, Herr Moosdorf?)

Liebe Kollegen, der frühere ukrainische Botschafter Melnyk hat diese Woche Olaf Scholz aufgefordert, Friedensgespräche mit Putin anzubahnen.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war und ist die Position der AfD von Anfang an: Diplomatie, Deeskalation, die Suche nach Interessenausgleich und Verständigung. Und das gilt für alle Teile dieser Welt.

(Beifall bei der AfD - Boris Mijatović [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das merkt man ja an Ihren Reden!)

Dabei braucht Deutschland nämlich keine weitere NATO-Expansion in alle Welt, keine weiteren Farbrevo- (D) lutionen, kein Erzwingen von wokem Blödsinn in Ländern, die - im Bild der Ministerin - "Hunderttausende Kilometer" von uns entfernt sind.

(Beifall bei der AfD - Boris Mijatović [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: "Hunderttausende"! - Zuruf der Abg. Sara Nanni [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Die sofortige Begrenzung illegaler Migration, die umgehende Abschiebung aller Ausreisepflichtigen, die Rückbesinnung auf eine Definition deutscher Interessen: Das brauchen wir.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Weg mit den Sanktionen, die uns nur schaden! Zurück zu Frieden und Souveränität für die Nationen Europas! Da Sie das nicht fertigbringen, da Sie Deutschland verachten

> (Lachen der Abg. Deborah Düring [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

und sein Vermögen verramschen, sollten Sie endlich den Weg freimachen, Sie und Ihre unsäglich dilettantische Regierung. Treten Sie bitte endlich zurück!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Deborah Düring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eijeijei!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Moosdorf. – Da auch junge Leute – hoffentlich – den Debatten folgen, will ich nur

Vizepräsident Wolfgang Kubicki

(A) darauf hinweisen: Es gibt kein Land der Erde, was mehrere Hunderttausend Kilometer von uns entfernt ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Peter Boehringer [AfD]: Das ist ein Zitat! – Dr. Michael Espendiller [AfD]: Sagen Sie das der Außenministerin! – Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie war das mit der Bildung, Herr Moosdorf?)

Nächste Rednerin ist die Kollegin Gabriela Heinrich, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Anikó Glogowski-Merten [FDP])

Gabriela Heinrich (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bundestag hat neun Wochen pausiert, nicht so die Weltpolitik. Der Gazakrieg, das Attentat auf Donald Trump, die Nominierung von Kamala Harris als Präsidentschaftskandidatin – all das ist in den letzten Wochen passiert. Eine Kinderklinik in Kiew wurde dem Boden gleichgemacht; die Infrastruktur in der Ukraine wird immer weiter zerstört.

Weniger präsent in den Medien waren terroristische Angriffe von Islamisten auf Männer und Frauen im nördlichen Burkina Faso und in Somalia. Dutzende unschuldige Menschen wurden hier ermordet.

B) Die deutsche Außenpolitik steht vor enormen Herausforderungen. Donald Trump könnte US-amerikanischer Präsident werden. Das brächte außenpolitische Umwälzungen mit sich, die wir heute noch gar nicht absehen können. Aber auch mit Kamala Harris wird nicht alles beim Alten bleiben. Noch immer besteht das Risiko eines Flächenbrandes im Nahen Osten. Der Iran und seine Proxys sind eine der größten Bedrohungen für die Länder in der Region, insbesondere für Israel. Und Frauenrechte gelten in vielen Ländern nicht mehr – ob in Afghanistan, im Iran oder im Sudan. – Und das sind nur Beispiele.

Die BRICS-Staaten werden eine immer größere Rolle spielen. Deutsche internationale Politik darf keine Leerstellen hinterlassen, die China füllen kann. Letztendlich sehen wir, dass die Autokraten auf der Welt immer mehr zusammenrücken und gemeinsam versuchen, unsere Werte auszuhöhlen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen dagegen: Multilaterale Strukturen in der internationalen Gemeinschaft gilt es zu verteidigen, ja, zu stärken. Und eines steht fest: Die Europäer werden noch viel enger zusammenrücken müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die internationale Gemeinschaft erwartet von der Bundesrepublik, dass sie einen Beitrag leistet, einen Beitrag, um Krisen zu bewältigen, Not zu lindern, humanitäre Hilfe zu leisten und für eine regelbasierte, multilaterale Weltordnung einzutreten – für unsere Werte. Dafür müs-

sen wir Geld ausgeben. Deswegen ist es so wichtig, das (C) Auswärtige Amt mit genügend Mitteln auszustatten. Und mit Verlaub: Aktuell ist das noch nicht der Fall.

Durch den Bundeshaushalt für 2025 werden wir auch im nächsten Jahr der größte Unterstützer der Ukraine in Europa bleiben. Ich stimme dem Bundeskanzler vollauf zu, wenn er sagt: Der russische Präsident kann nicht darauf setzen, diesen Krieg auszusitzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist, meine Damen und Herren, auch kein Widerspruch, sondern folgerichtig, dass sich der Kanzler dafür einsetzt, dass bei der nächsten Ukrainekonferenz Russland mit am Tisch sitzen muss. Das ist doch kein neuer Gedanke, sondern wird seit der letzten Friedenskonferenz angemahnt. Russland wird über einen Frieden mit der Ukraine verhandeln müssen; aber niemand – zumindest nicht in dieser Koalition – hat vor, die Ukraine zu einem Schein- oder Diktatfrieden zu drängen. Leider hat der Kreml die jüngste Initiative des Bundeskanzlers postwendend abgelehnt.

(Beifall des Abg. Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP])

Die Zeitenwende hat gezeigt, dass wir neben der starken Unterstützung der Ukraine mehr für unsere eigene Sicherheit tun müssen. Weniger Beschaffungsbürokratie flankiert das Sondervermögen der Bundeswehr, und wir haben angestoßen, die Bundeswehr tatsächlich (D) weiter aufzurüsten.

Aber ist das genug? Russland hat sich von der europäischen Friedensordnung verabschiedet, ist absolut unberechenbar geworden. Präsident Putin äußert nachweislich imperialistische Großmachtfantasien. Und seit Jahren beobachten wir eine massive Aufrüstung der Russischen Föderation mit Raketen und Marschflugkörpern, wodurch auch der INF-Vertrag gebrochen wurde.

Vor ein paar Jahren noch hätten wir uns nicht vorstellen können, liebe Kolleginnen und Kollegen, in welcher Bedrohungslage wir uns in Europa wieder befinden können, welche Waffen auch auf Mitteleuropa gerichtet sind. Umso wichtiger ist es, dass wir mit unseren Verbündeten in Europa und in der NATO noch enger zusammenarbeiten. Mit der European Sky Shield Initiative setzen wir auf eine starke Luftverteidigung, und Systeme wie IRIS-T könnten in dem Fall, den wir uns lieber nicht genau vorstellen wollen, die Menschen in Mittel- und Westeuropa vor russischen Raketen schützen.

In diesem Kontext aus Bedrohung und Vertragsbruch durch Russland ist auch die Ankündigung der Stationierung konventioneller US-Waffensysteme zu verstehen. Damit wird jetzt wieder eine Debatte über Abschreckung beginnen. Ich werbe dafür, dass wir in dieser aktuellen Debatte die Bedeutung von Verteidigung und Abschreckung, aber eben auch von Dialog und Rüstungskontrolle hervorheben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

Gabriela Heinrich

(A) NEN] und Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP])

Gegenüber Russland brauchen wir diese Doppelstrategie. In der SPD-Fraktion werden wir die Debatte führen, ob und wie die Stationierung von US-Waffensystemen in Deutschland mit einem Neustart der Bemühungen um Rüstungskontrolle einhergehen kann. Rüstungskontrolle kann nur im Verbund mit den NATO- und den EU-Staaten gelingen. Auch hier wird eine wichtige Rolle auf die Außenpolitik Deutschlands zukommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin Heinrich. – Ich erteile nunmehr das Wort dem Kollegen Otto Fricke, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Otto Fricke (FDP):

Geschätzter Herr Präsident aus dem hohen Norden! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mir die Debatte so ansehe, dann kann ich zum Glück sagen: Ich muss nicht noch mal in Details reingehen, weil die Kollegin Papenbrock und auch seitens der Grünen der Vertreter von Jamila Schäfer, der ich viel Erfolg bei den ersten Wochen als Mutter wünsche, dies schon getan haben, sodass ich mehr in eine grundlegende Frage hineingehen kann. Die grundlegende Frage ist die: Wie gehen wir hier eigentlich mit Zahlen um?

Außenpolitik ist essenziell und wichtig für ein Land, das in unserer Position ist und unsere Stärke hat. Aber ich will das doch mal ganz deutlich sagen an der Stelle – auch in Ihre Richtung, Frau Ministerin –: Wenn man sagt, man hätte gerne mehr, dann kann ich sagen: Das werde ich die ganze Woche hören; das höre ich von allen Seiten. Es wird keinen Außenpolitiker, keine Außenministerin, niemanden geben, der nicht "mehr" sagt.

Aber dann wollen wir doch mal festhalten, wie die Realitäten sind und wie es zu den jeweiligen Zahlen kommt, und da hilft einem, wie immer, Shakespeare – König Richard III., vierter Akt, vierte Szene; für die, die es nachlesen wollen –: "Ein redlich Wort macht Eindruck, schlicht gesagt."

Was wäre ein redliches Wort? Ich fange mit dem Kollegen Hardt an, der sagt: Das mit dem Kürzen könnt ihr nicht machen. – Wenn von uns dann etwas kommt wie: "Ja, okay, das ist ein Argument", dann beantragt es doch bitte auch und sagt nicht am Tag vorher in der Debatte durch euren Fraktionsvorsitzenden genau das Gegenteil. "Ja und ja" oder "nein und nein", aber nicht diese Mixtur, die ihr macht!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ihr wirklich der Meinung seid – und ich nehme es (C) euch ab, wenn ihr sagt, dass ihr mehr Geld möchtet, so wie ich es der Ministerin auch abnehme, wenn sie sagt, dass sie mehr Geld für humanitäre Hilfe möchte –, dann erwarte ich von euch, dass ihr diese Anträge auch endlich mal im Haushaltsausschuss stellt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage das hier ganz deutlich: Es wird wie beim letzten Mal sein. Da wird dann gesagt: Oh nein, das war zu schwierig; oh, ihr habt uns nicht richtig informiert; oh, das ist alles ganz falsch. – Stellt die Anträge! Stellt uns! Macht das! Sagt: "Da wollen wir es haben"!

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege Fricke, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hardt? Sie können dann wiederholen, dass er die Anträge stellen soll; aber er wird eine Zwischenfrage stellen.

Otto Fricke (FDP):

Aber selbstverständlich.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Wunderbar.

Otto Fricke (FDP):

Ich habe ihn ja auch angesprochen, und dann wäre es ja unfair, wenn ich es nicht täte.

Jürgen Hardt (CDU/CSU):

(D)

Ich möchte es nicht unnötig verlängern, möchte aber darauf hinweisen, dass nach unserer Beobachtung der Haushalt des Auswärtigen Amtes den prozentual größten Aderlass bei der Gestaltung dieses Haushaltes erleidet, und da sind die 300 Millionen Euro, von denen wir beide wissen, dass sie durch die zyklisch unterschiedlichen Zahlungen an die Vereinten Nationen diesmal mehr drin sind, noch gar nicht berücksichtigt. Das ist also der größte reale negative Betrag, was die Gestaltungsmöglichkeiten eines Ministeriums angeht; es sind minus 17 Prozent. Kein anderer Haushalt hat das zu verkraften.

Warum gerade jetzt, in dieser Situation, wo die außenpolitischen Herausforderungen, die wir alle zu bewältigen haben, so groß sind? Das ist eine falsche Prioritätensetzung.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Karamba Diaby [SPD]: Aber wo sind Ihre Anträge? Er hat doch nach Ihren Anträgen gefragt! – Abg. Jürgen Hardt [CDU/CSU] nimmt wieder Platz)

Otto Fricke (FDP):

Die Frage habe ich so verstanden, dass Sie mir jetzt sagen wollen: Das ist zu wenig. – Da sage ich Ihnen: Wenn Sie der Meinung sind, dass es zu wenig ist, und Sie sich fragen, warum, dann werden Sie ja Möglichkeiten haben, im Haushalt Geld umzuschichten.

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig! Butter bei die Fische! – Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Es ist doch eure (B)

Otto Fricke

(A) Aufgabe, Prioritäten zu setzen! – Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Das ist doch glatte Arbeitsverweigerung!)

Was Sie versuchen, ist, der Öffentlichkeit und anderen einzureden, der Kuchen wäre unbegrenzt. Sie könnten einfach sagen: Wir wollen mehr! Diese böse Regierung! – Oder wie es der Kollege Krichbaum mit diesem komischen Bild der abgesägten Beinkleider des Finanzministers ausgedrückt hat: Das wurde einfach so entschieden.

(Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Wenn Sie nicht mehr regieren wollen, hören Sie halt auf! Es ist anstrengend, zu regieren!)

 Ja, es ist ja sehr anstrengend; deswegen machen wir es auch – weil ihr euch nicht anstrengt. Genau das ist der Grund.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Frau Ministerin, Sie können es ja auch bestätigen: Das ist eine gemeinsame Entscheidung des Kabinetts. – Wenn es wirklich so wäre, wie Herr Mützenich das sagt, dass der Finanzminister das alles alleine entscheiden könnte, dann hätten wir etwas ganz anderes.

(Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Wie heißt denn der Finanzminister? Ist der nicht von der FDP?)

Ich erwarte von der CDU/CSU, dass sie nicht nur sagt: "Oh, es ist zu wenig", sondern dann auch sagt, wo sie es hernimmt, und sich nicht hierhinstellt und sagt: Es gefällt mir nicht, mimimi. – Ihr macht es ja jetzt wieder.

(Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Das ist ja wohl die schlimmste Rede heute!)

Herr Kollege Hardt, dann sagen Sie doch mal, wenn Sie wie ich der Meinung sind, dass es mehr sein sollte: Wo nehmen Sie es her? – Streichen Sie es bei der Verteidigung! Streichen Sie es an anderer Stelle! Aber Sie machen es ja nicht.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Entschuldigen Sie bitte, Herr Kollege Fricke. – Ich nehme an, dass die Frage beantwortet worden ist, und ich will nur darauf hinweisen, bevor Sie Ihre normale Rede fortsetzen können, dass, Herr Kollege Hardt, die Regel gilt, dass man stehen bleibt, wenn die Antwort erfolgt. Ich glaube, Sie sind lang genug im Parlament. Es sei denn, Sie haben eine körperliche Beeinträchtigung; dann würde ich das verstehen – wie vieles andere wahrscheinlich auch.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Hardt [CDU/CSU]: Ich habe es vergessen!)

Herr Kollege Fricke, Sie können fortfahren.

Otto Fricke (FDP):

(C)

(D)

Ich glaube, der Kollege wollte sich einfach auf die Antwort konzentrieren, und das ist dann auch in Ordnung.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine lieben Kollegen und Kollegen, noch mal: Es ist doch okay. Aber bitte tun Sie nicht so, als ob das Geld von irgendwoher kommt! Ihr müsst dann auch sagen, woher.

Frau Ministerin, das gilt auch für Sie. Ich sage es ganz deutlich: Wir haben eine Vorlage für den Haushalt 2025, der fast genau die gleiche Größe wie im Vorjahr hat. Wenn man sich fragt: "Aber warum ist es da weniger?", dann muss man doch nur mal gucken: Wo ist denn mehr ausgegeben worden?

(Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Bei Herrn Heil!)

Und dann muss man natürlich feststellen, dass im Bereich "Arbeit und Soziales" mehr als das Vierfache von dem, was wir beim Auswärtigen Amt weniger ausgeben können, mehr ausgegeben wird. Wenn ihr als Christlich Demokratische Union sagt, ihr wollt das an der Stelle nicht, ihr wollt weniger Soziales, dann stellt die Anträge.

(Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Aber zum Bürgergeld haben wir doch schon alles gesagt!)

Aber nicht: Mimimi, ich hätte gerne mehr, ich weiß nur nicht, woher ich es nehmen kann. – So kann man keinen Haushalt führen, so kann man es auch nicht im Privatleben machen, sondern man muss sich entscheiden, wo man Geld herholt und wo man Geld hingibt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir leben in einer – das sage ich ausdrücklich – sich schnell verändernden Zeit.

(Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Das haben wir heute schon mal gehört!)

Eines will ich für die Haushaltsberatungen für meine Fraktion noch sagen: Wir haben es geschafft, an bestimmten Stellen alte Zöpfe abzuschneiden – sehr zur Kritik mancher, auch seitens der CDU/CSU, etwa beim Thema Goethe-Institute. Ich glaube, dass wir jetzt stärker sein werden an der Stelle. Wir haben nicht einfach gekürzt. Wir haben umgebaut, wir haben Strukturen verändert, wir sind wirkungsorientierter.

(Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP]: Genau!)

Das werden wir in der Außenpolitik insgesamt machen müssen. Ich sehe bei der Auswärtigen Kulturpolitik das Thema Auslandsschulen. Ich sehe, dass wir beim DAAD noch was machen können.

(Beifall der Abg. Michelle Müntefering [SPD])

Aber wir müssen den Haushalt des Auswärtigen Amts insgesamt noch einmal danach durchforsten: Gibt es da eigentlich noch Dinge aus einer Zeit, in der wir Außenpolitik betrieben haben, die mit den Notwendigkeiten der Außenpolitik heute nichts mehr zu tun haben? Nicht im-

Otto Fricke

(A) mer nur Neues, sondern auch mal sagen: Ich kann auf etwas verzichten. – Das gilt für die Außenpolitik insgesamt, das gilt aber noch mehr für die von mir ersehnten Anträge der CDU/CSU, die hoffentlich noch kommen werden. Ich bin gespannt und freue mich.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Karamba Diaby [SPD]: Da bin ich gespannt, ob was kommt!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Fricke. – Nächster Redner ist der Kollege Thomas Erndl, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Erndl (CDU/CSU):

Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Haushalt spiegelt nun mal die politischen Prioritäten einer Regierung wider. Ein Blick auf diesen Haushalt, Herr Kollege Fricke, zeigt mir, dass Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik offensichtlich keine Priorität dieser Bundesregierung sind. Es ist doch keine Frage der Einnahmen.

(Otto Fricke [FDP]: Was?)

Sie haben es ja eben beschrieben: Wir haben die gleiche Größenordnung wie im letzten Jahr. Aber trotzdem muss der Haushalt des Auswärtigen Amtes mit dem größten prozentualen Abschlag rechnen.

Das ist keine Frage der Einnahmen, auch keine Frage der Schuldenbremse,

(Otto Fricke [FDP]: So macht ihr Haushaltspolitik!)

sondern eine Frage der Prioritätensetzung. Diese Sache werden wir auch nicht mit einzelnen Anträgen reparieren können.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD – Otto Fricke [FDP]: Aha! – Zuruf der Abg. Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn wenn es im Grundaufbau falsch ist, dann wird man das im Detail nicht mehr ändern können.

(Zuruf der Abg. Sara Nanni [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

Ich darf bei dieser Debatte ein Beispiel bringen. Wir geben über 50 Milliarden Euro in diesem Jahr für das Bürgergeld aus. Wenn die FDP einer Erhöhung zugestimmt hat, aber der FDP-Fraktionsvorsitzende wenige Monate später feststellt: "Oh, die Erhöhung war eigentlich zu hoch. Wir müssen wieder kürzen", dann sieht man doch, wo Potenzial ist und wo Ihre Politik am Schluss auch versagt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schreiben Sie das noch mal auf, Herr Erndl!)

Also, es ist Geld vorhanden, und es muss richtig priorisiert werden.

Wir sehen schon jetzt, dass 2025 in dieser Frage ein weiteres verlorenes Jahr der deutschen Außenpolitik sein wird. Dabei wird von unserem Land Führung erwartet. Wir bräuchten tatsächlich die Zeitenwende, die mit vielen klugen Worten beschrieben wurde, die aber letztendlich nicht sichtbar ist. Eine echte Zeitenwende würde bedeuten, dass man sich mit klarem Kurs und allen möglichen Mitteln den Aggressoren entgegenstellt. Sie würde bedeuten, dass wir Bündnisse und Partnerschaften stärken und die globale Ordnung aktiv mitgestalten und dass all das eben auch mit den notwendigen Finanzmitteln hinterlegt wird.

Was erleben wir stattdessen? Die 2-Prozent-NATO-Verpflichtung schafft man nur über das Sondervermögen; alles gut. Aber ab 2028 ist nicht sichtbar, wie das Ganze weitergehen soll: Es wird mindestens ein 30-Milliarden-Euro-Loch im Haushalt geben.

(Zuruf der Abg. Sara Nanni [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

Statt die Ukraine maximal zu unterstützen und Stärke gegenüber Putin zu demonstrieren, gibt es weiter Zögern bei der Unterstützung mit präzisen Waffen und gekürzte Mittel im Haushaltsentwurf für die Ukraineunterstützung.

Und anstatt unser diplomatisches Netzwerk und unsere außenpolitische Handlungsfähigkeit weiter zu stärken, wird der Etat nun schon das dritte Jahr in Folge gekürzt. Das ist jetzt ja keine singuläre Situation, sondern bereits das dritte Mal – eine Linie, die sich bei dieser Regierung durchzieht.

Diese Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen der Ampel, ist nicht nur kurzsichtig, sondern verantwortungslos; denn die globalen Herausforderungen und Gefahren für unser Land waren nie größer. Doch anstatt darauf zu reagieren und das Auswärtige Amt finanziell angemessen auszustatten, wird dieser Etat weiter brachial gekürzt. Das zeigt den Stellenwert der Außenpolitik. Das zeigt dann am Schluss auch den Stellenwert, den Sie, Frau Ministerin, in dieser Regierung tatsächlich haben.

(Deborah Düring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Ach! Jetzt wird es aber ein bisschen unter Ihrer Würde, oder?)

Sie sind viel in der Welt unterwegs; keine Frage. Aber ob das der Nahe Osten, Afrika oder andere Regionen sind: Unser Einfluss ist überschaubar. Wir konzentrieren uns nicht im notwendigen Maß auf die Kerninteressen.

Dazu kommt, dass sich bei zentralen Fragen der Außenpolitik – sei es die Lieferung von weitreichenden Präzisionswaffen an die Ukraine oder die China-Politik – immer mehr das Kanzleramt durchsetzt. Das ist insgesamt nicht nur ein fatales Signal für die Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik, sondern hat auch ganz konkrete Auswirkungen.

Die AKBP, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, wurde hier schon angesprochen. Im vergangenen Jahr haben Sie, Frau Ministerin, an dieser Stelle versprochen, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zu stärken. Sie sagten, das sei mitentscheidend für die Fachkräftegewinnung. Da stimme ich Ihnen voll zu.

(D)

Thomas Erndl

(A) Aber leider wird ausgerechnet hier wieder in grüner Tradition der Rotstift angesetzt. Wo sollen denn die nötigen Qualifikationen, die Sprachkenntnisse für die Fachkräfteeinwanderung herkommen, wenn nicht von den Goethe-Instituten, vom Deutschen Akademischen Austauschdienst, von den Deutschen Auslandsschulen? Das sind alles wichtige Visitenkarten für unser Land. Das ist für mich völlig unverständlich. Gerade jetzt müssen wir in ein positives Deutschlandbild investieren.

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh, das sagt der Richtige!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen -

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Thomas Erndl (CDU/CSU):

– ich komme zum Schluss, Herr Präsident –, wenn ein Haushalt die politischen Prioritäten einer Regierung widerspiegelt, dann zeigt dieser Entwurf vor allem eins: Außenpolitik ist Nebensache.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege.

Thomas Erndl (CDU/CSU):

Mit dieser Regierung gibt es keine Zeitenwende mehr. Andere müssen es besser machen. Wir werden es besser machen.

(B) Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank. – Herr Kollege, ich wollte Sie nicht unterbrechen. Ich weise jetzt aber geschäftsleitend darauf hin, dass ich nur noch ein Mal darum bitte, dass die Rede zu Ende geführt wird. Dann gibt es noch drei, vier Sekunden, in denen man einen letzten Satz sagen kann. Danach schalte ich das Mikrofon ab. Das legt mir die Geschäftsordnung auf, das hat der Bundestag entschieden. Ich führe das nur aus.

(Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Sie sind ein ganz armer Kerl!)

Frau Kollegin Deborah Düring, Bündnis 90/Die Grünen, Sie haben das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deborah Düring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In außenpolitischen Debatten beschreiben wir häufig die großen geostrategischen Linien. Wir analysieren die Zusammenhänge der verschiedenen Konflikte und streiten über die besten Lösungen, um Frieden zu schaffen. Aber es sind doch häufig Debatten, die irgendwie sehr weit weg klingen. Dabei geht es bei den Themen

am Schluss um das, was genau hier passiert. Unsere De- (C) batten und unsere Handlungen haben konkrete Auswirkungen auf Menschen. Sie entscheiden über die Sicherheit eines jeden Menschen: in Deutschland, in Europa, weltweit.

Der Haushalt, den wir heute in gewohnt lebendiger Art diskutieren, das sind nicht nur Zahlen und Vermerke. Dieser Haushalt entscheidet am Schluss darüber, ob die Menschen in der Ukraine im Winter genügend Strom haben, um zu kochen. Er entscheidet mit darüber, wie viele Menschen in Gaza und im Sudan hungern müssen. Er entscheidet mit darüber, wie wir den Auswirkungen der Klimakrise begegnen, ob ganze Städte in den kommenden Jahren überflutet werden und ob Konflikte um knappe Ressourcen wie Wasser in Zukunft noch mehr werden.

Lieber Kollege Jürgen Hardt, genau das ist vorausschauende Politik und auch vorausschauende Klimapolitik. Deswegen haben wir beschlossen, eine wunderbare Staatssekretärin genau dafür einzusetzen, weil es eben auch um die Zukunft dieser Welt geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Renata Alt [FDP])

Es ist wichtig, dass wir in Zeiten eines Krieges in Europa und anstehender Wahlen im Land eines unserer wichtigsten Partner ein Anker der Stabilität sind. Es ist entscheidend, dass wir eine Außenministerin haben, die mit großem Einsatz versucht, diplomatische Lösungen zu erzielen, wie zuletzt bei ihren unzähligen Reisen in den Nahen Osten. Es ist ein wichtiges Zeichen, dass Deutschland Geberkonferenzen initiiert, um das Leid, beispielsweise im Sudan, zu lindern. Und es ist gerade in Zeiten von knappen Kassen entscheidend, dass das Auswärtige Amt eben nicht nur von Entbürokratisierung und Einsparung redet, sondern es beispielsweise durch die Digitalisierung von Visaverfahren und die Vereinfachung von Projektmitteln auch tut.

Sehr geehrter Herr Hardt, da muss ich Ihnen noch mal auf die Sprünge helfen: Es gab 25 Prozent mehr Anträge in den letzten zwei Jahren, etwa für Visa von Fachkräften. In der Amtszeit von Ministerin Annalena Baerbock wurde beispielsweise in Indien die Bearbeitungszeit unter anderem aufgrund dieser Digitalisierung von neun Monaten auf zwei Wochen reduziert. Also, es verändert sich ganz klar was. Genau das verspricht die Ampel, und das macht sie eben auch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen – es wurde heute schon oft gesagt –, gleichzeitig müssen wir anerkennen, dass der vorliegende Haushaltsentwurf den vielfältigen Herausforderungen weltweit nicht gerecht werden kann. Insbesondere die extremen Kürzungen in der humanitären Hilfe und in der Krisenprävention haben dramatische Auswirkungen.

Liebe Union, wir brauchen mehr Investitionen. Ihre Redebeiträge sehe ich als Einladung, dass Sie mit uns gemeinsam über die Reform der Schuldenbremse reden. (D)

(C)

Deborah Düring

(A) (Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Nein, das haben Sie missverstanden, ganz eindeutig!)

Darüber freue ich mich.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie des Abg. Thomas Hacker [FDP])

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin Düring. – Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Markus Frohnmaier, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Markus Frohnmaier (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jeder Cent Steuergeld, den wir einem Ministerium unter der Anleitung von Frau Baerbock geben, ist ein Cent zu viel.

Frau Baerbock, Sie haben gestern auf der Pressekonferenz erklärt, dass in einigen Kommunen – Zitat – "noch Plätze frei" seien. Nach den fast täglichen Messermorden, migrantischen Gruppenvergewaltigungen, islamistischen Terroranschlägen und Schulhofvideos, in denen Kinder gedemütigt und geschlagen werden, was man natürlich – Sie haben heute über "Realitäten" gesprochen – in der Tofu- und Hafermilch-Enklave nicht mitbekommt, sprechen Sie lieber darüber, dass wir hier in Deutschland noch Platz hätten.

(B) Frau Baerbock, Ihre Politik gefährdet mittlerweile Menschenleben. Nein, mehr noch: Sie kostet Menschenleben. Darum sage ich Ihnen heute ganz klar: Wir haben keinen Platz mehr. Das Boot ist voll!

(Beifall bei der AfD – Deborah Düring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sollen zum Auswärtigen Amt reden!)

Und als aberwitzige Begründung, warum Deutschland als souveränes Land nicht an seinen eigenen Staatsgrenzen illegale Migranten abweisen darf, bemühen sie jetzt sogar das Ausland. Wir können angeblich nicht abweisen, weil Polen und Österreich das nicht gefällt. Von einer deutschen Außenministerin hätte ich erwartet, dass Sie Ihr eigenes Land in Schutz nehmen und diese Einmischungen deutlich zurückweisen. Aber Sie, Frau Baerbock, stempeln Deutschland auf den Zuruf von Warschau und Wien hin zum europäischen Störenfried, nur weil wir die Kontrolle über unsere eigenen Grenzen wieder zurückerlangen wollen.

(Beifall bei der AfD)

Darum, meine Damen und Herren: Kein Cent in diesem Haushalt für diese ruinöse Politik! Nur die AfD kann diesen Wahnsinn in Deutschland beenden. Wenn wir kommen, dann wird sicher sein, dass kein Messerstecher in Deutschland sich mehr sicher fühlen kann. Denn wir werden diese Straftäter konsequent abschieben – abschieben, bis die Reifen quietschen; abschieben, bis die Startbahn glüht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Deborah Düring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Widerlich ist

das, wirklich widerlich! – Gabriele Katzmarek [SPD]: Das ist peinlich für ein Parlament, was Sie hier wieder abliefern!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Michelle Müntefering, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Michelle Müntefering (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie oft ich noch Gelegenheit habe, zum Haushalt des Auswärtigen Amtes zu sprechen. Ich wünschte, wir hätten bei diesem Haushalt mehr finanziellen Spielraum. Die tatsächlichen Kürzungen wirken in der Tat schwer.

Aber ich will an dieser Stelle deutlich machen, was mir wichtig ist, seit ich 2013 in diesen Bundestag gekommen bin und bei Ulla Schmidt im Unterausschuss für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik quasi in die Lehre gegangen bin, und will erst mal stellvertretend ihr und allen Danke sagen, die sich auf diesem Feld unserer Außenpolitik verdient gemacht haben. Die wenigsten wissen, was für einen Schatz wir da zusammen hüten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(D)

Und da ich gehört habe, dass der Kollege Otto Fricke hier genau mitschreibt: Lieber Otto, das ist ein Schatz, der sich vermehrt, wenn man ihn teilt. Warum? Der Soziologe Ulrich Beck, der uns fehlt, hat über die "Ausdehnung des Wir" gesprochen. Er beschrieb damit die Idee einer Weltgesellschaft, in der Solidarität und Zugehörigkeit sich über lokale und nationale Grenzen hinaus erweitern, weil wir Menschen doch gezwungen sind, zu erkennen, dass wir Teil einer größeren globalen Gemeinschaft sind, dass unser Schicksal miteinander verbunden ist. Von Umwelt bis Technologie: Wir lösen Probleme nicht isoliert; sie erfordern gemeinsames globales Handeln. Und ich wünschte, wenigstens diese eine Wahrheit hier würden alle erkennen – in der Welt, aber auch bei uns.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Thomas Hacker [FDP])

Diese Debatte würde allerdings, konsequent gedacht, wohl nicht "Haushalt des Auswärtigen Amtes" heißen, sondern im Prinzip "Maßnahmen zu einer Weltinnenpolitik". Denn es geht hier nicht um Wolkenkuckucksheim, sondern um gemeinsame Verantwortung. Und unsere Verantwortung hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, als gewählte Abgeordnete ist eine besondere. Die politische Klasse sind wir. Und es ist unsere Verantwortung, gemeinsam etwas Gutes hinzubekommen: von den Kommunen bis in den Deutschen Bundestag, und das reicht bis in die Welt.

(B)

Michelle Müntefering

(A) (Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Thomas Hacker [FDP])

Sehr verehrte Damen und Herren, bei aller Komplexität der globalen Auseinandersetzungen gibt es doch eigentlich nur zwei politische Kräfte in der Welt: die der Liebe und die der Angst. Politisch gesprochen: die, die mit Angst agieren, und die, die auf konstruktive Hoffnung setzen, obgleich wir alle wissen, was vor uns liegt, welche Probleme wir gestalten müssen. Und diese letzteren Kräfte müssen wir stärken, von den USA bis nach Europa.

Gerhart Baum hat gestern an diesem Pult über den Kampf um eine neue Weltordnung gesprochen. Mit der Förderung von Kultur, Bildung und Wissenschaft in der Welt leisten wir einen entscheidenden Beitrag zum Frieden:

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Thomas Hacker [FDP])

Dadurch, dass wir junge Menschen sich begegnen lassen in den Auslandsschulen, den Goethe-Instituten, lernen sie unsere Sprache. Es geht um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die über den DAAD, das Netzwerk der Humboldt-Stiftung, miteinander Wissen teilen, es vermehren; um verfolgte Künstlerinnen und Künstler, die Schutz bekommen bei uns; um das Archäologische Institut, um die UNESCO, die das kulturelle Erbe der Menschheit bewahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kürzungen bei all diesen Organisationen sind bitter. Die Mittel der Jugendbegegnung zum Beispiel werden halbiert. Wir unterschreiten deutlich die Kulturmilliarde. Und ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Auslandsschulen dürfen keine Eliteschulen mit Zugang nur für wenige Privilegierte werden. Sie sollen offene Orte der Begegnung bleiben. Das ist zumindest das Verständnis meiner Fraktion. Der Aufstieg durch Bildung, auch dieses Versprechen muss ein internationales sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Es gibt aber auch durchaus – ich sage mal: etwas Wein im Wasser – gute Ansätze hier im Haushalt. Das Kultur-THW kann kommen, für das sich viele eingesetzt haben, der Kulturwagen, der bei Umweltkatastrophen Kulturgut erhalten kann und der inzwischen europaweit diskutiert wird – ein sehr gutes Projekt wie viele andere Dinge. Gut ist zum Beispiel auch, dass die Förderung zur Holocausterinnerung unverändert stabil bleibt. Danke dafür an das Auswärtige Amt!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Dinge kommen selten in die Tagesschau. Ich will Sie und uns alle ermutigen, dennoch nie auf sie zu verzichten. Ulrich Beck sagte übrigens, als er gefragt wurde, was (C) sein größter Erfolg war: "Dass ich einer Marzipankugel widerstehen kann." Es folgte: "Was war Ihre dramatischste Fehlentscheidung? – Sie nicht zu essen." In diesem Sinne: Sparen wir nicht am Marzipan!

Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin Müntefering. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Gregor Gysi für die Gruppe Die Linke.

(Beifall bei der Linken)

Dr. Gregor Gysi (Die Linke):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Friedenssicherung ist die wichtigste Aufgabe der Außenpolitik. Weil dies so ist, fehlt mir jegliches Verständnis für diesen Haushaltsentwurf. 1 Milliarde Euro weniger soll für die Sicherung von Frieden ausgegeben werden, gleichzeitig steigt aber der Etat für die Bundeswehr erneut. Immer neue und weitreichendere Waffen erhöhen nicht unsere Sicherheit, sondern machen uns im Kriegsfall zu einem der ersten Kriegsziele.

(Beifall bei der Linken)

Derzeit gibt es laut Weltfriedensindex 56 Kriege; das ist die höchste Zahl seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Dass Außenministerin Baerbock weder beim russischen Krieg gegen die Ukraine noch beim Gazakrieg irgendetwas erreichte, daran mussten sich viele leider gewöhnen.

Die Morde der Hamas am 7. Oktober 2023 können nur schärfstens verurteilt werden – ohne jedes Aber.

(Beifall bei der Linken sowie der Abg. Leni Breymaier [SPD])

Das ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ein Kriegsverbrechen. Wenn sich die Hamas im Gazastreifen hinter der Zivilbevölkerung versteckt, ist dies auch ein Kriegsverbrechen. Wenn Israel deshalb zahlreiche Zivilisten tötet, ist das ebenso ein Kriegsverbrechen. Niemals darf man ein Kriegsverbrechen mit einem anderen Kriegsverbrechen bekämpfen.

(Beifall bei der Linken)

Es gibt nur eine Lösung des Nahostkonflikts: die Zweistaatenlösung. Von den 193 Mitgliedern der UNO haben 146 – die letzten drei waren die NATO-Staaten Norwegen, Spanien und Irland – den Staat Palästina anerkannt. Es wird höchste Zeit, dass dies auch durch Deutschland geschieht.

(Beifall bei der Linken)

Dem Bündnis aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, also BRICS, wollen weitere 42 Staaten beitreten, um nicht vom Westen dominiert zu werden. Die Bundesregierung trägt Mitschuld an der neuen Spaltung der Völker und Staaten.

Dr. Gregor Gysi

(A) (Gabriele Katzmarek [SPD]: Das ist aber Quatsch! – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Was für ein Unsinn!)

Zur Migration. Einerseits müssen Arbeitserlaubnisse viel schneller erteilt werden, weil viele Männer ihre Bedeutung leider nur aus der Arbeit herleiten.

(Beifall bei der Linken – Sara Nanni [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Mutiger Kommentar!)

Andererseits muss man die Ursachen bekämpfen. Gäbe es endlich einen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine, könnten die meisten ukrainischen Flüchtlinge zurückkehren, um ihr Land wieder aufzubauen. Dasselbe gilt für irakische und syrische Flüchtlinge, wenn die Konflikte dort beendet würden und die Türkei aufhörte, diese Länder völkerrechtswidrig zu bombardieren

Übrigens ist es bemerkenswert, dass bei G 20 viele Staaten, einschließlich Frankreich und Kanada, eine Milliardärssteuer forderten, diese aber von der Bundesregierung blockiert wurde. Ein Skandal!

(Beifall bei der Linken)

Friedenssicherung, Deeskalation, Abrüstung, deutlich mehr Diplomatie, Interessenausgleich und die strikte Einhaltung des Völkerrechts durch alle Seiten sind für mich die Punkte, die die deutsche Außenpolitik leiten müssten. Wenn dann noch ein bisschen Fantasie und Beharrlichkeit bei der Lösung von internationalen Konflikten hinzukämen, könnte es etwas werden mit einer erfolgreichen deutschen Außenpolitik.

Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Kollege Gysi. – Als nächste Rednerin hat das Wort die Kollegin Renata Alt, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Renata Alt (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast 16 Milliarden Euro will die Bundesrepublik Deutschland im nächsten Jahr für internationale Verpflichtungen, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit ausgeben. Damit ist klar: Deutschland bleibt ein zuverlässiger Partner im Einsatz für Menschenrechte weltweit und hilft Menschen in humanitären Krisen.

Die zentrale internationale Herausforderung, vor der wir aktuell stehen, ist der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Entführte Kinder, Angriffe auf Krankenhäuser und andere zivile Infrastruktur, Tausende getötete Zivilisten: Das sind alles gezielte und grausame Menschenrechtsverletzungen, die von Russland begangen wurden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Genau wegen dieses Unrechts setzen wir uns entschlossen für humanitäre Hilfe und militärische Unterstützung der Ukraine ein.

Ja, wir sind mit vielen innenpolitischen Herausforderungen in unserem Land konfrontiert. Das bedeutet aber nicht, dass Deutschland vor internationalen Krisen und Konflikten die Augen verschließen wird. In diesem Haushalt sind daher Mittel vorgesehen, um den akut Not leidenden Menschen in den Krisenregionen, zum Beispiel im Sudan und im Jemen, zu helfen. Deutschland unterstützt auch weiterhin UNO-Programme, die Nahrungsmittel an die hungernde Zivilbevölkerung in Afghanistan und Syrien liefern.

Die wachsende Anzahl von Konflikten sowie Klimaveränderungen verschärfen die bestehenden humanitären Krisen und schaffen sogar neue. Der Bedarf an humanitärer Hilfe ist enorm gewachsen. Deutschland, die USA und die EU können den Großteil der humanitären Hilfe weltweit nicht mehr allein leisten; und das weiß Herr Krichbaum, der hier vorhin alles so stark kritisiert hat, ganz genau.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Boris Mijatović [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist daher wichtig, dass sich auch andere Staaten, zum Beispiel die Staaten der Golfregion, bei der humanitären Hilfe intensiv einbringen. Sie haben damit begonnen, aber es könnte noch mehr sein.

Mehr als 70 Prozent der Menschen auf der Erde leben mittlerweile in Autokratien oder Diktaturen. Insbesondere China versucht, die universellen und unteilbaren Menschenrechte zu hinterfragen. Dem müssen wir uns entschlossen entgegenstellen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Deborah Düring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn mutige Frauen und Männer im Iran, in Belarus, in Georgien für ihre Rechte und ihre Freiheit kämpfen, müssen wir sie dabei unterstützen, genauso wie viele Journalistinnen und Journalisten, die die Wahrheit über ihr Land schreiben und erzählen wollen und dafür im Gefängnis landen.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Frau Kollegin, kommen Sie zum Schluss, bitte.

Renata Alt (FDP):

Meine Damen und Herren, die bisherige deutsche Außenpolitik bleibt bestehen, und sie steht zu ihren Werten. Wir werden unseren Einsatz für Menschenrechte, Frieden und Freiheit weiterhin entschlossen fortsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(A) Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin Alt. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Sevim Dağdelen, Gruppe BSW.

(Beifall beim BSW)

Sevim Dağdelen (BSW):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir debattieren heute über den Haushalt für das Auswärtige Amt. Die Frage, die sich viele stellen in diesem Land, ist aber, ob dieses Geld vor allem an der Spitze gut angelegt ist. Das Bundeskanzleramt hat sich, wenn auch spät, jetzt für Friedensverhandlungen mit Russland ausgesprochen. Aber was macht eigentlich das Auswärtige Amt? Da gibt es ein gravierendes Missverständnis.

Die grüne Außenministerin Baerbock hält moralische Belehrungen wie gegenüber Indien oder Kanonenbootpolitik wie gegenüber China tatsächlich für Diplomatie. Von der US-Raketenstationierung in Deutschland hatten Sie gleich gar keine Ahnung. Frau Baerbock, Sie kommen mit Ihrer gefährlichen Naivität inzwischen daher wie die Marie-Antoinette der deutschen Außenpolitik.

(Beifall beim BSW)

Diplomatie heißt für Sie, Frau Baerbock: Sie kürzen bei der humanitären Hilfe und der Krisenprävention und verteilen lieber weitere Waffen an die Ukraine, um die Atommacht, wie Sie sagten, zu ruinieren, egal was Ihre Wählerinnen und Wähler in Deutschland denken; ja, das waren Ihre Worte.

(B) (Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: "Unterwerfung", ruft das BSW!)

Zum anderen unterstützen Sie die in Teilen rechtsextreme Regierung Netanjahu weiterhin,

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kapitulation!)

obwohl bereits 40 000 Palästinenser getötet wurden,

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kapitulation: Jetzt BSW wählen!)

die Hälfte davon Frauen und Kinder. Ihre sogenannte wertegebundene Außenpolitik ist eine blutige Farce, Frau Baerbock.

(Beifall beim BSW)

Für die Milliarden an Waffengeschenken zerstören Sie die soziale Sicherheit in diesem Land. Sozialverbände sprechen inzwischen von einer demokratiegefährdenden Bedrohung durch Ihre Haushaltskürzungen. Das finden wir unerträglich.

(Beifall beim BSW – Gabriele Katzmarek [SPD]: Ja, manchmal ist es hier auch unerträglich!)

Jeder Tag, an dem die Koalition die Bevölkerung weiter der Anmaßung und Überheblichkeit dieser Außenministerin ausliefert, ist ein Tag zu viel.

Vielen Dank.

(Beifall beim BSW)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

(C)

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Frank Schwabe, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Frank Schwabe (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Die Welt besteht nicht nur aus Krisen und Kriegen – auch wenn wir gelegentlich diesen Eindruck haben –, aber es sind ganz gewiss viel zu viele. Die Aufgabe Deutschlands ist und war, Stabilisator zu sein in dieser sehr schwierigen Situation, das Völkerrecht zu schützen und weiterzuentwickeln, Krisendiplomatie zu betreiben, internationale Organisationen zu unterstützen – dazu komme ich gleich noch – und ein Champion der humanitären Hilfe zu sein und – das hoffe ich zumindest – auch zu bleiben.

Ich habe der Debatte die ganze Zeit lauschen können. Ich will sagen: Eigentlich gab es in diesem Haus – bis auf eine Fraktion; bei den Gruppen weiß man es nicht – große Übereinstimmung darüber, dass wir im Bereich der humanitären Hilfe mehr machen müssen. Deswegen ist natürlich das Abschmelzen des Titels "Sicherung von Frieden und Stabilität" nicht das richtige Signal. Wenn wir uns darin einig sind, dann bieten uns die Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen die Möglichkeit, uns dieser Aufgabe zu widmen.

Ich will zur Union nur sagen – Herr Fricke hatte dazu (D) schon etwas gesagt -, dass es nicht funktioniert, einfach nur mehr zu fordern, ohne zu sagen, woher das Geld am Ende kommen soll, sei es durch Aussetzen der Schuldenbremse oder durch Umschichtung an anderen Stellen. Man muss das schon zu Ende bringen. Übrigens wissen Sie natürlich auch, warum im Auswärtigen Amt die größten Einsparungen vorgenommen werden. Wir haben gemeinsam in der Großen Koalition den Ansatz beim Titel für die humanitäre Hilfe hochgesetzt. Aber diese Mittel sind nicht direkt in deutschen Projekten gebunden, sondern fließen oftmals in internationale Organisationen. Daher ist es für uns leichter, Kürzungen vorzunehmen. Für die internationalen Organisationen – und damit letztlich auch für uns – ist das natürlich ein Riesenproblem. Deswegen bin ich dafür, dass wir daran auch noch einmal miteinander arbeiten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Renata Alt [FDP])

Die deutsche Außenpolitik zeichnet sich durch ein Abwägen zwischen Diplomatie – wir müssen auch mit Ländern klarkommen, die nicht unsere Wertevorstellungen teilen – und unseren Werten aus. Aber wir haben einen Wertekompass. Er nennt sich feministische Außen- und Entwicklungspolitik. Unsere Politik ist menschenrechtsorientiert. Deswegen unterstützen wir auch internationale Organisationen. Als stolzer Leiter der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates will ich darauf hinweisen, dass es Deutschland ist,

Frank Schwabe

(A) das eine besondere Rolle spielt – nicht nur politisch, sondern auch finanziell –, wenn es darum geht, solche Organisationen zu stärken.

Übrigens hat mich der Kollege Schäfer gebeten, noch mal darauf hinzuweisen, dass es sehr wohl eine gute deutsch-französische Zusammenarbeit gibt, wenn es zum Beispiel um die Stärkung des Europarates geht. Aber gerüchteweise wäre auch keine EU-Kommission mit einer Christdemokratin an der Spitze so gut und schnell zustande gekommen, wenn darüber nicht auch zwischen Frankreich und Deutschland entscheidende Gespräche stattgefunden hätten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Europarat leistet wirklich Großes bei der Unterstützung der Ukraine. Wir leisten vieles für die Opposition in Belarus und in Russland, soweit wir sie erkennen können, und wir haben schwierige Debatten mit manchen Mitgliedstaaten.

Ich weiß nicht, ob es allgemein bekannt ist, aber es gibt vier Abgeordnete des Deutschen Bundestages, für die zurzeit ein Einreiseverbot eines Mitgliedstaats des Europarates gilt, nämlich von Aserbaidschan. Hinzu kommen 72 Abgeordnete aus anderen europäischen Ländern, für die ebenfalls ein Einreiseverbot gilt. Das macht deutlich, in welcher schwierigen Situation wir auch als Europarat sind. Ich unterstreiche aber immer, dass es uns oftmals noch deutlich besser geht als anderen internationalen Organisationen, weil wir keinem Einstimmigkeitsprinzip unterliegen, sondern mit qualifizierter Mehrheit Entscheidungen treffen können.

Ich will darauf hinweisen, dass angesichts der Lage in Georgien eine weitere wichtige Mission vor uns – vor der Bundesregierung und dem Bundestag – liegt. Viele Außenpolitiker aus diesem Haus und Europapolitikerinnen und -politiker waren in den letzten Wochen in Tiflis; manche werden in den nächsten Tagen noch dort sein. Jeweils eine Delegation des Europarats und der OSZE wird die dort anstehende Wahl monitoren. Wenn alles ganz schrecklich läuft, sind es die letzten freien Wahlen, die es in Georgien gibt; ich will das klipp und klar sagen. Deswegen ist es wichtig, in den nächsten Wochen und Monaten den vollen Fokus auf Georgien zu richten und deutlich zu machen: Ihr müsst demokratisch bleiben; wir gucken genau hin, was ihr in diesem Land macht.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Als Letztes etwas Gutes in diesem Haushalt – es gibt vieles Gutes –, was mich besonders freut. Wir versuchen, den Bereich des internationalen Menschenrechtsschutzes auszuweiten. Wir haben viele tolle Programme wie die Elisabeth-Selbert-Initiative. Wir haben nun Folgendes im Haushalt verankert: Wenn Menschen aus Deutschland im Ausland aus politischen Gründen in Gefangenschaft sind und deswegen zum Teil schlimme finanzielle Einbußen erleiden, dann haben wir jetzt eine Fondsmöglichkeit, ihnen ein bisschen zu helfen, ihr Leben in Deutschland,

wenn sie wieder in Freiheit sind, gut fortzuführen. Ich (C) finde, das ist etwas sehr Gutes, und dafür danke ich herzlich

Glück auf! Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie der Abg. Renata Alt [FDP])

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Schwabe. – Nächster Redner ist der Kollege Carsten Körber, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Carsten Körber (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Tricksen, tarnen, täuschen: Würde man das dieser Tage googeln, dann müsste man eigentlich ein Bild bekommen, das zeigt, wie Bundeskanzler Scholz, Wirtschaftsminister Habeck und Finanzminister Lindner im Kanzleramt sitzen und gemeinsam versuchen, einen Haushaltsentwurf zusammenzuschustern. Danach versuchen sie, dieses Flickwerk als großen Wurf zu verkaufen. Ein großer Wurf ist aber laut Definition etwas sehr Bedeutendes, etwas Großartiges, etwas, was anderes überragt, eben weil es so hervorragend ist. In diesem Regierungsentwurf der Ampel kann ich beim besten Willen leider nichts davon entdecken. Im Gegenteil: Was ich da sehe, bringt mich eher wieder zurück zum (D) Anfang, zu Tricksen, Tarnen und Täuschen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Gabriele Katzmarek [SPD]: Da kennen Sie sich ja aus, nicht? Das haben Sie gerade gestern gezeigt!)

Warum ist das so? Die zulässige Nettokreditaufnahme beträgt in diesem Entwurf 51,3 Milliarden Euro – das ist so hoch wie nie innerhalb des zulässigen Rahmens –, 51,3 Milliarden Euro neue Schulden. Das sind mehr als 10 Prozent des gesamten Bundeshaushaltes. Und da gibt es doch tatsächlich Kräfte in diesem Haus und auch auf der Regierungsbank, die sich hinstellen und ernsthaft behaupten, dass das nicht ausreicht; die Schuldenbremse sei ein zu enges und zu starres Korsett, was Investitionen hemme. Dabei ist die Schuldenbremse mit ihrer Konjunkturkomponente eben atmend, und sie reagiert flexibel auf Notwendigkeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zu diesen Schulden kommt in diesem Haushalt eine sogenannte globale Minderausgabe in Höhe von 12 Milliarden Euro. Das ist nichts anderes als Geld, das im nächsten Jahr irgendwo eingespart werden muss. Doch damit nicht genug. "Hoffnungsposten" – so nenne ich es mal – sind in diesem Haushalt in Höhe von über 47 Milliarden Euro enthalten. Was meine ich damit? Im Haushalt sind zusätzliche Einnahmen in Höhe von 6 Milliarden Euro durch die Wachstumsinitiative veranschlagt, die noch gar nicht gänzlich beschlossen ist.

Carsten Körber

Es ist eine Minderzuweisung an die Europäische (A) Union in Höhe von 8 Milliarden Euro veranschlagt, weil es bei uns mit dem Wirtschaftswachstum in diesem Jahr nicht so gut funktioniert hat. Weitere 8 Milliarden Euro sollen im Haushalt durch eine einfache Änderung der Buchungsregeln bei den Zinsen generiert werden. Zudem ist dieser gesamte Regierungsentwurf auch noch auf Grundlage eines Wirtschaftswachstums im nächsten Jahr kalkuliert, das heute kein Experte mehr für realistisch hält. Das bedeutet: Insgesamt kommt die Ampel in diesem Haushalt auf 100 Milliarden Euro, die entweder fehlen, zu optimistisch verbucht sind oder noch eingespart werden müssen, 100 Milliarden von 480 Milliarden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition, das, was Sie hier vorgelegt haben, ist eben leider kein Ausdruck von Haushaltspolitik mehr, sondern in Teilen schon aktive Demokratiegefährdung.

(Deborah Düring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Ach! - Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Sie können es ja anders buchen!)

Dieser Entwurf ist bis zum Exzess ausgereizt. Sie greifen nach jedem Strohhalm und müssen sogar Buchungsregeln ändern. Sie tun das nicht aus Boshaftigkeit, sondern leider aus der schieren Not heraus.

> (Gabriele Katzmarek [SPD]: Dicker geht's nicht mehr, was?)

Denn Ihre Koalition mit drei so unterschiedlichen Partnern ist schlicht und ergreifend nicht in der Lage gewesen, zu priorisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das, was Sie hier vorgelegt haben - Friedrich Merz hat es neulich treffend gesagt -, ist eben kein Haushaltsentwurf, sondern ein Fragment. Ein Fragment ist laut Definition ein Bruchstück, etwas Unvollendetes, etwas nicht Fertiggestelltes. Das ist zutreffend.

Nun zum Haushalt des Auswärtigen Amtes im Konkreten. Was im Großen nicht gut ist, ist im Kleinen eben leider auch nicht besser. Verschiedene Vorredner haben es schon angesprochen: Der Etat schrumpft von 6,7 Milliarden auf 5,9 Milliarden Euro, gut 800 Millionen weniger, minus 12,5 Prozent, relativ gesehen mehr als in jedem anderen Ressort.

Der eigentliche Skandal in diesem Einzelplan ist aber leider, dass der unfassbar wichtige Titel für die humanitäre Hilfe um 53 Prozent, um über die Hälfte, zusammengestrichen wird. Das sind in Zahlen minus 1,2 Milliarden Euro. Allerdings sinkt der Haushalt "nur" um gut 800 Millionen Euro. Wir kennen ja das Spiel der Ampel, dass sie genau diejenigen Titel kürzt, bei denen sie davon ausgeht, dass dann die eigenen Haushälter für sie wieder die Kohlen aus dem Feuer holen. Aber es ist eine neue Dimension, dass ein Titel - in diesem Fall der für humanitäre Hilfe - stärker gekürzt wird als der Gesamthaushalt. Was bedeutet das denn? Das heißt, Sie benutzen dieses unfassbar wichtige Instrument, um auf dessen Kosten andere Titel im AA querzufinanzieren. Das ist (C) ein Stück weit Missachtung des Parlaments und Nötigung der eigenen Haushälter, diese Scharte auszuwetzen.

(Gabriele Katzmarek [SPD]: Dann sollten Sie Ihre Ideen nicht einbringen!)

Mit Ihrer Unfähigkeit, sich auf einen soliden Entwurf zu verständigen, machen Sie es uns als Opposition wirklich schwer, unsere Arbeit zu machen.

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Daran sind wir jetzt auch noch schuld, oder was? Also, für die schlechte Oppositionsarbeit ist die Regierung verantwortlich?)

Dennoch geben wir unser Bestes. Ich hoffe trotz der Schwierigkeiten auf gute, konstruktive Beratungen.

Herzlichen Dank.

(Befall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Körber. – Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Dr. Karamba Diaby, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der

Dr. Karamba Diaby (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! "Ein Herz für Studenten: Stipendien laufen weiter", "Westafrikaner kann weiterbüffeln": So (D) titelte die Zeitung "Express" Anfang der 90er-Jahre; denn der Deutsche Akademische Austauschdienst führte mein Stipendium nach dem Umbruch in der DDR weiter. Damit konnten internationale Studierende wie ich das Studium im wiedervereinigten Deutschland zu Ende führen. Sonst könnte ich hier heute nicht stehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP und der Abg. Dr. Gesine Lötzsch [Die Linke])

Ich bin Mitglied des Deutschen Bundestags, weil mich über 42 000 Menschen aus meinem Wahlkreis, aus meiner Heimat Halle (Saale) direkt gewählt haben. Ich bin auch Mitglied des Deutschen Bundestags, weil ich mit einem Stipendium in die DDR gekommen bin und weil der DAAD mein Stipendium nach dem politischen Umbruch fortgeführt hat.

Warum erzähle ich Ihnen das, meine Damen und Herren? Weil wir heute über den Haushalt des Auswärtigen Amts debattieren, den Einzelplan, der den DAAD finanziert, den Einzelplan, der in internationale Bildung und Forschung investiert, den Einzelplan, der internationalen Austausch und Stipendien stärkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben in Krisenzeiten. Unsere finanziellen Spielräume werden kleiner. Deshalb evaluieren wir unsere Programme, wir passen sie an, und wir werden effizienter. Aber auch für unsere internationale Zusammenarbeit gilt: Bildung und Jugend müssen immer Priorität haben.

Dr. Karamba Diaby

(A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich nenne Ihnen dafür drei Gründe:

Erstens. Die Jugend ist unsere Zukunft. Eine gut ausgebildete Jugend über Landesgrenzen hinweg sichert nachhaltigen Wohlstand.

Zweitens. Internationaler Austausch stärkt auch die deutsche Bildungs- und Forschungslandschaft.

Drittens. Stipendienförderung ist kluge Geopolitik; denn Stipendien bauen langfristig internationale Beziehungen auf. Das ist zukunftsweisend. Genau deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen wir mehrere starke Stipendienprogramme. Wir brauchen den internationalen Wissenstransfer. Wir brauchen den kulturellen Austausch und die Verständigung über Grenzen hinweg.

Meine Damen und Herren, ohne mein Stipendium würde ich heute nicht hier stehen. Ich könnte nicht die Bürgerinnen und Bürger aus Halle (Saale) vertreten. Und ich könnte mich nicht für einen Haushalt einsetzen, der auch auf internationale Zusammenarbeit baut. Jetzt stehe ich hier und sage: Lassen Sie uns gemeinsam für eine weltweite starke Jugendförderung eintreten! Das ist eine Zukunftsinvestition, und die brauchen wir weiterhin.

Danke schön.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Diaby. – Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen mir nicht vor.

Dann kommen wir zu dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung, Einzelplan 14.

Ich begrüße hierzu wiederum die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Frau Dr. Högl, sehr herzlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich sehe, der Platzwechsel ist vollzogen.

Dann erteile ich als erstem Redner dem Kollegen Wolfgang Hellmich, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wolfgang Hellmich (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich stände an dieser Stelle der Kollege Andreas Schwarz, um diese Debatte zu eröffnen.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Nein, der Minister! – Markus Grübel [CDU/CSU]: Der Minister normalerweise!)

Nein, der Kollege Schwarz stände an dieser Stelle. – Er (C) kann nicht. Ich halte seine Rede an seiner statt. Ich wünsche ihm alles Gute und gute Besserung und hoffe, dass er bald wieder bei uns ist.

(Beifall)

Der Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine hat die Weltlage und auch die Sicherheitslage Deutschlands entscheidend verändert. In dem Rahmen, der da gesteckt ist, bewegt sich der Verteidigungshaushalt, der seitdem auch systematisch und kontinuierlich aufgewachsen ist. Klar ist: Es geht darum, dass wir in der Lage sein müssen, die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu garantieren, unsere Zusage an die NATO, 2 Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben, zu erfüllen und gleichzeitig sicherzustellen, dass der Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten bestmöglich gewährt ist. Das kostet viel Geld. Aber das dient der Verteidigung unserer Freiheit.

Der diesjährige Verteidigungshaushalt umfasst für das Jahr 2025 Ausgabeermächtigungen in Höhe von insgesamt 53,25 Milliarden Euro. Er steigt damit gegenüber dem Vorjahr um 1,25 Milliarden Euro. Für Rüstungsausgaben wird in den kommenden Jahren daher weiterhin in großem Umfang auf Kreditermächtigungen des Sondervermögens der Bundeswehr zurückzugreifen sein. Für 2025 ist geplant, knapp 22 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen. Zusammen mit dem Einzelplan 14 stehen der Bundeswehr damit rund 75,21 Milliarden Euro zur Realisierung der dringend benötigten Projekte zur Verfügung. Die Zielgröße für die NATO-Quote von dauerhaft mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes wird damit im Jahr 2025 erreicht.

Die Mittel aus dem Sondervermögen dienen dabei in erster Linie zur Finanzierung von Ausrüstungsvorhaben, Forschung, Munitionsausgaben, von wichtigen und dringend notwendigen Infrastrukturprojekte sowie der Aufgaben im Bereich der Informationstechnik. Das sind alles Ausgaben, um die vorhandenen Fähigkeitslücken der Bundeswehr zu reduzieren und die Bündnis- und Landesverteidigung zu stärken.

Ferner sieht die neue mittelfristige Finanzplanung des Bundes für 2026 keinen weiteren Anstieg und für 2027 eine moderate Erhöhung auf 53,5 Milliarden Euro vor. Nach Beendigung der Inanspruchnahme des Sondervermögens soll dann der Verteidigungshaushalt ab dem Jahre 2028 auf 80 Milliarden Euro steigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind erst mal nur nackte Zahlen, auf die man aber in Zukunft durchaus aufbauen kann, besagen sie doch, dass Verteidigungsminister Boris Pistorius für 2028 und die Folgejahre jetzt wichtige Beschaffungsprojekte auf Basis von Verpflichtungsermächtigungen auslösen kann, bei denen zunächst nur geringe Mittel abfließen und erst ab dem Jahr 2028 mit Leistungserbringung größere Summen fällig werden. Hierzu gehören Projekte wie das Patriot-Luftverteidigungssystem, die Fregatten 126 und 127, weitere U-Boote, neue Kampfpanzer sowie die von Olaf Scholz angekündigten 20 neuen Eurofighter. In diesem Zusammenhang wird man sicherlich auch über die fünfte

Wolfgang Hellmich

(A) Tranche des Eurofighter zu sprechen haben. Ich darf ganz klar betonen, dass Minister Pistorius für die Umsetzung dieser Projekte alle Unterstützung hat.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Das findet sich nicht im Haushalt, Herr Kollege!)

Ich werbe auch um die umfassende Unterstützung des gesamten Hauses, weil das für unsere Sicherheit so notwendig ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Das stimmt!)

Meine Damen und Herren, ich mache aber auch keinen Hehl daraus, dass die doch recht geringe Erhöhung des Verteidigungsetats eine ernüchternde Zahl darstellt. Das muss man genauso sagen. Ich hätte mir durchaus eine signifikante Erhöhung des Verteidigungsetats gewünscht. Seit dem Bestehen des Sondervermögens legen wir größten Wert auf schnelle Beschaffung von militärischem Gerät und Ausstattung. Wir bringen damit die Truppe auf den aktuellen Stand der Technik und rüsten sie weiter besser aus. Aber Realität ist auch, dass dadurch die laufenden Betriebskosten enorm steigen.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Genau!)

Soldatinnen und Soldaten benötigen ihren Sold; Panzer, Flugzeuge und Schiffe müssen betankt und mit ausreichend Munition versorgt werden, und es muss verstärkt geübt werden. Das schlägt sich in den laufenden Betriebskosten nieder. All diese gewaltigen Kosten müssen durch den Verteidigungsetat gedeckt sein, mit der Folge, dass die investiven Ausgaben weiter sinken. Die erwähnten Großprojekte können zwar noch über das "Sondervermögen Bundeswehr" finanziert werden, aber viele – durchaus wichtige – kleinere Projekte können von mangelhafter Finanzierung betroffen sein.

Wir brauchen haushalterische Planungssicherheit, damit das Ziel der Zeitenwende, nämlich die Vollausstattung der Bundeswehr, erreicht wird. In Moskau wird darauf geschaut, was wir tun, und vor allem auch darauf, was wir nicht tun. Wir müssen klar ins Schaufenster stellen, was wir tun, gerade auch im Kontext der NATO und unserer Bündnisverpflichtungen. Man darf an anderer Stelle erst gar nicht auf die Idee kommen, das Bündnisgebiet der NATO anzugreifen, weil wir agieren und Angriffe, so sie denn irgendjemand plant, nicht nur abwehren, sondern gegen solche Angriffe auch gewinnen können

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir sehen also: Eine weitere finanzielle Ausstattung in den nächsten Jahren wird nötig sein. Wir dürfen auch nicht aus den Augen verlieren, dass wir weitere begleitende Maßnahmen benötigen. Beschaffungsbeschleunigung, aber auch die Überwindung von Herausforderungen bei Gesetzesregelungen sind notwendig, um Planbarkeit zu erzielen.

Leider erfordert die aktuelle Sicherheitslage, alles Not- (C) wendige dafür zu tun, unsere Landes- und Bündnisverteidigung in die Lage zu versetzen, unsere Sicherheit, die wir hier und heute in Frieden genießen, aufrechtzuerhalten. Die erste Aufgabe eines jeden Staates ist, die Sicherheit der eigenen Bürgerinnen und Bürger zu garantieren,

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Ja! – Markus Grübel [CDU/CSU]: Wohl wahr!)

nach innen wie nach außen, und das im Kontext des Bündnisses, dem wir verpflichtet sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Stimmt!)

In diesem Zusammenhang ist auch die weitere Finanzierung der Unterstützung der Ukraine eine absolute, unverzichtbare Notwendigkeit. Dass weitere Panzerhaubitzen so schnell geliefert werden können, ist gut; das muss so weitergehen. Darin erschöpft sich aber nicht das, was wir zu leisten haben. Es ist klar: Das, was in der Ukraine geleistet wird, dient der Verteidigung unserer Freiheit. Deshalb müssen wir weiter bruchlos an der Seite der Ukraine stehen –

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen, bitte.

Wolfgang Hellmich (SPD):

und alles tun, was nötig ist.

(D)

Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben. Es ist der Start in eine sehr intensive Diskussion zum Verteidigungshaushalt.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege!

Wolfgang Hellmich (SPD):

Vielen Dank auch im Namen des Kollegen Schwarz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Auch wenn Sie eine fremde Rede halten, gilt das Zeitlimit.

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Johann David Wadephul für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Johann David Wadephul (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Kollegen Schwarz gelten selbstverständlich unsere guten Wünsche für eine baldige Genesung. Doch eigentlich hätte der Verteidigungsminister – wie vorher die Außenministerin und danach der Verkehrsminister – den Haushalt hier einbringen müssen;

Dr. Johann David Wadephul

(A) (Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja, Herr Merz hat doch heute auch nicht als Erster geredet!)

das ist ja die erste Lesung. Er versteckt sich in der Rednerliste.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie Friedrich Merz! – Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat sich heute Morgen denn versteckt?)

Mal sehen, was er nachher vorzubringen hat, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Eine knappe halbe Autostunde von hier entfernt sind die Filmstudios Babelsberg.

(Wolfgang Hellmich [SPD]: Gute Reise!)

Dort befindet sich eine ganze Straße, die an das alte Berlin der 20er- und 30er-Jahre erinnert und die schon in unzähligen Filmen Verwendung fand. Mit Komparsen, die auf und ab gehen, und den passenden Hintergrundgeräuschen wähnt man sich wirklich in einer Großstadt. Doch es handelt sich nur um Fassaden, hinter denen große Holzgerüste stehen – die eineastische Version eines Potemkin'schen Dorfes.

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Jetzt wird er ja poetisch!)

Die Zeitenwende dieser Bundesregierung, lieber Herr Kollege, ist auch so eine Fassade. Das zeigt dieser Haushalt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mit theatralischen Dialogen, viel Getöse, durchchoreografierten Bildern und einem energisch dreinblickenden Boris Pistorius in der Rolle des IBuK

> (Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Beste Besetzung seit Langem!)

wird einem vermeintlich großes Kino geboten. Doch leider erweist sich dieses selbstverliebte Epos von Wehrhaftigkeit und Kriegstüchtigkeit geradezu als billige Klamotte. Denn das großspurige Gerede ist eben nur Gerede, und die grandiosen Kulissen sind genauso wie die Kulissen, die wir aus Babelsberg kennen.

Entzaubert wird das gebotene Illusionskino durch den Haushalt, den diese Bundesregierung hier vorlegt. Die Realität ist erschreckend. Mit diesem Einzelplan wird die Bundesregierung der Zeitenwende nicht gerecht. Fast scheint es, sie mache sich über ihre eigene großspurige und markige Rhetorik lustig, frei nach dem Motto: Bitte nehmen Sie das mit der Kriegstüchtigkeit nicht zu ernst.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denn wie soll die Bundeswehr bis 2028/2029 – die Zahl, Herr Minister, nennen Sie und Ihr Generalinspekteur Breuer – zur Abwehr einer russischen Aggression, von der Sie, Herr Kollege, gerade zu Recht gesprochen haben, befähigt sein, wenn sie die Mittel zum Wiederaufbau nicht bekommt?

Im letzten Jahr, Minister Pistorius, haben Sie 10 Milliarden Euro gefordert und magere 1,2 Milliarden Euro bekommen – gerade genug, um Gehalts- und Solderhö-

hungen zu finanzieren. Für das kommende Jahr forderten (C) sie 6,8 Milliarden Euro und bekommen 1,3 Milliarden Euro. Damit können vielleicht ebenfalls maximal die Gehaltssteigerungen finanziert werden. Damit ist das – dazu muss man nicht Finanzfachwirt sein – mit Blick auf die Inflationsrate von etwa 2 Prozent – übrigens, die Rüstungsinflation liegt darüber – faktisch ein Kürzungshaushalt für die Bundeswehr, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie nehmen der Bundeswehr Mittel weg, anstatt ihr die notwendigen Mittel für die Zeitenwende zu geben.

Und es kommt noch schlimmer. Der Verteidigungshaushalt soll mit 1,3 Milliarden Euro im kommenden Jahr auch die größte globale Minderausgabe erwirtschaften. Da geht es dann nicht, Herr Kollege Hellmich, um neue Projekte, die Sie hier zu Recht genannt haben, sondern es müssen weitere gestrichen werden angesichts stetig steigender Personal- und Betriebskosten, die schon jetzt den Einzelplan auffressen. Das sind alles Hiobsbotschaften für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Auch die finanzielle Wunderwaffe, das Sondervermögen, hilft wenig; denn auch da soll noch mal eine globale Minderausgabe erwirtschaftet werden. Damit passiert genau das, wovor Sie eigentlich zu Recht gewarnt hatten, Herr Minister Pistorius: Es wird im nächsten Jahr mit dieser Ampelregierung und diesem Haushalt einen Rüstungsstopp geben. Das ist das Gegenteil einer Zeitenwende, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU) (D)

Es kommt hinzu: Wir kommen bei der Beschaffung nicht voran. Das Kiel Institut für Weltwirtschaft hat erneut die notwendigen Daten zusammengetragen und ausgerechnet, wie lange es dauert, bis wir den Status der Bundeswehr von 2004 wieder erreicht haben werden. Wenn wir bei den Artilleriesystemen so weitermachen, dauert das über 100 Jahre. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da hilft eben auch kein Gerede über Kriegstüchtigkeit. Es gibt keine einzige Maßnahme der Ampelregierung, die dafür sorgt, dass das Beschaffungswesen beschleunigt wird.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt ein ganzes Gesetz dazu!)

Es fehlen die Mittel, und es fehlt die Effektivität im Beschaffungswesen. Keine einzige Maßnahme von Ihnen!

(Beifall bei der CDU/CSU – Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Noch mal genau hingucken, Herr Kollege!)

Des Weiteren kommt die personelle Ausstattung hinzu. Über ein Jahr reist Minister Pistorius durch Deutschland und Skandinavien und begeistert sich für Wehrpflichtmodelle. Er habe große Sympathien für das schwedische Modell. Er ist extra nach Schweden gereist.

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wehrpflicht haben wir schon! Sie meinen Wehrdienst!)

Dr. Johann David Wadephul

(A) Keine Kamera war zu schade, um sich dort zu präsentieren. Was erleben wir am Ende? Eine Fragebogenaktion. Deren Ergebnisse sollen erst im nächsten Jahr vorgestellt werden.

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist deutlich mehr als das, was die Union angepackt hat, als Guttenberg den Wehrdienst abgeschafft hat!)

Dann gibt es noch die peinliche Erläuterung: "Eine Grundgesetzänderung kriegen wir nicht hin", während wir, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Ampel, doch noch über eine Grundgesetzänderung zur Absicherung des Bundesverfassungsgerichtes verhandeln können.

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Wo waren Sie denn die letzten 15 Jahre?)

Das sind alles billige Ausreden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Minister macht eine markige Ankündigung nach der anderen, was Geld und Personal angeht, und liefert am Ende nicht. Die Bundeswehr steht am Schluss alleine da und hat weniger als zuvor.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist das bittere Ergebnis, das man am Ende sehen muss. Und das nicht nur das Ergebnis der Bundesregierung und auch nicht nur die Leistungsbilanz der Verteidigungsministerin Lambrecht, auf deren Buch wir alle mit einem gewissen Interesse warten,

(Karsten Klein [FDP]: Und Frau Kramp-Karrenbauer! Und Frau von der Leyen! Wen habe ich vergessen?)

sondern es ist auch die Bilanz von Minister Pistorius. Am Ende Ihrer Amtszeit im nächsten Jahr, wenn diese Legislaturperiode zu Ende ist, wird man zu dem bitteren Ergebnis kommen, dass die Bundeswehr personell und materiell schlechter dasteht als bei Ihrem Amtsantritt.

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Was für ein Quatsch!)

Und das ist ein bemerkenswertes Ergebnis; denn wir haben einen Verteidigungsminister, der so hohe Zustimmungsraten hat wie keine andere politische Person in Deutschland.

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deshalb greifen Sie ihn auch an!)

Da frage ich mich, Herr Minister: Warum bringen Sie Ihre PS nicht auf die Straße, warum investieren Sie das nicht für die Bundeswehr? Warum lassen Sie die Soldatinnen und Soldaten im Stich? Daran werden wir Sie gemeinsam messen, nicht erst bei der Bundestagswahl, sondern auch schon vorher.

Vielen Dank.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Wadephul. – Als nächste Rednerin hat das Wort die Kollegin Agnieszka Brugger, Bündnis 90/Die Grünen. (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für viele Kinder in unserem Land heißt es in diesen Wochen voller Vorfreude und Aufregung: erster Schultag. Für sie bedeutet das: Schultüten, neue Freundinnen und Freunde, Schulbücher, Buntstifte.

Für viele Kinder in der Ukraine bedeutet Schule gerade: Bunker und immer wieder das Heulen von Sirenen. Frieden, das ist alles, was sie sich wünschen. Und für nichts anderes unterstützen wir die Menschen in der Ukraine: für ein Land, in dem Kinder ohne Angst aufwachsen können; ohne Angst, dass ihr Papa im Krieg fällt, ohne Angst, dass sie nach Russland entführt werden, wie es mittlerweile 20 000 Kinder bereits erlitten haben. Einfach nur spielen und lernen, das ist das, was die Kinder in der Ukraine und alle Kinder weltweit tun sollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Zugleich spüren viele Menschen auch bei uns im Land: Frieden ist leider keine Selbstverständlichkeit. Es gibt keine Garantie, dass die Machtfantasien und der Imperialismus von Wladimir Putin in der Ukraine enden. Noch nie nach dem Ende des Kalten Krieges war die Sicherheit unseres Landes so bedroht wie heute.

Das macht vielen Menschen verständlicherweise Angst. Am rechten Rand spielen sie bewusst mit dieser Angst und erzählen eine gefährliche Lüge: Wenn wir nur die Augen verschließen vor Putins Gewalt, uns kleinmachen und die Ukraine im Stich lassen, dann wird uns schon nichts passieren.

Aber allein die letzten Jahre zeigen doch überdeutlich genau das Gegenteil: Putin hat unser Land schon seit Langem im Visier. Die Cyberangriffe auf den Bundestag, eine Desinformationskampagne nach der anderen, das alles war bereits passiert, bevor auch nur eine einzige deutsche Waffe an die Ukraine geliefert worden ist, und das zu einer Zeit, als die damalige Bundesregierung Nord Stream 2 gegen alle Widerstände vorantrieb. Seitdem ist der russische Präsident noch grausamer, noch radikaler und noch skrupelloser geworden.

BSW und AfD mögen Frieden plakatieren, aber ihre Vorschläge führen nicht zum Frieden, sondern genau zum Gegenteil.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ihre Politik bedeutet, dass wir uns Wladimir Putin schutzlos ausliefern, dass wir unsere Verbündeten im Stich lassen, auf seine Gutmütigkeit und Gnade hoffen. Damit riskiert man die Sicherheit Deutschlands.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Statt Angst und irreführender Märchen braucht es Entschlossenheit und Besonnenheit. Es geht um konkrete Schutzmaßnahmen gegen Spionage, gegen Sabotage, gegen Desinformation, darum, dass unsere Wasserversorgung und unsere IT-Systeme sicher sind, darum, dass

D)

(C)

Agnieszka Brugger

(A) wir die Pläne für den Schutz des Bündnisgebietes verbessern und da investieren, wie es gerade bei der NATO und hier in Deutschland passiert. Es geht um Wehrhaftigkeit und um starke Partner, um eine exzellent ausgestattete Bundeswehr und mehr Geld für den Bevölkerungsschutz. Es geht um neue Fähigkeiten, teilweise auch solche, die wir schon mal hatten, wie im ganzen Bereich der Luftverteidigung. Und es geht natürlich um eine langfristige Unterstützung der Ukraine, auch in unserem eigenen Interesse.

Meine Damen und Herren, all das kostet Geld, leider sehr viel Geld. Aber das müssen uns unsere Demokratie, unsere Freiheit und unsere Sicherheit wert sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wer rechnen kann und sich da ein bisschen ehrlich macht, der und die weiß: Wir reden hier nicht von ein paar Millionen, sondern wir reden – und das ist sehr konservativ gerechnet für die nächsten Jahre, und da geht es auch nicht nur um den Verteidigungsetat – eher von dreistelligen Milliardenbeträgen. Deshalb sage ich das mit einem sehr ernsthaften Appell, gerade an die Kolleginnen und Kollegen der FDP, aber auch der Union – und ich sage das in Sorge, dass wir unnötig Zeit verlieren, wenn es um die Sicherheit unseres Landes geht, die doch uns allen am Herzen liegt –: Das lässt sich schlicht und einfach nicht durch noch so radikale Kürzungen in diesem und im nächsten Haushalt realisieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich persönlich fände es auch falsch, bei denen zu kürzen, die sowieso schon am wenigsten haben. Aber selbst wenn wir die herzlosen und unklugen Streichungsvorschläge – die in den Haushaltsverhandlungen übrigens nie eingereicht werden – ernst nehmen und das Bürgergeld und die Entwicklungszusammenarbeit streichen, dann ist es immer noch nur ein Mini-Mini-Bruchteil von den Summen, die wir für die innere und äußere Sicherheit des Landes brauchen.

So stark, wie die Schuldenbremse konstruiert ist, ist sie blind für Investitionen.

(Beifall der Abg. Gabriele Katzmarek [SPD])

Deshalb brauchen wir so schnell wie möglich eine Zweidrittelmehrheit in diesem Hohen Hause. Das ist das Thema, zu dem sich Opposition und Koalition zusammensetzen müssen und wo man erst vom Tisch aufsteht, wenn man eine Lösung gefunden hat.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Das will die FDP doch gar nicht!)

Denn wir haben keine Zeit zu verlieren.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es geht um nichts weniger als die Sicherheit unseres Landes, und das ist die vornehmste und wichtigste Aufgabe von Politik.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (C) sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin Brugger. – Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Dr. Michael Espendiller, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Michael Espendiller (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal und bei Youtube! Für den Etat des Verteidigungsministeriums sind für das Jahr 2025 Gesamtausgaben in Höhe von rund 53,3 Milliarden Euro vorgesehen. Aus dem Sondervermögen kommen noch einmal knapp 22 Milliarden Euro dazu, macht also geplante Gesamtausgaben in Höhe von 75,3 Milliarden Euro. Das ist eine Menge Holz, eine ganze Menge Holz sogar.

Vonseiten fast aller politischen Parteien und auch der Mainstreampresse heißt es dazu immer, das sei noch nicht genug, Deutschland müsse viel mehr in die Verteidigung investieren und mit der Ausschöpfung des Sondervermögens werde es ab 2028 eine mindestens 20 Milliarden Euro große Finanzlücke geben. In der "FAZ" habe ich vorgestern sogar gelesen, Deutschland solle schon für das Jahr 2025 den Einzelplan 14 auf 80 Milliarden Euro aufstocken.

Aber wissen Sie, was keiner dieser Superstrategen erklärt? Woher das Geld kommen soll. Achten Sie mal drauf: In sämtlichen Artikeln oder Pressemitteilungen steht zu dieser alles entscheidenden Frage kein einziges Wort. Und ich kann Ihnen auch sagen, warum: weil es dieses zusätzliche Geld, das alle gerne hätten, schlicht und ergreifend nicht gibt.

Klar, der Finanzminister könnte sich zusätzliches Geld besorgen. Dann müsste es entweder höhere Steuern geben oder eine andere Art von Vermögensabgabe. Das lehnen wir in der AfD entschieden ab.

(Beifall bei der AfD – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Herr Lucassen fordert immer mehr Geld für die Bundeswehr! Haben Sie das mal untereinander besprochen?)

Die zweite Möglichkeit wäre, dass es ein weiteres Sondervermögen gibt, was ja auch schon bei den Altparteien diskutiert wird. Das bedeutet nichts anderes als wieder neue Schulden.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Nee, stimmt nicht!)

Auch dazu sagen wir in der AfD klar Nein.

(Beifall bei der AfD)

Die dritte Möglichkeit wären Kürzungen in anderen Einzelplänen. Aber wo sollen diese denn stattfinden? Will die Union, die einer der lautesten Trommler für höhere Verteidigungsausgaben ist,

Dr. Michael Espendiller

(A) (Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Herr Lucassen auch!)

> etwa im Bereich "Arbeit und Soziales" sparen? Oder bei Bildung und Gesundheit? Woher soll das Geld kommen, liebe Kollegen?

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Klären Sie das mit Ihren Verteidigungspolitikern!)

Auf diese Frage geben Sie keine Antwort, zumindest keine, die Sie den Wählern offen sagen würden.

Das heißt, dass wir mit den vorhandenen Mitteln auskommen müssen und bestenfalls moderate Etatsteigerungen in Angriff nehmen, wie unsere Fraktion das seit Jahren fordert und beantragt und es auch seriös gegenfinanzieren kann.

(Beifall bei der AfD)

An dieser Stelle möchte ich auch ein Wort zu den linken Friedenstauben sagen, die meinen, man gebe zu viel Geld für die "Aufrüstung" Deutschlands aus. Das ist wirklich ganz gefährlicher Humbug. Der Überfall auf die Ukraine hat nach einer langen Phase des Friedens in Europa gezeigt, dass man grundsätzlich jederzeit mit einem Angriff rechnen und auch darauf vorbereitet sein muss. Ich frage mich immer, wie die Sahras dieser Welt

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Entschuldigung?)

sich das vorstellen. Wie soll man Deutschland und seine Bürger verteidigen, wenn man keine Waffen hat?

1992 verfügte Deutschland über 4 000 Panzer. Der aktuelle Bestand wurde von Generalinspekteur Breuer kürzlich mit nur noch 300 Stück angegeben. Wir haben jetzt weitere Panzer bestellt, aber nicht mal ansatzweise genug. Wie soll man, hypothetisch betrachtet, ein Volk von 84 Millionen Menschen mit 300 Panzern schützen? Davon brauchen wir also noch viele, viele mehr.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Hellmich [SPD])

Wir brauchen auch mehr Sturmgewehre. Das war die nächste Hiobsbotschaft im Sommer. Zum 31. Juli waren 180 000 Soldaten bei der Bundeswehr. Für diese 180 000 stehen derzeit aber nur 50 000 bis 60 000 Sturmgewehre vom Typ G36 zur Verfügung. Eine Bestellung von neuen Sturmgewehren ist zwar geplant, aber Stand heute könnten wir noch nicht einmal jeden Soldaten mit einem Sturmgewehr ausrüsten.

Wie kann man da ernsthaft von einem "Wettrüsten" sprechen? Wir müssen dringend unsere Verteidigungsbereitschaft wiederherstellen, damit wir die Sicherheit unserer Bevölkerung effektiv gewährleisten können, und dazu braucht es nun einmal Waffen und Munition – von der wir übrigens auch viel zu wenig haben.

Der Fokus muss auf der Landesverteidigung liegen. Genau deshalb dürfen wir auch kein weiteres Material an die Ukraine abgeben. Man kann doch nicht auf der einen Seite davon sprechen, dass Putin in fünf bis sechs Jahren die NATO angreift, und gleichzeitig seine eigenen Bestände noch weiter dezimieren.

(Beifall bei der AfD – Sara Nanni [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Zu komplex für Sie, ne?)

(C)

(D)

Für uns als Fraktion ist klar: Die Ukrainepolitik der Bundesregierung verlängert nicht nur diesen Konflikt, sondern untergräbt auch die Anstrengungen für eine adäquat ausgestattete Bundeswehr.

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben ja promoviert! Warum verstehen Sie das denn nicht? -Markus Grübel [CDU/CSU]: Das ist jetzt eine logische Lücke, die Sie da aufmachen!)

Das betrifft übrigens auch die Nachwuchsgewinnung. Solange in der Bevölkerung das Gefühl vorherrscht, dass die deutsche Außen- und Verteidigungspolitik nicht mit Vernunft agiert, und sich einige Ihrer Vertreter als wahre Kriegstreiber aufführen, wird man auch weiterhin Probleme haben, junge Leute für den Dienst in unseren Streitkräften zu motivieren.

(Beifall bei der AfD)

Das Vertrauen, das man dafür in den Staat haben muss, ist bei vielen nicht mehr vorhanden.

Das, Herr Pistorius, verdanken Sie im Übrigen auch den Entscheidungen und Durchführungsbestimmungen Ihres Hauses zur Duldungspflicht von Coronaimpfungen.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt geht das wieder los! – Dr. Götz Frömming [AfD]: Wichtiges Thema! – Christoph Schmid [SPD]: Jetzt noch Flüchtlinge!)

Wer aufgrund einer verweigerten Coronaimpfung einfach alles verliert und in der Konsequenz sogar ins Gefängnis muss, ist leider kein gutes Beispiel für Treue und Fürsorge seines Arbeitgebers, der Bundeswehr.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der SPD)

 Da können Sie von der SPD noch so viel lachen. – Um es klar zu sagen: Diese Maßnahmen waren Unrecht. Und die Truppe verdient dafür mindestens eine Entschuldigung vom Minister.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächster Redner hat der Kollege Karsten Klein, FDP-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Karsten Klein (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sicherheitslage hat sich international, aber auch in Europa in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Diese Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP hat gehandelt. Mit einem klaren Bekenntnis zur äußeren Sicherheit haben wir wichtige politische Entscheidungen getroffen. Wir haben die Verteidigungsaus-

(D)

Karsten Klein

(A) gaben im Vergleich zur letzten Legislatur um 70 Prozent erhöht. Wir haben ein "Sondervermögen Bundeswehr" in Höhe von 100 Milliarden Euro beschlossen. Wir haben eine neue Nationale Sicherheitsstrategie beschlossen – um nur drei wichtige Maßnahmen zu nennen.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Putin zittert!)

Wir werden in diesem Jahr zum ersten Mal sowie in den folgenden Jahren das 2-Prozent-Ziel der NATO überschreiten; das hat die Union immer weit verfehlt. Das alles zeigt, dass wir die Zeitenwende ernst nehmen und dass wir die Zeitenwende mit Leben füllen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Während die Union in der letzten Legislatur viel über diese Sachen gesprochen hat, handeln wir. Wir Freien Demokraten sind bei dieser Sache ganz klar: Wenn es um die Wiedererlangung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands geht, dann hat das für uns höchste Priorität.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Markus Grübel [CDU/CSU]: Aber im Haushalt leider nicht erkennbar!)

Die FDP steht. So wie immer wieder in den letzten 75 Jahren ist auf uns Verlass, wenn es um die Verteidigung der freiheitlichen Grundordnung geht.

Die Verteidigung der freiheitlichen Gesellschaft ruht aber auf drei Säulen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die erste ist die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Die zweite ist die finanzielle Solidität, die durch die Schuldenbremse garantiert wird. Und die dritte ist die Verteidigungsfähigkeit. Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit bringt die Power und die Ressourcen, damit wir die internationalen Konflikte und Kriege auch durchstehen. Die stabilen Staatsfinanzen sorgen für die Ausdauer und die Durchhaltefähigkeit unserer staatlichen Institutionen. Um es in einem Bild zu beschreiben: Mit den Schulden ist das so wie mit einem Stück Kuchen das bringt mal kurzfristig Energie, aber keine Ausdauer. Und so ist es auch bei Schulden: Die bringen kurzfristig mal was, aber eben nicht auf lange Sicht. Ganz im Gegenteil: Da schädigen sie.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb bedingen sich diese drei Dinge: wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, solide Finanzen und Verteidigungsfähigkeit. Die brauchen sich gegenseitig und sind die Grundvoraussetzungen für unser Abschreckungspotenzial und für die erfolgreiche Garantie unserer freiheitlichen Grundordnung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die steigenden Verteidigungsausgaben sind aber nicht nur Zahlen des Verteidigungsetats bzw. der Verteidigungsausgaben, sondern die lassen sich ganz materiell fassen. Die kommen dort an, wo die Soldatinnen und Soldaten sind. Wir haben zum Beispiel die Rüstungsinvestitionen im Vergleich zur letzten Legislatur verdreifacht. Die Munitionsbeschaffung haben wir um ein Vielfaches ausgeweitet; ähnlich ist es beim Materialerhalt. Wir finanzieren das aus dem Kernhaushalt und aus dem "Sondervermögen Bundeswehr".

Dazu will ich mal eines sagen, weil mich das in der (C) Debatte insgesamt stört – und das war ja heute schon wieder zu verfolgen –: dass immer so getan wird, als wenn dieses Sondervermögen gar nicht existieren würde. Ich finde, das ist den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land gegenüber nicht fair. Die Bürgerinnen und Bürger bringen einen großen Einsatz, um die Verteidigungsfähigkeit wiederherzustellen, auch mit dem "Sondervermögen Bundeswehr". Deshalb sollte das in der Diskussion auch immer wieder entsprechend gewürdigt werden.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Johannes Arlt [SPD])

Mit dem "Sondervermögen Bundeswehr" können wir viele Projekte, die Luftverteidigung, die Fortführung der nuklearen Teilhabe, die Beschaffung von Fregatten und vieles mehr, umsetzen, über die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU/CDU-Fraktion, in der letzten Legislatur zwar viel diskutiert haben, aber entschieden und gemacht haben Sie nichts.

(Beifall der Abg. Sara Nanni [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

Wir haben allein schon in diesem Jahr 42 25-Mio-Vorlagen in Höhe von 27 Milliarden Euro beschlossen. Wer da behauptet, wir würden nicht vorankommen, der leugnet die Realität, und der sitzt vielleicht nicht in den richtigen Gremien, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber richtig ist auch, dass wir unsere Verteidigungsfähigkeit nur gemeinsam mit unseren Partnern wiederherstellen und garantieren können, mit allen Staaten, die ihre Freiheit erhalten und verteidigen wollen. Die Freiheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, stirbt scheibchenweise, und die Ukraine wäre eine sehr große Scheibe. Deshalb ist es richtig, dass wir in den letzten Jahren so massiv die Ukraine unterstützt haben, und wir werden mit dieser Unterstützung auch nicht nachlassen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Sebastian Schäfer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Ukraine kann sich auf Deutschland als größten Unterstützer in Europa verlassen. Wir haben insgesamt schon Hilfen von über 35 Milliarden Euro auf den Weg gebracht, allein im Verteidigungsbereich über 10 Milliarden Euro; da kommen die Hilfen in diesem Jahr und die 4 Milliarden Euro, die im nächsten Haushalt vorgesehen sind, noch obendrauf. Im nächsten Jahr wird ja dann aufgrund von internationalen Vereinbarungen im G-7-Format ein Topf in Höhe von 50 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stehen.

Natürlich sind wir immer bereit, auch über weitere Maßnahmen zu sprechen. Denn eins ist für uns klar: Mit den Freien Demokraten werden die Unterstützung der Ukraine und die Verteidigung von Frieden, Freiheit und unseren Werten nicht nachlassen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Karsten Klein

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten (A) der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Florian Hahn, CDU/CSU-Fraktion

(Beifall bei der CDU/CSU - Wolfgang Hellmich [SPD]: Vielleicht gibt es ja jetzt Vorschläge, was zu tun ist!)

Florian Hahn (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zweieinhalb Jahren hat der Bundeskanzler in seiner Zeitenwende-Rede als Konsequenz auf die Aggression, auf den Überfall Russlands auf die Ukraine, das Sondervermögen angekündigt und zusätzlich das dauerhafte Erreichen des 2-Prozent-Ziels im Einzelplan 14 versprochen. Das war richtig. Das fand deshalb auch sofort unsere Unterstützung, und wir haben den einmaligen 100 Milliarden Euro Sonderschulden zugunsten der Bundeswehr zugestimmt, auch in der Erwartung und in dem Glauben, dass die Bundesregierung die dramatische Veränderung der Sicherheitslage nicht nur erkennt, sondern auch entsprechend konsequent handelt.

Da man am Haushalt ablesen kann, wie viel Ankündigungen und Sonntagsreden von Politikern wirklich wert sind, kann ich mit Blick auf den hier vorgelegten Entwurf für das Jahr 2025 feststellen: Die Zeitenwende ist gescheitert.

> (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU -Zuruf des Abg. Dr. Joe Weingarten [SPD])

Die 100 Milliarden Euro vom Sondervermögen sind nach Ihren Angaben zwar verplant und mit Masse in Verträgen gebunden, aber der Einzelplan 14 ist vom 2-Prozent-Ziel ähnlich weit entfernt wie die Ampel von einer Wiederwahl.

> (Dr. Marcus Faber [FDP]: Wir geben doch 2 Prozent aus!)

Die Folge der Ampelpolitik der letzten Jahre ist, dass die Bundeswehr heute weniger verteidigungsfähig ist als zu Beginn der Wahlperiode, lieber Herr Kollege Klein.

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt einfach nicht!)

Das bestätigt übrigens auch das renommierte Kiel Institut für Weltwirtschaft in einer aktuellen Studie; dort können Sie das gerne nachlesen.

(Zuruf von der FDP)

Offensichtlich fehlt es der Regierung am Willen, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, und offensichtlich fehlt es dem Minister an Durchsetzungskraft und Standing im eigenen Kabinett, um dafür zu sorgen, dass die Bundeswehr genug Geld bekommt. Sie kündigen zwar permanent etwas an, Herr Bundesminister, können aber nicht liefern. Selbst Ihnen und Ihrer Partei, der SPD, nahestehende Medien nennen Sie deswegen inzwischen "Ankündigungsminister".

Herr Bundesminister Pistorius, letztes Jahr forderten Sie für den Haushalt 2024 10 Milliarden Euro mehr für die Truppe. Bekommen haben Sie 1,7 Milliarden Euro mehr. Dieses Jahr forderten Sie für das Jahr 2025 rund 6,5 Milliarden Euro mehr. Mit Blick auf den Haushaltsentwurf werden Sie davon gar nichts bekommen.

Herr Minister, Sie sagten kürzlich dazu, Sie fänden das "ärgerlich". Ich finde das grob fahrlässig für unsere Truppe und für unsere Sicherheit. Und schlimmer noch: Das BMVg hat die höchste globale Minderausgabe aller Ressorts zu leisten – so viel zur Zeitenwende an dieser Stelle.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Klar wird dabei vielmehr: Der Bundesminister und damit die ganze Bundeswehr, alle Soldatinnen und Soldaten, werden von der Ampelregierung, werden von den eigenen Genossen der SPD und vom eigenen Bundeskanzler Olaf Scholz im Regen stehen gelassen, und das, während Russland weiter massiv und schnell aufrüstet.

> (Wolfgang Hellmich [SPD]: Na, na, na! Das stimmt aber nicht!)

Ich frage mich da, ganz ehrlich gesagt: Wo ist eigentlich Ihre Gegenwehr, Herr Bundesminister? Sie scheinen das einfach so hinzunehmen. Ich bin mal gespannt, was Sie dazu in Ihrer Rede, die ja gleich folgt, sagen werden. Die Folge ist – und das attestiert die Kieler Studie auch –, dass beim derzeitigen Rüstungstempo der Ampel knapp 100 Jahre nötig wären, um die Bestände der Bundeswehr in bestimmten Bereichen auf ein Niveau wie vor 20 Jahren aufzufüllen. In 100 Jahren kriegstüchtig werden, da (D) kann ich nur sagen: Glückwunsch, Herr Minister.

Ich muss insgesamt feststellen: Dieser Haushalt ist im hohen Maße unseriös und mit einem geschönten Zahlenwerk zusammengeschustert. Allein die Nachrüstung des Pumas kostet laut Bundesrechnungshof nicht bloß 718 Millionen Euro, sondern erfordert einen zusätzlichen Finanzbedarf von über 2,6 Milliarden Euro.

(Zuruf des Abg. Dr. Sebastian Schäfer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nach der Abbildung im Haushalt sucht man vergebens. Mit diesem Haushalt müssen vermutlich erteilte Finanzierungszusagen zu geplanten Beschaffungsmaßnahmen widerrufen bzw. können gar nicht erst erteilt werden. Darunter fallen beispielsweise Beschaffungsprojekte wie Patriot, IRIS-T oder MARS II.

Mit diesem Haushalt können Sie, Herr Bundesminister, nicht nur die materielle Einsatzbereitschaft nicht sicherstellen, sondern drohen auch die wertvollste Ressource unserer Bundeswehr vor den Kopf zu stoßen, nämlich die Menschen. Unsere Soldatinnen und Soldaten werden schon gegenwärtig unpünktlich befördert und warten teilweise mehr als vier Jahre darauf, und das, obwohl sie gewissenhaft und treu ihre Aufgaben und Aufträge erfüllen.

Was nun mit diesem Haushalt droht, Herr Bundesminister, schlägt dem Fass den Boden aus, und das laste ich Ihnen, Herr Minister, ganz persönlich an: Die Regelund Laufbahnbeförderungen zum Leutnant können nach aktuellem Stand nächstes Jahr nicht finanziert werden.

Florian Hahn

(A) Ich warne Sie, jetzt Dienstgradgruppen gegeneinander auszuspielen und die Pflichtbeförderung zum Leutnant durch noch längere Wartezeiten beispielsweise bei den Portepeeunteroffizieren zu erkaufen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Kurzum: Sie haben den Aufwuchs der Truppe vollmundig angekündigt und wollen 2029 kriegstüchtig sein. Sie schaffen es aber noch nicht einmal, für Personal das notwendige Geld zur Verfügung zu stellen: so viel zur Wertschätzung für unsere Soldatinnen und Soldaten, Herr Minister.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Ampelfraktionen, die Bedrohung durch die Russische Föderation wird immer größer. Putin hat nicht nur den Willen, sondern bald auch die militärischen Fähigkeiten, um seinem Ziel der Wiederherstellung der russischen Einflusssphäre wie zu Zeiten der Sowjetunion näherkommen zu können. Das einzig bewährte Mittel dagegen ist Abschreckung.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, kommen Sie zum Schluss, bitte.

Florian Hahn (CDU/CSU):

Deswegen kann ich nur an Sie – und auch an Sie, liebe Frau Kollegin Brugger – appellieren, dass Sie Ihre eigene Regierung zwingen, dafür das nötige Budget zur Verfügung zu stellen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Hahn. – Und nun lauschen wir den Worten des Bundesministers der Verteidigung, Boris Pistorius, für die Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Boris Pistorius, Bundesminister der Verteidigung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es geht heute um nicht mehr und nicht weniger als um unsere Sicherheit, um die reale Bedrohungslage in unserer unmittelbaren Nachbarschaft und ja, auch darüber hinaus, und es geht um glaubhafte Abschreckung. Es geht um den Kernauftrag der Bundeswehr, es geht um Landes- und Bündnisverteidigung, und vor allem geht es um die bestmögliche Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten, der Menschen, die jeden Tag bereit sind, für unsere Sicherheit, wenn es darauf ankommt, ihr Leben zu riskieren. Für diesen Dienst, meine Damen und Herren Abgeordneten, hat die Truppe unseren allergrößten Respekt und unsere Anerkennung verdient, und ihnen allen gebührt unser Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Steffen Janich [AfD])

Wir stehen in der Verantwortung, die Bundeswehr so auszustatten, dass sie ihren Auftrag erfüllen kann: Ja, das stimmt. Sehr geehrter Herr Abgeordneter Wadephul, Sie wissen, dass ich Sie schätze. Ich freue mich über Ihr Engagement als Offizier der Reserve. Aber Sie sind, wie einige andere auch, seit 2009 Mitglied des Bundestages und damit auch Mitglied der CDU-Fraktion der vergangenen Jahre.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: CDU/CSU!)

Und erst leisten Sie einen Beitrag über viele Jahre, die Bundeswehr herunterzuwirtschaften und materiell an die Wand zu fahren,

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Man merkt, dass Sie in der Landespolitik waren, Herr Pistorius!)

um dann nach drei Jahren unserer Anstrengungen sich hinzustellen und sie schlechtzureden als eine Fassadenarmee. Sie sollten sich wirklich schämen!

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Nie haben Sie so viel Geld zur Verfügung gestellt, wie wir das jetzt tun, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU])

Wir schließen die Fähigkeits- und Materiallücken, die Sie gerissen haben, meine Damen und Herren.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Nee, nee! Fragen Sie mal bei Herrn Scholz nach!) (D)

Im kommenden Jahr stehen dafür aus dem Einzelplan 14 53,25 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind rund 1,3 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr und ja, weniger, als ich gefordert habe.

(Nina Warken [CDU/CSU]: Das ist Ihre Verantwortung!)

Der Entwurf des Wirtschaftsplans 2025 zum Sondervermögen sieht weitere Haushaltsmittel in Höhe von rund 22 Milliarden Euro vor. Insgesamt stehen damit über 75 Milliarden Euro für unsere Sicherheit und unsere Verteidigung zur Verfügung. Suchen Sie diese Größenordnung einmal in der Geschichte der Bundesrepublik!

(Nina Warken [CDU/CSU]: Die Stimmung in der Truppe ist trotzdem schlecht!)

Wir werden in diesem Jahr erstmalig seit über 30 Jahren – Sie haben das auch nie geschafft – 2 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU])

Sie alle wissen, warum das so wichtig ist: Es ist ein Versprechen an unsere Bundeswehr, an die Soldatinnen und Soldaten und die Beschäftigten. Es ist aber auch ein Versprechen an unser aller Sicherheit hier in unserem Land, in Deutschland, die unserer Partner sowie an das Trans-

(B)

Bundesminister Boris Pistorius

(A) atlantische Bündnis. Wir festigen damit das Vertrauen, dass wir füreinander einstehen, wenn es darauf ankommt, meine Damen und Herren.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Jetzt kommt wieder eine Fassadenrede! – Gegenruf des Abg. Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind ja nur neidisch!)

Dieser internationale Schulterschluss ist in Zeiten, in denen von so vielen Krisen und Konflikten die Rede ist, von herausragender Bedeutung. Und angesichts dieser Krisen und Konflikte, meine Damen und Herren, ist aber auch klar: Das wird nicht reichen. Wir werden in Zukunft mehr Geld ausgeben müssen, das heißt auch mehr als die 2 Prozent. Daran, meine Damen und Herren, führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Doch, Ihr Haushalt!)

2 Prozent dürfen nicht das Ziel sein. Sie sind das Minimum, wenn wir unsere Sicherheit in den nächsten Jahren ernst nehmen.

Wir haben im vergangenen Jahr sehr viel erreicht und die Zeit und das Geld genutzt, um wichtige Projekte für die Bundeswehr anzustoßen und voranzubringen. Die Zahl der 25-Millionen-Euro-Vorlagen im letzten und in diesem Jahr muss ich hier nicht wieder zitieren. Wir haben die Prozesse für die Beschaffung von Rüstungsgütern in einer Art und Weise verkürzt und beschleunigt wie noch niemand vor uns, meine Damen und Herren. Und wir haben sie den Anforderungen an die Zeitenwende angepasst. Etwas, woran Sie und meine Vorgänger, insbesondere der Union, regelmäßig gescheitert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Die Tatsache, dass wir in diesem Jahr – ich nenne die Zahl jetzt doch noch einmal – bereits vor der Sommerpause 42 große Beschaffungsvorlagen gemeinsam mit dem Parlament anstoßen konnten,

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Die können Sie doch alle wieder einsammeln!)

zeigt ebenfalls, wie schnell und effizient wir vorankommen. Unter anderem haben wir 105 Kampfpanzer Leopard 2 A8 und zwei weitere Fregatten der Klasse 126 bestellt.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Alles nicht durchfinanziert!)

 Wenn Sie früher Fregatten bestellt hätten, hätten wir heute eine besser ausgestattete Marine.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zurufe des Abg. Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU])

Luftverteidigungssysteme Patriot, Skyranger, Kommunikationssatelliten, diverse Munition: alles Dinge,

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

die Sie über 15 Jahre verschlafen haben; die holen wir (C) jetzt im Speed-Tempo nach, meine sehr geehrten Damen und Herren. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Florian Hahn [CDU/CSU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Außerdem arbeiten wir gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium und unseren Partnern in der Industrie daran, unsere Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu stärken und resilienter zu machen. Wir müssen Wirtschaft und Industrie so aufstellen, dass sie ihre Produktions- und Lieferkapazitäten im Ernstfall schnell erhöhen und anpassen können an die Bedarfe. Auch hier müssen wir Tempo machen.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Deutschlandtem-po!)

Die aktuelle Bedrohungslage erfordert das. Und noch einen Satz: Ich war der erste Bundesminister der Verteidigung seit vielen Jahren, der wieder persönlich mit Vertretern der Rüstungsindustrie gesprochen hat, und tue das regelmäßig. Meine Vorgängerinnen und Vorgänger haben sich gescheut, das zu tun. Fragen Sie mal, warum!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Henning Otte [CDU/CSU]: Nicht alle!)

Die Bedrohungslage ist ein Stichwort auch für die Brigade, die wir dauerhaft an der NATO-Ostflanke, genauer gesagt in Litauen, stationieren werden. Ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik und für die Bundeswehr, aber essenziell, wenn es um wirksame Abschreckung und Wahrnehmung unserer Bündnisverpflichtungen geht. Und schon wenige Monate nach der Entscheidung konnten wir bereits die ersten Männer und Frauen als Vorkommando nach Litauen schicken. Aus diesem erwächst nun über die nächsten Wochen ein vollwertiger Aufstellungsstab, und im Frühjahr wird der Brigadestab stehen.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Sie wissen, das ist nicht finanziert! Das steht auf tönernen Füßen!)

Mit dem "Artikelgesetz Zeitenwende", das voraussichtlich im November ins Parlament geht, schaffen wir gesetzliche Voraussetzungen, um die personelle Einsatzbereitschaft zu stärken und den Dienst in der Bundeswehr insgesamt noch attraktiver zu machen. Ich danke ausdrücklich dem Finanz- und dem Innenministerium, die hier hervorragend mit uns bei der Erstellung dieses Gesetzentwurfes zusammengearbeitet haben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Zu dem, was wir hier regeln, zählen Maßnahmen von Änderungen im Arbeitszeitrecht bis zu Alarmierungsvergütungen. Eine schnelle und umfassende Aufwuchs- und Durchhaltefähigkeit im Ernstfall sind von grundlegender Bedeutung. Diese bereits im Frieden glaubhaft anzulegen, ist ein zentraler Baustein unserer Abschreckung. Und mit meinem Vorschlag für den neuen Wehrdienst, D)

Bundesminister Boris Pistorius

(A) Herr Wadephul, schaffen wir dafür die dringend nötigen Grundlagen, die übrigens von Ihrer Bundesregierung zerstört wurden.

> (Beifall bei Abgeordneten der SPD - Sara Nanni [BÜNDNİS 90/DIE GRÜNEN]: Wäre nicht nötig gewesen!)

Sie haben die Wehrerfassung und die Wehrüberwachung über den Jordan gehen lassen. Sie haben dafür gesorgt, dass ich heute nicht wüsste, wen wir mobilisieren können, wenn es zum Ernstfall käme. Das steht auf Ihrem Bierdeckel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir bauen jetzt die dringend erforderlichen Strukturen und Kapazitäten zur Wehrerfassung und Wehrüberwachung wieder auf. Denn wir müssen wissen, wen wir heranziehen können und wie geeignet diese Personen sind. Dafür fehlen derzeit die Grundlagen. Wir sind dadurch besser vorbereitet für den Ernstfall, für einen schnellen Aufwuchs und eine höhere Durchhaltefähigkeit unserer Bundeswehr.

Und nicht zuletzt, meine Damen und Herren, setzen wir die größte Organisationsreform der Bundeswehr seit mehr als zehn Jahren um. Die Bedrohungslage bleibt auf absehbare Zeit sehr ernst. Wir müssen davon ausgehen, dass die russische Armee bis zum Jahr 2026 um mehr als 30 Prozent auf 1,5 Millionen Soldaten aufwachsen wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU])

(B)

Russland hat auf Kriegswirtschaft umgestellt und kann seine Streitkräfte vermutlich innerhalb weniger Jahre so aufstellen, dass es NATO-Territorium angreifen könnte. Wir setzen alles daran, unsere Verteidigungsfähigkeit zu

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Nein! Quatsch! Nicht mit diesem Haushalt! -Gegenruf des Abg. Wolfgang Hellmich [SPD]:

und die Ukraine gleichzeitig in ihrem schweren Verteidigungskampf gegen Russland weiter zu unterstützen.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Das glauben Sie doch selber nicht, Herr Minister! Sie können das doch selber nicht glauben!)

Wo waren eigentlich Ihre lautstarken Forderungen nach der Unterstützung der Ukraine in der heißen Wahlkampfphase in den ostdeutschen Bundesländern, meine Damen und Herren von der CDU/CSU?

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Immer! Immer da, Herr Pistorius! Immer da! - Gegenruf der Abg. Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN])

Noch in diesem Jahr werden wir Kiew zum Beispiel vier weitere IRIS-T-Systeme, fünf weitere Gepard-Flugabwehrpanzer, einen Großteil der in der vergangenen Woche zugesagten 12 Panzerhaubitzen, Kampfdrohnen, mehrere Tausend Schuss Artillerie und Panzermunition, (C) bis zu 40 Kampfpanzer Leopard 1 A5 und 20 Schützenpanzer Marder liefern. Diese Liste, meine Damen und Herren, schreiben wir auch im nächsten Jahr fort.

Es bleibt dabei: Wir sind ein verlässlicher Unterstützer der Ukraine,

> (Florian Hahn [CDU/CSU]: Sie streichen 50 Prozent!)

und Deutschlands Unterstützung macht einen Unterschied. Das haben wir Präsident Selenskyj am vergangenen Freitag in Ramstein und mein Kollege Umerow letzte Woche Mittwoch hier in Berlin noch einmal nachdrücklich bestätigt. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass wir in Zukunft mehr Mittel im Einzelplan 60 benötigen, um die Unterstützung so tatkräftig fortsetzen zu können.

Meine Damen und Herren, Ukraineunterstützung, NATO-Verpflichtungen, Instandhaltung, Personal und vor allem dringend nötige weitere Rüstungsinvestitionen -

(Zuruf des Abg. Florian Hahn [CDU/CSU])

die Liste ist lang, und sie zeigt: Wir müssen auf absehbare Zeit mehr Geld für unsere Sicherheit in die Hand nehmen.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: In absehbarer Zeit? Was heißt: in absehbarer Zeit? Wann denn? - Gegenruf der Abg. Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

An dieser Wahrheit führt kein Weg vorbei. Um unsere Bundeswehr für die Zukunft, über das Sondervermögen hinaus, nachhaltig aufzustellen, muss der Verteidigungs- (D) etat, Einzelplan 14, daher weiter steigen. Das gilt für die kommenden Jahre,

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Die werden schon kommen!)

und das gilt erst recht für die Zeit ab 2028, wenn das Sondervermögen aufgebraucht sein wird.

Dafür brauchen wir Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten. Zeigen Sie, dass Sie für die Frauen und Männer unserer Bundeswehr einstehen,

> (Florian Hahn [CDU/CSU]: Ihr Geschwafel reicht nicht! Geld muss her!)

dass wir ihnen gemeinsam das geben, was sie für ihren Dienst - die zentrale Zukunftsaufgabe, nämlich unser aller Sicherheit – brauchen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Minister. – Nächster Redner ist der Kollege Rüdiger Lucassen, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Rüdiger Lucassen (AfD):

Herr Präsident! Frau Wehrbeauftragte! Meine Damen und Herren! Die Ampelkoalition und das gesamte linke Establishment Deutschlands erleben eine beispiellose

Rüdiger Lucassen

(A) Demaskierung. Aus Gründen, die nicht mehr nachvollziehbar sind, haben sich SPD und Grüne über Jahre als moralische Instanz aufgespielt, als Richter über Gut und Böse, als diejenigen, die wüssten, wie man Deutschland lenkt. Mit Vorlage des Bundeshaushalts 2025 haben wir nun den letzten Beweis, dass es die Politiker der Ampel nicht können. Wenn ein Konzern eine solche Finanzplanung vorlegen würde, ginge er bankrott oder, um es im Habeck-Deutsch zu sagen, er würde erst einmal aufhören, zu produzieren.

(Beifall bei der AfD)

Der vorliegende Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts und die Finanzplanung sind Konstruktionen aus Schulden und ungedeckten Schecks. Die Ampelkoalition versucht dabei nicht einmal mehr, ihr unseriöses Tun zu verschleiern. Im Finanzplan bis 2028 weist die Bundesregierung einen Sprung im Verteidigungshaushalt von 28,1 Milliarden Euro aus. Das ist ein Anstieg von 50 Prozent. Keine Regierung seit Konrad Adenauer hat sich so ein haushalterisches Vabanquespiel erlaubt. Sie befeuern den finanzpolitischen Kollaps unseres Landes in wenigen Jahren.

(Beifall bei der AfD)

Der Verteidigungsminister zieht dieser Tage durch die Lande und preist die Zeitenwende bei der Bundeswehr an. Ich habe schon im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass es sich dabei um eine PR-Nummer der SPD handelt, die substanziell durch nichts hinterlegt ist. Denn die Situation in der Bundeswehr ist nach wie vor so, dass es durch die Abgaben an die Ukraine weniger Großgerät in den Kasernen gibt als vor Beginn des Krieges.

(Wolfgang Hellmich [SPD]: Wenn man was abgibt, ist weniger da!)

Das Kiel Institut für Weltwirtschaft ist schon zitiert worden, und ich zitiere noch den Präsidenten Schularick, der sagt: "Die Zeitenwende ist ... eine Worthülse." Die Wissenschaftler dieses Instituts haben ausgerechnet, dass es 40 Jahre dauert, um bei Kampfpanzern auf den Rüstungsstand von 2004 zu kommen. Das ist das Pistorius-Tempo.

(Beifall bei der AfD)

Das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro – also diese Sonderverschuldung von 100 Milliarden Euro – wird 2027 ausgegeben sein. Wenn dann aber das beschaffte Großgerät zuläuft, werden Folgekosten entstehen, die alle Dimensionen sprengen. Weil die Ampel sich weigert, ihre Ausgaben zu priorisieren, schafft sie eine Pfadabhängigkeit für ein Schneeballsystem. Die nächste Bundesregierung wird die Verpflichtungen, die die Ampel hier munter eingeht, nur mit weiteren Schulden bedienen können. Was die Ampel hier macht, ist im Grunde eine Art Nero-Befehl für künftige Bundeshaushalte: Sie hinterlässt verbrannte Erde.

(Beifall bei der AfD – Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die Debatte der schlechtesten Metaphern! – Zuruf des Abg. Dr. Sebastian Schäfer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, wie ist das Verhalten der (C) Ampelregierung zu erklären? Nicht mit dem Begriff der Anständigkeit, nicht mit dem Begriff der demokratischen Verantwortung im Hinblick auf Nachfolgeregierungen und schon gar nicht mit dem Begriff der Vaterlandsliebe.

(Beifall bei der AfD)

Die Koalition ist weit über ihr Verfallsdatum hinaus, und Kanzler und Minister wissen das. Neu ist, dass sie trotzdem weitermachen – koste es, was es wolle. Ein Gerhard Schröder hatte wenigstens noch den Mut, die Vertrauensfrage zu stellen. Die Regierung Scholz nimmt jeden Tag noch Pensionsanspruch mit – koste es, was es wolle.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Sara Nanni [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Ha! Unglaublich! – Gabriele Katzmarek [SPD]: Das ist echt ein Geschwätz!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Sebastian Schäfer, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Dr. Sebastian Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Wehrbeauftragte! Herr Minister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu meiner Rede komme, will ich mich zunächst (D) den guten Wünschen von Wolfgang Hellmich für meinen sehr geschätzten Kollegen Andreas Schwarz, unserem Hauptberichterstatter zum Einzelplan 14, anschließen. Andi, wir brauchen dich hier!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Sondervermögen für die Bundeswehr war die richtige Antwort nach dem brutalen Angriff Russlands auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022. Es war eine haushaltspolitisch kluge Lösung, um möglichst zügig wesentliche Fähigkeitslücken der Bundeswehr zu schließen, ohne andere Aufgaben des Bundes zu beeinträchtigen. Oder – um die schon angesprochene Kieler Studie zu zitieren –: Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren viel erreicht.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha! Steht das auch in den Studien? – Gegenruf des Abg. Markus Grübel [CDU/CSU]: Leider nein!)

Zweieinhalb Jahre nach der Ausrufung der Zeitenwende sehen wir allerdings, dass das Sondervermögen – immerhin 100 Milliarden Euro neue Verschuldung – nicht ausreicht, um unsere Verteidigungsfähigkeit so zu stärken, wie das aufgrund der Bedrohungslage leider notwendig ist. Die Zeitenwende ist kein Projekt für eine Legislaturperiode. Alleine durch Umschichtungen im Bundeshaushalt – Agnieszka Brugger hatte es angesprochen – werden wir nach Auslaufen des Sondervermögens

Dr. Sebastian Schäfer

(A) die Deckung der Bedarfe nicht ausreichend sicherstellen können. Wir müssen konstatieren: An dieser Stelle hinterlassen wir einer künftigen Bundesregierung eine Hypothek.

(Markus Grübel [CDU/CSU]: Die hinterlasst ihr uns!)

Im Finanzplan ist 2028 ein großer Sprung bei den Verteidigungsausgaben abzulesen. Finanziell hinterlegt ist dieser Sprung im Moment nicht, und das ist problematisch

Wir sehen, dass Russland seine Volkswirtschaft auf eine Kriegswirtschaft umgestellt hat. Wir sehen die Unterstützung für Russland aus China, aus Nordkorea, aus dem Iran. Wir sehen, dass Marschflugkörper in Sankt Petersburg abgefeuert werden können, unmittelbar an der NATO-Grenze. Deshalb müssen wir abschreckungsund verteidigungsfähig sein. Dafür brauchen wir Forschung und Entwicklung. Wir müssen leider in der Ukraine sehen, wie schnell und tiefgreifend Innovationen nicht nur bei den Drohnen die Kriegsführung verändern.

Für Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit brauchen wir auch eine leistungsfähige, europäisch integrierte Rüstungsindustrie. Und das ist ohne verlässliche Aufträge nicht möglich. Deshalb braucht es so schnell wie möglich eine verlässliche Finanzierung für unsere Verteidigung auch nach dem Ende des Sondervermögens und nicht nur eine Finanzplanung mit großen finanzpolitischen Handlungsbedarfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (B) und bei der FDP)

Die Bundesregierung hat mit der dauerhaften Stationierung einer Brigade in Litauen ein wichtiges Signal an unsere östlichen NATO-Nachbarn gegeben. Auch damit sind jedoch erhebliche Finanzbedarfe verbunden. Für die Brigade und den Bedarf der Bundeswehr haben wir schon einen Großauftrag über Kampfpanzer des Typs Leopard 2 A8 auf den Weg gebracht, aber die Brigade braucht mehr als diese Kampfpanzer.

Mit dem Artikelgesetz, das das Bundeskabinett vergangene Woche beschlossen hat, können wir einen richtigen und wichtigen Schritt machen, für die Brigade auch das geeignete Personal zu finden. Dauerhaft Dienst in Litauen zu tun, das ist alles andere als selbstverständlich, das ist gerade auch für unsere Bundeswehrfamilien eine schwierige Entscheidung. Stellvertretend für alle, die in der Bundeswehr Dienst tun, danke ich den Soldatinnen und Soldaten des Vorkommandos, die die Brigade gerade aufbauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die aktuelle Lage in der Ukraine stellt uns aber auch vor unmittelbare Herausforderungen. Russland hat in den vergangenen Wochen und Monaten seine Schläge auf die Energieinfrastruktur in der Ukraine extrem verstärkt. Dieser Terror gegen die Zivilbevölkerung in der ganzen Ukraine, übrigens vor allem auch im Westen des Landes – etwa in Lwiw, Lemberg –, einem Landesteil, den Alexander Dobrindt ja für sicher hält, diese Schläge ha-

ben eine Absicht. Putin will die Menschen zur Flucht (C) zwingen, wenn im Winter die Heizung nicht mehr funktioniert und die Wasserversorgung einfriert.

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Putin will gemeinsam mit seinen willfährigen Helfern auch unser Land mit dem daraus folgenden Zustrom destabilisieren, gerade vor der Bundestagswahl im nächsten Jahr

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ganz genau!)

Deshalb ist es eben auch in unserem Interesse, der Ukraine jetzt erneut und schnell zu helfen, auch über die Ansätze hinaus, die sich im Haushaltsplan für dieses und nächstes Jahr finden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Da zählt jeder Tag. Die Menschen in der Ukraine müssen in ihrer Heimat sicher sein, so wie die Menschen in unserem Land sicher sein müssen. Das bleibt unser Kernauftrag.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Wo ist das Geld dafür?)

Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP) (D)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Schäfer. – Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Alexander Müller, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Alexander Müller (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute vor zwei Wochen war ich in Gesprächen mit herausragenden Wissenschaftlern, mit wichtigen Politikern – Kollege Marcus Faber war dabei, Peter Heidt war dabei –, und wir sind auf sehr viele Ampelfans gestoßen. Das war in Warschau, wo man für die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland sehr dankbar ist; das haben wir in vielen Gesprächen dort rausgehört. Dass diese Bundesregierung Verantwortung übernommen hat – nicht nur mit Blick auf Litauen, wo wir jetzt eine Brigade stellen, sondern auch überall dort, wo wir als Bundesrepublik Deutschland unserer internationalen Verantwortung gerecht werden und auch flächenmäßig kleinere Länder an der NATO-Ostflanke stützen –, kommt dort gut an und wird in Osteuropa sehr stark gelobt.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Alexander Müller

(A) Wir werden – das haben wir heute schon gehört – im Haushalt für das nächste Jahr eine ganze Menge mehr für die Sicherheit tun. Wenn man auf die letzte Finanzplanung der Regierung Merkel schaut, dann sieht man, dass für 2025 46 Milliarden Euro vorgesehen waren. Das war damals ihr Plan. In der Realität werden es jetzt 53,25 Milliarden Euro sein, und da ist noch kein Sondervermögen mit dabei.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Da war noch kein Krieg, Herr Kollege! Das ist ja wirklich billig!)

Alleine das entspricht einer Steigerung von 16 Prozent.

Wir schaffen es nächstes Jahr, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben zu verwenden. Wir werden die 2 Prozent dauerhaft, also auch in den darauffolgenden Jahren, erreichen. Wir haben mit dem Sicherheits- und Verteidigungsetat den zweithöchsten Bundesetat, wir haben die historisch höchsten Mittel im Einzelplan 14. Ich könnte die ganzen Superlative aufzählen, aber ich habe nur drei Minuten Zeit.

Es reicht eigentlich, wenn Sie mit Soldatinnen und Soldaten mal über ihre persönliche Ausrüstung sprechen.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Wer hat denn da was auf den Weg gebracht?)

Da haben Sie – man erinnere sich zurück – noch vor vier, fünf Jahren immer Gejammer gehört. Heute sagen Ihnen die Soldatinnen und Soldaten, sie bräuchten einen zweiten Spind für das ganze Zeug, das sie mittlerweile bekommen haben. Die Ausstattung ist mittlerweile so gut; (B) sie ist mittlerweile so weit gediehen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Markus Grübel [CDU/CSU]: Anfänge davon liegen in der Zeit der Unionsverantwortung! – Florian Hahn [CDU/CSU]: Haben Sie die auf den Weg gebracht?)

Jetzt schauen wir noch mal zurück auf die Beschaffungen und Ausschreibungen unserer Vorgängerregierung. Es waren ja damals nicht allzu viele große Beschaffungsvorhaben. Das letzte Vorhaben, an das wir uns erinnern, war die Beschaffung der schweren Transporthubschrauber. Sie ist gnadenlos gescheitert. Man wollte Frankenstein-Hubschrauber bauen und irgendwelche Teile reinschrauben. Das ist gescheitert, musste neu gemacht werden. Beim Sturmgewehr war es das Gleiche. Da hat man auf der WTD Patentverletzungen nicht bemerkt. Wir setzen in diesem Jahr insgesamt 42 große Beschaffungsvorhaben um. 27 Milliarden Euro geben wir aus. Mit dem Sondervermögen geben wir dieses Jahr 75 Milliarden Euro aus.

In 2028 wird der Verteidigungshaushalt auf 80 Milliarden Euro anwachsen.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Ach so? Wie denn?)

Ich wundere mich immer über die Union, die darüber jammert, dass das nicht durchfinanziert sei. Sie haben doch den Anspruch und den Glauben, Merz wird nächstes Jahr Bundeskanzler.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Sie wollen doch Wehrbeauftragter werden!)

(C)

Dann brauchen Sie doch nicht unsere Hilfe, um Ihren Bundeshaushalt aufzustellen. So viel Service brauchen Sie von uns nicht.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Dr. Kristian Klinck [SPD])

Der Kollege Wadephul – er ist jetzt leider gerade nicht da – hat moniert, dass Boris Pistorius keine Grundgesetz- änderung einbringen würde. Er ist doppelt so lang im Bundestag wie ich, müsste eigentlich wissen, dass ein Bundesminister hier keine Gesetzesänderungen macht. Das kann sogar die Unionsfraktion machen.

(Markus Grübel [CDU/CSU]: Süß!)

Die Unionsfraktion ist in der Lage, hier selber Gesetzesänderungen vorzuschlagen. Insofern: Wenn Sie reif für die Regierung sind, dann können Sie auch so etwas machen.

(Markus Grübel [CDU/CSU]: Für irgendwas muss die Regierung ja auch verantwortlich und bemüht sein!)

Wir freuen uns auf Ihre Haushaltsanträge.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Alexander Müller (FDP):

Aber ich befürchte, dass es wie im letzten Jahr sein wird und Sie wieder keine Vorschläge zum Haushalt machen werden.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege.

Alexander Müller (FDP):

Aber wenn Sie regierungsreif sind, machen Sie das.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Nächster Redner ist der Kollege Markus Grübel, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Markus Grübel (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Rechtswissenschaft und in der Medizin gibt es eine Erscheinung, die "Lucidum intervallum" oder "lichter Moment" genannt wird.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt geht es noch weiter mit den Bildern! Leute, das ist furchtbar!)

Markus Grübel

(A) Einen solchen lichten Moment hatte die Ampel am 27. Februar 2022 mit der Verkündung der Zeitenwende hier im Deutschen Bundestag. Das war es dann aber auch schon mit den lichten Momenten.

Was hat sich seit Februar 2022 wirklich für die Bundeswehr getan? Pauschal: Zu wenig! Wurden die großen Ankündigungen der Bundesregierung von damals umgesetzt? Nur sehr unzureichend! Eine ungeeignete Verteidigungsministerin blieb viel zu lang im Amt. Das ist die Verantwortung der SPD und des Bundeskanzlers. Das Ziel, Jahr für Jahr mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts plus das Sondervermögen für die Verteidigung einzusetzen, wurde nie umgesetzt.

Die Hoffnung, dass nach der Zeitenwende-Rede schnell Material und Munition bestellt würden, wurde enttäuscht. Andere Länder waren viel schneller. Der Vorstand eines der größten Unternehmen sagte: Bei mir haben elf Länder bestellt, Deutschland ist nicht dabei. Wenn ihr jetzt kommt, seid ihr die zwölften. – Und dann hat es noch Monate gedauert. Wer zuletzt kommt, mahlt zuletzt. Wir haben ja schon auf den Beitrag des Instituts für Weltwirtschaft hingewiesen, dem man entnehmen kann, wie lange wir brauchen, bis wir unser Ziel erreichen. Durch zu späte Nachbestellungen nach Abgabe von Gütern an die Ukraine steht die Truppe heute schlechter da als vor dem Krieg. Wenn man es sich mal anschaut, dann erkennt man: Die 1. Panzerdivision ist bestenfalls bedingt einsatzfähig und auf keinen Fall kriegstüchtig.

Aber das Wichtigste: Eine echte Zeitenwende, die alle Bereiche umfasst, die Deutschland und die EU starkmacht im Wettbewerb der Systeme, die Sicherheit und Wohlstand in Zukunft garantiert, ist völlig ausgeblieben. Die Ampelregierung war und ist nicht in der Lage, sich auf gute Prioritäten zu einigen. Wie schon in den vergangenen Jahren ist auch für 2025 der Verteidigungsetat viel zu niedrig angesetzt. In der mittelfristigen Finanzplanung bleibt der Einzelplan 14 bis 2027 quasi eingefroren und entwickelt sich seitwärts.

Neu ist in der Tat der große Sprung im Jahr 2028 auf 80 Milliarden Euro. Seriös wäre es aber, den Einzelplan 14 schon früher ansteigen zu lassen. So ergibt sich über die Jahre eine strukturelle Unterfinanzierung der Bundeswehr.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und Sie, Herr Minister Pistorius – er ist jetzt gegangen – –

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Er sitzt hier hinter mir.

Markus Grübel (CDU/CSU):

Auf einem ungewohnten Platz. – Sie, Herr Minister, haben 2023 durchaus zu Recht 10 Milliarden Euro zusätzlich gefordert. Diese Plafonderhöhung wäre ja auch dringend nötig gewesen; aber Sie konnten sich leider nicht durchsetzen. Allein dadurch fehlen der Bundeswehr bis 2027 rund 40 Milliarden Euro. Wie der Anstieg 2028 umgesetzt werden soll, überlässt die Ampelregierung der Nachfolgeregierung. Herr Kollege Schäfer, Sie haben das völlig richtig dargestellt: Da gibt es keine Anzeichen, wie

die Regierung das umsetzen will. Herr Hellmich, in Ihrer (C) Rede – sie hat mir eigentlich gut gefallen – haben Sie die Herausforderungen richtig geschildert, aber die Konsequenzen für den Haushalt nicht dargestellt.

Ich bin in dieser Debatte wahrscheinlich der Redner, der am längsten im Bundestag ist. Herr Minister, ich muss Ihnen sagen: Über all die Jahre war die SPD für eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts nicht sehr hilfreich. Der aktuelle Bundeskanzler und frühere Finanzminister ist ja ein Teil des Problems.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wolfgang Hellmich [SPD]: Aber der hat es doch gemacht!)

Mit diesem Haushalt ist unsere Sicherheit auf jeden Fall nicht herzustellen. Wenn Landes- und Bündnisverteidigung erste Aufgabe der Bundeswehr ist, wäre eine Vollausstattung aller Verbände mit Umlaufreserve und Ersatzteilen dringend nötig, also eine Aufwuchsfähigkeit. Nötig wäre auch genug Material für die Ukraine, sodass Russland in Friedensverhandlungen gezwungen werden kann.

(Wolfgang Hellmich [SPD]: Wo kommt das jetzt her?)

Neben dem auskömmlichen Haushalt gibt es aber noch andere Baustellen; die größte ist das Personal. Wie soll der neue Wehrdienst denn jetzt tatsächlich aussehen? Es wird wohl nur die kleinste Lösung kommen. Wie wird der Wehrdienst bezüglich der Frauen ausgestaltet? Wird die Regierung die überkommenen Rollenbilder in Artikel 12a Grundgesetz ändern? Ich erkläre es mal dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Marcus Faber.

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Ich erkläre es Ihnen später!)

Die Verfassung besagt sinngemäß: Frau Strack-Zimmermann ist verpflichtet, in ortsfesten militärischen Lazaretteinrichtungen Dienst zu leisten. Sie in Schwesterntracht tupft dem Verwundeten den Schweiß von der Stirn und reicht ihm die Suppe. Und Herr Kubicki und ich und andere Männer mit Sturmgewehr und Kampfanzug, wir verteidigen die Freiheit unseres Vaterlandes.

(Heiterkeit – Agnieszka Brugger [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Andersrum wäre es für unsere Sicherheit besser!)

Das ist das Rollenbild, das die Verfassung vorschreibt. Wenigstens ich bin überzeugt, dass wir da mal rangehen sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auf jeden Fall ist es in unserem Interesse, mehr in unsere Sicherheit und Verteidigung zu investieren. Es ist auch unsere Pflicht, mehr Verantwortung für unsere eigene Sicherheit, aber auch für Europa und die freie Welt zu übernehmen. Die Maßnahmen der Ampelregierung genügen dazu nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Kollege Grübel. – Ich kriege jetzt das Bild gar nicht mehr aus dem Kopf: Wir beide mit Sturmgewehr. Ich wollte nur sagen: Ich weiß, ich war als Wehrrichter vorgesehen; aber das hat sich jetzt auch erledigt, weil ich über 70 bin. – Herzlichen Dank.

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Kristian Klinck, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dr. Kristian Klinck (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Wehrbeauftragte! Im Juli 1998 habe ich meinen Wehrdienst bei der Bundeswehr angetreten. Wir hatten damals noch die Wehrpflicht, die, liebe CDU/CSU, die Grundlage unserer Landesverteidigung war, und ich habe viele großartige Kameradinnen und Kameraden kennengelernt. Wenn ich mich jetzt fragen würde, was meine Kameraden von damals heute von mir erwarten, dann wäre die Antwort, glaube ich, "Ehrlichkeit"; vor allem würden sie von mir Ehrlichkeit erwarten. Und zur Ehrlichkeit gehört es, zu sagen, dass dieser Haushaltsentwurf zwar politisch das Bestmögliche ist, was in der jetzigen politischen Situation, unter den jetzigen Umständen erreicht werden konnte, dass die Mittel aber angesichts der Bedrohung, der wir gegenüberstehen, bei Weitem nicht ausreichen.

(B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sehr geehrte Damen und Herren, Sicherheit ist die Grundlage jedes Staates und jeder Gesellschaft. Niemand investiert dort, wo die Sicherheit gefährdet ist. Niemand kann dort unbeschwert leben. Dabei ist Sicherheit auch ein Kernanliegen der Sozialdemokratie. Gerade die Menschen, die auf die öffentliche Infrastruktur angewiesen sind, die beispielsweise öffentliche Verkehrsmittel für den Arbeitsweg nutzen, die sich nicht durch ein großes Vermögen Sicherheit kaufen können, gerade diese Menschen brauchen Sicherheit. Deswegen ist es die besondere Verantwortung jeder sozialdemokratisch geführten Regierung, alles Erdenkliche zu tun, um die Sicherheit zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Die Bedrohungen unserer Sicherheit sind immens. Wir stehen hybriden Angriffen, Spionage und einer Aufrüstung durch Russland gegenüber. Auch vor der Unterstützung unseriöser Politiker in Deutschland schreckt Putin nicht zurück. Putin hat – es wurde schon erwähnt – auf Kriegswirtschaft umgestellt. Die russische Produktion an Panzern, Artillerie und Raketen steigt. Putin baut Reserven auf, und er schaut auf NATO-Gebiet.

Ja, die Ampelkoalition hat viel erreicht. Sie hat Gesetze geändert, Prozesse beschleunigt und mit der Unterstützung der Union das Sondervermögen geschaffen. Der

erste schwere Waffenträger, Boxer, kommt 2025, die (C) erste F-35 2026, der erste schwere Transporthubschrauber 2027. Das sind Erfolge.

Doch wir dürfen jetzt nicht in der Mitte der Zeitenwende stehen bleiben.

(Zuruf der Abg. Sara Nanni [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

Wir müssen unsere Verteidigung weiter stärken. Wir brauchen eine Vollausstattung unserer Kampfbataillone und müssen durchhaltefähig werden. Die Industrie braucht Planungssicherheit durch langfristige Verträge. Es müssen kontinuierlich Rüstungsgüter zulaufen. Ebenso brauchen wir eine starke Personalreserve. Es müssen mehr Menschen eine militärische Ausbildung erhalten. Das von Minister Boris Pistorius vorgeschlagene Wehrdienstmodell wird ein wichtiger Schritt auf dem Weg dahin. Ich hoffe, dass wir das Modell schon bald mit einer breiten Mehrheit im Deutschen Bundestag verabschieden werden, und ich freue mich, dass es von den Grünen und der FDP dazu positive Signale gibt.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich persönlich halte es für überlegenswert, das Modell anschließend in Richtung einer Dienstpflicht weiterzuentwickeln. Die Gesellschaft ist heterogener geworden. Das Gemeinsame in der Gesellschaft ist ein Stück weit verloren gegangen. Es gibt gute Gründe, zu sagen, das Gemeinsame sollte durch einen gemeinsamen Dienst wiederhergestellt werden. Wir sollten darüber sprechen, im Deutschen Bundestag und mit den Jugendverbänden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sehr geehrte Damen und Herren, das Ziel unserer Politik ist der Frieden. Wir müssen kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen. Kämpfen zu können, schließt Diplomatie und Völkerverständigung nicht aus – im Gegenteil, es erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die Gegenseite gesprächsbereit wird. Doch dazu müssen sich Sicherheit und Verteidigung im Haushalt niederschlagen und dürfen nicht an buchhalterischen Überlegungen scheitern. Und in diesem Zusammenhang sind manche Wortbeiträge aus der liberalen und der christdemokratischen Partei angesichts der aktuellen geopolitischen Situation unangemessen. Wenn die Schuldenbremse thematisiert wird, werden Erklärungen gegeben, warum bestimmte Dinge nicht gehen. Wenn Roosevelt oder Churchill so gedacht hätten, würde Europa heute anders aussehen.

(Karsten Klein [FDP]: Wir sind aber nicht im Zweiten Weltkrieg!)

Hatten die Vereinigten Staaten nach Pearl Harbour einen ausgeglichenen Haushalt? Hatte Großbritannien nach Dünkirchen einen ausgeglichenen Haushalt?

(Karsten Klein [FDP]: Das war im Zweiten Weltkrieg! In dem sind wir nicht!)

Dr. Kristian Klinck

(A) Wenn wir angegriffen werden, wird es viel teurer, und da spreche ich noch gar nicht von menschlichem Leid. Es darf keinen Verteidigungshaushalt nach Kassenlage geben. Hier muss sich der Deutsche Bundestag auf seine Verantwortung besinnen!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich erwarte, dass die Koalition hier eine Lösung findet. Dabei möchte ich jedoch sagen, dass der Staat sich nicht ohne jede Grenze verschulden kann. Bereits eine konsequentere Nutzung der vorhandenen Instrumente des Grundgesetzes würde uns bei der Stärkung der Bundeswehr helfen. Darüber hinaus bindet die Verpflichtung, Lösungen zu finden, selbstverständlich alle Koalitionspartner, und sie erstreckt sich auf alle Politikfelder. Auch Fortschritte bei Digitalisierung und Bürokratieabbau können unsere Sicherheit voranbringen, indem sie unsere wirtschaftliche Grundlage stärken.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin davon überzeugt: Es lässt sich ein Konzept für die Stärkung unseres Gemeinwesens und unserer Sicherheit formulieren, hinter das sich eine breite Mehrheit im Bundestag stellen kann. Alle Fraktionen im Deutschen Bundestag haben eine Verantwortung für unsere Bundeswehr und für unsere Soldatinnen und Soldaten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nehmen diese Verantwortung sehr ernst, und ich glaube fest daran, dass eine sehr, sehr große Mehrheit hier im Hause das auch so sieht. Verantwortung für Deutschland, das heißt, für die Menschen in Deutschland Sicherheit zu schaffen, im Innern und nach außen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

(B)

Vielen Dank, Herr Kollege Klinck. – Als nächste Rednerin hat das Wort die Kollegin Dr. Gesine Lötzsch aus der Gruppe Die Linke.

(Beifall bei der Linken)

Dr. Gesine Lötzsch (Die Linke):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bundesminister Pistorius will unser Land kriegstüchtig machen. Ich sage: Wir müssen friedenstüchtig sein.

(Beifall bei der Linken)

Das ist übrigens auch das Beste für die Menschen von der Bundeswehr, die hier gerade auf der Tribüne Platz genommen haben, um der Debatte zu folgen.

Ein Berater der Bundesregierung, Clemens Fuest, erklärte im ZDF zur Haushaltslage – ich zitiere –: "Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. ... Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter." Was für eine zynische Einstellung! Ich finde, das können wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der Linken)

Um im Bild zu bleiben: Wir wollen Butter statt Kanonen.

Meine Damen und Herren, eine Vergleichszahl: In (C) meinem Wahlkreis, in Berlin-Lichtenberg, wurde eine neue Kita für 130 Kinder eröffnet. Sie kostete 6,5 Millionen Euro. Ein Leopard-Panzer kostet 27,5 Millionen Euro.

(Karsten Klein [FDP]: Ach Gott!)

Wenn die Ampel nur einen Panzer weniger bestellen würde, könnten wir für das Geld vier Kitas bauen. Und ich sage: Kitas statt Panzer, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der Linken – Karsten Klein [FDP]: Fragen Sie mal die Kinder in Kiew!)

Herr Pistorius kann über ein riesiges Sondervermögen von 100 Milliarden Euro verfügen. Wir als Linke haben ein Sondervermögen für Bildung in Höhe von 100 Milliarden Euro gefordert. Das wurde von der Ampel abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Dr. Marcus Faber [FDP])

Jetzt will Herr Pistorius noch mehr Geld haben. Ich denke, wir dürfen das nicht hinnehmen. Wir brauchen das Geld für die Zukunft und die Bildung.

(Beifall bei der Linken sowie des Abg. Ali Al-Dailami [BSW])

Meine Damen und Herren, viele Ampelpolitiker fordern jetzt Solidarität mit dem Verteidigungsminister; das ist hier heute auch gesagt worden. Doch wo ist die Solidarität mit den Eltern und den Kindern, die keinen Kitaplatz bekommen?

(Zuruf von der Linken: Genau!)

(D)

Wo ist die Solidarität mit den Menschen, die keine bezahlbare Wohnung finden?

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Anderer Einzelplan!)

Wo ist die Solidarität mit den Kindern, die in unserem reichen Land in Armut leben?

Die Kindergrundsicherung wurde auf dem Altar der Rüstungsindustrie geopfert. Das ist eine Schande für unser Land.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten des BSW – Johannes Arlt [SPD]: So ein Schwachsinn! Das glauben Sie doch selber nicht! – Florian Hahn [CDU/CSU]: Jetzt müssen Sie aber abrüsten!)

Und das Klimageld wollen Sie auch nicht auszahlen. Sie als Staat wollen lieber bei dem Panzerhersteller Rheinmetall einsteigen. Das ist der falsche Weg, meine Damen und Herren.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Jetzt müssen Sie abrüsten!)

Und es kommt noch schlimmer. 100 Milliarden Euro – das ist schon angesprochen worden – aus dem "Sondervermögen Bundeswehr" sollen also bis Ende 2027 ausgegeben werden. Danach wollen Sie 28,1 Milliarden Euro zusätzlich aus dem Bundeshaushalt für die Aufrüstung der Bundeswehr ausgeben. Das ist mehr, als wir in

Dr. Gesine Lötzsch

(A) einem Jahr für Bildung und Wissenschaft ausgeben; und das sind die falschen Prioritäten, meine Damen und Her-

> (Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten des BSW – Sepp Müller [CDU/CSU]: Das ist Quatsch! Das wissen Sie! Erzählen Sie doch nicht so einen Blödsinn!)

Bundeskanzler Olaf Scholz will jetzt endlich eine Friedenskonferenz unter Beteiligung Russlands, um den Krieg Russlands gegen die Ukraine zu beenden. Er hat damit den richtigen Weg beschritten. Diesen Weg unterstützen wir. Wir brauchen Diplomatie. Wir brauchen Friedensverhandlungen. Wir wollen nicht kriegstüchtig sein, sondern friedenstüchtig, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat Sara Nanni für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Wehrbeauftragte! Ich habe dieses Jahr meinen Geburtstag an einem ungewöhnlichen Ort für einen Geburtstag verbracht, nämlich in Pabradė. Pabradė ist in Litauen; dort haben dieses Jahr mehrere NATO-Übungen stattgefunden. Die letzte große NATO-Übung im Baltikum dieses Jahr wurde von Deutschland geleitet. Insgesamt haben 90 000 Soldaten im ersten Halbjahr geübt, darunter viele Deutsche.

Wir als Abgeordnete im Verteidigungsausschuss sind es gewohnt, dass wir uns in den Kasernen in Deutschland, im Ministerium und auch bei den Auslandseinsätzen anschauen können, was mit dem Geld passiert, das wir im Einzelplan 14 verbuchen. LV/BV können wir zum Glück noch nicht besichtigen. Noch sind wir an einem Punkt, an dem man Menschen glauben machen kann, dass "Kita statt Panzer!" ernsthafte Politik ist. Ich halte es nicht für seriös.

(Beifall des Abg. Karsten Klein [FDP] – Zuruf des Abg. Ali Al-Dailami [BSW])

In Pabrade habe ich aber einen Eindruck bekommen, was es für die Soldatinnen und Soldaten heißt, den Ernstfall zu üben. Dort wird geübt, wie Russland angreifen könnte, und nicht, ob. Dort wird geübt, wie die NATO sich verteidigt, und nicht, ob. Und auch wir hier in diesem Hohen Haus sollten uns fragen, was unsere Verantwortung ist, wenn wir es für möglich halten, dass Russland die NATO angreift, und uns nicht in irgendwelchen sinnlosen Debatten darüber verlieren, ob das überhaupt möglich ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Der Minister hat es schon ausgeführt: Die Ampel hat (C) Verteidigungsausgaben über den EP 14 und das Sondervermögen so hoch wie nie möglich gemacht. Das machen wir nicht, wie es in der Unterstellung gerade von links wieder hieß, weil wir die Rüstungsindustrie unterstützen wollen, sondern das machen wir, weil wir das ernst nehmen, weil wir es für möglich halten, dass Russland die NATO angreifen könnte.

Ich kenne auch die Argumente, die genannt werden: Das lohnt sich ja gar nicht für Putin. – Warum sollte er das tun? - Er wird doch gegen die NATO verlieren. - Welche Gründe hätte er denn? - Hier rationales Vorgehen anzunehmen, sollten wir an dieser Stelle vielleicht nicht tun; denn auch der Angriff Russlands auf die Ukraine hat sich für Russland nicht gelohnt. Putin schaut nicht darauf, wie stark Russland ist, sondern Putin schaut darauf, wie vermeintlich schwach die andere Seite ist. Die Ukraine ist Kriegspartei geworden; sie wollte es nie. Auch ich will, dass wir es nicht werden. Aber ich will, dass, wenn wir es werden, wir darauf vorbereitet sind, das auch entsprechend abwehren zu können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Ja, wir tun viel, viel mehr als andere vor uns. Trotzdem – das haben mir viele auch gesagt –: Wir tun nicht genug. Ich will einmal das Innen und das Außen zusammenbringen. Wir haben über den Sommer beobachtet, was seit Anfang August über Brunsbüttel passiert. Da wird, so sieht es aus, ein Ziel ausgespäht. Wir haben die Sabotageverdachte mitbekommen. Wir sehen die Desinformationskampagnen, die vom Kreml gesteuert wer- (D) den. Wir sehen das Strategiepapier, in dem der Kreml genau aufzeigt, welche Fraktion, welche Partei man wie unterstützen sollte, weil sie die Narrative aus Moskau mit unterstützen.

Wir wissen, dass wir hohe Bedarfe haben – meine Kollegin hat es schon angesprochen – bei der kritischen Infrastruktur. Thema Gesamtverteidigung: Reden Sie mal mit den Ländern, was da noch nötig ist! Bei den Themen "Zivilschutz" und auch "Unterstützung der Ukraine" geht es um so hohe Summen, von denen wir hier reden, dass ich, ehrlich gesagt, finde, dass das Gerede, das jetzt wieder aus der Union kam: "Da könnte man doch da noch ein bisschen kürzen und da noch ein bisschen kürzen",

(Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Haben wir gar nicht gesagt!)

so was von unseriös ist. Wer so redet, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union – –

> (Florian Hahn [CDU/CSU]: Wer hat denn so geredet, Frau Nanni?)

– Sie haben so geredet.

(Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Nee!)

- Nee? Ach so, stimmt. Sie sagen ja gar nicht, wo das Geld herkommen soll. Beim Bürgergeld kann man 20 Euro kürzen, und dann reicht das alles.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Also, was denn jetzt? Sagen wir es, oder sagen wir es nicht? Sie müssen sich jetzt mal entscheiden!)

(C)

Sara Nanni

(A) Wir reden hier von so hohen Summen, dass man so unseriös darüber nur reden kann, wenn man gar nicht mehr vorhat, zu regieren,

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Sie sind unseriös!)

und zwar die ganzen nächsten Jahre nicht. Dann kann man so reden, sonst nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir müssen jetzt aus diesem Haushalt rausholen und optimieren, was geht, auch im Einzelplan 14. Ich hätte mir da auch mehr gewünscht. Den großen Wurf wird dieses Parlament nicht mehr hinbekommen. Der muss an anderer Stelle stattfinden. Ich wünsche uns allen zusammen trotzdem konstruktive Verhandlungen. Es geht um die Sicherheit unseres Landes und um Europa. Da braucht es mehr als die Wiederholung von GroKo-Streitereien

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Das sind Ampelstreitereien!)

und irgendwelchen Schuldenbremsenmythen usw.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin!

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Da braucht es eine ernsthafte Auseinandersetzung darüber, wie wir es hinbekommen, und nicht darüber, was alles nicht geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für das BSW hat Zaklin Nastic jetzt das Wort.

(Beifall beim BSW)

Zaklin Nastic (BSW):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Bundeshaushalt 2025 ist weitestgehend ein Kürzungshaushalt, mit dem Sie Deutschland weiter kaputtsparen werden. Dabei bräuchten wir dringend massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, in unsere Wirtschaft, die gerade um ihr Überleben kämpft. Setzen Sie sich doch lieber für gute Arbeitsplätze in der Industrie, zum Beispiel bei VW, ein, statt für deutsche Panzer, die gen Moskau rollen!

(Beifall beim BSW – Lachen bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Karsten Klein [FDP])

In allen Haushaltsressorts wird gekürzt. Nur die Ausgaben fürs Militär steigen weiter an: satte 90 Milliarden Euro, um das 2-Prozent-Ziel der NATO zu erfüllen. Bildung, Gesundheit, Bauen, Wohnen und Familien sind der Werteampel zusammen so viel wert wie ihre Kriegstüchtigkeit gegen Russland. Na, herzlichen Glückwunsch für diese Werte!

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können sich ja mal fragen, warum das so ist! Fragen Sie sich doch mal, Frau Nastic! – Zuruf des Abg. Karsten Klein [FDP])

Missmanagement im Beschaffungswesen ist weiterhin Programm. Etwa jeder fünfte Euro im Verteidigungsetat geht zurück auf Fehlplanungen des Verteidigungsministeriums. Reformieren Sie endlich das Beschaffungswesen, statt hart erarbeitetes Steuerzahlergeld weiterhin zu verschwenden!

(Beifall beim BSW)

Und beenden Sie endlich die Militärhilfen an die Ukraine! 28 Milliarden Euro und zweieinhalb Jahre später scheint langsam auch dem Kanzler das Licht aufzugehen, dass es eine Friedenskonferenz unter Einbeziehung Russlands braucht, um das Sterben in der Ukraine zu beenden.

Auch die Entscheidung der Bundesregierung ohne demokratische Diskussion im Parlament oder auch in der Öffentlichkeit zur Stationierung von US-Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden, über die wir keinerlei Kontrolle hätten,

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stimmt nicht! – Wolfgang Hellmich [SPD]: Alles Quatsch!)

die uns zu einem direkten Angriffsziel machen werden, diese Entscheidung macht die Sicherheitslage nicht besser.

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bleiben Sie doch bei den Fakten!)

Sie zeigt, dass diese Ampelpolitik mittlerweile nicht nur innen-, sondern auch verteidigungspolitisch eine große Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland darstellt.

(Beifall beim BSW – Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind ja auch nicht im Ausschuss! – Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stimmt! Wo waren Sie eigentlich heute Morgen?)

Meine Damen und Herren, es braucht dringend Entspannungspolitik.

(Markus Grübel [CDU/CSU]: Gehen Sie doch mal nach Moskau und sprechen Sie mit Ihren Freunden! – Agnieszka Brugger [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Oder in unseren Ausschuss!)

Es braucht dringend Diplomatie. Es braucht dringend das BSW.

(Beifall beim BSW)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die FDP hat Marcus Faber jetzt das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D)

(A) **Dr. Marcus Faber** (FDP):

Frau Nastic, Frau Lötzsch, ich hätte mich gefreut, wenn den Kindern im bombardierten Kinderkrankenhaus in Cherson die von Ihnen vorgeschlagenen Infrastrukturmaßnahmen geholfen hätten. Ich glaube aber, die brauchen eher mehr Luftverteidigung und nicht mehr Investitionen in Infrastruktur.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt auch für die Schulen, die ich bei Charkiw besucht habe.

(Zuruf vom BSW)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Als dieser 20. Deutsche Bundestag zusammenkam, haben wir in dieser Republik gut 40 Milliarden Euro für Verteidigung ausgegeben. Heute sind wir drei Jahre weiter. Wir geben jetzt in Summe knapp 80 Milliarden Euro für Verteidigung aus: Haushalt, Sondervermögen und sonstige Ausgaben. Wir haben also in drei Jahren die Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung knapp verdoppelt.

(Markus Grübel [CDU/CSU]: Ja, ja, ja! Das sind Rechenkünste!)

Das ist auch gut so, und damit setzt der Bundestag auch die richtigen Prioritäten: die richtigen Prioritäten gegen Putins Angriffskrieg und das Bedrohungspotenzial, das da aufgebaut wird, und die richtigen Prioritäten in der Zeitenwende.

Diese 80 Milliarden Euro sind zu 100 Prozent Ausgaben, die unserer Bundeswehr und unserer Sicherheit zugutekommen. Mit diesen knapp 80 Milliarden Euro schaffen wir es, dieses Jahr 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben – und übrigens 98 Prozent für etwas anderes, Frau Lötzsch. Es ist auch richtig so, dass wir damit jetzt erstmals und mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf auch im kommenden Jahr die Ziele der NATO einhalten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist etwas, das wir für unsere Sicherheit machen.

Darüber hinaus geben wir 7 Milliarden Euro zur militärischen Unterstützung der Ukraine aus, also nicht mal ein Zehntel von dem, was wir für unsere eigene ausgeben. Und die Ukrainer investieren diese militärische Unterstützung, indem sie tagtäglich das Bedrohungspotenzial Putins abbauen. Tag für Tag wird durch die Landesverteidigung der Ukrainer Putins Bedrohungspotenzial abgebaut. Da können wir auch in unserem eigenen Interesse den Ukrainerinnen und Ukrainern mal Danke sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das alles machen wir und halten dabei auch die finanzielle Durchhaltefähigkeit aufrecht. Wir halten die Schuldenbremse ein. Wir können diese Investitionen in die Sicherheit dauerhaft durchhalten. Das ist etwas, was

Putin vergisst, der gerade sein Staatsvermögen im sinnlosen Krieg gegen die Ukraine verbrennt. Die Schuldenbremse garantiert uns, dass wir diese Investitionen dauerhaft durchhalten können.

Unser Wohlstand basiert auch auf Sicherheit. Unser Wohlstand basiert auf der täglichen Arbeit unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir sind eine Exportnation. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle zum Schluss noch mal bei den Soldatinnen und Soldaten der Deutschen Marine bedanken.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Natürlich bedanken wir uns auch bei denen des deutschen Heeres, die ich da oben sitzen sehe. Jedenfalls bedanken wir uns bei denen der Deutschen Marine;

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was ist mit der Luftwaffe?)

die haben nämlich dieses Jahr im Roten Meer eine wichtige Mission durchgeführt, um die Seewege offenzuhalten, die wir als Exportnation für unseren Wohlstand auch brauchen. Deswegen möchte ich den Soldatinnen und Soldaten der Marine, die gerade im Pazifik unterwegs sind und die hoffentlich in den nächsten Tagen ungestört die Taiwanstraße durchfahren,

(Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Richtig!)

von hier aus alles Gute wünschen und mich bei ihnen für ihren Dienst bedanken.

(D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat Robert Farle das Wort.

Robert Farle (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Sommerinterview sprach sich Olaf Scholz sage und schreibe für Friedensverhandlungen mit Russland aus; das wurde schon gesagt. Er sagte:

"Ich glaube, das ist jetzt der Moment, in dem man auch darüber diskutieren muss, wie wir aus dieser Kriegssituation doch zügiger zu einem Frieden kommen, als das gegenwärtig den Eindruck macht."

Da kann ich nur ergänzen: In dem Punkt hat er recht.

Ich frage mich aber: Was hat sich innerhalb des letzten Jahres geändert, als Olaf Scholz noch Menschen, die exakt dies gefordert haben, nämlich Waffenstillstand und Friedensverhandlungen, als gefallene Engel bezeichnet hat, die aus der Hölle kommen?

(Wolfgang Hellmich [SPD]: Mein Güte!)

Ich bin sicher kein gefallener Engel gewesen, aber ich habe das immer gefordert.

Robert Farle

(A) (Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Was ist geschehen? 1 Million junge Menschen sind zwischenzeitlich gestorben in einem völlig sinnlosen Krieg, der schon hätte beendet werden können –

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Zeit ist um, Herr Farle.

Robert Farle (fraktionslos):

- in den Friedensverhandlungen von Istanbul, die verhindert wurden.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Farle, die Zeit ist um.

Robert Farle (fraktionslos):

Meine Damen und Herren, das geht so nicht.

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das geht so nicht, Herr Farle! – Markus Grübel [CDU/CSU]: Das ist eine Falschnachricht!)

– Das ist eine völlig richtige und von zahlreichen Leuten bestätigte Nachricht. Nur, Sie haben überhaupt keine Ahnung und reden hier über Verteidigungspolitik.

Vielen Dank.

(B)

(Nina Warken [CDU/CSU]: Halten Sie sich hier mal an die Regeln! – Markus Grübel [CDU/CSU]: Da gibt es ja einen guten Artikel in der "Neuen Zürcher Zeitung", die ja unverdächtig ist, die genau das klarstellt, dass das nicht stimmt! – Gegenruf des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat der Kollege Christoph Schmid das Wort für die SPD-Fraktion, und zwar für drei Minuten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Christoph Schmid (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Farle, es ist immer wieder erstaunlich, wie viel Quatsch man in 90 Sekunden unterbringen kann.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In den letzten zwei Jahren haben auch wir in Deutschland schmerzlich gelernt, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist, dass es Frieden nicht zum Nulltarif gibt. Wir wussten alle, dass Frieden kostbar ist. Aber wir mussten lernen, dass der Erhalt des Friedens eben auch Geld kostet. Und Frieden muss uns jeden einzelnen Euro wert sein. Und darum geht es in diesem Haushalt, Frau Lötzsch und auch Frau Nastic. Es geht eben nicht um die Gewinne von Rüstungsfirmen oder das Ausspielen von

verschiedenen Haushaltspositionen. Es geht nicht um (C) vermeintlich unnötige Ausgaben. Es geht um Frieden. Es geht darum, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Frieden in unserem Land, den Frieden in Europa und den Frieden für unsere Bündnispartner zu erhalten.

Allein die bereits vielfach zitierten nackten Zahlen belegen, wie ernsthaft wir an diese Aufgabe herangehen. Wir erreichen damit zum einen die Zielgröße der NATO von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, und, was viel wichtiger ist, wir können damit wichtige Fähigkeitslücken schließen, die in den letzten Jahrzehnten entstanden sind.

Auch die Finanzplanungen der Jahre 2026 und 2027 können sich noch auf das Stützkorsett des Sondervermögens verlassen und darauf zurückgreifen, sodass viele Projekte realisierbar sind. Aber wir alle in diesem Haus wissen, dass dieses Stützkorsett des Sondervermögens dann aufgebraucht ist und entweder aufgefüllt, erneuert oder ersetzt werden muss. Egal wie: Ab dem Jahr 2028 müssen im Haushalt für Verteidigung jährlich mehr als 80 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, und zwar nicht, weil wir irgendwelche Quoten erfüllen wollen oder müssen, sondern weil eben absehbar ist, dass auch nach dem Jahr 2027 erhebliche finanzielle Mittel benötigt werden, um unseren Beitrag zum Erhalt des Friedens in Europa sicherstellen zu können.

Sosehr wir uns nach Frieden sehnen und uns ein Ende der russischen Aggression und des Krieges in der Ukraine wünschen, so realistisch sollten wir aber auch auf das blicken, was eventuell danach kommt. Der russische Präsident und seine Scharfmacher drohen uns inzwischen immer offener, und auch den letzten vermeintlichen Friedensfürstinnen aus dem Bündnis Bolschewiki sollte inzwischen eigentlich klar sein, dass dieser Kampfhund nicht nur spielen möchte. Leider ist es inzwischen nicht nur erforderlich, über Abschreckung zu reden, sondern es ist auch erforderlich, die Voraussetzungen zu schaffen, um denjenigen, die uns bedrohen, zu signalisieren, dass wir bereit sind, unsere Freiheit und unsere Demokratie zu verteidigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Helge Limburg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn ich das Getöse aus den Reden der Union abziehe, bin ich froh darüber, dass zumindest wir in der demokratischen Mitte des Hauses alle darin übereinstimmen, dass die erforderlichen Investitionen in unsere Sicherheit wirklich zwingend notwendig sind. Ja, wir streiten jetzt in den Haushaltsberatungen über die richtigen Wege der Finanzierung und setzen an der einen oder anderen Stelle auch unterschiedliche Schwerpunkte. Aber das ist der normale demokratische Prozess, den wir kontrovers, transparent und öffentlich miteinander auszutragen haben und auch austragen werden. Niemals dürfen wir aber zulassen, dass diejenigen den Diskurs bestimmen, die erstens von der Materie keine Ahnung haben, zweitens von Einflüssen und/oder Zuwendungen aus Russland oder China gelenkt werden und sich drittens wünschen, dass es unserem Land möglichst schlecht geht, -

D)

(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege!

Christoph Schmid (SPD):

- um noch ein paar Unzufriedene mit ihren billigen populistischen Phrasen einzufangen. Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ingo Gädechens hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ingo Gädechens (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Eva Högl als Wehrbeauftragte! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf den Tribünen, insbesondere die Kameradinnen und Kameraden von der Logistischen Steuerstelle aus Sondershausen! Vor gut sechs Monaten haben Sie, Herr Minister Pistorius, bei der Münchner Sicherheitskonferenz festgestellt: Es ist "nicht die Zeit, um sich die Realität schönzureden". Damit haben Sie, Herr Minister, vollkommen recht.

Daher spreche ich in aller Deutlichkeit aus, was die meisten hier im Raum wissen, auch wenn es einige nicht zugeben wollen: Was die Ampel mit dem letzten Haushalt dieser Wahlperiode als Erbe bei den Bundeswehr-(B) finanzen hinterlässt, ist ein einziges Chaos.

(Beifall bei der CDU/CSU – Karsten Klein [FDP]: Ach?)

Die Ampel redet Dinge schön, die längst nicht mehr schön sind.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat niemand von uns hier getan! – Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat denn dazu geredet? Können Sie das mal zitieren, Herr Gädechens?)

Dass wir mitten in dieser maximal angespannten sicherheits- und weltpolitischen Lage sehr weit von einer auskömmlichen Bundeswehrfinanzierung entfernt sind, ist traurig und dramatisch zugleich.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Hellmich [SPD])

Wiederkäuend wurden meiner Fraktion in der Vergangenheit Versäumnisse vorgeworfen. Aber das, was hier im vierten Haushalt der Ampel beschlossen werden soll, ist viel schlimmer, weil Sie Versäumnisse potenzieren

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie machen wir das denn?)

und deshalb unsere Bundeswehr die negativen Entscheidungen von heute auch in den kommenden Jahren wird erleiden müssen.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund macht mich der vorgelegte Verteidigungsetat fassungslos. Egal wo man hinschaut: An jeder Stelle wird deutlich, um was für ein unprofessionelles Flickwerk es sich handelt, eine Flickschusterei, die immer noch eine riesige Lücke (C) im Gesamthaushalt von 40 bis 50 Milliarden Euro aufweist. Überall fehlt deshalb Geld. Wichtige Rüstungsvorhaben können nicht gestartet, Aufträge nicht vergeben werden.

Von den großen Versprechungen und Ankündigungen, die Sie, Herr Minister, gemacht haben, findet sich praktisch nichts im Entwurf wieder.

(Karsten Klein [FDP]: Das ist die Rede aus 2021! – Gegenruf der Abg. Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, glaube ich auch!)

Vollausstattung der Litauen-Brigade? Konnte ich nicht finden. Wehrpflicht? Kein Geld eingeplant. Offenbar glaubt nicht mal mehr das gesamte Verteidigungsministerium, dass hier in dieser Wahlperiode überhaupt noch etwas passiert. In Eckernförde wurde angekündigt: Natürlich brauchen wir mehr U-Boote. Und natürlich brauchen wir auch neue Flugabwehrfregatten, die der Minister angekündigt hat.

(Karsten Klein [FDP]: Die hättet ihr schon bestellen müssen!)

Aber kein einziger Euro dafür im Haushalt. Jeder Mensch, der eine einsatzbereite und starke Bundeswehr will – und das ist die überwiegende Mehrheit hier im Haus –, ist von diesem Kabinettsentwurf nur noch enttäuscht. Ich persönlich bin entsetzt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

Aber nicht nur der finanzielle Blick in das kommende Haushaltsjahr 2025 ist für die Bundeswehr deprimierend. Noch viel schlimmer ist der Blick auf das Jahr 2028. Dann sollen, nachdem das "Sondervermögen Bundeswehr" komplett verbraucht ist, auf wundersame Weise plötzlich 30 Milliarden Euro zusätzlich im Verteidigungskernhaushalt zur Verfügung stehen. Woher das Geld kommen soll, weiß diese Regierung nicht.

Auf diese riesige fehlende Summe im Verteidigungshaushalt 2028 angesprochen, äußert sich der Bundeskanzler am 5. Juli wie folgt: Die Finanzlücke bei der Bundeswehr – ich zitiere – "ergibt einen entsprechend großen Handlungsbedarf, und ich bewerbe mich darum, ihn zu lösen".

(Beifall des Abg. Metin Hakverdi [SPD] – Wolfgang Hellmich [SPD]: Ja, richtig!)

Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen: Der Bundeskanzler steuert im Blindflug die Bundeswehr in die größte Finanzlücke aller Zeiten und sagt: Werde ich wiedergewählt, löse ich das Problem. Aber bis dahin entziehe ich mich meiner Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch des Abg. Wolfgang Hellmich [SPD] – Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie schieben es doch sonst immer auf die SPD!)

Wer so agiert, meine Damen und Herren, ist meilenweit von einer seriösen und glaubwürdigen Haushaltspolitik entfernt.

Ingo Gädechens

(A) (Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das liegt vielleicht auch daran, dass man keine 50-Prozent-plus-Partei mehr hat!)

Ich gehe jedenfalls nicht davon aus, dass es eine Neuauflage der Ampel oder gar eine Wiederwahl des Kanzlers geben wird. Eines wird aber schon jetzt sehr deutlich, nämlich dass diese Regierung am Ende dieser Legislaturperiode einen katastrophalen finanziellen Scherbenhaufen hinterlassen wird.

Sie, Herr Verteidigungsminister, sehen die desaströse finanzielle Lage ebenso und haben daher vor der Sommerpause angekündigt: Ich bestelle jetzt nicht mehr das, was ich bezahlen kann, sondern das, was ich brauche. – Eine markige und vielleicht sogar sinnvolle Ansage. Aber wir alle wissen, dass das so nicht funktioniert. Wer etwas bestellt, sollte auch wissen, wie er es bezahlen kann.

(Christoph Schmid [SPD]: Ja, richtig! – Hubert Hüppe [CDU/CSU]: Ja! Das nennt man "seriöse Haushaltspolitik"!)

Leider zeigt uns diese Ampelkoalition aber jeden Tag aufs Neue, dass solche einfachen Lebenswahrheiten plötzlich vollkommen in Vergessenheit geraten.

(Sara Nanni [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich erzähle jetzt nicht, was für Verpflichtungsermächtigungen Sie uns hinterlassen haben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestern haben wir an den 75. Jahrestag der konstituierenden Sitzung des ersten Deutschen Bundestags erinnert. Und so muss ich mich in diesen Tagen, in denen der Ampelstreit um den Haushalt immer skurriler, immer wilder und absurder wird, einmal mehr an den ersten Bundeskanzler erinnern: ein Bundeskanzler, der wirklich geführt und unser Land sicher durch eine neue und sehr, sehr schwierige Zeit gebracht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht eine Bundeskanzlerin?)

Konrad Adenauer hat einen Satz in Bezug auf die Staatsfinanzen gesagt, der heute, viele Jahrzehnte später, bei den Bundeswehrfinanzen genau ins Schwarze trifft: "Das einzige, was Sozialdemokraten von Geld verstehen, ist, daß sie es von anderen Leuten haben wollen."

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie kommen zum Ende, bitte, Herr Kollege.

Ingo Gädechens (CDU/CSU):

Das, meine Damen und Herren, war damals gültig und gilt heute auch.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zu dem Einzelplan der Verteidigung liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Somit kommen wir zum Geschäftsbereich des Bun- (C) desministeriums für Digitales und Verkehr, Einzelplan 12.

Ich fände es schön, wenn die Verteidigungspolitiker/innen ihre Gespräche nach hinten verlegen würden. – Wunderbar. Dann gebe ich das Wort für die Bundesregierung Dr. Volker Wissing.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr:

Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer in den vergangenen Wochen mit dem Auto in den Urlaub gefahren ist, dürfte auf unseren Autobahnen vor allen Dingen eins bemerkt haben: Baustellen, viele Baustellen. So verständlich mancher Ärger darüber ist: Es ist auch ein gutes Zeichen, dass so viel gebaut wird. Es ist nämlich der beste Beweis dafür, dass sich in unserem Land im Infrastrukturbereich so richtig viel tut.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Dirk Spaniel [AfD]: Das haben wir heute gesehen! – Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Straßen und Brücken werden saniert und modernisiert, Spuren werden erweitert, und Engpässe werden beseitigt. All das ist dringend nötig; denn unsere Bundesfernstraßen sind lange vernachlässigt worden. Dass sie dem Andrang heute oft nicht mehr gerecht werden, ist vielen bekannt. Die Folgen sind Staus und ewig lange Umwege.

Verheerend daran ist, dass das nicht nur Zeit, Energie, Geld und Nerven kostet, sondern auf Dauer auch Wachstum und Wohlstand kosten kann. Deswegen bin ich froh, dass dieser Haushalt es uns wieder ermöglicht, gegenzusteuern. So stehen im kommenden Jahr mehr als 9 Milliarden Euro alleine für unsere Bundesfernstraßen und Brücken bereit. Gut so!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist gut investiertes Geld; denn ein Standort ist nur dann attraktiv, wenn er über moderne Verkehrswege verfügt.

Dass Investitionen in Infrastruktur auch etwas mit Sicherheit zu tun haben, das haben die Bürgerinnen und Bürger in Dresden heute bei der Carolabrücke gesehen. Das ist zwar keine Brücke des Bundes, sondern eine Brücke in kommunaler Verantwortung; deswegen hat der Bundeshaushalt damit auch nichts zu tun. Aber man sieht an dieser Brücke, wie gefährlich es ist, wenn in Infrastruktur nicht sorgfältig investiert wird. Das wäre beinahe noch schlimmer ausgegangen und hätte Menschenleben kosten können. Gut, dass es doch relativ glimpflich ausgegangen ist.

D)

Bundesminister Dr. Volker Wissing

(A) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Zu den Verkehrswegen unseres Landes gehört auch das Schienennetz, das leider ebenfalls viel zu lange vernachlässigt wurde. Die Folgen davon spüren die Bürgerinnen und Bürger an der Unzuverlässigkeit der Bahn. Aber wir sind fest entschlossen, die Bahn wieder zu dem Verkehrsmittel zu machen, das unser Land verdient hat. Deshalb ist eine der meistbefahrenen Bahnstrecken Deutschlands, die Riedbahn zwischen Mannheim und Frankfurt, seit 15. Juli gesperrt. Alles auf dieser Strecke wird erneuert: Gleise, Weichen, Schotter, Oberleitungen, Bahnhöfe und Stellwerke. Es wird saniert, wir bringen das in Ordnung, und zwar erbringen wir dort in wenigen Monaten die Bauleistung von sechs bis acht Jahren. Auf diese Baustelle schaut im Moment die Welt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im kommenden Jahr legen wir noch mal kräftig zu, nämlich mit 18,1 Milliarden Euro, die in unser Schienennetz fließen, und das trotz der angespannten Haushaltslage. Das zeigt: Man kann kräftig in Infrastruktur investieren, auch unter den Bedingungen der Schuldenbremse. Dafür sind wir sehr dankbar.

800 Menschen arbeiten an der Riedbahn täglich, hoch motiviert, hoch engagiert. Ich habe mir die Baustelle angeschaut und weiß, was dort geleistet wird, und das zum Teil bei unerträglicher Hitze in den letzten Wochen. Deshalb ist es mir ein besonderes Bedürfnis, denjenigen zu danken, die dort für uns arbeiten. Danke, dass Sie jeden Tag helfen, unser Schienennetz besser und die Deutsche Bahn pünktlicher zu machen!

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und danke an alle, die außergewöhnlich motiviert dort arbeiten, um diese Hochleistungskorridorsanierung zu einem Erfolgsprojekt für unser Land zu machen. Die Bürgerinnen und Bürger lechzen auch danach, dass man mal wieder sehen kann: Infrastrukturausbau und -erneuerung in unserem Land funktionieren.

Deswegen hat es gutgetan, dass der Infrastrukturchef der Schweizer Bahn, der kürzlich die Baustelle ebenfalls besucht hat, begeistert gerufen hat: "Chapeau, davon kann die Schweiz lernen" – die Schweiz, wohlgemerkt! Und das zeigt: Deutschland kann Tempo. Deutschland kann Leistung. Und die Bundesregierung kann Fortschritt.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir beweisen das auch bei anderen Bereichen, etwa beim Ausbau der Ladesäulen für die E-Mobilität. Seit dem Amtsantritt der Bundesregierung ist die Zahl der öffentlich zugänglichen Ladepunkte um ganze 160 Prozent gestiegen auf jetzt 130 000. Genau in diesem Tempo werden wir im kommenden Jahr weitermachen und sowohl das Deutschlandnetz als auch das Ladenetz für Lkw bundesweit vorantreiben.

Möglich ist das, weil dieser Haushalt den Schwerpunkt (C) erneut klar auf Investitionen legt – Investitionen in moderne Mobilität und auch in die digitale Infrastruktur. So kommen wir in Deutschland beim Ausbau der digitalen Netze sehr gut voran. Zum Beispiel kann bereits jeder dritte Haushalt einen Glasfaseranschluss buchen. Das entspricht einer Verdoppelung seit 2021.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die EU-Kommission nannte das Tempo, in dem wir beim Glasfaserausbau aufgeholt haben, kürzlich "spektakulär". Und für drei Viertel der Haushalte sind in Deutschland Gigabitbandbreiten verfügbar. Beim Mobilfunk haben wir 97 Prozent Abdeckung mit 4 G und bereits 92 Prozent Abdeckung mit 5 G. Nie zuvor wurde eine Mobilfunkgeneration so schnell in unserem Land ausgerollt wie 5 G unter der Verantwortung dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es auch nicht verwunderlich, dass wir jede Menge Lob von außen bekommen. Die OECD zum Beispiel hat kürzlich bestätigt – ich zitiere –, "dass Deutschland sich zu einem weltweit führenden Land in der KI-Forschung entwickeln konnte". Bei KI-Patenten sind wir auf Platz zwei nach den USA und vor Japan und China.

Sie sehen: In ganz vielen Bereichen machen wir Fortschritte – Fortschritte, die messbar sind und von vielen (D) auch wahrgenommen werden. Deshalb wünsche ich mir, dass wir nicht nur immer über Herausforderungen sprechen, sondern auch sehen, dass wir in der Lage sind, diese Herausforderungen anzunehmen und ganz konkrete Lösungen auf den Weg zu bringen.

Meine Damen und Herren, Wachstum und Wohlstand sind nichts, was uns im Grundgesetz garantiert wird. Beides muss hart erarbeitet werden, immer wieder neu. Und der Bundeshaushalt – davon bin ich fest überzeugt – macht das möglich durch Investitionen in die wichtigsten Infrastrukturen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat Dr. Reinhard Brandl für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Haushalt dokumentiert spektakulär das Scheitern der Digitalpolitik der Ampel. Alle, die noch irgendwie auf ein Wunder gehofft haben, können jetzt schwarz auf weiß nachlesen: Da kommt nichts mehr.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Reinhard Brandl

(A) Herr Wissing, ich messe Sie dabei an Ihren eigenen Zielen. 2022 sind Sie durchs Land gezogen und haben als Ziel ausgegeben: Wir wollen in die Top Ten im europäischen Digitalvergleich kommen. – Jeder kann die Entwicklung seitdem auf der Webseite der EU-Kommission nachlesen. Ich lese Ihnen mal Ihre Bilanz vor:

Digitale Verwaltungsangebote: 2022 waren wir auf Platz 14, jetzt sind wir auf Platz 19. Gigabitanschlüsse: damals Platz 11, jetzt Platz 14. 5-G-Abdeckung: damals Platz 4, heute Platz 9. Und so geht es weiter und weiter. Wenn man die Statistiken nebeneinanderlegt, dann sieht man einen richtigen Ampelknick. Herr Wissing, ich hätte sogar einen Vorschlag für einen Hashtag für dieses Phänomen:

(Tobias B. Bacherle [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bitte nicht!)

#WissingWirkt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Metin Hakverdi [SPD]: Haha! – Tobias B. Bacherle [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben bestimmt andere Stärken als Hashtag-Kommunikation!)

– Ja, Sie können es lustig finden. Aber: Sie haben es wirklich geschafft, dass wir in einem der Zukunftsfelder unseres Landes mehr Rückstand aufbauen, als dass wir aufholen, und das, obwohl diese Bundesregierung so viel Geld ausgibt wie keine Bundesregierung zuvor. Sie sparen nicht, Sie setzen nur die falschen Prioritäten.

Beispielen verdeutlichen: Das erste Beispiel ist die sogenannte Registermodernisierung. Zentrale Grundlage für digitale Verwaltung sind moderne Datenbanken. 2023 waren es 80 Millionen Euro, jetzt hatten Sie 50 Millionen, 2025 nur 10 Millionen Euro. So wird das nichts.

Zweites Beispiel: IT-Sicherheit. Jeden Tag lesen wir darüber, dass wir angegriffen werden: von Russland, von China, von kriminellen Hackern. In Ihrer Digitalstrategie, Herr Wissing, haben Sie sogar eigene Handlungsfelder beschrieben. Keine Maßnahme im Handlungsfeld digitale Polizei oder im Bereich Cyberverteidigung ist bisher abgeschlossen. Im Haushalt wird jetzt bei BSI und ZITiS als den zuständigen Behörden gekürzt. Das ist doch keine stringente Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jetzt kann Herr Wissing zu Recht sagen: Da habe ich nichts zu sagen. – Das stimmt. Aber ehrlicherweise: In den Bereichen, wo er was zu sagen hat, wird es ja auch nicht besser. Ich habe gerade noch mal nachgeschaut, weil Herr Wissing gerade den Glasfaserausbau gelobt hat: Da stehen wir europaweit auf Platz 27; nur Belgien ist schlechter als wir.

(Tobias B. Bacherle [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Sie müssen schon besser zuhören! Er hat gesagt, wir mussten so viel aufholen!)

Sie haben immer verkündet, dass Sie für die Breitbandförderung jedes Jahr 3 Milliarden Euro zur Verfügung haben. Das steht auch so im Haushalt für 2024. Bis dann im Juli plötzlich ein Brief an die Länder geht. Meine

Damen und Herren, der steht so sinnbildlich für Ihren (C) Kommunikationsstil, dass ich Ihnen kurz daraus vorlesen möchte.

Sie schreiben an die Länder: Es ist eine "gute Nachricht, dass wir trotz der angespannten Haushaltssituation auch im Jahr 2025 den Glasfaserausbau weiterhin kräftig unterstützen". Dann schreiben Sie, dass Sie in Zukunft nur noch 1 Milliarde Euro zur Verfügung stellen und dass Sie im laufenden Jahr 1 Milliarde Euro kürzen – Geld, mit dem die Länder und Kommunen schon fest gerechnet haben. Und Sie bezeichnen das als gute Nachricht; das ist unverschämt!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Beim Breitbandausbau ist die Entwicklung: -

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie kommen bitte zum Ende, Herr Kollege.

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

- 3 Milliarden Euro letztes Jahr, 2 Milliarden Euro dieses Jahr, 1 Milliarde nächstes Jahr. In den Ländern rechnen sie schon: Wenn Wissing noch ein Jahr regiert, -

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege.

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

- ist der Breitbandausbau in Deutschland bei null.

(D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege.

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Meine Damen und Herren, -

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege.

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

- davor haben wir aber noch eine Wahl.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege! Hallo!

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Ich weiß nicht, mit welchen Themen Sie antreten wollen. Ich würde Ihnen empfehlen, —

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ihre Redezeit ist zu Ende!

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

 die Digitalpolitik nicht nach vorne zu stellen. Damit können Sie nichts mehr gewinnen.

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Metin Hakverdi hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Metin Hakverdi (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einem diskussionsfreudigen Frühsommer liegt uns nunmehr ein Haushaltsentwurf vor. Wir sehen große Investitionen für 2025, und das ist auch gut so. Wir investieren im nächsten Jahr in allen großen Bereichen: Schiene, Straße, Breitband – allein 18,1 Milliarden Euro für die Schiene. Zum Vergleich: Andi Scheuer hat es 2019 auf 5,6 Milliarden Euro gebracht. Wir holen nach, was seit Jahren versäumt wurde.

Auch in die Bundeswasserstraßen investieren wir. 2020 lagen die Investitionen noch bei 844 Millionen Euro, jahrelang unterfinanziert. Auch dank der SPD-Bundestagsfraktion haben wir nun eine stabile Finanzlinie. Knapp 1,5 Milliarden Euro werden wir im nächsten Jahr investieren. Außerdem werden wir in den nächsten vier Jahren über 12 Milliarden Euro in den Breitbandausbau investieren.

Wir wollen mehr Güter und Personen von der Straße auf die Schiene bringen. Deshalb investieren wir so viel in die Schiene. Aber dabei vergessen wir die Straße nicht. Der Minister hat es eben gesagt: über 9 Milliarden Euro vor allem für die Autobahnbrücken.

Man merkt: Im Einzelplan 12 – Verkehr und Digitales – wird richtig was bewegt mit langfristigen Investitionsentscheidungen. 49 Milliarden Euro für Digitales und Verkehr, das ist Rekord. Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, müssen wir massiv in unsere Infrastruktur investieren, und das tun wir auch.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich habe ein Beispiel herausgesucht, die sogenannte Korridorsanierung; eines der wichtigsten verkehrspolitischen Vorhaben in den nächsten Jahren. Dabei werden 41 wichtige Schienenkorridore unseres Landes einige Monate voll gesperrt und komplett saniert – komplett, alles neu, alles auf einmal: Gleise, Weichen, Signaltechnik, Bahnsteige, Unterführungen, alles.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das klappt nicht!)

Das ist richtig teuer, aber dann hat man auch ein paar Jahre Ruhe.

Los ging es im Juli mit der Riedbahn. Der Minister hat darüber berichtet. Es läuft ganz gut. Sechs Monate Vollsperrung, Kosten: 1,3 Milliarden Euro. Im Februar folgt der Korridor Emmerich-Oberhausen, elf Monate Baustelle, Kosten: 1,7 Milliarden Euro. Als Drittes ist dann Hamburg-Berlin dran, acht Monate Vollsperrung, Kosten: 2,2 Milliarden Euro; richtig teuer. So viel kostet es, wenn man über Jahre verschlafene Sanierungsmaßnahmen nachholt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Allein diese ersten drei Korridore werden bis Ende des (C) nächsten Jahres insgesamt 5,2 Milliarden Euro kosten, 5,2 Milliarden Euro für insgesamt 421 Kilometer.

Was sind meine Erwartungen an die Haushaltsberatungen? Nun, die CDU/CSU-Fraktion hat ja mittlerweile eine Tradition: Totalverweigerung in den Haushaltsberatungen; die schlechteste Opposition aller Zeiten, seit drei Jahren keine ernstzunehmenden Anträge in den Haushaltsberatungen. Ich erwarte gar nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Aber gestern hat der Kollege Middelberg hier am Rednerpult herumfantasiert, dass es riesige Einsparpotenziale im Sozialbereich gäbe. Also reden wir einmal ganz kurz übers Bürgergeld. Hier fordern manche, man könne es um 20 Euro kürzen. Mal abgesehen davon, dass das verfassungswidrig ist, dass anderthalb Millionen Bürgergeldempfängerinnen und Bürgergeldempfänger dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung stehen, dass 430 000 von denen schon arbeiten gehen und aufstocken müssen: Wie viel würde man einsparen?

(Frank Schäffler [FDP]: Ist das nicht der falsche Etat?)

850 Millionen Euro. Wissen Sie, wie weit Sie mit 850 Millionen Euro bei 41 Korridorsanierungen kommen? Wir wollen über 4 000 Kilometer Trasse sanieren. 20 Euro weniger Bürgergeld,

das reicht bestenfalls für 100 Kilometer.

(Frank Schäffler [FDP]: Immerhin!)

Damit kommen Sie von Hamburg bis Ludwigslust. Das war's. Sie müssen da schon bessere Vorschläge machen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Sie haben zu viel Trump geguckt!)

Die Wahrheit ist aber auch: Für diese Rekordinvestitionen im nächsten Jahr müssen wir uns richtig strecken – andere würden sagen, wir müssen uns verrenken –: noch einmal 4,5 Milliarden Euro zusätzliches Eigenkapital für die Bahn und dazu noch Darlehen von über 3 Milliarden Euro. Das ist wichtig, um die Investitionslinie im nächsten Jahr zu halten. Aber so schaffen wir das ab 2026/2027 nicht noch mal. Die Herausforderungen sind zu groß. Wir können der Bahn nicht noch einmal so viel Eigenkapital geben. Wir haben erhebliche Konkurrenzen mit anderen Einzelplänen und Etats, nicht zuletzt mit dem Verteidigungsetat. Als Berichterstatter für Verkehr sage ich Ihnen: Wir werden in den kommenden Jahren die Finanzierung dieser Megainvestitionen nicht mit herkömmlichen Instrumenten schaffen.

Ein Wort zur Finanzverfassung unseres Landes. Wir müssen unsere Schuldenbremse,

(Frank Schäffler [FDP]: ... einhalten!)

(C)

(D)

Metin Hakverdi

(B)

(A) unsere Schuldenregeln reformieren; die meisten ernstzunehmenden Expertinnen und Experten sagen uns das. Es ist nicht mehr eine Frage des Ob, sondern nur noch des Wie

Gucken Sie sich den Verkehrsetat an. Ich sage Ihnen: Wir brauchen eine Box, die außerhalb der Schuldenbremse liegt. Sie muss innere und äußere Sicherheit enthalten.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Was soll denn dann die Schuldenbremse sein? Augenwischerei!)

Sie muss mindestens Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur enthalten, so wie wir das mit dem Sondervermögen der Bundeswehr in Artikel 87a Grundgesetz schon einmal gemacht haben.

Die Wahlen in Sachsen und Thüringen haben den Ernst der Lage noch einmal verdeutlicht.

(Dr. Dirk Spaniel [AfD]: Vor allem für Ihre Partei! – Zuruf von der CDU/CSU: Die wollen neue Politik!)

Nicht nur in den neuen Bundesländern, auch anderswo in unserem Land: Jedes Mal, wenn irgendwo in Deutschland die Bahn ausfällt oder eine Brücke gesperrt wird, wenn im ICE diese zynische Stimmung aufkommt, nachdem die Verspätung angesagt wurde, oder wenn Sie morgens um 7.15 Uhr am Bahnhof in Heimfeld im Hamburger Süden auf die S3 warten und sie kommt einfach nicht: Die Menschen verlieren das Vertrauen in unseren Staat. Sie verlieren das Vertrauen in die Demokratie.

(Dr. Christoph Ploß [CDU/CSU]: Dank Dublin!)

Deshalb brauchen wir eine moderne Schuldenregel, die Investitionen ermöglicht.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Sie haben das Geld für die falschen Dinge ausgegeben! Es wäre da!)

Und dafür brauchen wir auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union.

Mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr haben wir es bereits gemeinsam vorgemacht und konnten angesichts der russischen Bedrohung die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr durch eine Verfassungsänderung stärken. Das war einer der Höhepunkte der parlamentarischen Demokratie in dieser Legislatur.

(Beatrix von Storch [AfD]: Ein Tiefpunkt ist das!)

Stellen Sie sich für eine Minute vor, im Februar 2022 hätte es in diesem Haus eine Sperrminorität durch die AfD gegeben, so wie jetzt im Thüringer Landtag.

(Beifall des Abg. Mike Moncsek [AfD])

Stellen Sie sich das für eine Minute vor.

(Dr. Dirk Spaniel [AfD]: Das stellen wir uns für Stunden vor!)

Dann hätten wir heute das "Sondervermögen Bundeswehr" nicht. (Dr. Götz Frömming [AfD]: Dann hätten wir keine Integrationsprobleme und genug Geld!)

Wir wären erpressbar gewesen durch diese Leute. Dann hätten diese Demokratiefeinde am Ende noch das Argument übrig: Guckt mal, Demokratie funktioniert gar nicht, Parlament funktioniert gar nicht!

(Dr. Dirk Spaniel [AfD]: Doch! Funktioniert wunderbar!)

Eine Sperrminorität für diese Leute hier im Bundestag wäre fatal. Wir dürfen uns von diesen Menschen nicht erpressen lassen;

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

heute nicht und auch in Zukunft nicht.

Wir müssen sicherstellen, dass wir auch in Zukunft in der Lage sind, Investitionen in die Infrastruktur und in die Sicherheit unseres Landes zu leisten. Dafür brauchen wir eine konstruktive Mitarbeit der Opposition.

(Beatrix von Storch [AfD]: Sie freuen sich, wenn Sie die 5-Prozent-Hürde schaffen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, bauen Sie sich vor der nächsten Bundestagwahl keine Wolkenkuckucksheime in Sachen Staatsfinanzen.

(Henning Rehbaum [CDU/CSU]: Damit kennen Sie sich aus!)

Helfen Sie dabei, unser Land zukunftssicher zu machen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die AfD hat Marcus Bühl das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Marcus Bühl (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der Einführung der Lkw-Maut 2005 galt das politische Versprechen, dass die Erlöse der Maut dem Ausbau und Erhalt des Verkehrsträgers Straße zugutekommen sollen. Schaut man sich die Zahlen für nächstes Jahr an, stellt man fest: Aus 15,2 Milliarden Euro Einnahmen aus der Maut stehen lediglich 9,1 Milliarden Euro für Erhalt und Ausbau unserer Straßen zur Verfügung – versprochen, gebrochen.

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Das war die andere Bundesregierung!)

Unsere Straßen sind, ohne die grüne Ideologiebrille betrachtet, unsere Hauptschlagadern, auf denen 80 Prozent des Verkehrs abgewickelt werden. Der Straßenbau, die Instandhaltung sind damit absolut prioritär zu behandeln, und genau das spiegelt Ihr Haushaltsentwurf absolut nicht wider.

(Beifall bei der AfD)

Marcus Bühl

(A) Sie haben es in knapp drei Jahren Regierungsverantwortung nicht geschafft, richtige verkehrspolitische Weichenstellungen zu ergreifen. Ihre Klimatransformation transferiert auf jeden Fall eines: das Geld aus den Taschen der Bürger in die Einnahmetöpfe der Ampel. Ihr grüner Transformationstraum ist ein Albtraum für die Bürger in diesem Land.

(Beifall bei der AfD)

Unterdessen herrscht ein nie zuvor dagewesener Sanierungsstau. Statt durch Ihr Kabinett Radwege in Peru und Infrastrukturprojekte weltweit bezahlen zu lassen,

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir zahlen nicht, wir geben Kredite!)

müssen unsere maroden Straßen und Brücken saniert werden, und das zügig, bevor noch mehr Brücken die Abrisssprengung droht wie im Rahmedetal.

(Beifall bei der AfD)

Die vergangene Nacht teilweise eingestürzte Carolabrücke in Dresden, über die die Bundesstraße 170 verläuft, erhielt im betreffenden Abschnitt bereits vor längerer Zeit die Zustandsbewertung "nicht ausreichend". Nur Minuten vor dem Einsturz passierte noch eine Straßenbahn die Brücke. Dass es nicht zur Katastrophe kam, war purer Zufall und Glück.

(Beifall bei der AfD – Dr. Götz Frömming [AfD]: Sie riskieren Menschenleben!)

(B) Dieses Jahr verbleiben 2 Milliarden Euro Ausgabenreste bei Investitionen in Bundesschienenwege ungenutzt. Gleichzeitig wollen Sie diese Ausgaben nächstes Jahr um weitere 1,8 Milliarden Euro steigern. Das ist eine völlig unseriöse Haushaltspolitik, die den Menschen Sand in die Augen streut und Investitionen vorgaukelt, die gar nicht realisiert werden können. Sie bauen Potemkin'sche Dörfer, Herr Wissing.

(Beifall bei der AfD)

Da sind wir auch schon bei einer weiteren großen Baustelle, der Deutschen Bahn AG. Am Beginn Ihrer Amtszeit, Herr Minister, sprachen Sie über die Notwendigkeit, die Deutsche Bahn neu aufzustellen. Ergebnis: mangelhaft. Sie lassen den Bahnvorstand einfach gewähren, der in aller Ruhe im Auslandsgeschäft tätig ist, während das eigentliche Kerngeschäft Eisenbahn in Deutschland leidet und die Infrastruktur verkommt.

(Frank Schäffler [FDP]: Es geht um Schenker!)

Verantwortung sieht anders aus.

Im nächsten Jahr wollen Sie das Eigenkapital der Deutschen Bahn um 10,4 Milliarden Euro erhöhen, 10,4 Milliarden Euro getreu dem Motto: Der Vorstand wird es schon richten. Nein, Herr Wissing, dieser Vorstand gehört abgelöst.

(Beifall bei der AfD)

Ohne Strukturreform bei der Bahn und ohne Beendigung des Auslandsgeschäftes darf es keine weitere Kapitalerhöhung durch den Steuerzahler geben.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

(C)

Sie kommen zum Ende.

Marcus Bühl (AfD):

Die Deutsche Bahn braucht endlich einen Neuanfang mit neuer Struktur und Gesellschaftsform.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie kommen zum Ende, bitte.

Marcus Bühl (AfD):

Herr Minister, fangen Sie an, dieses Versprechen einzulösen

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie kommen bitte zum Ende, Herr Kollege.

Marcus Bühl (AfD):

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Danke schön. – Die Kollegin Dr. Paula Piechotta hat das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Dr. Paula Piechotta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Es war jetzt schon mehrfach kurz das Thema, aber ich würde tatsächlich, weil es, glaube ich, wirklich ernst ist und es ja wie ein besonders bedeutsames Symbol über dieser heute startenden Debatte zum Verkehrshaushalt hängt, schon noch mal über die Carolabrücke in Dresden sprechen.

Ich weiß nicht, wer von Ihnen wie Millionen Touristinnen und Touristen schon mit der Straßenbahn über diese Brücke gefahren ist und dann mit dem Handy das Elbpanorama aufgenommen hat. Es war tatsächlich großes Glück, dass heute Nacht um 3 Uhr da niemand zu Schaden gekommen ist, aber ich glaube, diese Bilder, die wir jetzt alle seit heute Morgen gesehen haben, konnten sich viele – nicht nur in diesem Haus, sondern im ganzen Land – aus Deutschland nicht vorstellen.

(Dr. Dirk Spaniel [AfD]: Doch, wir können uns alles vorstellen!)

Solche Bilder kennen wir aus Genua in Italien oder noch weiter weg, die kennen wir auch aus Kriegsregionen wie der Ukraine; aber dass so was mitten in einer deutschen Großstadt passiert, das hat tatsächlich eine neue Qualität.

(Beatrix von Storch [AfD]: Wie die Ampel!)

Diese Brücke wurde in den 70ern gebaut. Dieser Zustandsbericht, wie der Kollege gerade berichtet hat, war tatsächlich schon länger bekannt. Die Notwendigkeit einer Sanierung war auch schon länger bekannt, und ja, sie wurde wegen fehlender Mittel tatsächlich noch mal rausgeschoben.

(D)

Dr. Paula Piechotta

(A) Bevor wir uns jetzt wie die sozialen Medien an wilden Spekulationen beteiligen, würde ich schon noch mal voranschicken wollen, auch hier aus dem Deutschen Bundestag, dass wir den Helferinnen und Helfern vor Ort, den Einsatzleitern, aber auch allen Verantwortlichen,

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

die seit heute Morgen in Krisenstäben sitzen, viel Kraft und starke Nerven wünschen, insbesondere auch angesichts der Tatsache, dass wir ja in den nächsten Tagen noch mal sehr starke Regenfälle erwarten. Wir alle hoffen, dass die Situation vor Ort wegen Hochwasser nicht noch komplizierter wird, als sie jetzt ohnehin schon ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Mike Moncsek [AfD]: 33 Jahre CDU-Regierung! – Dr. Götz Frömming [AfD]: Was schlussfolgern Sie daraus?)

Und trotzdem kann man dieses Symbol jetzt nicht ignorieren, weil es noch einmal ganz, ganz deutlich zeigt, dass, selbst wenn wir Zustandsberichte haben, die formal nach den deutschen Regeln noch einen Weiterbetrieb ermöglichen, diese Brücke vielleicht bald ein gutes Beispiel dafür sein wird, dass man notwendige Sanierungen eben nicht Jahr um Jahr rausschieben darf, wenn die Finanzmittel einfach nicht da sind.

(Dr. Christoph Ploß [CDU/CSU]: Das könnt ihr doch beschließen! Ihr habt doch genug Geld!)

(B) Vor dem Hintergrund – und das ist jetzt auch der Brückenschlag in den aktuellen Haushalt –:

(Beatrix von Storch [AfD]: Das ist doch gar nichts!)

Wir geben ja unter anderem jetzt mit dem Nachtragshaushalt noch mal zusätzliche 300 Millionen Euro auch in den Straßenerhalt für dieses Jahr; denn die Carolabrücke ist tatsächlich nicht in der unmittelbaren Verantwortung des deutschen Bundesverkehrsministers; aber Tausende von Brücken in diesem Land sind es, darunter auch über 1 500, die im Bereich des Bundesverkehrswegeplans jetzt tatsächlich saniert werden müssen. An der Stelle sorgen wir hier für eine auskömmliche Finanzierung.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Eines der Ergebnisse der jetzt kommenden Debatte um die Carolabrücke wird wahrscheinlich sein – neben der Tatsache, dass natürlich die Stadt jetzt schon um Geld auch des Bundes und des Landes für die Sanierung bittet –, dass wir vielleicht als Land noch mal stärker verstehen, wie viel wichtiger Erhalt als Neubau ist,

(Beifall der Abg. Tabea Rößner [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

weil wir jetzt auch gerade noch mal sehen, dass der Wegfall einer bestehenden Brücke nicht nur vor Ort, sondern auch insgesamt für die Wirtschaft in der Region deutlich größere Schäden nach sich zieht als das Fehlen einer nicht neu gebauten Brücke. Da ist es egal, ob wir da über (C) Schienen- oder über Straßenbrücken reden oder über Schleusen im Bereich der Wasserwege.

(Dr. Christoph Ploß [CDU/CSU]: Deswegen müsst ihr die Mittel bereitstellen!)

Deswegen ist es auch so spannend, jetzt noch mal zu schauen: Was haben wir eigentlich als Ampel auf den Weg gebracht? Wenn man sich die Investitionslinien und die Finanzmittel für Erhalt versus Neubau über die verschiedenen Verkehrsträger seit 2021 anschaut, dann sieht man, dass unter anderem dieser Schwerpunkt "Erhalt vor Neubau" im Bereich der Schiene und im Bereich der Straße deutlich gestärkt wurde.

Wir sehen auch, während wir quasi mit einer Parität gestartet sind – Mittel für die Straße und Mittel für die Schiene waren zu Beginn der Legislatur quasi auf gleicher Höhe –, dass diese Schere zwischen Schiene und Straße jetzt immer weiter aufgegangen ist. Wir werden im nächsten Jahr doppelt so viel Mittel für die Schiene wie für die Straße haben, 18 Milliarden versus 9 Milliarden Euro, und das ist nicht, weil wir den Erhalt der Straße nicht auskömmlich finanzieren, sondern das ist, weil diese Ampel eingesehen hat, dass der Sanierungsstau im Bereich Schiene noch mal so viel größer ist als im Bereich Straße, und dem werden wir jetzt gerecht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Und weil wir Infrastruktur immer auf Jahrzehnte bauen, kommt es auch allen zugute, die nach der nächsten Bundestagswahl hier in Verantwortung sein werden.

(Zuruf von der AfD: Alle, aber nicht mehr Sie!)

Und alles, was wir da jetzt an Problemen lösen können, wird eine künftige Regierung nicht mehr lösen müssen. Die Probleme, die wir haben, sind in Jahrzehnten angefallen – nicht nur, aber auch in der GroKo –, und sie werden uns auch noch auf Jahre beschäftigen.

Herr Brandl, Sie haben ja gesagt: "#WissingWirkt". Ich wäre vorsichtig, weil von #WissingWirkt ist es nicht weit zu #ScheuerSchadetImmerNoch.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und bei der FDP – Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU/CSU)

- Vorsicht, noch drei Zwischenrufe, und ich rede wieder über die 243 Millionen Euro, die wir allein dafür bezahlen mussten, dass Andi Scheuer nicht in der Lage war, eine verfassungskonforme neue Maut aufzusetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wichtig ist, an der Stelle festzuhalten: Es gab schon lange nicht mehr so viel Investitionsmittel für die Verkehrsinfrastruktur – Straße wie Schiene wie Wasserstraße – wie unter Volker Wissing und mit dieser Bundesregierung, und das auch in Zeiten, wo an anderen Stellen gekürzt wird. Das gehört zur Wahrheit dazu. Selbst die Förderung des Radverkehrs wird im nächsten Jahr noch mal aufgestockt.

Dr. Paula Piechotta

(Zuruf von der AfD: Wo? In Peru?) (A)

Wir haben unglaublich große Zuwächse in dieser Le-

gislatur auch im Bereich Wasserstraße gehabt. Und ja, meine Damen und Herren, auch deswegen, -

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin!

Dr. Paula Piechotta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- weil wir das Problem Eigenkapital lösen, wird insbesondere die Frage der Trassenpreissteigerung uns in diesem Haushaltsverfahren noch sehr stark beschäftigen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, Sie kommen bitte zum Schluss.

Dr. Paula Piechotta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist ein erster guter Schritt, dass hier die Trassenpreise hochgesetzt wurden. Das wird aber nicht reichen. Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat nun Franziska Hoppermann für die CDU/ CSU-Fraktion.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Franziska Hoppermann (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Wissing, auch wenn Sie in Ihrer Rede wieder fast ausschließlich über Verkehr gesprochen haben: Sie nennen sich Digitalminister. Sie wollten diesen Titel für sich und für Ihr Ministerium. Darum sind auch Sie mitverantwortlich für das Chaos, das diese Bundesregierung in der Digitalpolitik verantwortet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie haben eine Digitalstrategie beschlossen; Sie wollten ein Digitalbudget zu deren Umsetzung einführen. Aber dafür sinken Ihre Mittel im Einzelplan von 7 auf mickrige 5 Millionen Euro im nächsten Jahr.

(Nadine Schön [CDU/CSU]: Millionen, nicht Milliarden!)

Millionen, nicht Milliarden. Das ist schon richtig.

Als Digitalminister koordinieren Sie nichts, und Sie führen auch keine Standards ein. Sie setzen keine einheitlichen Schwerpunkte. Das grenzt quasi an Arbeitsverweigerung. Ich gebe Ihnen gerne dafür ein paar Beispiele.

Erstens. Im BMWK wird die Titelgruppe "Digitale Agenda" um 88 Millionen Euro gekürzt. Entwicklungen digitaler Technologien werden halbiert, Potenziale der digitalen Wirtschaft halbiert und der Mittelstand Digital um 10 Prozent gekürzt.

Zweitens. Im Forschungsministerium wird die Titelgruppe "Innovation durch neue Technologien" um 70 Millionen Euro gekürzt. Besonders Mikroelektronik, Chiptechnik und Supercomputing sind betroffen, aber auch IT-Infrastruktur in der KI. Waren es noch 33,5 Millionen Euro im vergangenen Jahr, sollen es im nächsten gerade mal 5,5 Millionen Euro sein.

Drittens. Die Games-Förderung haben Sie letztes Jahr noch schnell zu einem Drittel bei der Beauftragten für Kultur und Medien geparkt. Die kam aber mit dem Förderprogramm nicht hinterher. Es gibt ja auch schon ein funktionierendes Förderprogramm im Wirtschaftsministerium; aber okay, machen wir noch ein zweites, weshalb aber die Mittel im kommenden Jahr auf null Euro gekürzt werden. Und auch bei Ihnen im Haus: Sie fokussieren sich ausschließlich auf die digitale Infrastruktur, während andere zentrale Aspekte der Digitalisierung sträflich vernachlässigt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie kürzen drastisch bei Zukunftsthemen wie Open-RAN-Technologien, verkehrsträgerübergreifenden Mobilitätssystemen und der 5x5G-Strategie.

Zwischenfazit: Sie müssen und wollen das Wachstum in Deutschland ankurbeln, kürzen aber bei Mittelstandsförderung, Digitalisierung und Erforschung von Zukunftstechnologien. Diese Entscheidungen gefährden die Innovationskraft Deutschlands und schwächen unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zu der Verwaltungsdigitalisierung möchte ich Ihnen (D) zuerst mal ein Kompliment machen. Sie haben verstanden, dass das Onlinezugangsgesetz zentral veranschlagt werden muss, und haben da wieder 100 Millionen Euro eingeplant. Hätten Sie diese Einsicht allerdings schon vorher gehabt, hätten Sie sich vielleicht sogar den Vermittlungsausschuss erspart.

(Frank Schäffler [FDP]: Hätte, hätte, Fahrradkette! - Tobias B. Bacherle [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Den Vermittlungsausschuss konnten wir uns nicht ersparen, weil die Union ihn unbedingt wollte nach der Cannabislegalisierung!)

Damit komme ich zu einem weiteren wichtigen Punkt, den auch schon der Kollege Brandl angesprochen hat: Beim entscheidenden Schlüsselprojekt, der Registermodernisierung, tritt der Bund jetzt von seiner Verantwortung zurück und reduziert die Mittel drastisch. Sie werden den Ländern gegenüber vertragsbrüchig.

(Dr. Reinhard Brandl [CDU/CSU]: So ist es!)

Insgesamt fließen Milliardenbeträge in die Digitalisierung, aber ohne Koordination und ohne Überblick und ohne Kontrolle der Ausgaben. So verschwenden wir wertvolle Ressourcen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Andere Länder sind uns hier weit voraus. Sie setzen auf zentral gesteuerte Digitalbudgets, die Projekte effizienter und zielgerichteter umsetzen. Woanders hat man eben verstanden, dass Digitalpolitik ein Wachstumsfaktor ist.

Franziska Hoppermann

(A) Herr Minister, Sie vergessen immer, dass Digitalisierung wirklich mehr ist als nur Infrastruktur. Innovation, Forschung, Zukunftstechnologien, internationale Vernetzung – all das bleibt auf der Strecke. Wenn wir diesen Kurs nicht schnellstens ändern, verliert Deutschland weiter den Anschluss. Das können und das dürfen wir uns nicht leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist höchste Zeit, die Weichen richtig zu stellen – das Wort "Weichen" kennen Sie wenigstens – und die Digitalisierung in diesem Land entschlossen und mutig voranzutreiben.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frank Schäffler spricht jetzt für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frank Schäffler (FDP):

(B)

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Staatsschulden sind "Rauschgift für die Wirtschaft", sagt Hans-Werner Sinn. Ich glaube, da ist was dran. Als wir mehr Schulden gemacht haben, hat das nicht dazu geführt, dass wir mehr investiert haben,

(Dr. Christoph Ploß [CDU/CSU]: So ist es!)

sondern genau umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Schuldenbremse führt dazu, dass wir mehr investieren. Wir investieren aktuell 17 Prozent des Haushaltes, 81 Milliarden Euro. Das ist einmalig in der Geschichte dieses Landes.

(Beifall bei der FDP – Florian Oßner [CDU/CSU]: Ihr seid so einzigartig! Einzigartig, die Ampel!)

Das machen wir hier in diesem Etat ebenfalls. 35 Milliarden Euro werden im Einzelplan 12 investiert, in die klassischen Verkehrsträger 29 Milliarden Euro; das ist eine Verdoppelung gegenüber dem Vorkrisenniveau von 2019

Wir machen das im Übrigen bei allen Verkehrsträgern. Wir machen das bei der Autobahn. Auch da werden im Nachtragshaushalt und im Haushaltsentwurf 2025 350 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt. Bis 2028 fließen insgesamt sogar 38 Milliarden Euro in die Bundesfernstraßen. Das heißt, wir haben die Probleme erkannt, was beispielsweise die Brückensanierung betrifft. Wir haben auch erkannt, dass die Verkehre auf der Straße in den nächsten Jahren im Pkw-Bereich um 10 Prozent, im Lkw-Bereich um 40 Prozent zunehmen. Mehr wäre natürlich immer sinnvoll. Man kann man natürlich immer sagen: Das reicht nicht aus. – Aber ich glaube, dass wir trotzdem die richtigen Prioritäten setzen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir machen das vor allem – das ist schon gesagt worden – bei der Bahn. Es ist ein historischer Hochlauf der Investitionsmittel bei der Deutschen Bahn. 18,1 Milliarden Euro stellen wir im kommenden Jahr zur Verfügung. Daran sehen Sie, dass wir die Probleme, was die Korridorsanierungen betrifft, erkannt haben.

Aber – das gehört zur Wahrheit auch dazu – jetzt muss die Bahn auch liefern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Lutz und Herr Huber müssen jetzt endlich liefern.

(Zuruf von der CDU/CSU: Was haben Sie denn in den letzten drei Jahren gemacht?)

Sie müssen ihren Laden fitmachen. Dass sie letztendlich jetzt angekündigt haben, 10 000 Stellen im Wasserkopf zu streichen, ist schon mal ein guter Anfang. Aber es darf jetzt keine weiteren Ausreden geben. Die Bahn muss effizienter werden. Der Schenker-Verkauf ist der erste Schritt, um die Entschuldung der Bahn einzuleiten.

Gleichzeitig müssen wir, finde ich, darüber hinausdenken, weil das nämlich nicht reicht. Wir haben jetzt mit der InfraGO einen ersten Schritt gemacht, um die Bahn neu aufzustellen. Aber auch das ist, wenn man ganz ehrlich ist, nur ein erster Schritt; weitere müssen folgen. Dazu gehört, dass wir an dem Ziel, das Netz und den Betrieb zu trennen, festhalten müssen, weil wir mehr Wettbewerb auf die Schiene bringen müssen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Dirk Spaniel [AfD]: Sie sind doch in der Regierung! Warum machen Sie es nicht einfach?) (D)

Ich sage Ihnen: Damit können wir direkt anfangen, auch weil wir jetzt von der EU-Kommission bezüglich DB Cargo etwas bekommen haben, wo wir ansetzen können: DB Cargo hat in den letzten neun Jahren 3,5 Milliarden Euro Verluste produziert, die durch den Konzern und am Ende natürlich durch den Steuerzahler gedeckt wurden. Ich finde, das muss aufhören. Das muss auch deshalb aufhören, weil es den verkehrspolitischen Zielen dieser Regierung zuwiderläuft; denn die Marktanteile von DB Cargo sind auf ein historisches Tief zurückgegangen: Früher betrugen sie 60 Prozent, jetzt 40 Prozent. Die Verkehrsleistung ist um 25 Prozent zurückgegangen. Unser Ziel, das wir uns am Anfang gesetzt haben, 25 Prozent des Güterverkehrs auf die Schiene zu bringen, ist in weite Ferne gerückt. Deshalb müssen wir das jetzt ernst nehmen. Ich glaube, Cargo ist nicht zu reformieren und nicht zu sanieren; deshalb müssen wir privates Kapital hineinholen.

Ich will Ihnen eine Geschichte erzählen, die ich im "Tagesspiegel" gelesen habe: Lokführer dürfen bei Cargo am Ende ihres Arbeitstages wieder zu ihrem Heimatbahnhof zurückgebracht werden. Das führt dazu, dass, wenn die beispielsweise von Hamburg nach Regensburg fahren, 18 Lokführer gebraucht werden, um diese Fahrt abzuwickeln. Private machen das mit zwei Lokführern. Daran sieht man den großen Reformbedarf. Wir brauchen eine Privatisierung von Cargo und eine Trennung von Netz und Betrieb.

Frank Schäffler

(A) Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort für die AfD hat Dr. Dirk Spaniel.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Dirk Spaniel (AfD):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit unserem Einzug hier in den Bundestag haben wir vor den Folgen dieser kopflosen Transformations- und Verkehrswendepolitik gewarnt. Wir sehen jetzt das Ergebnis dieser Politik. Es ist eine Abwicklung unseres Industrielandes.

(Beifall bei der AfD)

Nichts macht das deutlicher als einstürzende Brücken. Es ist eine Unverschämtheit, dass Sie sich Ihre Infrastrukturpolitik der letzten Jahre hier heute schönreden.

Die ganze Welt hat Deutschland um die überragende Automobilindustrie beneidet. Kernstück dieser Automobilindustrie ist die industrielle Kompetenz, einen Verbrennungsmotor in Perfektion zu bauen. Die ganze Welt fragt sich: Wie können die Deutschen so bescheuert sein, diesen Verbrennungsmotor zu verbieten?

(Beifall bei der AfD)

Hierfür verantwortlich war maßgeblich der Sozialdemokrat Frans Timmermans, aber natürlich auch die etwas ahnungslose EU-Kommissionspräsidentin, die übrigens gerade wiedergewählt wurde – von der CDU und den Grünen.

(Beifall bei der AfD)

Dieses Verbot des Verbrennungsmotors hätte ganz einfach von dieser Bundesregierung gestoppt werden können. Wir haben das mehrfach thematisiert, übrigens auch zusammen mit der FPÖ. Wir haben das mehrfach hier im Bundestag thematisiert. Es hätte rechtzeitig gestoppt werden können. Wo ist eigentlich die FDP, wenn man sie mal braucht?

(Beifall bei der AfD)

Liebe VW-Mitarbeiter, liebe Mitarbeiter in den Zulieferfirmen, die SPD-geführte Bundesregierung trägt entscheidende Verantwortung für das Bangen um Ihre Arbeitsplätze. Bei VW wird klar: Wer hat die deutsche Autoindustrie verraten? Sozialdemokraten!

(Beifall bei der AfD)

Kommen wir jetzt mal zur rot-grünen Chaosbahn. Seit nunmehr drei Jahren schaut sich unser Verkehrsminister dieses Komplettversagen der Bahn an. Und nun hören wir, dass der Bahnvorstand alle drei Monate einen Bericht abgeben soll. Der Bahnvorstand kommt doch aus dem Lachen über diesen zahnlosen Verkehrsminister gar nicht mehr raus. Was machen Sie eigentlich, wenn die Berichte der Bahn genauso nichtssagend sind wie die Antworten auf unsere Fragen im Ausschuss? Gar nichts können Sie machen, und das wissen Sie auch. Im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn sitzen mehrheitlich Ver-

treter der Gewerkschaft EVG samt ihrem parlamentarischen Arm, der SPD. Sie können den Bahnvorstand gar nicht auswechseln. Mit ihrer Aufsichtsratsmehrheit blockieren EVG und SPD erfolgreich jede Maßnahme gegen den Vorstand und auch jede Strukturreform. Wir wollen die Struktur der Bahn ändern und zumindest aus der Infrastruktursparte eine staatlich kontrollierte GmbH machen.

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie wollen Sie denn eine AG in eine GmbH umwandeln? Haben Sie sich mal mit dem Aktienrecht beschäftigt?)

– Eine GmbH wollen wir. – Ohne diesen Schritt wird die dysfunktionale Bahn uns weiter zum Gespött ganz Europas machen.

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Ihre bahnpolitischen Vorschläge machen uns zum Gespött!)

Wir erinnern uns einfach mal an den FDP-Antrag zur Luftverkehrsteuer aus der letzten Wahlperiode. Was passiert eigentlich, wenn die FDP in der Regierung sitzt? Sie haben die Luftverkehrsteuer nicht ausgesetzt, Sie haben sie um 20 Prozent erhöht. Die "Welt am Sonntag" schrieb sehr passend:

"Was mit Parteien passiert, die ihren Markenkern aufgeben, um zu regieren, sieht man am Schicksal der FDP."

Sie brauchen sich nicht zu wundern. Die Mitarbeiter an den Flughäfen haben längst verstanden, wie wichtig es ist, nicht FDP oder CDU zu wählen, sondern unsere Partei. Und das werden wir jetzt auch in Brandenburg sehen.

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie mich kurz zum Haushaltsentwurf des Einzelplans 12 in Summe kommen. Das ist eine Fortschreibung Ihrer Abwicklungspolitik. Obwohl drei Viertel des Verkehrsvolumens über die Straße laufen, wird nahezu das Doppelte der Investitionen in die Straße in Bundesschienenwege investiert. Es ist absehbar, dass Ihr Bahnchaos –

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Spaniel.

Dr. Dirk Spaniel (AfD):

- auch zu einem Autobahnchaos führen wird.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Spaniel, Ihre Redezeit war zu Ende.

Dr. Dirk Spaniel (AfD):

Ja. - Bauen Sie lieber Brücken -

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Spaniel.

(C)

(A) **Dr. Dirk Spaniel** (AfD):

- statt Brandmauern! Wir werden deshalb -

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie kommen bitte zum Ende Ihrer Rede. Vielen Dank.

Dr. Dirk Spaniel (AfD):

- Anträge zur Verbesserung Ihres Haushaltsentwurfs einbringen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Spaniel, vielen Dank.

Dr. Dirk Spaniel (AfD):

So ist der Haushalt nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei der AfD – Beatrix von Storch [AfD]: Diese Ungerechtigkeit in der Gleichbehandlung ist einfach unerträglich!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Isabel Cademartori hat das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Valentin Abel [FDP])

Isabel Cademartori Dujisin (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Infrastruktur ist ein wichtiger Faktor für die Stabilität unserer Wirtschaft, aber eben auch für die Stabilität unserer Demokratie. Es wird immer spürbarer, dass wir hier enormen Aufholbedarf haben. Der Erkenntnis, dass über Jahre zu wenig investiert wurde, müssen sich alle demokratischen Kräfte stellen, und sie müssen den richtigen Schluss daraus ziehen, nämlich die Infrastruktur zu stärken.

Das Gefühl, dass das Land funktioniert, dass die Infrastruktur funktioniert, stärkt das Vertrauen in unsere Demokratie. Das haben kürzlich auch Forscher des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel in einer Studie herausgefunden,

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Dazu brauche ich keine Studie! Einmal Bahnfahren reicht!)

die besagt, dass in Regionen, wo die Infrastruktur von der EU stark gefördert wird, der Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien deutlich zurückgeht.

(Beifall des Abg. Metin Hakverdi [SPD] – Metin Hakverdi [SPD]: Es gibt Hoffnung! – Detlef Müller [Chemnitz] [SPD]: Aha!)

Diese Erkenntnis sollten wir nicht aus dem Blick verlieren, auch im Hinblick auf die wichtigen und notwendigen Debatten, die wir dieser Tage über Abschiebung, Zurückweisung an den Grenzen und Migration führen. Gute Verkehrsanbindung, moderne Infrastruktur, ein leistungsfähiger und bezahlbarer ÖPNV – das sind auch wirksame Mittel gegen den Demokratiefrust.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Götz Frömming [AfD]: Ah, nur deshalb! – Dr. Dirk Spaniel [AfD]: "Demokratiefrust"! – Beatrix von Storch [AfD]: Die Leute haben die Schnauze voll von der Ampel, würde Herr Kubicki sagen!)

Unsere Regierung packt hier bereits an und sorgt dafür, dass die Infrastruktur in Deutschland wieder an Qualität gewinnt. Die kürzlich begonnene Korridorsanierung der Bahn ist hier zu nennen. Als Mannheimerin kann ich den Fortschritt auf der Baustelle wöchentlich verfolgen und bin guter Dinge, dass uns hier etwas Großes gelingt: eine Kehrtwende bei der Sanierung der Bahn.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Metin Hakverdi [SPD])

Deswegen ist es wichtig, dass es uns trotz aller Schwierigkeiten bei der Aufstellung dieses Haushaltes, die ausreichend diskutiert wurden und bekannt sind, gelungen ist, die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur wieder deutlich anzuheben. Die Investitionen im Einzelplan 12 haben wir noch mal gesteigert: von 30 auf rund 35 Milliarden Euro. Für die Straßen- und Brückensanierung steht mehr Geld zur Verfügung. Auch bei den Wasserstraßen haben wir Stabilität auf hohem Niveau erreicht.

(Zuruf des Abg. Mike Moncsek [AfD])

Wir haben es bereits mehrfach gehört: Die Schiene wird mit Gesamtausgaben von fast 20 Milliarden Euro nun deutlich vor der Straße als wichtigster Verkehrsträger von uns unterstützt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Lukas Köhler [FDP])

Das ist die erfreuliche Seite. Die Wahrheit ist aber auch: Wir werden in Zukunft eine bessere und verlässlichere Finanzierung unserer Infrastruktur brauchen. Die Finanzierung durch die Eigenkapitalerhöhung bringt Schwierigkeiten mit sich, was sich in höheren Trassenpreisen niederschlagen kann. Deshalb würden wir uns als Sozialdemokraten gemeinsam mit den Gewerkschaften, mit dem BDI und mit einem großen Teil der Bevölkerung wünschen, dass wir uns nicht davor scheuen, die Milliarden zu mobilisieren, die es braucht, um unsere Verkehrsinfrastruktur wettbewerbsfähig zu halten und die notwendigen Projekte gleichzeitig und möglichst schnell umzusetzen,

(Beifall des Abg. Metin Hakverdi [SPD])

auch über eine Reform der Schuldenbremse und/oder ein Sondervermögen.

(Beifall bei der SPD – Martina Englhardt-Kopf [CDU/CSU]: Ja, klar!)

Fonds, wie sie in der Schweiz und in Österreich genutzt werden, sind aus unserer Sicht ein guter Weg, um planbare und verlässliche Investitionen in unsere Infrastruktur sicherzustellen. Für dies die Basis zu schaffen, wird die Aufgabe der Infrastrukturpolitik der kommenden Jahre sein.

Ich will zum Schluss auch noch ein Wort zum Thema Transformation –

(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Nein, Sie kommen jetzt zum Ende, bitte.

Isabel Cademartori Dujisin (SPD):

– der Industrie im Verkehr verlieren.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie können nicht noch ein neues Thema aufmachen, Frau Kollegin.

Isabel Cademartori Dujisin (SPD):

Wir stehen hier auch an der Seite der Beschäftigten und warnen davor, –

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, die Redezeit -

Isabel Cademartori Dujisin (SPD):

- die Uhr zurückdrehen zu wollen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

war bereits zu Ende.

(B)

Isabel Cademartori Dujisin (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Danke sehr. – Nyke Slawik hat das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Nyke Slawik (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Zuhörende! Unsere Haushaltspolitik setzt klare Schwerpunkte für eine klimafreundlichere und sozial gerechte Mobilität. Zum ersten Mal in diesem Jahrhundert investieren wir doppelt so viel in die Bahn wie in Straßen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Und Sie wissen alle genau: Dank unserer Finanzpolitik überweist der Bund mehr Zuschüsse für den ÖPNV an die Länder als je zuvor – seit der Ampel ganze 17 Milliarden Euro mehr bis 2030, verglichen mit der GroKo.

Durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz finanzieren Kommunen den Ausbau des ÖPNV vor Ort und realisieren zum Beispiel neue Straßenbahn- oder U-Bahn-Linien. Mit der Verdopplung der Bundesmittel für die Länder von 1 auf 2 Milliarden Euro und einem jährlichen Anstieg um ganze 1,8 Prozent wird dieses Gesetz im kommenden Haushalt seine ganze Wirkung entfalten.

(Beifall der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]) Diese Erfolge wollen wir uns heute hier nicht kleinreden (C) lassen

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Und: das Deutschlandticket, das wir mit 1,5 Milliarden Euro jährlich als Bund mitfinanzieren.

(Zuruf des Abg. Thomas Bareiß [CDU/CSU])

Es ist mir egal, liebe Union, wie oft Sie gegen dieses Ticket wettern. Es ist richtig, dass wir das gemacht haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ganze 13 Millionen Erwachsene in Deutschland besitzen keinen Führerschein, und es ist doch allerhöchste Zeit, dass wir auch für diese Menschen Politik machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bei mir in Nordrhein-Westfalen gibt es Menschen, die ganze 200 Euro im Monat dank dieses Tickets sparen. Und seit diesem Sommersemester sind deutschlandweit auch noch 2 Millionen Studierende mit dabei.

(Beifall der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Logisch, übersichtlich und bezahlbar – der Einstieg in Bus und Bahn war nie so einfach wie jetzt und ermöglicht vielen Menschen gleichzeitig so viele wichtige Dinge.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Florian Oßner [CDU/CSU])

(D)

"Dank des Tickets konnte ich mir leisten, zur Beerdigung meiner Cousine zu fahren." – "Zum ersten Mal seit Monaten konnten wir als Familie einen Ausflug machen." – "Zum ersten Mal konnte ich meine Tochter am anderen Ende Deutschlands besuchen."

(Dr. Dirk Spaniel [AfD]: Bringen Sie die Leute lieber in Arbeit!)

Das sind Sätze, die werde ich nie vergessen, Sätze, mit denen Menschen mir gegenüber beschrieben haben, was ihnen das Deutschlandticket bringt.

Diese Sätze sind eine Mahnung für uns. Denn eine aktuelle Umfrage zeigt, dass auch 49 Euro monatlich schon für viele Menschen eine Schmerzgrenze sind. Bei einer Preisänderung von 5 bis 10 Euro könnten bis zu 21 Prozent der Kundinnen und Kunden verloren gehen. Anstatt über Preiserhöhungen zu diskutieren, sollten wir dafür sorgen, dass das Ticket langfristig bezahlbar und zugänglich bleibt,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Lukas Köhler [FDP])

damit mehr, nicht weniger, Menschen es nutzen können. Deswegen werden wir uns jetzt auch in den Gesprächen zum Bundeshaushalt dafür einsetzen, dass das Deutschlandticket stabil bleibt und dass wir die begonnenen Investitionen in den ÖPNV und in die Schiene absichern.

Vielen Dank.

Nyke Slawik

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort für die CDU/CSU-Fraktion hat jetzt Thomas Bareiß.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Bareiß (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Erlauben Sie mir vorweg vielleicht eine kurze Zwischenbemerkung zur Haushaltsrede des Ministers: Auch in dieser Rede haben Sie Ihre Vorgängerregierungen zur Verantwortung gezogen. Ich sage Ihnen ganz offen, Herr Minister Wissing: Nach drei Jahren im Ministeramt sollte man auch einmal selbst Verantwortung übernehmen und selbst einmal sagen, was man tun will, und nicht immer die Vorgänger verantwortlich machen. Das war ein ganz schwacher Einstieg in die heutige Haushaltsdebatte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der Haushalt des Bundesministers für Digitales und Verkehr beträgt insgesamt knapp 50 Milliarden Euro. 35 Milliarden Euro davon gehen in Ausbau und Erhalt der Infrastruktur, also dorthin, wo es die nächsten Jahre um die Zukunft unseres Landes geht. Aber trotz einem Plus von circa 2,2 Milliarden Euro, einem Plus von 4,5 Prozent, bleiben die Mittel weit hinter dem zurück, was der Verkehrsbereich wirklich bräuchte, meine Damen und Herren. Allein die Baukostensteigerungen in diesem Jahr betragen 5 Prozentpunkte mehr. Das heißt, unterm Strich kommen die zusätzlichen Gelder, die gebraucht werden, vor Ort nicht an. Unterm Strich werden wir in den Bereichen Schiene, Straße, Wasserstraße, Luftverkehr vor Ort weniger Geld haben, als wir brauchen. Das ist ein ganz klares Signal, dass dieser Haushalt für die Verkehrsinfrastruktur einen Rückschritt bedeutet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn Sie heute wieder von einem großen Investitionsprogramm sprechen, rate ich Ihnen: Bleiben Sie auch in diesem Punkt ehrlich. Der Investitionsstau im Bereich der Verkehrsinfrastruktur ist unter der Ampelregierung nicht kleiner, sondern größer geworden, meine Damen und Herren.

(Felix Schreiner [CDU/CSU]: Riesig ist der!)

Im Bereich der Schiene wird der Investitionsstau, lieber Herr Wissing, in den nächsten Jahren größer werden, nicht kleiner. Das ist ein ganz klares Signal, dass Sie Ihr eigenes Ziel – 45 Milliarden Euro für die Schiene bis 2027 – nicht erreichen werden mit diesem Haushalt. Auch das ist ein ganz klares Signal, dass es eher einen Rückschritt als Fortschritte gibt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und das, obwohl wir im Bereich Verkehr einen Einnahmenrekord haben. Allein die Einnahmen aus Steuern und Abgaben im Bereich Diesel und Benzin betragen

33,2 Milliarden Euro, die auch die Pkw-Fahrer entsprechend einbringen. Im Lkw-Bereich haben Sie eine Verdoppelung der Lkw-Maut erreicht. 7 Milliarden Euro Mehreinnahmen; insgesamt sind es jetzt 15 Milliarden Euro Lkw-Maut. Die Luftverkehrsabgabe

(Frank Schäffler [FDP]: Ihr habt sie eingeführt!)

wollte die FDP – wir haben es vorhin gehört – eigentlich mal abschaffen. Jetzt haben Sie 580 Millionen Euro obendrauf gesattelt. Jetzt sind es 1,5 Milliarden Euro. Auch mit der Luftverkehrsabgabe erzielen Sie also Mehreinnahmen. Das heißt, allein diese drei Verkehrsbereiche sorgen im Verkehrsetat für Einnahmen von 50 Milliarden Euro. Das sind Mittel, die Sie aus dem Verkehrsbereich nehmen, die Sie aber leider nicht in den Verkehr investieren.

(Felix Schreiner [CDU/CSU]: Skandalös!)

Auch deswegen ist das Bild, das vorhin gemalt worden ist, falsch.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist der eigentliche Skandal dieses Haushalts: 8 Milliarden Euro Mehreinnahmen durch Lkw-Maut, Luftverkehrsabgabe, doch ein Großteil dieser Gelder fließt nicht in Investitionen, sondern mit dem Geld werden Haushaltslöcher gestopft. Das Geld fließt also nicht in Investitionen, sondern in konsumtive Ausgaben. Das ist der eigentliche, große Skandal dieses Haushalts, meine sehr verehrten Damen und Herren.

In dem Haushalt, den Sie vorgelegt haben, gibt es einige ganz konkrete Punkte, die wir sehr kritisieren. Das 49-Euro-Ticket wurde vorhin angesprochen. Hier gibt es keine verlässliche Finanzierung. Sie haben von 1,5 Milliarden Euro gesprochen, mit denen sich der Bund beteiligt. Damit wird jetzt Schluss sein. Der Minister hat ganz klar gesagt, er wird sich rausziehen aus dieser Finanzierung, wird die Länder an dieser Stelle im Stich lassen. Das ist etwas, was wir sehr stark kritisieren.

Auch bei der Umsetzung des Deutschlandtaktes ist noch vieles ungewiss und nichts klar und deutlich definiert. Mit InfraGO ist eine große Reform angekündigt worden. Sie ist innen aber total hohl, nichts ist geregelt. Das ist Kosmetik, teure Kosmetik, aber nichts Faktisches, was wirklich Verbesserungen im Bereich der Schiene bringt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Bundesregierung, meine Damen und Herren, ist planlos und konzeptlos, was Bahn und Schiene angeht. Auch das ist eine Versündigung an der nächsten Generation

Wenn man sich die Haushaltszahlen einmal genau anschaut, meine Damen und Herren, sieht man, dass die Bundesregierung sich das auf Kosten von kleinen und mittelständischen ÖPNV-Unternehmen schönrechnet. Sie verschieben die Finanzierung des 49-Euro-Tickets und damit die Auszahlung der Regionalisierungsmittel von 2025 auf Ende 2026. Das heißt ganz konkret, die 350 Millionen Euro kommen später an bei den Unterneh-

Thomas Bareiß

(A) men vor Ort. Das ist eine Versündigung an diesen Unternehmen. Sie werden damit in vielfacher Hinsicht zum Totengräber von kleinen und mittelständischen ÖPNVund Busunternehmen vor Ort, gerade im ländlichen Raum, in dem viele Menschen leben, weil Sie das Geld nicht entsprechend auszahlen – um damit Ihren Haushalt noch einmal für die nächsten Jahre schönzurechnen.

> (Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Mike Moncsek [AfD])

Zum Schluss noch ein paar wenige Sätze zum Thema Automobilbranche. Auch hier: Die Automobilbranche ist in der größten Krise ihrer Geschichte. Wir brauchen eine verlässliche und technologiefreundliche Politik. Allein auf Elektromobilität zu setzen, ist der falsche Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir brauchen bei den Antriebstechnologien mehr Technologieoffenheit. Was Sie mit den Wasserstoffprojekten machen, ist die größte Sünde derzeit. Wir haben eine Wasserstoffstrategie auf den Weg gebracht und sie mit Milliarden ausgestattet, eine tolle Strategie der NOW, einer Gesellschaft, die ein Leuchtturm war. Diese Gesellschaft wird jetzt eingestampft und zusammengestrichen. Auch das geht komplett in die falsche Richtung. Eine große Technologie der Zukunft wird von dieser Bundesregierung sträflich vernachlässigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie kommen zum Ende bitte, Herr Bareiß.

Thomas Bareiß (CDU/CSU): Meine Damen und Herren, –

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Bareiß, -

(B)

Thomas Bareiß (CDU/CSU):

- dieser Haushalt hat keine Zukunft drin. Wir haben leider nichts erreicht.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

- zum Ende bitte.

Thomas Bareiß (CDU/CSU):

Es gibt wenig Zukunft, viel Vergangenheit.

Vielen Dank noch mal. Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat Johannes Schätzl für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Johannes Schätzl (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir sind hier vor drei Jahren auch angetreten, um jahrelange Versäumnisse im Infrastrukturbereich auszubessern. Und in der Tat hat sich die letzten (C) drei Jahre einiges getan. Lassen Sie mich das skizzieren am Bereich der Glasfaserförderung. Herr Brandl, ich finde, man kann den europäischen Vergleich ziehen, vielleicht müssten wir das sogar.

Was wir nicht können, ist, zu vernachlässigen, wo wir hergekommen sind. Das haben Sie ja ein bisschen weggelassen. Deswegen an dieser Stelle der Vergleich: Sie haben zwischen 2015 und 2021 rund 9 Milliarden Euro an Fördermitteln ausgegeben, wir haben 9 Milliarden Euro in den letzten drei Jahren ausgegeben. Sie hatten bis 2021 900 000 Anschlüsse erreicht, wir haben 2,6 Millionen geförderte Anschlüsse. Damit ist die Zahl der Hausanschlüsse von 8 Millionen auf 16 Millionen gestiegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, möchten Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Johannes Schätzl (SPD):

Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön.

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

(D)

Vielen Dank, Herr Kollege. – Ist Ihnen aber bewusst, dass der Großteil der von Ihnen angesprochenen, jetzt umgesetzten Breitbandprojekte noch aus der Zeit von Andreas Scheuer stammt?

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dass Sie sich überhaupt trauen, den Namen "Scheuer" zu nennen!)

Und haben Sie sich schon bei ihm dafür bedankt, dass er so viele Förderprojekte auf den Weg gebracht hat, die jetzt umgesetzt werden können?

Johannes Schätzl (SPD):

Herr Kollege Brandl, wir haben in unseren Förderrichtlinien ja komplett andere Schwerpunkte gesetzt. Sie sagen jetzt, wir bauen jetzt Infrastruktur auf Grundlage Ihrer Förderprogramme. Das mag vielleicht sogar stimmen

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Das stimmt sogar! Muss er nicht rumschwurbeln! Es stimmt!)

Wir bauen übrigens auch jetzt noch Infrastrukturen im Kupferbereich auf Grundlage Ihres Förderprogramms; weil Sie eben nicht spezifiziert haben, dass wir gerne einen Glasfaserausbau haben möchten, sondern nur gesagt haben: Wir wollen ein Breitbandförderprogramm. – Wir haben gesagt: Wir wollen ein Glasfaserförderprogramm. Wir haben vollkommen unterschiedliche

(C)

Johannes Schätzl

(A) Schwerpunkte gesetzt. Deswegen finde ich es an dieser Stelle durchaus erwähnenswert, dass wir die Glasfaserquote verdoppelt haben, Herr Kollege Brandl.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wenn wir über den geförderten Glasfaserausbau sprechen, dann sprechen wir natürlich auch darüber, dass der zumeist nicht den Bürgerinnen und Bürgern in den Großstädten, sondern denen im ländlichen Raum zugutekommt.

(Beifall des Abg. Carina Konrad [FDP])

Da sprechen wir über Millionen von Bürgerinnen und Bürgern, wir sprechen über 13 500 Schulen, wir sprechen über 630 Gewerbegebiete, wir sprechen über 340 Krankenhäuser. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist eine sinnvolle, eine dringliche Investition, und Geld kommt zielsicher an.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Genau aus diesem Grund haben wir uns in den letzten Haushaltsverhandlungen auf 3 Milliarden Euro Fördersumme verständigt. Es war unstrittig, und es war gut investiertes Geld. Blicken wir dann auf die laufende Förderperiode, blicken wir auch auf den Haushalt 2025, dann muss uns hier schnell klar werden, dass wir an der ein oder anderen Stelle noch Redebedarf haben. Wir sind der festen Überzeugung, dass das Tempo des Breitbandausbaus nicht abnehmen darf. Wir alle haben uns ein Ziel gesteckt: 2030 wollen wir ein flächendeckendes Glasfasernetz. Ob wir dieses Ziel erreichen werden oder nicht. hängt davon ab, was wir jetzt und vor allen Dingen ab 2025 tun. Dafür brauchen wir jetzt die Mittel. Dafür müssen wir jetzt die Förderaufrufe starten, und dafür müssen wir jetzt die notwendigen Anschlüsse bauen. Deswegen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sind Mittelkürzungen an dieser Stelle aus meiner Sicht etwas, worüber wir noch sprechen müssen.

(Dr. Reinhard Brandl [CDU/CSU]: Wir sind gespannt!)

Dass dieses Geld gut investiert ist, ist nicht zuletzt ein großer Erfolg des Ministeriums. Wir haben eine sehr zielgenaue Förderung, wir haben Länderbudgets, Potenzialanalysen, wir haben ein Fast-Lane-Programm, wir haben ein Lückenschluss-Programm; all dies hat dazu geführt, dass wir das Geld zielsicher investieren können. Aus diesem Grund bin ich der festen Überzeugung, dass wir die Mittel in der gleichen Höhe wie im letzten Jahr halten sollten.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, der Appell zum Schluss: Lasst uns nicht an unserer Zukunft sparen! Lasst uns in den nächsten Wochen gemeinsam darauf blicken, wo wir sparen müssen, wo wir sparen können, aber auch darauf, wo wir Schwerpunkte setzen und wo wir keine Abstriche machen wollen. Wir sollten eine Marschroute vorgeben, die eine sichere, eine ausreichende, eine planbare Breitbandförderung zugrunde legt. Ich freue mich auf die Gespräche in den nächsten Wochen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat Eugen Schmidt für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Eugen Schmidt (AfD):

Frau Präsidentin! Liebe Landsleute! Dieser Haushalt ist ein Haushalt gegen Deutschland;

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nö! – Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

denn er ist ein weiteres Dokument voller leerer Versprechungen.

(Beifall bei der AfD)

Wir lesen die vertrauten Phrasen "Stärkung" und "Nachhaltigkeit" – Jahr für Jahr dieselbe Leier –, während unser Land seit 20 Jahren den Bach runtergeht.

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso erst seit 20 in Ihrer Vorstellung? Was war vor 20 Jahren?)

Das jüngste Beispiel für diesen grotesken Umgang mit dem Geld der Deutschen ist eine Behörde, die monatelang daran gearbeitet hat, einem Bürger – einem einzigen! – einen um 10 Euro günstigeren Internetanschluss zu ermöglichen. Ist das die Effizienz, die diese Regierung uns verspricht? Ist das die Art von Bürokratieabbau, die Sie uns verkaufen wollen?

Dieser Haushalt ist ein Haushalt gegen Deutschland;

(Beifall bei der AfD)

denn der Begriff "KI" wird nur fünfmal erwähnt, während das Wort "Klima" ganze 38-mal auftaucht. Während die Welt auf Fortschritt setzt, bremst diese Regierung jede Entwicklung durch bürokratische Monster wie die KI-Verordnung aus.

Dieser Haushalt ist ein Haushalt gegen Deutschland; denn Sie reden von "digitaler Souveränität", doch was Sie wirklich bewirken, sind Deindustrialisierung, Bildungsverfall und autoritärer grüner Obrigkeitsstaat.

(Beifall bei der AfD)

Ihr langhaariger ungedienter Kriegstreiber droht ja bereits mit der Sperrung der Plattform X.

(Tobias B. Bacherle [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie haben Sie mich gerade genannt? – Felix Schreiner [CDU/CSU]: Eine Schande im Deutschen Bundestag!)

Die globale Elite, internationale Großkonzerne und undurchsichtige Organisationen bestimmen, was wir sehen, hören und denken dürfen. Deutschland wird nicht souveräner, sondern von dieser Regierung weiter in die Abhängigkeit globaler Monopole gedrängt, die keinerlei Rücksicht auf die Interessen unseres Landes nehmen.

(D)

(B)

Eugen Schmidt

(A) Und während Sie von "Souveränität" reden, denken Sie nur an Ihren eigenen Machterhalt und üppige Futtertröge. Schon heute ist jegliche KI besser als diese Regierung.

(Beifall bei der AfD – Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na, na, na!)

Die Wahlen in Sachsen und Thüringen haben bereits klargemacht, was Brandenburg bald eindrucksvoll bestätigen wird: Die Deutschen sind mit dieser Regierung fertig.

Dieser Haushalt ist ein Haushalt gegen Deutschland, und die Deutschen wissen das. Ihre Zeit läuft ab. Weder das Wegsperren Oppositioneller noch staatsfinanzierte "Omas gegen Rechts" oder Internetfilter werden das stoppen. Sie werden uns niemals zum Schweigen bringen.

(Beifall bei der AfD – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Wir sind hier nicht in Russland! – Zuruf von der SPD: Ihr Chef sperrt die Leute doch weg! Putin!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Schmidt, Sie haben einen Kollegen "Kriegstreiber" genannt. Dafür erteile ich Ihnen hiermit einen Ordnungsruf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Beatrix von Storch [AfD]: Keinen genau benannt! Er hat niemanden angesprochen! – Weiterer Zuruf von der AfD: Wen denn?)

Das Wort für Bündnis 90/Die Grünen hat der Kollege Tobias Bacherle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Tobias B. Bacherle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rede eben – wir haben uns heute ja angewöhnt, Dinge mit Hashtags zu versehen – würde ich den Hashtag #EugenÜbt geben. Ich möchte aber dazu übergehen, mich lieber der Serviceopposition zu widmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kollegin Hoppermann, Sie haben gerade gesagt, wir hätten uns den Vermittlungsausschuss zum Onlinezugangsgesetz sparen können. Das klingt eigentlich total vielversprechend, so, als hätten Sie die Bedeutung des Gesetzes fast erkannt. Nur, das passt nicht so ganz zu dem, was im Bundesrat nach der Abstimmung zum Cannabisgesetz passiert ist. Ich würde mir ja wünschen, Ihre Kolleginnen und Kollegen wären von Cannabisnebel umhüllt gewesen, weswegen sie sich entschieden haben, das Onlinezugangsgesetz ohne Aussprache, ohne Argumentation in den Vermittlungsausschuss zu schieben. Ich habe aber das Gefühl, es war genau das nicht, sondern eher eingeschnapptes Verhalten, weil Sie das Cannabisgesetz nicht in den Vermittlungsausschuss schicken konnten, aber unbedingt eines dort haben wollten. Verantwortung für dieses Land, Verantwortung, wie wir sie zwischen Bundesrat, Bundesregierung und Bundestag ei- (C gentlich teilen sollten, war das nicht. Das jetzt hier anzubringen, ist leider ein schlechter Witz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Aber ich möchte eigentlich über eine andere Sache sprechen, und zwar im Kern über "Sharing is caring". Wir haben viel über künstliche Intelligenz diskutiert. Wir haben viel über die Modernisierung des Staates diskutiert. Was all diesen Sachen zugrunde liegt, ist, dass man gute Daten braucht. Jetzt kann man sagen: Daten sind das neue Erdöl, das neue Fundament der Digitalisierung oder das neue Gold. Es ist mir egal, welche Metapher wir nehmen; es bleibt hängen: Daten sind extrem wichtig, und alles baut am Ende darauf auf. Wir brauchen also eine gute Datenqualität. Deswegen möchte ich an dieser Stelle einmal sagen: Es ist löblich – wenn auch ein bisschen absurd, aber löblich –, dass diese Bundesregierung in diesem Jahr endlich das erste Mal einen maschinenlesbaren Bundeshaushalt veröffentlicht hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau! Endlich!)

Sharing is caring. Wenn wir uns in der Welt umgucken, dann sehen wir: Es kommt darauf an, dass wir den Grundstein für selbstbestimmtes Datenteilen hier in Deutschland und in Europa legen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Denn zwischen den Monopolen der großen Konzerne und dem digitalen Autoritarismus, wo der Staat entscheidet, wer am Ende die Daten teilen muss, welcher Datenhalter gezwungen wird, die Daten mit irgendjemandem zu teilen, ohne das Individuum zu fragen, zwischen diesen beiden Welten, die schon existieren und auch zu uns drängen, muss es einen europäischen Weg geben: das selbstbestimmte Datenteilen. Das bildet sich in diesem Bundeshaushalt mit dem Dateninstitut, das ausfinanziert ist, mit dem Data Governance Act bzw. dessen Umsetzung und auch mit dem Onlinezugangsgesetz, wo es ein Datenschutzcockpit gibt, mit dem das möglich sein wird, und dessen Umsetzungsfinanzierung ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Lukas Köhler [FDP])

Es gibt viele gute Ansätze. Manche davon müssen wir noch ausbauen, zum Beispiel den Rechtsanspruch auf Open Data; der Staat muss auch selber vorbildlich vorangehen.

Aber eine Sache noch, weil wir gerade das Thema "digitaler Autoritarismus" hatten: Ich freue mich, dass wir mit dieser Bundesregierung die Freiheit im Netz immer wieder gut verteidigen können und konnten. Vielen Dank dafür! Das gilt übrigens für den Cyber-Capacity-Building-Teil in der Ukraine –

(D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt: (A)

Sie müssen zum Ende kommen, Herr Kollege.

Tobias B. Bacherle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): – genauso wie für die Chatkontrolle.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege!

Tobias B. Bacherle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wir können das auch noch -

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, Sie kommen zum Ende.

Tobias B. Bacherle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): – mit etwas mehr Konsequenz gemeinsam angehen. Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Danke sehr. – Bernd Riexinger spricht jetzt für Die

(Beifall bei der Linken)

(B)

Bernd Riexinger (Die Linke):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Europameisterschaft bleibt für viele Besucher nicht nur wegen des Fußballs, sondern vor allen Dingen wegen der Bahn in Erinnerung: Rekordunpünktlichkeit, Züge komplett ausgefallen, Klimaanlage kaputt, Zugrestaurant wegen Personalmangels nicht in Betrieb. Hunderttausende Fußballfans aus aller Welt teilten die Alltagserfahrungen der Bahnfahrenden in Deutschland. Die Bahn ist marode, und Sie, Herr Wissing, tun zu wenig, um sie wieder in Form zu bringen.

(Beifall bei der Linken - Dr. Paula Piechotta BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 18 Milliarden Euro, Herr Riexinger! 18 Milliarden Euro nächstes Jahr!)

Die Bahn ist im Zangengriff zwischen unzureichender Finanzierung und einer verwüsteten Infrastruktur gefangen. Digitalisierung der Schiene? Infrage gestellt. Stuttgart 21? Ein Milliardengrab.

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Ja, Stuttgart 21! Wer ist daran denn jetzt schuld? Viele, aber nicht Herr Wissing!)

Selbst ihr Kostbarstes, ihre Belegschaft, die den Laden noch am Laufen gehalten hat, zweifelt zunehmend an ihrer Zukunftsfähigkeit. Dass der Bahnvorstand 30 000 Stellen kürzen will, ist absurd, falsch und verunsichert das Personal.

(Beifall bei der Linken)

Der vorgelegte Etat für die Bahn ist mit heißer Nadel (C) gestrickt. Die Erhöhung des Eigenkapitals führt absehbar zu höheren Trassenpreisen. Anstatt mehr Güter auf die Schiene zu bringen, trennt man dem Güterverkehr die Lebensader ab.

Nach wie vor ist die Finanzierung des 49-Euro-Tickets nicht dauerhaft gesichert. Es zu verteuern, wäre der völlig falsche Weg, wenn mehr Menschen zum Umsteigen motiviert werden sollen.

(Beifall bei der Linken)

Besonders kritisch für Studierende: Wird das 49-Euro-Ticket teurer, kippt das System Semesterticket.

Und wie kommt es eigentlich, dass man von der angekündigten Modernisierung und dem dringend nötigen Ausbau des ÖPNV gar nichts mehr hört?

(Frank Schäffler [FDP]: Machen wir doch!)

Was ist da los?

Die angekündigte Transformation zur Elektromotorisierung des Pkw- und Lkw-Verkehrs läuft Gefahr, an die Wand zu fahren, und das Ziel, 15 Millionen Elektroautos bis 2030 auf die Straße zu bringen, rückt in weite Ferne. Es ist eine Kampfansage an Belegschaft und Betriebsrat, dass VW trotz Milliardenrendite Personalkürzungen und Werksschließungen ankündigt. Das ist eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der Linken)

Wir haben an dieser Stelle vergeblich vor der mangelhaften Konkurrenzfähigkeit der Automobilindustrie und der (D) Untätigkeit der Konzernleitungen und der Regierung gewarnt. Wer jetzt als Reaktion darauf die Lebensdauer der Verbrenner verlängern will, gefährdet die Zukunftsfähigkeit der Automobilindustrie und damit Arbeitsplätze.

> (Beifall bei der Linken – Thomas Bareiß [CDU/CSU]: Quatsch! Alles Unsinn!)

Die Koalition ist mit vielen Vorsätzen gestartet. Ihr Haushaltsentwurf ist bestenfalls ein Pflaster auf die Wunden der Verkehrsinfrastruktur. Ein Jahr vor Ende der Legislatur zementieren Sie die Unzulänglichkeiten, -

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Riexinger, vielen Dank.

Bernd Riexinger (Die Linke):

- die falschen Weichenstellungen und die Visionslosigkeit Ihrer Verkehrspolitik.

(Beifall bei der Linken – Bernd Reuther [FDP]: Sie haben ja echt viele Vorschläge gemacht! Mann, Mann! - Gegenruf des Abg. Bernd Riexinger [Die Linke]: Ich habe mehr Vorschläge gemacht im Verkehrsausschuss in einer Woche als Sie in drei Jahren!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Felix Schreiner hat das Wort für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) Felix Schreiner (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das Beste an diesem Einzelplan für Verkehr ist, dass er vermutlich der letzte von Bundesverkehrsminister Wissing und dieser Ampelregierung ist – um schon einmal mit dem Positiven zu beginnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der AfD)

Sie hätten die Chance gehabt, diesem Haus Ihre Ideen von der Mobilität von morgen, einer modernen Verkehrsinfrastruktur zu präsentieren, mit Fakten zu untermauern, wie Sie das alles – was Sie versprochen haben – noch im letzten Jahr Ihrer Amtszeit umsetzen können. Aber Sie schaffen es wieder nicht. Sie schaffen es wieder nicht, Prioritäten zu setzen. Sie schaffen es wieder nicht, klare Punkte zu setzen. Klein-Klein und viel Streit, das ist alles, was wir in diesem Verkehrsetat feststellen können.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist an 18 Milliarden für die Bahn Klein-Klein?)

Was bleibt unterm Strich? Nicht viel. Der Hochlauf der Elektromobilität ist gestoppt. Nicht nur, dass dieses Land wirtschaftspolitisch wirklich Grund zur Sorge hat – wir haben die Ankündigungen von VW und vielen Betrieben im ganzen Land zur Kenntnis genommen –, nein, Sie sorgen für zusätzliche Belastungen. Und als wäre das alles nicht genug, sorgen Sie über Nacht mit der Abschaffung des Umweltbonus dafür, dass viele Tausend Bürgerinnen und Bürger nicht mehr wissen, ob sie diesem Staat noch vertrauen können oder nicht. Das ist Ihre bittere Bilanz

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie kommen bei der Sanierung und beim Ausbau der Infrastruktur nicht voran, weil Sie keinen Plan haben. Ich nenne ein Beispiel: Anstatt endlich strukturverändernde Maßnahmen bei der Deutschen Bahn einzuleiten, pumpen Sie mit der Eigenkapitalerhöhung wieder Milliarden in die Deutsche Bahn. Ich sage es noch einmal: Wir haben doch nicht nur ein Finanzierungsproblem bei der Deutschen Bahn. Wir haben ein echtes Struktur- und Managementproblem, und Sie gehen das einfach nicht an. Wir haben dazu Vorschläge gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das bestreitet doch niemand!)

Sie blenden aus reiner Ideologie den Hauptverkehrsträger aus, die Straße. Sie haben ein eigenes Gutachten vorgelegt. Derzeit werden 72 Prozent des Güterverkehrs über die Straße abgewickelt. Sie sorgen nicht für eine auskömmliche Finanzierung, weil Sie aus ideologischen Gründen einseitig auf andere Verkehrsträger setzen und die anderen gegeneinander ausspielen. In Zeiten von massiven Baukosten und Materialkostensteigerungen müssen wir noch feststellen, dass die investiven Mittel in diesem Haushalt bei den Bundesfernstraßen nicht erhöht werden. Um es einmal klar zu sagen: Die Autobahn GmbH macht einen sehr guten Job. Aber wenn sie nicht genug Mittel hat und darüber nachdenken muss, wo sie

den Rotstift ansetzt, wird das dem ganzen Land schaden. (C) Wir müssen alle Projekte umsetzen, und dazu brauchen wir mehr Mittel für unsere Autobahngesellschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie haben die Erhöhung der Lkw-Maut umgesetzt, aus unserer Sicht zur völlig falschen Zeit. In einer wirtschaftlich angespannten Lage sorgen Sie für weitere Mehrbelastungen bei den Unternehmen, die die Spediteure und am Ende die Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen treffen. Was mich wirklich persönlich ärgert, ist, dass Sie nicht einmal dafür gesorgt haben, dass es einen klimapolitischen Effekt gibt. Auch da sind Sie in allen klimapolitischen Maßnahmen dieser Ampel blank. Sie reißen alle Mittel und sind übrigens schlechter als jede Ihrer Vorgängerregierungen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was es jetzt braucht, ist ein klares Commitment für den Infrastrukturausbau in diesem Land. Dazu brauchen wir ganz klar eine Planungsbeschleunigung in diesem Land. Wir müssen die Maßnahmen, die die MPK im November 2023 beschlossen hat, umsetzen. Bis heute fehlt uns jede Idee aus dem Hause von Minister Wissing, wie wir die Maßnahmen für die Planungsbeschleunigung in diesem Land umsetzen. Es muss doch parallel zu einem Bundesverkehrshaushalt diskutiert werden, wie wir die Planungsbeschleunigung in diesem Land voranbringen. Es kann eben nicht sein, dass Generationen über Maßnahmen diskutieren und am Ende 30 Jahre vergangen sind, bis überhaupt etwas Neues in diesem Land entstehen kann.

Deshalb bitten wir Sie – das ist unser Vorschlag –, den alten Ansatz des Finanzierungskreislaufs "Straße finanziert Straße" wieder zu etablieren. Wir sollten die Mittel der Mauteinnahmen nicht für irgendwelche Wohlfühlprojekte einsetzen, sondern für die Infrastruktur in diesem Land. Wir schaffen das nur gemeinsam mit mehr ÖPP und auch einem Fonds – das ist gerade angesprochen worden –, wobei Ihnen aber – außer einem Zeitungsinterview des Ministers – jede Idee fehlt, wie wir solche Fonds umsetzen können. Wir sind an Ihrer Seite. Wir haben das im Verkehrsausschuss auch immer so mitgeteilt.

Und wenn ich Ihre Lobeshymne über das 49-Euro-Ticket höre, dann ist das ja in Ordnung. Man kann das positiv begleiten. Aber heute sind wir in der Haushaltsberatung. Legen Sie doch mal eine Anschlussfinanzierung vor! Sie wissen, dass Milliarden Euro für die Beibehaltung dieses Tickets fehlen. Aber Sie trauen sich gar nicht, das zu sagen, weil Sie auch darüber nur streiten und keinerlei Lösungen vorlegen können.

(Beifall bei der CDU/CSU – Frank Schäffler [FDP]: Es heißt auch "Deutschlandticket" und nicht "49-Euro-Ticket"!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie kommen bitte zum Ende, Herr Kollege.

Felix Schreiner (CDU/CSU):

Ihnen fehlt jede Idee für ein Mobilitätsversprechen für Stadt und Land. Sie sind blank.

(D)

(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege!

Felix Schreiner (CDU/CSU):

Sie haben keine Vorstellungen über die Mobilität der Zukunft. Deshalb ist es höchste Zeit, dass es wirklich Ihr letzter Haushalt ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Udo Schiefner hat das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Udo Schiefner (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hörte gestern zu Beginn der Debatte: Streit gehört zur Demokratie. – Stimmt. Wir sind uns aber sicherlich einig, dass wir mit den Haushaltsmitteln, die wir nun auch in diesem Einzelplan festschreiben, die Mobilität der Zukunft gestalten, und das ist wichtig auch für die Wirtschaftsstruktur in unserem Land. Wir ermöglichen mit den Mitteln vor allen Dingen Transport und Logistik, bessere Verkehrsverbindungen für die Menschen. Transport und Logistik haben enorme Relevanz für die zukünftige Ausrichtung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Hier müssen wir investieren – in Schiene, in Straße, in Binnenschifffahrt, in Häfen, in all das, was wir in diesem Einzelplan abbilden.

Ein Beispiel ist die Verstärkung der Kontrollen. In diesem Einzelplan stehen Mittel zur Verstärkung der Ausrüstung des BALM für Kontrollen zur Verfügung, um Missstände bei Arbeitsbedingungen und Sozialbedingungen prüfen zu können. Ich finde, das muss man hier auch mal positiv aufgreifen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Es gibt also mehr Geld. So weit, so gut.

Ich möchte auch an den Antrag zum Straßengüterverkehr erinnern, den wir im Juli 2023 verabschiedet haben, und unseren Forderungskatalog zum Thema Logistik und Transport. Wir haben ein Lastenheft geschrieben und wissen natürlich, dass viele Forderungen nur mit Förderungen möglich sind.

(Christian Haase [CDU/CSU]: Ach so!)

Darum muss man auch noch mal darüber reden, ob das, was wir an Fördermitteln in diesen Bereich stecken, um die Logistik fit zu machen, um kleine und mittelständische Betriebe zu unterstützen, aber auch die Transformation und die damit verbundenen Klimaziele zu erreichen, sich immer in den Fördertöpfen widerspiegelt. Man kann an dieser Stelle – ich sehe das so – ja auch falsche Schwerpunkte setzen. Ich glaube, das wird noch einmal spannend bei den Beratungen dieses Einzelplanes.

Lassen Sie mich abschließend festhalten: Wir investie- (C) ren jetzt in die Zukunft unseres Landes. Wenn wir den Haushalt verabschieden, gehört dazu – ich habe zu Beginn den Finanzminister zitiert – im Vorfeld der demokratische Streit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Florian Oßner hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Florian Oßner (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gleicht schon fast einer Verstümmelung des Einzelplans 12, also des Haushalts für Digitales und Verkehr, was während der Sommerpause alles diskutiert wurde. Um über 17 Milliarden Euro an der Schuldenbremse vorbeizuschummeln, sollten neue Haushaltstricks angewandt werden, die leidigerweise vor allem den Verkehrsbereich treffen – Stichworte "Deutsche Bahn" und "Autobahn GmbH". Ich sage hier ganz offen zu Ihnen: Die Infrastruktur in unserem Land, die Frage der Mobilität jedes Einzelnen darf nicht zum Testlabor missratener Ampelhaushaltspolitik werden. Das ist eine Versündigung an der wirtschaftlichen Stabilität Deutschlands.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Bahn ist und bleibt unser größtes finanzielles Sorgenkind – seit nunmehr über zehn Jahren darf ich die Bahn verkehrspolitisch begleiten –; das gleicht zunehmend einem Fass ohne Boden.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stefan Gelbhaar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was habt ihr denn die ganze Zeit gemacht?)

In dieser Zeit wurden die finanziellen Zuschüsse an die Bahn mehr als verdreifacht, auf 18 Milliarden Euro. Und was kam heraus? Seien wir ehrlich: mehr Verspätungen, mehr Zugausfälle, technische Probleme und, und, und.

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und das von dir als Verkehrshaushälter! Eiieiiei!)

Also liegt es offensichtlich nicht alleinig an der Finanzierung. Die Bahn hat definitiv ein strukturelles Problem mit über 700 Tochterunternehmen und Verflechtungen.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN)

Hier wird wahnsinnig viel Geld unsinnig versenkt. Das muss jetzt endlich angepackt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb braucht es unbedingt die Bahnreform, wie von uns als CDU und CSU vorgeschlagen:

(Zuruf des Abg. Dr. Dirk Spaniel [AfD])

(D)

Florian Oßner

(A) Netz und Betrieb müssen getrennt werden. Das Netz bleibt in bundeseigener Hand und wird von uns leistungsfähig ertüchtigt. Der Betrieb wird in einen ehrlichen Wettbewerb gestellt, ohne die jetzigen Verzerrungen staatlicher Eingriffe. Dann braucht es auch keine Haushaltstricks wie die Umwandlung von finanziellen Zuschüssen in Darlehen an die InfraGO der Bahn. Ehrlich gesagt, kann es nämlich nicht offensichtlicher sein, dass eine Umetikettierung nur vorgenommen wird, um noch mehr Schulden machen zu können, komplett an der Schuldenbremse vorbei. Das ist keine ehrliche Politik und schafft kein Vertrauen in das System Bahn.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dabei braucht der Verkehrsträger Schiene momentan nichts mehr als Verlässlichkeit und das Vertrauen in die langfristige Finanzierbarkeit. Da scheint mir zudem nicht hilfreich, nun noch einen neuen Bahnbeauftragten als Staatssekretär zu setzen, der vorher mit der Materie überhaupt nichts zu tun hatte. Auch die weitere Eigenkapitalerhöhung – natürlich an der Schuldenbremse vorbei – löst kein Problem. Man kann das ganze System Bahn nicht einfach nach Belieben rauf- und runterfahren. Das schafft nur Unruhe und Chaos bei diesem Verkehrsträger.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Noch schwieriger wird die Strategie "Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln" beim Verkehrsträger Straße, der 70 Prozent unserer gesamten Verkehrsleistung abdeckt, aber nur knapp 13,5 Milliarden Euro, also 27 Prozent der Gesamtausgaben, ausmacht. Nirgends sonst ist der Euro am Ende besser und effizienter investiert. Dennoch bleibt dieser Haushaltstitel fast gleich im Vergleich zum letzten Jahr. Durch neuerliche Ankündigungen der Ampel, im Straßenbau, bei der Autobahn GmbH einsparen zu wollen, verschreckt man noch zusätzlich jeglichen Tiefbauer in Deutschland. Die prekäre Folge ist, dass mittelfristig Baukapazitäten abgebaut werden, welche später nicht mehr zurückzuholen sind. Das ist neben der jetzigen Krise der Autoindustrie der baupolitische Super-GAU zum eklatanten Schaden für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Tiefbauer werden sanieren statt neu bauen!)

Die Personal-, Rohstoff- und Energiekostenmehrungen übersteigen den Etatanstieg bei Weitem und lassen am Ende sogar faktisch weniger Spielraum für Investitionen als in den Jahren zuvor. Der von der Ampel aufgekündigte – unterstrichen: aufgekündigte – Finanzierungskreislauf Straße würde hier wieder für Stabilität sorgen. Es ist wirklich ein Skandal, dass von den 15 Milliarden Euro Mauteinnahmen der Lkw-Fahrer keine 5 Milliarden Euro bei der Straße verbleiben und der Rest woandershin wandert. Das ist eine absolute Veruntreuung von Geldern, welche die Straßennutzer originär für die Ertüchtigung der Straßen und Brücken in Deutschland bezahlen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD) Bei den Wasserstraßen haben wir ein ähnliches Problem wie bei den Bundesstraßen. Zwar werden die Mittelansätze leicht erhöht, aber bei Weitem nicht ausreichend, um den Anstieg der Baupreise und den steigenden Bedarf für den Erhalt zu decken. Das ist echt schade mit Blick auf die Grünen; denn gerade die Wasserstraße wäre die umweltfreundlichste Transportvariante pro Tonnenkilometer.

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Wir haben die Wasserstraße in den letzten Jahren immer aufgestockt, wenn es viel Bedarf gab! Im letzten Jahr 1,4 Milliarden Euro für die Wasserstraße, was mehr ist als in GroKo-Zeiten!)

Von einer klimafreundlichen Verkehrspolitik, liebe Ampelkollegen, kann man da wahrlich nicht mehr sprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Deckelung des flächendeckenden Breitbandausbaus in 2025 auf 1 Milliarde Euro ist völlig kontraproduktiv. Das geht abermals zulasten des ländlichen Raums. Gerade auch die Innovationstitel zu neuen Netztechnologien, künstlicher Intelligenz und automatisiertem und vernetztem Fahren werden alle – wirklich alle – zusammengestrichen. Zum Fortschritt für unser Land trägt dies wenig bei, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das bittere Fazit: Die Ampel hat der Infrastruktur unseres Landes massiv geschadet. Es wird Zeit, dieser Ampel den Stecker zu ziehen und diese Koalition abzulösen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

(D)

Und Sie beenden die Redezeit.

Florian Oßner (CDU/CSU): Ein herzliches "Vergelt's Gott!" fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Vielen Dank. – Das Wort hat Stefan Gelbhaar für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie des Abg. Dr. Lukas Köhler [FDP])

Stefan Gelbhaar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! In Haushaltsberatungen stellt sich immer die Frage: Wo stehen wir? Ich sage mal: Da gibt es Licht.

13 Millionen Menschen haben ein 49-Euro-Ticket. Das ist ein großer gemeinsamer Erfolg von Bund, von Ländern aller Farben, vom Verkehrsministerium und von diesem Parlament.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Auch wenn die Bundes-CDU davon jetzt nichts mehr wissen will: Das Ticket kann noch attraktiver werden. Das würde noch mehr Abos und dann auch mehr Geld für Busse und Bahnen bringen.

(C)

Stefan Gelbhaar

(A) Auch gut: Die Infrastruktur wird saniert – und zwar Schiene und Straße –

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Wasserstraße!)

mit Rekordsummen in zweistelliger Milliardenhöhe. Das war jahrzehntelang überfällig. Gerade angesichts des Einsturzes der Carolabrücke in Dresden heute ist klarer denn je: Erhalt und Sanierung gehen vor, auch wenn dafür Neubauprojekte zurückstehen müssen.

Und: Das neue Straßenverkehrsrecht lässt Städte und Gemeinden endlich selbst entscheiden, wie sie ihre Straßen sicherer und angenehmer gestalten können.

Das alles ist gut; reicht aber natürlich nicht.

Stellen Sie sich vor, Sie hätten 25 Milliarden Euro zur Verfügung, eine unfassbare Summe. Würden Sie dieses Geld für ein modernes Schienennetz ausgeben

(Dr. Dirk Spaniel [AfD]: Nein!)

oder damit zum Beispiel Diesel subventionieren?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Dirk Spaniel [AfD]: Diesel subventionieren! Ich würde den Diesel nehmen!)

Da ist die Dieselfront. – Meine Meinung dazu: Klimaschädliche Ausgaben sind Verschwendung. Sie sind sogar schlimmer als Verschwendung; denn die Klimaschäden, die dann kommen, kosten zusätzlich, und das gehört schnellstmöglich beendet.

(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dazu müssen wir die fossile Lobby abschütteln und Transparenz herstellen. Wie kommen die Auspufffreunde eigentlich dazu, Termine in den höchsten Etagen des Ministeriums feilzubieten? Wie werden die vergifteten Narrative zu Technologieoffenheit entwickelt und verbreitet? Wer hilft dabei, und was ist die Gegenleistung? Das gehört auf den Tisch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich sehe jetzt hier und da verlogene Krokodilstränen, wenn über Volkswagen geredet wird. Aber Sie können nicht die Dauersubventionierung von Verbrennern über Jahre und Jahrzehnte hinweg vehement betreiben und gleichzeitig bedauern, dass die Antriebswende nicht, wie in vielen anderen Ländern, massiv an Fahrt aufnimmt. Wer das macht, der gefährdet den hiesigen Technologiestandort,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

der konterkariert das Ziel der Technologieführerschaft. Wer das macht, der schadet dem Land.

Wir schaffen beim Klimaschutz zwar mehr als jede Vorgängerregierung, aber eben doch nicht genug.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Das Verbrennen von Öl verschmutzt Tag für Tag unsere Luft. Das muss sich ändern.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Kraft [AfD])

Die Union hat hieran einen enormen Anteil; wir werden das im Ausschuss immer wieder ansprechen. Die Union hat uns eine riesige Verschuldung überlassen,

(Florian Oßner [CDU/CSU]: Was? Wie bitte?)

und zwar in Form maroder Brücken, Straßen, Schienen, Bahnhöfe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Schuldenbremse hat das null verhindert. Die Schuldenbremse kennt eben nur Bankschulden, und genau das gehört reformiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Florian Oßner [CDU/CSU]: Jedes Neubauund Sanierungsprojekt bei Straße und Schiene wird von den Grünen blockiert!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Gelbhaar, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Vielen Dank.

Stefan Gelbhaar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Licht und Schatten also!

Nächstes Jahr ist Bundestagswahl. Da kann man dann entscheiden: wirtschaftliche Vernunft und freie, sichere, saubere Mobilität oder fossile Lobby.

(D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Gelbhaar, vielen Dank!

Stefan Gelbhaar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist so einfach.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Zurufe von der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Anna Kassautzki ist die nächste Rednerin für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Anna Kassautzki (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir teilen uns das hier schon fast traditionell auf: Der Kollege Schätzl spricht über die physische Basisinfrastruktur, die Hardware, die Kabel, die Masten, und ich über die Software. Denn wenn wir über den Ausbau und den Schutz kritischer Infrastruktur und Resilienz sprechen, dann müssen beide Seiten sicher sein: Hardware und Software.

Anna Kassautzki

(A) Die Zahl der Cyberangriffe ist seit dem Beginn des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine massiv angestiegen, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Auch deswegen arbeitet die Ostseeparlamentarierkonferenz, der ich für dieses Hohe Haus angehören darf, gerade schwerpunktmäßig an den Themen "Energiesicherheit" und "Schutz kritischer Infrastruktur". Denn diese Themen enden nicht an nationalen Grenzen.

Wenn wir über den Schutz kritischer Infrastruktur softwareseitig sprechen, dann sprechen wir auch über Open Source. – Für alle, die jetzt nicht wissen, was das ist – kein Problem! -, erkläre ich das gerne kurz: Jedes Computerprogramm, jede Software besteht aus einem Code, vereinfacht gesagt, aus Anweisungen für den Computer. Als Open Source bezeichnet man Software, bei der Menschen den Code einsehen können. Menschen, die diesen Code lesen können, wissen dadurch ganz genau, was, wann, wie, warum innerhalb des Programms passiert: Welche Daten werden von A nach B geschickt, welche Berechnungen durchgeführt, und wo werden Daten an Dritte weitergeleitet? Ich muss mich also nicht auf die Angaben des Herstellers verlassen, und Schwachstellen können schneller gefunden werden, weil mehr Menschen den Code überprüfen können. Das ist ein großer Teil der digitalen Souveränität. Wir reduzieren gefährliche Abhängigkeiten von einzelnen Herstellern und schaffen Vertrauen durch einen offenen Code.

Ich sagte bereits eingangs, dass wir in den vergangenen Jahren einen enormen Anstieg der Zahl von Angriffen auf kritische Infrastruktur erlebt haben. Krankenhäuser und Verwaltungen, aber auch Videokonferenzsysteme werden lahmgelegt oder abgehört. Landkreise können nach Hackerangriffen nicht mehr digital arbeiten. Aber auch kleine und mittelständische Unternehmen befinden sich im Fadenkreuz der Attacken. Viele dieser Angriffe nutzen Schwachstellen im Code aus, Schwachstellen, die man möglicherweise viel früher hätte finden können, Schwachstellen im Code, die vorher niemand gefunden hat, weil der Code eben nicht einsehbar war.

Es gibt große Open-Source-Projekte, aber auch kleinere Komponenten, die in vielen anderen Programmen mit verbaut sind. Das Fundament des digitalen Raums war immer und ist nach wie vor Open Source.

Das Problem ist: Viele dieser Komponenten werden von Programmiererinnen und Programmierern in ihrer Freizeit betreut. Sie haben den Code mal geschrieben, das Projekt mit anderen zur Verwendung geteilt, und wenn diesen anderen Fehler auffallen, dann wird das, je nachdem, wie viel Zeit ist, repariert.

Falls Sie im Kopf gerade nicht zusammenbekommen, dass das Fundament des digitalen Raums teilweise von Menschen neben der Arbeit in der Freizeit gewartet wird: So ging es uns auch. – Deswegen fördern wir Open Source. Die Förderung ist ein essenzieller Baustein, um unsere digitale Infrastruktur resilienter und weniger angreifbar zu machen.

Wir haben den Sovereign Tech Fund ins Leben gerufen. Der Sovereign Tech Fund fördert Menschen und Gruppen, die sich ehrenamtlich um kritische, oft eben kleine Open-Source-Bausteine kümmern. Wenn ein solcher winziger Baustein schlecht gepflegt ist, aber bei- (C) spielsweise Teil einer Krankenhaussoftware ist, kann das fatale Folgen haben. Das zeigt: Wer Open Source fördert, der fördert digitale Resilienz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Lukas Köhler [FDP])

Wir haben das Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung gegründet. Das arbeitet an der Entwicklung eines digital souveränen, also Open-Sourcebasierten Arbeitsplatzes. Das Ziel ist aber auch weitere Softwareentwicklung für die öffentliche Hand. Warum ist das wichtig? Man stelle sich vor, ein großer US-amerikanischer Softwarekonzern würde gehackt und der Bundestag müsste von einem Tag auf den anderen auf alle Microsoft-Office-Produkte verzichten – kein Outlook, kein Word, kein Excel. Wie viel, meine Damen und Herren, würde in diesem Haus noch laufen? Und so, wie es uns als Parlament gehen würde, erginge es den allermeisten Kommunen, Unternehmen, Verwaltungen und Institutionen

Es ist wichtig und höchste Zeit, dass wir uns zumindest für den Notfall unabhängiger machen von Software, deren Code wir nicht kennen, zumindest, um eine Ausweichmöglichkeit zu haben. Das gilt für die gängigen Officeprogramme, aber auch, wie das letzte Jahr gezeigt hat, für Videokonferenzsysteme. Hier bin ich, ehrlich gesagt, noch nicht ganz zufrieden mit dem Haushaltsentwurf. Deswegen ist mein Appell an der Stelle: Wer Open Source fördert, fördert digitale Souveränität und stärkt nebenher die Verhandlungsposition bei den nächsten Vertragsverhandlungen mit Microsoft, Zoom und anderen Softwareanbietern.

(Beifall der Abg. Gabriela Heinrich [SPD] und Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir brauchen mehr Open Source und mehr kluge Köpfe, die in diesem Bereich aktiv sind. Deswegen haben wir den Prototype Fund und den Software-Sprint. Der Prototype Fund ist ein voller Erfolg und hilft, Innovation niedrigschwellig und unkonventionell anzuschieben. Aus einigen der Projekte sind Start-ups hervorgegangen, teilweise kamen Projekte in ganz anderen Bereichen zur Anwendung. Sie alle haben Innovation gefördert. Daher möchte ich einen letzten Appell mitgeben: Wer Open Source fördert, der fördert Innovation.

Wir müssen unsere kritische Infrastruktur schützen, die analoge wie die digitale. Lassen Sie uns deswegen gemeinsam für mehr Geld für Open-Source-Projekte im Bundeshaushalt streiten, für mehr Resilienz, mehr Souveränität und mehr Innovation!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat jetzt Stefan Seidler.

D)

(C)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

(A) (Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Stefan Seidler (fraktionslos):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Moin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zahlen können aussagekräftig sein, sie können aber auch trügerisch sein. Als ich den Bundesfinanzminister im März fragte, wie er die nötigen Finanzmittel für Sanierung, Aus- und Neubau der Schienenwege bereitstellen möchte, verwies er mich auf den Mittelaufwuchs im Haushalt des Verkehrsministeriums und auf den Eigenkapitalzuschuss an die Bahn. Selbstbewusst kündigte der Minister das größte Investitionsprogramm der jüngeren Geschichte an. Politische Kommunikation und Realität passen hier aber nicht zusammen.

Auch der Haushalt 2025 ist trügerisch. Zwar steigen in vielen Fällen die Ansätze, aber wir alle hier wissen, wie enorm groß die Herausforderungen sind, nicht zuletzt aufgrund der großen Baukostensteigerungen. Es bringt uns politisch nichts, wenn wir den Leuten vor Ort Finanzierungen von Verkehrsprojekten erst versprechen, diese dann aber nicht oder viel zu spät kommen. Ich denke da etwa an die Diskussion über die Streichung von Verkehrsprojekten zur Anbindung des Fehmarnbelt-Tunnels oder an Berichte, dass Ausbaustrecken wie etwa Niebüll–Westerland diesem Bundestag nicht mehr zugeleitet werden könnten.

Die Leute wollen von uns klare politische Richtungsentscheidungen, vor allem Verlässlichkeit, und daran hapert es leider in diesem Haushalt. So höre ich von den kommunalen Verkehrsbetrieben, dass man – ohne öffentliche Förderung – überlegt, aus wirtschaftlichen Gründen wieder Abstand von E-Bussen zu nehmen. In Flensburg würde das bedeuten, dass wir die Stadt einerseits mit vielen Millionen an Steuermitteln auf den steigenden Meeresspiegel vorbereiten und andererseits aufgrund fehlender Förderung über die städtischen Öffis weiter CO_2 in die Luft pusten. Das ist Irrsinn.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Nicht immer braucht es dafür große Förderprogramme.

Bei uns im Norden, in Lindaunis, baut die Bahn seit 2020 eine neue Brücke über die Schlei. Nun verzögern sich diese Bauarbeiten erneut, weil das Eisenbahn-Bundesamt die Richtlinien ändert. Ergebnis: Die Ausschreibung der Brückenteile muss warten, weil die Bahn unternehmerische Risiken scheut. Wir im Norden sind ja bekannt dafür, dass es immer ein büschen langsam und sutje vor sich geht, aber so langsam und holprig ja nun auch wieder nicht.

Also: Die Leute erwarten Verkehrswege, die funktionieren.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jürgen Berghahn spricht jetzt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Lukas Köhler [FDP])

Jürgen Berghahn (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Herausforderungen, vor denen wir stehen – viele dringende Prioritäten bei begrenzten Mitteln –, sind immens. Aber es ist eben unsere Aufgabe, einen soliden Etat aufzustellen.

Ein zentrales Element des Haushalts ist die sichere Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur, die für Pendlerinnen und Pendler, die Wirtschaft und nicht zuletzt unser aller Sicherheit so wichtig ist. Solange die Infrastruktur funktioniert, ist erst einmal alles gut. Wenn jedoch eine Autobahnbrücke, eine Bahnstrecke oder eine Wasserstraße gesperrt wird, merken wir sehr schnell, wie viel von ihr abhängt.

Im Bereich Straße, für den 13,5 Milliarden Euro veranschlagt sind, spielen vor allem Brückensanierung, Engpassbeseitigung und die Instandhaltung von Straßen eine zentrale Rolle. 72 Prozent der Güterverkehrsleistung in Deutschland wurden 2022 auf der Straße realisiert, und auch in Zukunft wird die Straße der Verkehrsträger Nummer eins bleiben.

(Henning Rehbaum [CDU/CSU]: Sehr richtig! Sagen Sie das mal Ihrem Koalitionspartner!)

In diesem Zusammenhang möchte ich einmal die Wichtigkeit der Autobahn GmbH betonen, die für Planung, Bau, Betrieb, Verkehrsmanagement, Erhaltung und Finanzierung der Autobahnen und Fernstraßen in Deutschland zuständig ist. Vielen Dank – das kann man hier ruhig mal sagen – an die Beschäftigten für den Einsatz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Bedanken möchte ich mich auch bei dem Verkehrsminister Wissing dafür, dass er sich für den Bereich Straße starkgemacht hat, was sich nun auch im Haushalt widerspiegelt. Die Straße ist wichtig, aber sie steht nicht in Konkurrenz zur Schiene oder zu Wasserwegen.

Ein modernes Verkehrssystem funktioniert nur im Zusammenspiel aller Verkehrsträger und dann, wenn wir den urbanen und den ländlichen Raum gleichermaßen wertschätzen. Deshalb ist es richtig, dass wir im Haushalt ganze 18,2 Milliarden Euro für die Bundesschienenwege bereitgestellt haben. Das ist zum einen grundsätzlich ein ordentlicher Zuwachs und zum anderen deutlich mehr als für die Straße. Es kann nun also wirklich niemand mehr behaupten, dass sich diese Regierung nicht für die Verkehrswende und eine nachhaltige Mobilität einsetzt.

Auch für die Wasserstraßen gibt es insgesamt 1,8 Milliarden Euro und damit auch hier einen Zuwachs. Erhalt und Sanierung der bestehenden Infrastruktur sind somit gesichert, was gut ist.

Fazit: Natürlich wäre mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur schön gewesen, aber die finanzielle Situation ist, wie sie ist. Wir haben es dennoch geschafft, einen soliden Verkehrsetat aufzustellen. In Zukunft müssen bei einer

D)

Jürgen Berghahn

(A) steigenden Wirtschaftskraft und bei steigenden Steuereinnahmen natürlich auch Preissteigerungen stärker berücksichtigt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Vielen Dank. – Damit sind wir am Schluss der heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages ein auf morgen, Donnerstag, den 12. September 2024, 9 Uhr.

Genießen Sie den Abend, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Besucherinnen und Besucher auf den Tribünen, und natürlich die gewonnenen Einsichten. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18.11 Uhr)

(D)

(A)

Anlage zum Stenografischen Bericht (C)

Anlage

Entschuldigte Abgeordnete

	Abgeordnete(r)		Abgeordnete(r)		
	Ahmetovic, Adis	SPD	Nasr, Rasha	SPD	
	Bartol, Sören	SPD	Nick, Dr. Ophelia	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
	Becker, Dr. Holger	SPD	Özoğuz, Aydan		
	De Ridder, Dr. Daniela	SPD	Poschmann, Sabine	SPD	
	Dietz, Thomas	AfD	Radwan, Alexander	CDU/CSU	
	Domscheit-Berg, Anke	Die Linke	Ramsauer, Dr. Peter	CDU/CSU	
	Echeverria, Axel	SPD	Renner, Martin Erwin	AfD	N
	Eichwede, Sonja	SPD	Rinkert, Daniel	SPD	
	Esdar, Dr. Wiebke	SPD	ŕ	SPD	
	Ganserer, Tessa	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Rix, Sönke Rottmann, Dr. Manuela	BÜNDNIS 90/	
	Gauland, Dr. Alexander	AfD		DIE GRÜNEN	
	Habeck, Dr. Robert	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Schäfer, Jamila (gesetzlicher Mutterschutz)	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
(B)	Hagedorn, Bettina	SPD	Schauws, Ulle	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
(2)	Harder-Kühnel, Mariana Iris	AfD	Schierenbeck, Peggy	SPD	
	Hess, Martin	AfD	Schönberger, Marlene	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
	Heubach, Heike	SPD	Schulz, Uwe	AfD	
	Höchst, Nicole	AfD	Schwarz, Andreas	SPD	
	Hunko, Andrej	BSW	Seitzl, Dr. Lina	SPD	
	Komning, Enrico	AfD	Spallek, Dr. Anne Monika	BÜNDNIS 90/	
	Launert, Dr. Silke	CDU/CSU		DIE GRÜNEN	
	Lechte, Ulrich	FDP	Ulrich, Alexander	BSW	
	Lindholz, Andrea	CDU/CSU	Wagener, Robin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
	Lindner, Dr. Tobias	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Walter-Rosenheimer, Beate	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
	Loop, Denise	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Weiss (Wesel I), Sabine	CDU/CSU	
	Möhring, Cornelia	Die Linke	Weiss, Dr. Maria-Lena	CDU/CSU	
	Müller, Bettina	SPD	Witt, Uwe	fraktionslos	
	Müller, Claudia	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN			

